

# Ländliche Räume im Umbruch

Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa

**15. Internationaler  
Kongress Renovabis**

1. - 3. September 2011 in Freising

Internationale Kongresse Renovabis  
15/2011

15. Internationaler Kongress  
Renovabis  
2011

# Ländliche Räume im Umbruch

Herausforderungen  
in Mittel- und Osteuropa

Veranstalter und Herausgeber:  
Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken  
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa

Redaktion: Christof Dahm (verantwortlich), Barbara Dreiling, Burkhard Haneke,  
Thomas Hartl (Mitarbeit)  
Thomas Schumann (Bildredaktion und Gestaltung)  
Fotos: Irma Biebl, Daniela Schulz und Thomas Schumann

© Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken  
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa,  
Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Herausgebers.  
Die hier abgedruckten Beiträge sind autorisiert. Sie stimmen nicht unbedingt und in jedem  
Fall mit der Meinung des Veranstalters und der Teilnehmer des Kongresses überein.

Umschlag: Thomas Schumann, Renovabis, Freising  
Herstellung: Vollnhals Fotosatz, Neustadt a. d. Donau

# INHALT

Vorwort .....	9
---------------	---

## I. ANSPRACHEN UND GRUSSWORTE

<i>Pater Stefan Dartmann SJ, Freising</i> Begrüßung der Kongressteilnehmer .....	13
---	----

<i>Bischof Dr. Gerhard Feige, Magdeburg</i> Eröffnung des 15. Internationalen Kongresses Renovabis .....	19
---	----

Grußworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 15. Internationalen Kongresses .....	23
---	----

## II. SCHLAGLICHTER – REFERATE – PODIUM

<i>András Koncz, Budapest</i> Schlaglicht: Pastorale Probleme in der ungarischen Provinz .....	67
---	----

<i>Teresa Kudyba, Opole</i> Schlaglicht: Region Oberschlesien – ein Beispiel für Veränderungen im ländlichen Polen .....	72
--	----

<i>Don Ante Luburić, Mostar</i> Schlaglicht: Nevesinje in der Herzegowina – Probleme einer vom Krieg betroffenen Region .....	78
---	----

<i>Dr. Filip Kaczmarek MdEP, Brüssel/Poznań</i> Grundlage und Perspektiven der europäischen Regionalentwicklung .....	84
<i>Alois Glück, Bonn</i> Der ländliche Raum im Wandel von der Industrialisierung bis zur Globalisierung .....	92
Diskussion zu den Referaten von Dr. Filip Kaczmarek MdEP und Alois Glück .....	106
Moderation: <i>Hubert Tintelott, Köln</i>	
<i>Dr. Gerhard Albert, Freising</i> Einführung in den zweiten Kongresstag .....	121
<i>Prof. Dr. Thomas Glauben, Halle</i> Strukturwandel in (Ost-)Europas ländlichen Regionen .....	124
<i>Dr. Larysa Kalachevska, Sumy</i> Moderne Entwicklungstendenzen in den ländlichen Räumen der Ukraine .....	148
<i>Dr. Aram Aristakesyan, Weidenbach</i> Strukturwandel und demografische Entwicklung in Armenien .....	155
Diskussion zu den Referaten von Prof. Dr. Thomas Glauben, Dr. Larysa Kalachevska und Dr. Aram Aristakesyan .....	168
Moderation: <i>Dipl.-Ing. (FH) Andreas Brinker, Oesede</i>	
<i>Dr. Gerhard Albert, Freising</i> Einführung in den dritten Kongresstag .....	185
<i>Bischof Jerzy Mazur SVD, Ełk</i> Antworten der Kirche auf strukturelle Veränderungen .....	187

Podiumsdiskussion: Pastorale Antworten auf Veränderungen in ländlichen Räumen .....	203
--	-----

Teilnehmer:

- Prof. Dr. Richard Hartmann, Fulda
- Schwester Margaret Hutnyk OSBM, Zhitomyr (Ukraine)
- Bischof Jerzy Mazur SVD, Ełk (Polen)
- Pfarrer Jürgen Schilling, Hannover

Moderation: *Magdalena Bogner, Neumarkt*

### III. BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

#### *Arbeitskreis 1*

Fünf Millionen Ukrainer im Ausland: Migration und Strukturwandel in der Ukraine – Fakten und Folgen .....	233
--	-----

#### *Arbeitskreis 2*

Land(wirt-)schaftliche Entwicklungsprozesse in Deutschland am Beispiel Bayerns .....	236
---	-----

#### *Arbeitskreis 3*

Folgen des Strukturwandels für die Identität der Menschen .....	239
---	-----

#### *Arbeitskreis 4*

Strukturwandel im ländlichen Raum Südosteuropas – Verödung und Neubelebung am Beispiel Bulgariens .....	241
--	-----

#### *Arbeitskreis 5*

Perspektiven für die Entwicklung der Kaukasusregion .....	244
---	-----

#### *Arbeitskreis 6*

Pastorale Antworten auf strukturelle Veränderungen – ein Blick nach England, Frankreich und Russland .....	246
---	-----

Anhang:

*Dr. Jill Hopkinson*

Zur Situation der Pastoral im ländlichen England ..... 248

*Arbeitskreis 7*

Familiäre Krisensituationen im ländlichen Raum

(mit Schwerpunkt Rumänien) ..... 259

#### IV. SCHLUSSWORT

*Pater Stefan Dartmann SJ, Freising* ..... 263

Teilnehmerliste des 15. Internationalen Kongresses Renovabis ..... 268



# Vorwort

Wer heute, fast ein Vierteljahrhundert nach den politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, diese Länder bereist und Vergleiche zur Situation vor der „Wende“ zieht, wird rasch feststellen, dass sich das Verhältnis zwischen Stadt und Land, Metropole und Provinz, vielerorts dramatisch verändert hat. Abwanderung in die großen Städte, massiver Bevölkerungsrückgang in Kleinstädten und Dörfern, ja sogar Aufgabe von Klein- und Streusiedlungen in abgechiedenen Wald- und Bergregionen lassen sich nahezu überall beobachten. Von Land zu Land gibt es sicher Unterschiede, wobei man dennoch pauschal sagen kann: Je weiter man nach Osten oder Südosten kommt, desto stärker lassen sich diese Beobachtungen machen.

Fragt man nach den Ursachen, stößt man auf ein ganzes Bündel von Faktoren. An erster Stelle steht als Folge des Zusammenbruchs der Arbeitsmärkte die Suche nach Arbeit, die besonders die jüngere Generation zum Verlassen der Heimat zwingt – mit schwerwiegenden Folgen für die Familien, aber auch für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung („brain drain“). Leidtragende sind außerdem Angehörige nationaler oder religiöser Minderheiten, besonders die Roma, denn in Notzeiten neigen die Menschen oft dazu, die Schuld beim „Anderen“ zu suchen. Als weitere Ursache sind die Spätfolgen der massiven Umweltschäden zu nennen, die der Kommunismus als verhängnisvolles Erbe hinterlassen hat – Bodenerosion, Verseuchung von Ackerland, Gewässern und Wäldern zerstören die natürlichen Lebensräume und beschleunigen die Abwanderung der Menschen. Schließlich muss auch der demografische Wandel genannt werden, der sich gerade im Ostteil Europas rasant bemerkbar macht.

Der 15. Internationale Kongress Renovabis führte Experten aus ganz Europa zusammen, die zum einen die Fakten offenlegten, zum anderen Ansätze zur Verbesserung der Situation im ländlichen Raum vorstellten. Den Kirchen kommt, die beim Kongress deutlich wurde, bei der

Bewältigung der Krise eine wesentliche Rolle zu; sie müssen allerdings auch bereit sein, sich für neue Wege der Pastoral in ländlichen Räumen zu öffnen.

Der vorliegende Dokumentationsband, der leider aufgrund verzögerter Bearbeitungsrückläufe später als vorgesehen erscheint, enthält die für die Drucklegung überarbeiteten Beiträge des Kongresses sowie weiteres Informationsmaterial, das zum Nachdenken über ein Thema anregen soll, das auch in den kommenden Jahren die Menschen in ganz Europa bewegen wird.

Allen, die an der Vorbereitung und Gestaltung des Kongresses sowie an der Entstehung der Dokumentation mitgewirkt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

*Freising, im April 2013*

*Christof Dahm, Redaktion*



## I. Ansprachen und Grußworte





Pater Stefan Dartmann SJ, Freising

## **Begrüßung der Kongressteilnehmer**

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Renovabis-Kongresses!

Bereits zum 15. Mal lädt Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, zu ihrem Internationalen Kongress ein. Ich freue mich sehr, Sie dazu erstmals in der Rolle als Hauptgeschäftsführer hier auf dem altehrwürdigen Domberg begrüßen zu dürfen. Auch in diesem Jahr dürfen wir wieder die Aula des Dom-Gymnasiums nutzen. Für diese Gastfreundschaft sind wir sehr dankbar.

Rund 330 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 29 Ländern haben sich zum Kongress angemeldet. „Ländliche Räume im Umbruch. Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa“ haben wir dieses Jahr als Thema gewählt. Wir wollen dabei vom Befund in Mittel- und Osteuropa ausgehen, wo viele Anzeichen wahrnehmbar sind, die auf strukturelle Veränderungen hindeuten bzw. solche unübersehbar machen. Hier stellen sich mannigfaltige Herausforderungen für die Menschen, die Umwelt, die Politik und nicht zuletzt für die Kirche in ihrer Verantwortung für die Menschen.

Auch Westeuropa kennt regional einen bereits über viele Jahre andauernden Wandlungsprozess von Landschaften und in diesen beheimateten sozialen Gefügen, der häufig mit Schlagworten wie „Landflucht“ und in der Gegenbewegung sozusagen „zurück zur Natur“ umschrieben wird. Mittel- und Osteuropa ist vor dem Hintergrund der kommunistischen Vergangenheit sowie der radikalen wirtschaftlichen Veränderungen im Zuge der politisch-gesellschaftlichen Umbrüche noch einmal auf eigene, nur zu oft höchst alarmierende Weise von diesen Umbrüchen betroffen.

Der Kongress will verschiedene Facetten dieser Entwicklungen in den Blick nehmen und sich besonders mit deren Auswirkungen auf die Lebens- und Glaubenswelt, auf die Kultur und die Tradition befassen. Probleme, aber auch Chancen sollen benannt, vor allem aber soll auch versucht werden, Perspektiven für ressourcenorientierte Neuansätze im Umgang mit den genannten Phänomenen aufzuzeigen. Peter Kardinal Turkson, der Präsident des Päpstlichen Rates Justitia et Pax, hat – übrigens verbunden mit seinen besten Wünschen für unseren Kongress – daran erinnert, dass die katholische Kirche dieses Jahr des fünfzigjährigen Jubiläums der Veröffentlichung der Enzyklika „Mater et Magistra“ gedenkt. In diesem Rundschreiben hat Papst Johannes XXIII. 1961 mit klaren Worten auf die schwierige, ja schlechte Lage der Landbevölkerung in vielen Ländern hingewiesen.

Im letzten Jahr lautete die Überschrift des Kongresses „In Verantwortung für die Schöpfung. Ökologische Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa“ – die bedeutende Rolle, welche gerade ländliche Räume für das ökologische Gleichgewicht haben, brauche ich nicht eigens auszuführen. Der Aspekt der Schöpfungsverantwortung – und dazu gehört immer auch der Mensch als ein Teil der Schöpfung – dient mir vor dem Hintergrund der biblischen Schöpfungsgeschichte, in der Gott den siebten Tag der Woche als Ruhetag bestimmte, als Brücke zum Hinweis auf eine Initiative, die sich für die Förderung des Schutzes arbeitsfreier Sonntage und angemessener Arbeitszeiten einsetzt. Renovabis hat sich der Anfang dieses Jahres gegründeten „Europäischen Sonntagsallianz“ angeschlossen, weil wir das von dieser Allianz vertretene Anliegen für sehr wichtig halten und es auch von unseren Partnern in Mittel- und Osteuropa an uns herangetragen worden ist. Die Gründungserklärung der „Europäischen Sonntagsallianz“ liegt am Infostand hier in der Aula aus und kann auch an der Pinnwand nachgelesen werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn auch Sie sich an der Unterstützung dieser Aktion beteiligen würden.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Ablauf des diesjährigen Renovabis-Kongresses sagen:

Am heutigen Donnerstag stehen nach den *länderbezogenen Schlaglichtern* zwei Referate im Mittelpunkt, die insbesondere die Entwicklungspolitik bezüglich des ländlichen Raumes thematisieren. Dazu muss ich Ihnen leider mitteilen, dass Frau Professor Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für Regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments, die eigentlich eines der Referate halten sollte, wegen eines anderen wichtigen Termins absagen musste. Sie hat uns einen persönlichen Brief mit einigen Überlegungen zu den Gemeinsamkeiten der Mission von Renovabis und der Europäischen Union geschrieben.<sup>1</sup>

Hinweisen möchte ich Sie schon jetzt auf die *meditative Andacht*, die heute Abend in der Martinskapelle des Kardinal-Döpfner-Hauses stattfinden wird. Sie wird, obwohl wir in diesem Jahr ungewöhnlich viele Bischöfe zu Gast haben, bewusst von Laien gestaltet, um auch auf die Situation aufmerksam zu machen, die für viele ländliche Regionen Realität ist, den priesterlosen Gottesdienst. Die Andacht soll dies ein wenig verdeutlichen.

Morgen werden wir uns mit der *wissenschaftlichen Perspektive des Strukturwandels* in den ländlichen Regionen befassen und in den Arbeitskreisen beispielhaft einige Aspekte und Ländersituationen genauer in den Blick nehmen. Als besonderes „Schmankerl“ steht zum Ausklang des Tages ein „*Bayerischer Abend*“ auf dem Programm. Am Samstag schließlich wird es um die *Rolle der Kirchen* gehen und die Antworten, welche die Kirchen auf die mit den Veränderungen verbundenen pastoralen Herausforderungen gibt.

Repräsentanten der Kirchen, Geistliche und Laien, Politiker, Wissenschaftler und Experten, Vertreter zahlreicher Organisationen und Einrichtungen sind unserer Kongresseinladung gefolgt. Ihnen allen spreche ich meinen herzlichen Willkommensgruß aus.

Ein besonderer Gruß gilt allen geistlichen Würdenträgern und Vertretern der katholischen Kirche, sowohl der römisch- als auch der griechisch-katholischen Kirchen. Ihnen allen gilt mein Willkommensgruß,

---

<sup>1</sup> Der Brief ist auch unten auf S. 52-54 abgedruckt.

auch wenn ich sie wegen der außerordentlich großen Zahl an dieser Stelle nicht einzeln nennen kann – allein 19 Bischöfe haben wir hier zu Gast, ein Rekord für unseren Kongress!

Als Repräsentant der Deutschen Bischofskonferenz und Vorsitzender des Aktionsausschusses von Renovabis wird Bischof Dr. Gerhard Feige von Magdeburg nachher den Kongress offiziell eröffnen. Herzlich willkommen und vielen Dank im Voraus, lieber Herr Bischof!

Sehr gerne begrüße ich auch die zahlreichen Mitglieder von Ordensgemeinschaften, die unter uns sind. Ganz herzlich willkommen heißen möchte ich Sr. Ludgardis Craeynest, Präsidentin der UCESM, der Europäischen Ordensobernvereinigung. Grüßen möchte ich weiterhin die Vertreter katholischer Organisationen, die mit Renovabis verbunden sind. Stellvertretend genannt sei das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, dessen Präsident, Alois Glück, auch zum Kreis der Referenten zählt. Unter den Mitgliedsverbänden des ZdK möchte ich in diesem Jahr besonders die Katholische Landvolkbewegung hervorheben, weiterhin die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas, Dr. Declan Murphy vom Office to Aid the Catholic Church in Central and Eastern Europe der US-Amerikanischen Bischofskonferenz, die Niederländische Stiftung Communicantes sowie die Ackermann-Gemeinde mit ihrem Bundesgeschäftsführer Matthias Dörr. Die Geschäftsführerin von Kirche in Not, Susanne Zeidler, musste leider ihre Teilnahme kurzfristig absagen.

Ein herzliches Grüß Gott gilt den Mitgliedern der Gremien von Renovabis und unseren Ansprechpartnern sowie den Weltkirchereferenten in den deutschen Diözesen und natürlich auch ein herzliches Grüß Gott meinen beiden Vorgängern, Pater Eugen Hillengass SJ und Pater Dietger Demuth CSsR.

Ein ganz herzliches Willkommen gilt allen Angehörigen der orthodoxen Kirchen, mit denen Renovabis auf vielfältige Weise zusammenarbeitet. Ich freue mich ebenso, dass auch Mitglieder der Armenischen Apostolischen Kirche hier nach Freising gekommen sind. Als offiziellen Vertreter namentlich begrüßen möchte ich den ehrwürdigen Vater Mushegh Babayan aus Etchmiadzin.



Unsere Gäste aus den evangelischen Kirchen heiße ich ebenfalls sehr herzlich willkommen. Eine besondere Freude ist es mir auch, dass wir mit Dr. Jill Hopkinson vermutlich erstmals auch eine Vertreterin der anglikanischen Church of England, bei uns haben. Schön, dass Sie hier sind!

Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments und Mitglied des Ausschusses für Entwicklung wird freundlicherweise Dr. Filip Kaczmarek den Part von Frau Professor Hübner übernehmen – herzlichen Dank dafür! Sie sind uns sehr willkommen.

Interesse gefunden hat unser Kongressthema auch bei Dr. Sixtus Laner, früherer Vizepräsident der Union Europäischer Christdemokraten und ehemaliger Generalsekretär der sterreichischen Volkspartei. Seien auch Sie herzlich gegrt!

Mein herzliches Gr Gott gilt auch allen Vertretern der diplomatischen und konsularischen Korps. Besonders begrüßen möchte ich Frau Generalkonsulin Elbieta Sobtka vom Polnischen Generalkonsulat in München sowie Generalkonsul Vladimir Duvnjak vom Generalkonsulat der Republik Kroatien.

Als Repräsentanten der Stadt Freising heiße ich von Herzen Herrn Oberbürgermeister Dieter Thalhammer willkommen. Er nimmt heute zum letzten Mal in dieser Funktion am Kongress teil, denn im kommenden Frühjahr wird er aus dem Amt ausscheiden. So möchte ich die Gelegenheit nutzen, ihm auch vor dem Kongresspublikum für seine jahrelange wohlwollende Begleitung und Unterstützung von Renovabis zu danken.

Ein besonders herzlicher Willkommensgr gilt allen Referenten, Mitwirkenden an Podiumsgesprchen und Arbeitskreisen sowie den Moderatoren. Schon jetzt sei Ihnen herzlich gedankt, dass Sie sich zur Übernahme dieser Aufgaben bereit erklärt haben.

Nicht zuletzt begrüße ich die Vertreter der Presse und der Medien, verbunden mit der Hoffnung, dass Impulse und Ergebnisse unserer Zu-

sammenkunft durch Sie auch über die Kongressteilnehmer hinaus einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt werden.

Im Übrigen freue ich mich, dass einige engagierte junge Männer und Frauen zu uns gekommen sind, die unter Betreuung der Initiative „Christen für Europa“ (ICE) in Kooperation mit Renovabis in verschiedenen sozialen Einrichtungen in Mittel- und Osteuropa im vergangenen Jahr einen Freiwilligendienst absolviert haben oder das im kommenden Jahr tun werden. Ein Teil von ihnen wird auch einen Arbeitskreis mitgestalten.

Aus nah und fern haben Renovabis Grußbotschaften erreicht, in denen dem Kongress ein guter und erfolgreicher Verlauf gewünscht wird und die Bemühungen um das wichtige Thema gewürdigt werden. Es würde zu lange dauern, alle Grußworte im Einzelnen zu nennen, geschweige denn hier vorzulesen. Erwähnen möchte ich die Grüße des Präsidenten des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kurt Kardinal Koch, des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Robert Zollitsch, des Vorsitzenden der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Ludwig Schick, sowie des Vorsitzenden des Trägerkreises von Renovabis, Erzbischof Joachim Kardinal Meisner, außerdem die Grüße des Erzbischofs von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx, des Auslandsbischofs der Evangelische Kirche in Deutschland, Bischof Martin Schindehütte, weiterhin das Grußwort des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Jerzy Buzek, und das Grußwort der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel. Heute hat uns dann noch das Grußwort des Heiligen Vaters erreicht, das ich gleich verlesen werde.<sup>2</sup>

Gerne übergebe ich Herrn Oberbürgermeister Thalhammer nun das Mikrophon. Uns allen wünsche ich Gottes Segen für ein gutes Gelingen des Kongresses, anregende Gespräche und neue Impulse für den Umgang mit den Herausforderungen der Veränderungen in den ländlichen Räumen.

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu auch unten S. 29.

Bischof Dr. Gerhard Feige, Magdeburg

## Eröffnung des 15. Internationalen Kongresses Renovabis

Sehr verehrte Gäste aus nah und fern, liebe Vertreterinnen und Vertreter aus den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern, für die Renovabis sich seit vielen Jahren engagiert, verehrte Mitbrüder im Bischofs-, Priester- und Diakonenamt, liebe Ordenschristen, meine Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder!

Als Vorsitzender des Aktionsausschusses Renovabis und der Arbeitsgruppe „Kirchen des Ostens“ der Deutschen Bischofskonferenz freue ich mich, diesen 15. Internationalen Kongress Renovabis eröffnen zu dürfen. Er steht unter dem Thema „Ländliche Räume im Umbruch“:



Was für wunderschöne Landschaften gibt es doch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa; viele davon sind idyllisch und faszinierend zugleich! Und doch lädt ihr Zustand immer mehr zum Nachdenken ein. Weithin bestimmen in dieser Region ländliche Räume und damit verbundene Lebens- und Wirtschaftsformen das Bild des jeweiligen Gesamtstaates. Ihnen kommt sogar eine wichtige Funktion bei der Entstehung und Gestaltung nationaler Identitäten zu. In zahlreichen Staaten gelten Land, Landbewirtschaftung und die dadurch entstandenen Kulturlandschaften als nationales Erbe, dessen Erhaltung und Verteidigung zu einer wichtigen staatlichen Aufgabe stilisiert werden.

Darüber hinaus haben ländliche Räume eine zentrale Bedeutung in der Produktion von Nahrungsmitteln und anderen Waren und Gütern aus der Land- und Forstwirtschaft. Zudem weisen sie besondere sozio-

ökonomische und kulturelle Funktionen auf. Dazu zählen etwa ihr hoher Erholungswert und ihr Potenzial zur Erhaltung kultureller Besonderheiten und Traditionen. Nicht zuletzt stellen sie Lebensraum für die Pflanzen- und Tierwelt zur Verfügung und tragen zur Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen wie Wasser, Boden und Luft bei. Damit sind sie von enormer Bedeutung für die Umwelt. Doch gerade diese Umwelt ist „auf dem Land“ besonders gefährdet. Hier zeigen sich durch das Abholzen von Wäldern, die Wasserverschmutzung und die Verödung ganzer Flächen die „Grenzen des Fortschritts“ sehr massiv. Das hatte auch schon die diesjährige Renovabis-Pfingstaktion mit im Blick. Unter dem Motto „Gottes Schöpfung – uns anvertraut“ ging es jedoch nicht nur darum, auf solche Umweltprobleme hinzuweisen, sondern vielmehr deutlich zu machen, dass uns Christen der Umgang mit der Schöpfung in Verantwortung vor Gott und den Menschen nicht gleichgültig sein kann.

Bislang standen ländliche Regionen auch in besonderer Weise für den Erhalt von Identität, christlicher Kultur und Wertevermittlung, für Heimatung, soziale Geborgenheit und dörfliche Gemeinschaft. Sie waren und sind ein wertvoller Lebensraum, den es durch eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung zu erhalten gilt. Leider finden sich jedoch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa inzwischen viele Beispiele dafür, wie der ländliche Raum vernachlässigt wurde, sich entvölkert hat und jahrhundertealte Traditionen gefährdet oder bereits untergegangen sind. Auch die Existenz christlicher Gemeinden und die Seelsorge sind davon betroffen. Wie kann und soll Kirche auf dem Land präsent bleiben?

Diese Frage beschäftigt auch mich als Bischof eines ostdeutschen Bistums enorm. Mehr noch als in anderen Teilen Deutschlands macht uns die demografische Entwicklung zu schaffen: viele junge Leute ziehen aus unserer Region fort, die Überalterung schreitet deutlich voran, auf den Dörfern gibt es nur noch wenige Katholiken, etwa 80 Prozent der Bevölkerung gehören überhaupt keiner Kirche oder anderen Religion an, und eines unserer Gebiete – die westliche Altmark – gehört mit 40 Einwohnern pro km<sup>2</sup> zu den am dünnsten besiedelten Gegenden ganz

Deutschlands. Das ist im Vergleich zu dem, was viele von Ihnen erleben, sicher noch nicht so dramatisch, für uns aber schon eine große Herausforderung.

Damit Kirche in solchen Verhältnissen vor Ort – d. h. in kleinen Dörfern und verstreuten Ansiedlungen – auch weiterhin leben kann, sind qualifizierte und engagierte Priester und Laien, Haupt- und Ehrenamtliche notwendig. Darum ist es für uns nicht unwichtig, auf aktuelle Entwicklungen im ländlichen Raum aufmerksam zu machen, Verantwortliche zu gewinnen, diese zu schulen und in ihrem bürgerschaftlichen und kirchlichen Engagement zu begleiten. Vielleicht könnte dadurch zugleich auch die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen aus den ländlichen Räumen („brain drain“) eingedämmt werden.

Insgesamt müssen wir als Kirche sicher in vielen Regionen neue Wege beschreiten, um die Menschen zu erreichen. Und diese Wege können – man denke etwa an die Tätigkeit von Priestern in Russland – recht weit und mühselig sein. Sollte sich aber der Einsatz nicht lohnen? Viele von Ihnen haben damit schließlich schon erfreuliche Erfahrungen gemacht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen anregende Erkenntnisse und herzliche Begegnungen! Hiermit ist der Kongress eröffnet.



**Grußworte an die  
Teilnehmerinnen und Teilnehmer  
des 15. Internationalen  
Kongresses Renovabis**





# Grußworte von kirchlichen Würdenträgern



## **Grußwort des Vorsitzenden der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland**

Eines der wenigen Bilderbücher, das mir als Kind in die Hände fiel, zeigte ein Bild, das „Der Fuchs als Anwalt“ überschrieben war. Zu sehen war ein Fuchs, der mit einer Robe bekleidet und einer etwas unförmigen Brille auf der Nase vor einem Gericht auftrat. Selbst wenn ich damals noch gar nicht wusste, was ein Gericht ist, merkte ich doch, dass hier zwei Dinge zusammengefasst wurden, die eigentlich gar nicht zusammengehören: hier die Welt der Wildtiere und dort die Welt der Menschen.

Ich hatte dieses Bild aus meinen Kindertagen längst vergessen, als ich Anfang der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts nach Deutschland kam, etwa zeitgleich mit Tausenden meiner griechischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die als Migranten aus den ländlichen Regionen insbesondere Nordgriechenlands in die Bundesrepublik kamen. Irgendwann stellte ich aber fest, auch hier waren es zwei völlig unterschiedliche Welten, die aufeinanderprallten: hier die Menschen aus der mehr oder weniger zukunftslosen Perspektive einer monokulturellen Agrargesellschaft, dort die aufstrebende Industriegesellschaft im Aufschwung der sechziger Jahre. Tabakpflückerinnen standen nun am Fließband, Gemüsebauern und Viehzüchter waren nun Kranführer oder Gabelstaplerfahrer. Menschen, die bedingt durch den Krieg und die Besetzung Griechenlands häufig eine nur geringe Schulbildung genossen hatten, mussten sich nun in einer fremden Sprache und Kultur behaupten. Und dieses Leben in der „fremden Welt“ hatte auch andere Folgen: Die Rolle der Geschlechter veränderte sich, politische Parteien und Gewerkschaften traten in das Leben dieser Migranten und, last but not least, die Beziehung zur Kirche wandelte sich. Da war nicht nur der Wechsel von einer de facto monokonfessionellen Gesellschaft zu einer multikonfessionellen, ja später sogar multireligiösen Gesellschaft: Zur nationalen Entwurzelung kam auch die religiöse Diasporasituation. Und sogar das ursprünglich griechische Wort „Ökumene“ mussten die Griechen neu lernen.

Viele meiner Landsleute mussten sich – ähnlich wie der Fuchs als Anwalt – auf fremdem Terrain bewähren; inzwischen sind sie, dies ist allgemein anerkannt, hervorragend in die hiesige Gesellschaft integriert, und nicht ohne Stolz darf ich jenen zustimmen, die sagen, dazu hat die Griechisch-orthodoxe Metropole von Deutschland entscheidend beigetragen. Der Umbruch der ländlichen Räume, welcher das Thema des 15. Internationalen Renovabis-Kongresses 2011 ist, betrifft also nicht nur Mittel- und Osteuropa, sondern auch unsere deutsche gesellschaftliche und kirchliche Realität. Dies konnte ich selbst miterleben und mitgestalten. Nicht zuletzt deswegen hätte ich gerne am diesjährigen Renovabis-Kongress teilgenommen; leider ist mir dies wegen anderer Verpflichtungen nicht möglich. So übermittle ich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf diesem Weg meine herzlichen Segenswünsche für einen erfolgreichen Kongress!

*Metropolit Augoustinos von Deutschland und  
Exarch von Zentraleuropa*

## Grußbotschaft des Heiligen Vaters<sup>3</sup>

Papst Benedikt XVI. hat mit Freude davon Kenntnis erhalten, dass vom 1. bis zum 3. September der 15. Internationale Kongress von Renovabis, der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken in Mittel- und Osteuropa, stattfindet. Dazu übermittelt der Heilige Vater allen Teilnehmern seine Segensgrüße. Mit dem für die Tagung gewählten Thema „Ländliche Räume im Umbruch. Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa“ soll der Blick auf das Phänomen der Landflucht in vielen Regionen Europas gelenkt und Hilfestellungen für die betroffenen Menschen erarbeitet werden. Das Leben des menschgewordenen Gottessohnes, der Flucht und Migration auf sich genommen hat, zeigt uns die Nähe Gottes mit allen, die auf der Suche nach dem Lebensnotwendigen und einer Heimat sind. Zugleich hat uns seine Liebe auch die volle Würde unseres Menschseins offenbart. So soll die bedingungslose Solidarität Jesu auch unsere Überlegungen und unser Handeln bestimmen. Gott stärke die Bemühungen zum Aufbau einer Völkergemeinschaft in Gerechtigkeit und Frieden. Dazu erbittet Papst Benedikt XVI. allen Teilnehmern reichen Segen.

*Prälat Peter B. Wells,  
Assessor des Staatssekretariats*

---

<sup>3</sup> Die Grußbotschaft wurde von Pater Dartmann verlesen (vgl. oben S. 18).

## **Grußwort des Präsidenten des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen**

Hochwürdiger Pater Dartmann,

in meinen Gruß an Sie persönlich schließe ich gerne auch meine herzlichen Grüße an alle Teilnehmer am XV. Internationalen Kongress von Renovabis ein.

Ich beglückwünsche Sie für das gewählte Thema „*Ländliche Räume im Umbruch. Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa*“. Aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Umbrüche und der damit verbundenen radikalen wirtschaftlichen Veränderungen haben Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen. Auf der Suche nach einem besseren Leben sind sie in die Städte oder ins westliche Ausland abgewandert. Unter den vielen Menschen, die in den Westen gegangen sind, finden sich auch viele Gläubige der verschiedenen orthodoxen Kirchen. Neben den Schwierigkeiten, in denen sich diese Menschen befinden, hat diese neue Situation auch neue Möglichkeiten eröffnet, damit Katholiken und Protestanten öfter den Orthodoxen begegnen, einander kennen lernen und konkrete Hilfe leisten können, beispielsweise neuen orthodoxen Gemeinden Kirchen für den Gottesdienst zur Verfügung zu stellen. Auf diesem Weg wird der Dialog zwischen den verschiedenen Kirchen konkret, auch wenn er nicht immer leicht ist, und zwar vor allem wegen des Mangels an Vertrauen, das freilich dank der persönlichen Kontakte wachsen kann. Auf der anderen Seite befinden sich auch Gläubige, die sich in Städten in der eigenen Heimat aufhalten, oft in nicht nur materieller, sondern auch spiritueller Not, da oft nicht genügend Kirchen und andere Räume für verschiedene Versammlungen und Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Diese neue und schwierige Situation gibt auch gute Gelegenheiten für den interkonfessionellen Dialog auf dem Weg zur vollen Einheit der Christen, nach der wir alle uns sehnen. Von daher ist die Solidarität von Renovabis und andern Stiftungen immer wieder gefragt, die wir mit großer Wertschätzung zur Kenntnis nehmen dürfen.

Gerne erwähne ich bei dieser Gelegenheit auch dankbar die Hilfe, die Renovabis seit der Gründung dem Heiligen Vater und unserem Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen schenkt. Auf diesem Weg werden Projekte und Aktivitäten, die unser Rat im Komitee für die kulturelle Zusammenarbeit zugunsten der orthodoxen und der orientalisch-orthodoxen Kirchen ausführt, erst möglich.

Ich hoffe und wünsche, dass der 15. Internationale Kongress von Renovabis klare Orientierungen zu geben und den Rahmen zu umschreiben vermag, innerhalb dessen geistige und praktische Projekte realisiert werden können, die für Katholiken und die anderen Christen auf unserem Kontinent hilfreich sein werden.

Indem ich Sie alle mit meinem Gebet begleite, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen und guten Segenswünschen

*Kurt Kardinal Koch*

## **Grußwort des Erzbischofs von München und Freising**

Auch in diesem Jahr greift Renovabis ein wichtiges und brisantes Thema der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa auf und schließt inhaltlich damit auch an den letzten Kongress zum Thema „In Verantwortung für die Schöpfung“ an. Die ländlichen Räume sind nicht nur in Mittel- und Osteuropa im Umbruch. Auch in unserer bayerischen Heimat kennen wir Sorgen um die Bewahrung und Entwicklung des ländlichen Raumes. Aber vor allem schätzen wir die Natur- und Kulturlandschaft, die der ländliche Raum in all seiner Vielfalt bietet.

Das diesjährige Kongressthema stellt diesen Lebensraum in zweifacher Hinsicht in den Mittelpunkt: in Verantwortung für die Schöpfung und in Verantwortung für die Menschen. Denn über Jahrhunderte hinweg war der ländliche Raum der Lebensraum für den größten Teil der Menschen. Heute soll er immer mehr Anforderungen gleichzeitig gerecht werden. Nach wie vor bietet er den Boden, auf dem unsere Nahrung wächst, und der Anspruch an eine verträgliche landwirtschaftliche Nutzung ist höher geworden, insbesondere unter dem umfassenden Kriterium der Nachhaltigkeit. Zugleich nimmt die Bedeutung im Rahmen des Ausbaus der Bioenergie zu, einer erneuerbaren Energie mit ambivalenten Wirkungen.

Auch ist der ländliche Raum häufig eine Art Vorratsfläche für Verkehrs- und Energieinfrastruktur und Industriestandort und damit oft auf ein Ballungszentrum oder eine größere Stadt hingebunden. Daraus erwächst die Gefahr, den ländlichen Raum nicht mehr in seinem Eigenwert zu sehen und zu schätzen. Denn vor allem sollte er Lebensraum für die Menschen sein und bleiben. Die massive Abwanderung zeigt jedoch, dass er das immer weniger ist, und dafür gibt es Gründe. Häufig fehlen wichtige infrastrukturelle Einrichtungen, etwa im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Aber vor allem fehlen im ländlichen Raum oft Arbeitsplätze, sodass Menschen auf der Suche nach Existenzsicherung für sich und ihre Familien abwandern.



In Mittel- und Osteuropa ist diese Situation verschärft durch die langfristig wirksamen Folgen des Kommunismus, der durch seine Form der landwirtschaftlichen Nutzung die Lebensmöglichkeiten im ländlichen Raum erheblich verschlechtert hat. Auch die geänderten politischen Verhältnisse konnten die Lage bisher in vielen Gebieten nicht entscheidend verändern. Zunehmende Spekulationen mit Land und Nahrungsmitteln erhöhen den Druck weiter. Die Gefahr, dass Dörfer und Kleinstädte weiter veröden und ländliche Kultur und Lebensweisen verloren gehen, wächst damit. Diese Entwicklung hat auch Folgen für die Kirche, die nahe bei den Menschen sein will. Die Prägekräft des christlichen Glaubens war im ländlichen Raum besonders stark, und in weiten Teilen ist sie es auch heute noch.

Die Herausforderungen, die aus diesem komplexen Wandel des ländlichen Raumes entstehen, sind hoch. Das kirchliche Hilfswerk Renovabis widmet sich intensiv seinem Auftrag, mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa solidarisch zu sein und auf deren Situation aufmerksam zu machen. Der 15. Internationale Kongress Renovabis hat sich vorgenommen, Perspektiven für eine positive Entwicklung der betroffenen Regionen und der dort lebenden Menschen aufzuzeigen. Für dieses Engagement danke ich allen Verantwortlichen. Und ich wünsche allen Kongressteilnehmern, dass Sie Ihre Analysen vertiefen und weiterführende Optionen in Verantwortung für Gottes Schöpfung und in Verantwortung für die Menschen miteinander erarbeiten können. Möge Ihr Austausch gelingen und mögen Sie einander offen begegnen!

So grüße ich Sie herzlich und erbitte Ihnen den Segen Gottes!

*Reinhard Kardinal Marx*

## Grußwort des Erzbischofs von Köln

Verehrte, liebe Mitbrüder im Bischofsamt, sehr geehrte Referenten, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses!

Selbst in der schlesisch-ländlichen Stadtgemeinde Lissa und dem thüringischen Dorf Körner in Mitteleuropa geboren und aufgewachsen, ist es mir eine große Freude, besonders unter Ihnen auch die Referenten und Teilnehmer aus den Ländern Osteuropas zu begrüßen. Aus der rheinischen Metropole Köln sende ich Ihnen allen im süddeutschen Freising meine besten Wünsche zu dem 15. Internationalen Kongress der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa. Aus meinem eigenen Lebensweg und meinen vielfältigen Besuchen sowie Kontakten in Osteuropa weiß ich, dass auch nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und dem Zusammenbruch der kommunistischen Machtstrukturen das neue gesellschaftliche Leben die Menschen in Mittel- und Osteuropa vor besondere Herausforderungen stellt.

Noch stärker als in West- und Südeuropa erleben wir mit Ihnen, dass nach dem Abbau von Arbeitsplätzen zahlreiche Menschen aus Mittel- und Osteuropa ihre Heimat und den ländlichen Raum verlassen, um sich bessere Existenzmöglichkeiten in den Städten oder im westlichen Ausland zu suchen. So sehr dieser Prozess des Zusammenwachsens in Europa zu begrüßen ist, führt er doch in den betroffenen Regionen sehr oft zu einer Verödung von Dörfern und Kleinstädten sowie zur Entfernung aus der örtlichen Gesellschafts- und Glaubens-tradition. Wie der selige Papst Johannes Paul II. es schon frühzeitig erkannt hat, steht damit die notwendige „Neuevangelisierung Europas“ vor besonderen Herausforderungen. Und was eine „Seelsorge der weiten Wege“ wirklich bedeutet, wissen Sie wohl noch immer besser als wir im westlichen Europa.

Da es nicht nur umfangreicher Anstrengungen zur Entwicklung der Zivilgesellschaft bedarf, muss die moderne Seelsorge in der Lage sein, dem Menschen in allen Lebenssituationen zu begegnen und die Bot-

schaft des Evangeliums zu verkünden. Weil Landbewirtschaftung und die dadurch entstandenen Kulturlandschaften besonders in den Staaten Mittel- und Osteuropas als nationales Erbe gelten, dürfen die ländlichen Räume nicht zu reinen Ergänzungsräumen für den städtischen Raum werden, sondern müssen sich als eigenständige Lebensräume nun erneuern und weiterentwickeln. Deshalb wünsche ich Ihrem Kongress ertragreiche Reflexionen und Erkenntnisse, wie die Kirche auf diesen Wandel zu antworten hat. Der christliche Glaube motiviert uns nicht nur, diese aktuellen Entwicklungen ernsthaft zu analysieren, sondern aktiv die Herausforderungen anzugehen und verantwortungsvolle katholische Christen zu gewinnen, diese im Glauben zu schulen und sie in ihrem bürgerlichen und kirchlichen Engagement zu begleiten.

Allen Kongressteilnehmerinnen und Kongressteilnehmern übersende ich auf die Fürsprache der Allerseligsten Jungfrau Maria und der Patrone Europas, namentlich der heiligen Cyrill und Methodius, gern meinen bischöflichen Segen.

*Joachim Kardinal Meisner*



## Grußwort des Erzbischofs von Warschau

Sehr geehrter Pater Stefan Dartmann,

ich bedanke mich bei Ihnen herzlich für Ihre Einladung. Leider ist es mir nicht möglich zu kommen, obwohl ich gerne an Ihrem Kongress teilnehmen würde, weil das Thema sehr interessant und aktuell für das heutige Europa ist.

Heutzutage bemerke ich als Erzbischof einer großen mitteleuropäischen Stadt, dass die Massmigration, die in ganz Europa, sowohl in Ost-, West-, Mittel- als auch in Südeuropa stattfindet und deren Augenzeugen wir sind, für die Kirche ganz neue Anforderungen mit sich bringt. Leider muss ich feststellen, dass wir als Kirche darauf noch nicht gut genug vorbereitet sind. Die derzeitigen politisch-gesellschaftlichen Umbrüche fordern von der Kirche heute – wie es bereits Papst Johannes Paul II. gesagt hat und Papst Benedikt XVI. oft wiederholt – eine wahre evangelische Einstellung, weil nur eine solche „die Volksscharen, die erschöpft und hingestreckt“ sind (Mt 9,36), zu den Quellen des Lebens bringen kann.

Ich hoffe, dass der Renovabis-Kongress dieses Thema in verschiedenen Aspekten wirklich vertiefen wird und eine echte Hilfe in diesen komplizierten Situationen Europas darstellen wird.

*Kazimierz Kardinal Nycz*

## Grußwort des Erzbischofs von Bamberg

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 15. Internationalen Kongress Renovabis 2011!

Im letzten Monat habe ich als „Weltkirchenbischof“ Rumänien, Serbien, Ungarn und Polen bereist. Dabei ist mir der „Umbruch in den ländlichen Räumen“ dieser Länder ins Auge gesprungen. In vielen Dörfern, durch die ich gefahren bin, sind etliche Höfe und Häuser unbewohnt und zerfallen. Wunderschöne, große historische Kirchen werden durch Reparaturen an den Dächern vor dem Zerfall gerettet, im Inneren sind sie aber ziemlich heruntergekommen. In ihnen wird kaum noch Gottesdienst gefeiert. Es gibt dort nur noch wenige Gläubige und deshalb ist auch kein Pfarrer mehr vor Ort. Kleinere Parzellen der landwirtschaftlichen Nutzflächen liegen brach. Wenn man riesengroße Felder mit Getreide, Mais oder Sonnenblumen sieht, gehören diese oft westeuropäischen und auch amerikanischen Großagrariern. In den Dörfern sind die älteren Menschen zurückgeblieben, die unter Einsamkeit und Armut leiden. Ihre Kinder und Enkel sind in die Städte oder gleich nach Westeuropa, Amerika oder Australien gezogen, weil sie dort eher Arbeitsmöglichkeiten finden und den Kindern bessere Bildungschancen bieten können.

Die Landschaften dort sind wunderschön und man kann die Ruhe genießen. Die Menschen sind sehr gastfreundlich und liebenswürdig. Man kann diese Landstriche vor weiterer Entvölkerung bewahren, indem man die dort vorhandenen Möglichkeiten und Chancen nutzt. Der Tourismus kann zum Beispiel aufgebaut und Handwerk gefördert werden. Dafür ist es wichtig, eine bessere Infrastruktur zu schaffen und den Kindern und Jugendlichen Bildungsmöglichkeiten durch Schulen aller Art zu geben. Die Kirche muss präsent bleiben, um mit dem Glauben Hoffnung und Zuversicht zu verbreiten. Die kirchliche Caritas ist sehr wichtig und wirksam. Die Regierungen in den osteuropäischen Ländern müssen der Entwicklung des ländlichen Raumes mehr Aufmerksamkeit schenken, und auch Finanzen zur Verfügung stellen. Bisher sind sie zu sehr auf die Städte konzentriert. Das wird sich auf



Dauer aber negativ auswirken. Für ein gesundes wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben braucht jeder Staat und seine Bevölkerung sowohl die Städte als auch das Land. Beide müssen die Politiker im Blick haben, beides muss gefördert werden. Nicht zuletzt ist der ländliche Raum auch für den Erhalt und die Weitergabe des Glaubens wichtig.

Der Kongress Renovabis 2011, der sich mit „Ländlichen Räumen im Umbruch“ beschäftigt, stellt sich einer wichtigen „Herausforderung“. Ich wünsche dem Kongress viele gute Ideen und auch Beschlüsse, die den ländlichen Raum zum Wohl der Menschen in Osteuropa fördern.

*Dr. Ludwig Schick*

## **Grußwort des Vizepräsidenten des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland**

Mit dem Thema „Ländliche Räume im Umbruch. Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa“ greift die Aktion Renovabis eine besonders herausfordernde Fragestellung für die Kirchen in Europa auf. Demografische Entwicklungen, die Ausdünnung weiter Flächengebiete, die Verlagerung der finanziellen und wirtschaftlichen Ressourcen hin zu den urbanen Zentren erscheinen zunächst vor allem als strukturelle und administrative Herausforderungen.

In diesem Jahr fand vom 14. bis 16. Juni die erste Land-Kirchen-Konferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Gotha statt. Rund 70 Teilnehmende aus allen 22 Landeskirchen arbeiteten an der Herausforderung, wie kirchliche Präsenz in sich zunehmend ausdünnenden ländlichen Räumen zukünftig aussehen kann.

„Wir haben drei inhaltliche Schwerpunkte ausgemacht, an denen weitergearbeitet werden soll“, berichtete Katrin Göring-Eckardt, Präses der EKD-Synode. „Erstens darf die Region nicht nur als strukturelle Verwaltungseinheit wahrgenommen werden, sondern als inhaltliche Gestaltungsgröße. Zweitens brauchen wir Mut zum Loslassen: Bei welchen Aufgaben sagen wir Nein, um dafür andere, zukunftsweisende Aufgaben angehen zu können. Und drittens stellt sich die Frage, was die Veränderungen für das Selbstbild der Pfarrerinnen und Pfarrer, aber auch für ihr Gemeinde- oder Kirchenbild bedeuten.“ An diesen Fragen rings um die „Kirche in der Fläche“ wird als zentrales Zukunftsthema im Reformprozess der EKD und in den Landeskirchen weiter gearbeitet werden. Der Wunsch nach einer weiteren Land-Kirchen-Konferenz der EKD in Zusammenarbeit mit den Fachleuten vor Ort in einer Region wurde deutlich geäußert.

Die Kirchen stehen mit ihrem Zeugnis und ihrer Erfahrung für einen tieferreichenden Blick und stellen sich den damit verbundenen theologischen, das Menschsein in seinem Innersten berührenden Fragen. Sie

sind in der Lage, gerade im ländlichen Raum die Menschen vor Ort zu sehen, in denen die Ideen stecken, die für anstehende Veränderungen und neue Entwicklungen notwendig sind. Die Kirchen können integrierend wirken, auch Milieus übergreifen und zwischen Tradiertem und Neuem vermitteln, weil sie den Menschen und die Herausforderungen des menschlichen Zusammenlebens nicht nur organisatorisch, sondern auch seelsorgerlich erfassen können.

Der Aktion Renovabis ist zu der Initiative zu gratulieren, diese Fragestellungen in einem weiteren europäischen Kontext aufzugreifen, bei dem unterschiedliche historische und wirtschaftliche Ausgangsbedingungen aufmerksam wahrgenommen werden wollen.

So grüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 15. Internationalen Kongresses Renovabis sehr herzlich und wünsche den Beratungen ein gutes Gelingen.

*Bischof Martin Schindehütte,  
Leiter der Hauptabteilung für Ökumene und  
Auslandsarbeit im Kirchenamt der EKD*





## **Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz**

Vom 1. bis 3. September 2011 führt Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, den 15. Internationalen Kongress durch. Viele ausgezeichnete Referenten haben ihr Kommen angekündigt. Wie in den Vorjahren spiegelt sich in den Teilnehmerlisten die Vielfalt von Kirche und Gesellschaft in Ost und West. So bin ich sicher, dass sich der Kongress Renovabis einmal mehr als wichtiges, ja unersetzliches Forum internationaler Begegnung erweisen wird. Da ich leider nicht persönlich anwesend sein kann, grüße ich alle Teilnehmer herzlich. Ich wünsche dem Kongress einen guten und fruchtbaren Verlauf.

Der diesjährige Renovabis-Kongress widmet sich dem Thema „Ländliche Räume im Umbruch“. Wir stellen fest, dass die vergangenen Jahre überall in Mittel- und Osteuropa wirtschaftliche Strukturveränderungen in den ländlichen Gebieten mit sich gebracht haben. Damit verbunden vollzieht sich eine Abwanderung immer größerer Bevölkerungsgruppen vom Land in die Stadt. Diese Entwicklung folgt bekannten Mustern der wirtschaftlichen Modernisierung. Im westlichen Europa ist sie bereits in früheren Jahrzehnten in Gang gekommen, und auch aus ganz anderen Weltgegenden sind uns diese Phänomene bekannt. Gerade darum lohnt das gemeinsame Gespräch. Es gibt uns Gelegenheit zu prüfen, was aus den andernorts erfahrenen Veränderungen im Verhältnis von Stadt und Land gelernt werden kann. Haben wir es mit ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu tun, die unabwendbar sind? Oder kann eine kluge Wirtschafts-, Agrar- und Raumordnungspolitik dazu beitragen, dass Menschen jedenfalls nicht in so großer Zahl ihre angestammte Heimat verlassen müssen und das Land als Lebensraum nicht verkarstet? Auf dem Kongress in Freising werden Sie über diese schwierigen Fragen nachdenken.

Über die wirtschaftlichen Aspekte hinaus muss sich die Kirche aber auch der sozialen und kulturellen Probleme annehmen, die der Prozess

der ökonomischen Veränderung in den ländlichen Gebieten und die Abwanderung vor allem junger Menschen mit sich bringen. Was bedeutet es für die Familien, wenn ihre Mitglieder weit entfernt voneinander leben? Was heißt es für die Identität der alten Menschen und für ihr Selbstwertgefühl, wenn sie als gleichsam Zurückgelassene den Niedergang ihrer vertrauten dörflichen Kultur erleben müssen? Und was meint es für die Persönlichkeitsentwicklung der Jungen, wenn sie ihre Heimat hinter sich lassen und sich die Städte in bislang unbekannte Räume ausbreiten?

Diese Fragen enthalten eine große Herausforderung für die Kirche: Sind wir in der Lage, Menschen, die solche gravierenden sozialen und kulturellen Umbrüche erleben und manches Mal auch erleiden, dabei zu helfen, den christlichen Glauben als Stärke ihres Lebens zu erfahren? Wie verhindern wir Abbrüche der Glaubenstradition infolge der gewachsenen Mobilität? Wie muss unsere kirchliche Pastoral aussehen, damit wir unserem Auftrag gerecht werden, den von grundlegenden Veränderungen betroffenen Menschen wirkungsvoll die Botschaft von Jesus Christus zu vermitteln? Schon diese wenigen Überlegungen zeigen, wie ernst die Situation ist, für die der diesjährige Kongress *Renovabis* nach Antworten sucht. Ich danke allen, die die Veranstaltung vorbereitet haben, und ebenso allen, die in Freising zum Gespräch zusammenkommen. Ihnen allen übermittele ich meine herzlichen Segenswünsche.

*Dr. Robert Zollitsch*  
*Erzbischof von Freiburg*

# Grußworte aus Politik und Gesellschaft



## **Grußwort des Präsidenten der Europäischen Kommission**

Es ist mir eine große Freude, den Teilnehmern des 15. Internationalen Kongresses Renovabis ein Grußwort zu übermitteln.

Ja, die ländlichen Räume sind im Umbruch, und ich glaube, dass wir in der Europäischen Union gut ausgerüstet sind, um diesen Umbruch erfolgreich zu begleiten und zum gemeinsamen Wohl auszunutzen. Wir wissen, dass es große Unterschiede zwischen den ländlichen Räumen gibt. Neben den ländlichen Räumen, die eine sehr positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung aufweisen, gibt es auch viele, die weniger erfolgreich sind. Diese Entwicklungsvielfalt schlägt sich auch in großen Unterschieden der demografischen Entwicklung nieder, aus denen vor allem für die peripher gelegenen ländlichen Räume sehr große Herausforderungen resultieren. Dazu gehören der Bevölkerungsrückgang, die selektive Abwanderung junger Menschen, die zunehmende Alterung der Bevölkerung, unzureichende Erwerbsmöglichkeiten, Defizite in der Infrastruktur- und Finanzausstattung der Kommunen und anderes mehr.

Die ländlichen Gebiete Europas machen 90 Prozent seines Territoriums aus und liefern 45 Prozent der Bruttowertschöpfung und über 50 Prozent der Beschäftigung. Wenn auch große Unterschiede von Land zu Land und von Region zu Region zu verzeichnen sind, bleibt trotzdem das Durchschnittseinkommen pro Kopf auf dem Land niedriger als in Städten, die Kompetenzgrundlage ist geringer und der Dienstleistungssektor ist weniger entwickelt. Auch sind mit dem Erhalt der ländlichen Umwelt oft hohe Kosten verbunden.

Dafür müssen wir etwas tun, denn die ländlichen Gebiete Europas haben uns viel zu geben. Sie versorgen uns mit den notwendigen Rohstoffen. Ihre Bedeutung für uns als Orte der Schönheit, der Ruhe und der Erholung ist offensichtlich – wenn wir sie erhalten. Ländliche Gebiete sind grüne Lungen – eine wertvolle Unterstützung im Kampf gegen den Klimawandel. Viele Menschen würden gerne auf dem Land leben

und/oder arbeiten, vorausgesetzt, sie haben Zugang zu angemessenen Dienstleistungen und Infrastrukturen.

Die Kommission hat vor zwei Monaten ihre Vorschläge über die Verteilung des Haushaltes in der nächsten Periode 2014 bis 2020 veröffentlicht. Darin nehmen die Gemeinsame Agrarpolitik zusammen mit der Politik der Ländlichen Entwicklung und der territorialen Kohäsion wie gewohnt Schlüsselpositionen ein. Es bleibt trotzdem nicht alles beim Alten. Das Konzept „Mehr mit weniger erreichen“ steht im Zentrum unserer Strategie für das Jahr 2020. Wir müssen alle zielgerichtet und effizient zusammenarbeiten, um Mehrwert für die EU zu schaffen und unsere übergeordneten Ziele für grünes, intelligentes und inklusives Wachstum zu erreichen. Bei der EU-Politik für die ländliche Entwicklung geht es vor allem darum, den verschiedenen Herausforderungen, vor denen unsere ländlichen Gebiete stehen, zu begegnen, und ihr Wachstumspotenzial freizusetzen.

Darüber hinaus ist es auch ein Kernanliegen, die vielfältigen Bedürfnisse des ländlichen Raums, die Erwartungen der heutigen Gesellschaft und die umweltpolitischen Notwendigkeiten besser zu berücksichtigen. Die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums zielt deshalb auf die Schaffung eines kohärenten und nachhaltigen Rahmens, der die Zukunft der ländlichen Gebiete als einen integrierten Politikansatz versteht und durchsetzt. Primär geht es auch um die Frage, wie den Menschen im ländlichen Raum eine verlässliche Perspektive für die Zukunft gesichert werden kann. Dies ist keine ausschließlich landwirtschaftliche, sondern eine soziale Frage.

Dynamische gesellschaftliche Veränderungsprozesse, vor allem aber der wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturwandel, der unverändert anhält, zeichnen ihre Spuren mehr in den Dörfern als in der Landschaft der ländlichen Räume. Wichtig ist es deshalb, diese Veränderungen so zu begleiten, dass der territoriale, wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt in den Staaten und innerhalb der EU durch eine starke Stellung des ländlichen Raumes bewahrt und gefestigt wird. Ländliche Entwicklung muss daher neben dem Agrarsektor noch ein weites Spek-

trum von Aktivitäten umfassen, vor allem außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten, ländlichen Tourismus, die Erhaltung von Naturressourcen, Energiewirtschaft und Versorgungstechnologien, kommunale Dienste, zivile Dienste und Katastrophenschutz.

Es gibt ganz sicher kein Allheilmittel für Europas Agrarräume, denn diese Regionen sind bei näherem Hinsehen außerordentlich vielgestaltig und verlangen eine individuelle Vorgangsweise, und die Ausarbeitung von räumlichen Entwicklungsvorschlägen und Programmen wird nicht zuletzt auch wegen zahlreicher Unwägbarkeiten statistischer, personeller und finanzieller Natur noch viel Zeit beanspruchen.

Um diesen wichtigen Gegebenheiten und Änderungen Rechnung zu tragen, müssen wir die verschiedenen Politikbereiche bzw. Programme der EU unter dem gemeinsamen Dach der Strategie „Europa 2020“<sup>4</sup> viel stärker aufeinander abstimmen. Zu diesem Zweck hat man vorgeschlagen, auf EU-Ebene einen gemeinsamen strategischen Rahmen für alle Fonds zu erarbeiten und eine Art strategische Arbeitsteilung vorzunehmen. Auch auf lokal-territorialer Ebene sollte es normalerweise möglich sein, echt integrierte, multifonds-finanzierte Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Die Dienststellen der Kommission arbeiten daran und werden demnächst neue Vorschläge vorlegen.

Wir sind uns alle bewusst, dass sich die Situation der ländlichen Gebiete Europas in den letzten 20–30 Jahren grundlegend verändert hat: Die traditionelle Verteilung der Rollen zwischen Stadt und Land gilt nicht mehr überall, ländliche und urbane Gebiete wechseln sich auf der Karte ab, sie sind aufeinander angewiesen und müssen viel enger als in der Vergangenheit zusammenarbeiten, um ihre nachhaltige Entwicklung zu sichern.

Die Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa werden neben politisch-strategischen Gedanken auch von einer Politik der Verantwort-

---

4 Vgl. dazu <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf> (letzter Zugriff: 09.03.2012).

tion geleitet. Der Kirche kommt daher auch die herausragende Bedeutung zu, die Gesellschaften an eine Politik der Verantwortung zu erinnern.

Ich wünsche dem 15. Kongress Renovabis einen guten Verlauf und Ihnen allen erfahrungsreiche Tage.

*José Manuel Barroso*





## **Grußwort des Hessischen Ministerpräsidenten**

Seit der Gründung vor achtzehn Jahren begreift Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, die Umsetzung christlicher Verantwortung als europäische Herausforderung. Unter dem Leitgedanken „Ländliche Räume im Umbruch – Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa“ wurde auch in diesem Jahr wieder ein wichtiges Thema für ihr Gesprächsforum gewählt. Mit diesem Kongress gelingt es Renovabis erneut, Menschen zusammen zu führen: Menschen, die bereit sind, sich im Dialog über die Zukunft Europas einzubringen und Wege und Lösungen auszuloten, die in unserer Gesellschaft Anerkennung und Einvernehmen finden.

Die Solidaritätsaktion Renovabis erfüllt eine wichtige und anspruchsvolle Aufgabe, die ohne das Engagement vieler ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ohne die ungebrochene Spendenbereitschaft der deutschen Katholiken nicht zu bewältigen wäre. Sie zeigt uns, wie Hilfe zur Selbsthilfe und gelebte Nächstenliebe aussieht. Ich danke allen, die sich dieser oft schwierigen, aber wichtigen Aufgabe widmen und dabei auch immer wieder eigene Interessen zurückstellen.

Meine herzlichen Grüße gelten allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des diesjährigen Kongresses und ich wünsche ihnen anregende Diskussionen und aufschlussreiche Gespräche.

*Volker Bouffier*

## **Grußwort des Präsidenten des Europäischen Parlaments**

Mehr als 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist Europa in Frieden und Freiheit vereint. In diesem Jahr sind für die meisten Länder Mittel- und Osteuropas die letzten Übergangsfristen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit ausgelaufen. Damit steht es den Bürgerinnen und Bürgern auch aus meinem Heimatland Polen nun frei, in der gesamten Europäischen Union zu leben und zu arbeiten.

Heute gilt es, die errungene Freiheit zu gestalten. Die gesellschaftlichen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa sind bei Weitem nicht abgeschlossen. Vor allem im ländlichen Raum entwickelt sich die Sozialstruktur in einem oft atemberaubenden Tempo. Mehr und mehr Menschen verlassen die alte Heimat, um in Großstädten oder in anderen Ländern ihres Glückes eigener Schmied zu werden. Diese Entwicklung ist in vielen Gebieten Westeuropas schon seit längerer Zeit zu beobachten.

Es muss Aufgabe der Politik sein, diesen Wandel zu begleiten und den Bürgerinnen und Bürgern Perspektiven zu geben. Dies trifft in besonderem Maße die Menschen in den ländlichen Regionen, die von Abwanderung und der Auflösung der traditionellen Strukturen betroffen sind. Die Regionalpolitik der Europäischen Union hat sich daher zum Ziel gesetzt, die Lebensbedingungen in ländlichen Regionen zu verbessern, um sie auch für zukünftige Generationen attraktiv zu machen.

Der Politik alleine wird diese Aufgabe nicht gelingen ohne die Unterstützung der Gruppen und Vereinigungen, die vor Ort in der Gesellschaft verankert sind. In besonderer Weise trifft dies auf die Kirche und die kirchlichen Verbände zu. Ich freue mich sehr darüber, dass der 15. Internationale Kongress von Renovabis sich dem Umbruch der ländlichen Räume in Mittel- und Osteuropa widmet. Europa lebt von Werten wie Renovabis, von der Solidarität von Mensch zu Mensch.

Ich möchte allen Organisatoren und Teilnehmern des Renovabis Kongresses meine herzlichen Grüße übermitteln. Für Ihr Treffen in Freising und für Ihre weitere Arbeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg und Gottes reichen Segen.

*Prof. Dr. Jerzy Buzek*



## Grußwort der Vorsitzenden des Ausschusses für Regionalentwicklung im Europäischen Parlament<sup>5</sup>

Dear Friends,

Please accept my heartfelt regrets for not being able to be with you today. Nevertheless I would like to share with you my reflection on what I perceive as the common mission of both Renovabis and the European Union.

One of the points in your statutes says that the purpose of your association is, in addition to pastoral activity, to „*further societal reconstruction in Central and Eastern Europe*“ so that the population of these regions shall benefit from it, as well as to „*support people in need of help, regardless of their nationality and religious affiliation*“. This purpose is very much compatible with the EU's goals in development, especially as expressed in its cohesion policy.

The ultimate aim of the cohesion policy of the European Union is to reduce disparities between the levels of development of the various regions and the backwardness of the least favoured regions or islands, including rural areas. It puts into practice something that is also very important for Renovabis, namely solidarity. It is worth mentioning that this principle of solidarity is enshrined in the preamble to the Treaty on European Union.

The very existence of cohesion policy induces the cooperation, reduces the societal divisions and enhances the partnership in dialogue between regions and people.

I would say that it is one of the greatest achievements of the EU in its history. It has a material, measurable impact on the competitiveness of

---

<sup>5</sup> Frau Prof. Dr. Danuta Hübner musste ihre Teilnahme am Kongress kurzfristig absagen; vgl. dazu oben S. 15.

the regions, and on the living conditions of their inhabitants, mainly by co-funding multiannual programs that allow for constructing long-term development plans.

The policy helps to finance concrete projects for regions, towns and people living there. It supports creating the conditions for increasing their potential so that the regions can fully contribute to achieving greater growth and competitiveness and, at the same time, to exchange ideas and best practices.

As I see it, there is a great similarity between the objectives of the cohesion policy and Renovabis' aims. Both are oriented toward financing concrete projects that have a transformative potential on a larger scale.

In this contexts, let me mention one idea that is fundamental for the European Union and for Renovabis; the idea of subsidiarity. In projects that we do it is crucial that local people are not only beneficiaries of the projects, but also partners in responsibility. Thus, in accordance with our means, we both operate on the principle of seeking innovative partnerships for local and regional development. In this sense, I venture to say, what we do in our respective areas of activity is an important dimension of forming the civil society in Europe. Partnership is also concomitant to dialogue, to deepening the human relationships and mutual exchange of ideas.

The policies of the Union are often perceived, incorrectly, as technocratic and lacking the soul. I think it is fundamentally wrong – and the cohesion policy is the prime example. Because the soul is not to be found in ideological statements but in concrete activity on the ground, when those with means help those in need. You at Renovabis draw in your work on a rich heritage of Christian spirituality in order to help all without observing any confessional lines. We in the European Union use a more secularized language but our goals are similar – we build bridges, both in a material and in spiritual sense. In the end, we want people that we help to be free of poverty, of external pressures that hamper the realization of their full potential and to be able to support their families and their personal development without the fear of the future.

Let me end on a personal note:

Being from Central Europe myself, I know how important your organization is in bringing assistance in that region, how many projects you have realized over many years, how many disadvantaged people you helped. You have brought to the task professionalism, personal engagement motivated by faith, but also empathy for those you serve and the sense of hope for those who sometimes feel like the hope is no longer there for them.

For this, I would like to thank all the people active in your organization, as well as those that were instrumental in bringing Renovabis who to life: the Central Committee of the German Catholics and the German Bishops' Conference.

At the same time, let me wish you all the best for your work that you do with such a sense of purpose, dedication and enthusiasm.

*With best regards*  
*Prof. Dr. Danuta Hübner*

## **Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg**

Es war eine beispielhafte und keineswegs selbstverständliche Initiative, als vor nunmehr fast zwei Jahrzehnten – im Jahr 1993 – auf Anregung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken von der Deutschen Bischofskonferenz „Renovabis“ als Solidaritätsaktion mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa gegründet wurde. Seit dieser Gründung hat diese Organisation in vielfältiger Weise in den ehemaligen Ostblockländern Hilfe zur Selbsthilfe geleistet.

Zum besonderen Profil von Renovabis gehört die Veranstaltung von Kongressen, die sich grundsätzlich mit den politischen, sozialen und religiösen Herausforderungen befassen, mit denen es die Solidaritätsaktion zu tun hat. In diesem Jahr widmet die Initiative bereits zum 15. Mal einen solchen internationalen, hochkarätig besetzten Kongress aktuellen Themen aus Osteuropa. Dazu begrüße ich als baden-württembergischer Ministerpräsident alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in unserem Nachbarland Bayern.

Die diesjährige Veranstaltung befasst sich mit einem brisanten Thema: den radikalen Veränderungen der ländlichen Räume in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Die Auswirkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs in der Zeit nach der Wende betreffen die bis dahin von der Landwirtschaft geprägten Regionen in besonders dramatischer Weise. Ganze Landstriche drohen zu veröden, Millionen von Menschen sind dabei, auf der Suche nach Arbeit und Wohlstand ihre Heimat zu verlassen oder haben dies bereits getan.

Es ist außerordentlich verdienstvoll, dass sich Renovabis diesem Prozess und seinen Folgen für die Menschen stellt und nach Perspektiven für eine positive Entwicklung der betroffenen Regionen sucht. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass konkrete solidarische Hilfen zielgenau und bedarfsgerecht realisiert werden können.





## Grußwort des Präsidenten des Deutschen Bundestages

„Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen“, lautet eine chinesische Weisheit. Ganz eindeutig zählt „Renovabis“ zu den Letzteren, denn die deutschen Katholiken verfolgen mit dieser großartigen Solidaritätsaktion das Ziel, den Wind der Veränderung, der die Menschen in ganz Ost- und Mitteleuropa erfasst hat, in erfolgreiche Bahnen zu lenken. Nicht nur in ökonomischer und sozialer Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf den Zusammenhalt von Leben und Glauben. Dass Europa christliche Wurzeln hat und europäische Identität und Integration daraus ihre Wertüberzeugungen schöpfen – in diesem Engagement ist es offensichtlich.

Zu diesem Engagement gehören von Anfang an die Internationalen Kongresse von Renovabis, die sich mit den drängenden Fragen befassen, die der Transformationsprozess in Ost- und Mitteleuropa aufwirft. In diesem Jahr stehen die ländlichen Räume im Mittelpunkt des Jahreskongresses. Ein wichtiges, ein bedeutendes Thema, denn der politische und ökonomische Umbruch wirkt sich auf die ländlichen Räume in besonderem Maße aus – mit entsprechenden Folgen für die Menschen, die auf dem Land leben. Wie sehen die aktuellen Entwicklungen aus, welche Ideen, Konzepte und Strategien gibt es, um den Menschen auf dem Land Perspektiven zu geben? Das sind hochspannende Fragen, um die es beim diesjährigen Kongress gehen wird.

Renovabis selbst ist seit langem mit zahlreichen Projekten gerade auch in den ländlichen Räumen der Transformationsländer aktiv. Dabei zeigt sich eindrucksvoll, dass Kirche „vor Ort“ in besonderem Maße in der Lage und in der Verantwortung ist, den Menschen in der Umbruchsituation zu helfen, praktisch und pastoral. In diesem Sinne wünsche ich Renovabis weiterhin viel Erfolg und dem Kongress anregende und gründliche Diskussionen.

*Prof. Dr. Norbert Lammert*

## **Grußwort der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland**

Die europäischen Staaten verbindet ihre gemeinsame Geschichte und geistige Tradition. Die Einheit unseres Kontinents lebt aber auch von den Aufgaben, die sich heute uns Europäern stellen und die wir nur zusammen umfassend lösen können. Die Europäische Union ist dabei ein einzigartiger Anker im Gestaltungsprozess. Sie steht für eine fortschrittliche und friedliche Entwicklung unseres Kontinents.

Eine wichtige Etappe waren die politischen Umwälzungen und der Aufbruch zu Demokratie und Freiheit in Mittel- und Osteuropa vor gut zwanzig Jahren. Sie beendeten die Zeiten des Eisernen Vorhangs. Jahrzehnte alte Fronten verschwanden. Europa rückte zusammen. Seitdem haben die Menschen in den ehemals sozialistischen Ländern viel erreicht. Trotz enormer Anstrengungen gibt es aber weiterhin Regionen, die noch vor großen Herausforderungen stehen und in besonderer Weise Unterstützung benötigen.

Renovabis nimmt dieses Jahr vor allem die ländlichen Räume Mittel- und Osteuropas in den Blick. Die Arbeits- und Lebensbedingungen haben sich dort in den vergangenen Jahren stark verändert. Dieser Wandel und seine Folgen für die Menschen verlangen eine nachhaltige Gestaltung, bei der alle gesellschaftlichen Kräfte gefragt sind.

Insbesondere im ländlichen Raum haben neben der politischen Ebene das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger sowie der Einsatz der Kirchen große Bedeutung. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt. Die Arbeit von Renovabis ist dabei ein vorbildliches Beispiel gelebter Verantwortung über Grenzen von Staaten und Kulturen hinweg. Mit dem Leitgedanken der Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt die Solidaritätsaktion mit zahlreichen Projekten den Aufbau sozialer und gemeindlicher Strukturen vor Ort und zielt darauf, den Menschen in Mittel- und Osteuropa dauerhafte Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Ihr Internationaler Kongress dient

diesem Anliegen als Forum des Austauschs und der Begegnung zwischen Ost und West.

Auch in diesem Jahr können von dem Treffen wichtige Impulse für die Zusammenarbeit ausgehen. In diesem Sinne wünsche ich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern erfolgreiche Tage der gemeinschaftlichen Verbundenheit und des intensiven Gesprächs. Gottes Segen sei mit Ihnen.

*Dr. Angela Merkel*



## **Grußwort des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Die meisten armen und an Hunger leidenden Menschen auf der Welt leben in ländlichen Räumen. Landflucht, Raubbau an natürlichen Ressourcen und gewaltsame Konflikte haben vielerorts besorgniserregende Ausmaße angenommen. Der Klimawandel stellt eine zusätzliche Herausforderung dar.

Ländliche Räume bieten aber gleichzeitig enorme Potenziale: Neben Nahrungsmitteln werden Holz, Baumwolle, Pflanzenöle und andere Grundstoffe produziert. Ländliche Räume erbringen wichtige Aufgaben für den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Schutz des Klimas. Nun kommt es darauf an, diese Gebiete als Schlüsselsräume für Entwicklung, Armutsreduzierung und Hungerbekämpfung wieder zu einem zentralen Thema der Politik zu machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir das Thema „Ländliche Entwicklung“ im Koalitionsvertrag als einen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik verankert.



Es freut mich daher ganz besonders, dass Sie im Rahmen der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken Renovabis den Umbruch im ländlichen Raum Mittel- und Osteuropas in den Mittelpunkt Ihres 15. Internationalen Kongresses stellen, denn alle Länder dieser Region befinden sich in Transformationsprozessen mit zum Teil schmerzhaften Anpassungs- und Modernisierungserfordernissen; arme und sozial schwache Bevölkerungskreise sind davon besonders betroffen. Es ist daher die gemeinsame Verantwortung und Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft, diese Länder dabei zu unterstützen, dass bei allen grundlegenden Veränderungsnotwendigkeiten auch die sozialen Gesichtspunkte Beachtung finden. Dazu zählen gute Regierungsführung, Transparenz in möglichst allen Bereichen und die Sicherstellung einer zuverlässigen Grundversorgung, z. B. mit Strom, Wasser und Energie. Ein wirklicher Wandel und eine nachhaltige Entwicklung sind nur dann möglich, wenn staatliches Handeln durch ein möglichst breites nicht-staatliches Engagement begleitet wird – auch ein solches, das über die rein materiellen Aspekte weit hinaus reicht.

Der Einsatz lohnt: Ländliche Räume sind Räume im Wandel – setzen wir uns deshalb gemeinsam dafür ein, dass es ein positiver Wandel wird!

*Dirk Niebel*



## **Grußwort des Bayerischen Ministerpräsidenten**

Unsere Welt verändert sich. Globalisierung und Urbanisierung stellen ländliche Räume weltweit vor große Herausforderungen: Heute schon lebt mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung in Städten – und dieser Prozess schreitet voran. Auch Mittel- und Osteuropa sind davon stark betroffen. Während die Großstädte auch dort wachsen, sinkt die Einwohnerzahl in den ländlichen Räumen erheblich. Das hat über die wirtschaftliche Entwicklung hinaus Folgen für die gesamte Gesellschaft. Soziale Netzwerke werden brüchiger, das kulturelle Leben wird schwächer und Traditionen verlieren an Bedeutung. Darunter leidet auch das religiöse Leben. In vielen Bereichen tritt an die Stelle der überkommenen kulturellen Vielfalt eine Einheit ohne besondere Kontur.

Dank großer wirtschaftlicher und sozialer Stärke konnten sich in Bayern bislang auch die ländlichen Räume sehr erfolgreich entwickeln. Weite Teile Bayerns auch außerhalb der Ballungsräume profitieren seit vielen Jahren von der Zuwanderung aus anderen Gebieten Deutschlands. Allerdings erleben wir derzeit auch im Freistaat eine intensive Diskussion über die Zukunft unserer ländlichen Räume. Demografische Veränderungsprozesse sind auch hierzulande spürbar und sichtbar. Dies stellt die Landespolitik vor zusätzliche Aufgaben. Die konsequente Stärkung der ländlichen Regionen und der Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse ist trotz Sogkraft der Ballungsräume seit vielen Jahren Markenzeichen bayerischen Regierungshandelns. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Die Staatsregierung hält unverändert an dem Gebot fest, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilen des Landes zu sichern und wird dazu große Anstrengungen unternehmen.

Wir betreiben eine gezielte Regionalförderung, die ihren Schwerpunkt auf innovative Projekte setzt. Der ländliche Raum darf technologisch nicht den Anschluss an die allgemeine Entwicklung verlieren. Wir müssen die Arbeit zu den Menschen bringen durch einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, durch Technologietransferzentren oder durch

die Bildung spezialisierter und leistungsfähiger Cluster in einzelnen Regionen. Dazu gehört auch, dass wir die Metropolregionen und den ländlichen Raum als gleichberechtigte Partner sehen. Ich freue mich deshalb sehr, dass sich in den betroffenen Gebieten inzwischen staatliche Stellen, Kommunen und Verbände zusammenschließen, um dem Trend entgegenzuwirken und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Darin liegt für mich einer der Schlüssel für die Lösung der Probleme. Der ländliche Raum hat nur dort Zukunftschancen, wo seine Entwicklung durch die gemeinsame Initiative aller Kräfte vor Ort verantwortungsbewusst und engagiert gefördert wird. Der Ausbau der Bürgergesellschaft und die Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte der Betroffenen ist eine wesentliche Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung der ländlichen Regionen in ganz Europa.

Ich freue mich deshalb, dass der Internationale Kongress Renovabis in diesem Jahr das Thema „Ländliche Räume im Umbruch“ zum Thema gemacht hat. Ich bin überzeugt, dass von den Beiträgen und Diskussionen viele Anregungen ausgehen werden. Den Teilnehmern wünsche ich einen angenehmen Aufenthalt in Bayern sowie einen interessanten und fruchtbaren Gedankenaustausch.

*Horst Seehofer*





## **II. Schlaglichter – Referate – Podium**



András Koncz, Budapest

## Schlaglicht: Pastorale Probleme in der ungarischen Provinz<sup>1</sup>

Miklós Tomka, einer der bedeutendsten ungarischen Religionssoziologen, der leider im vergangenen Herbst plötzlich verstorben ist, hat 2009 die Ergebnisse seiner Forschungen über Religiosität auf dem Land und in der Stadt veröffentlicht. Danach stagniert der Anteil der Gläubigen in den jüngeren Altersgruppen in den Städten seit der politischen Wende – auf dem Land hingegen zeigt sich dieses Phänomen eher bei der älteren Generation. Ursache dafür ist zum einen die Tatsache, dass unter den älteren Dorfbewohnern die religiös eingestellten nach und nach wegsterben, zum anderen viele jüngere Bewohner in die Städte abwandern, um dort zu arbeiten. Gleichzeitig blieben der Stolz auf die Kirche und Bemühungen zu ihrer Erhaltung typisch für die ländlichen Regionen – allerdings verbunden mit einer rückläufigen Zahl von Kirchenbesuchern. Kurz gesagt: Die traditionelle Religiosität auf dem Land ist in den letzten zwanzig Jahren in sich zusammengebrochen.



### Was gilt als zu viel und was als zu wenig?

Der ländliche Raum befindet sich in Anbetracht seiner Überalterung, seines schrumpfenden wirtschaftlichen Niveaus und seiner geringen geistigen Potenz im Niedergang. In diesem Prozess führen die zurück-

---

<sup>1</sup> Der Beitrag ist in erweiterter Form unter dem Titel „Episoden aus der Seelsorge in der ungarischen Provinz“ erschienen in: OST-WEST. Europäische Perspektiven 12 (2011), H. 3. S. 184–190.

gehende Geburtenrate, die steigende Sterberate sowie die massive Abwanderung dazu, dass sich die kleineren Dörfer vollkommen entvölkern. Einst große Gemeinden, aus denen zahlreiche Priesterberufungen hervorgingen, sind zu Gehöften mit 20–30 Einwohnern verfallen. Geblieben sind vor allem (wenige) ältere Menschen, deren fromme Anhänglichkeit an die Kirche unbestritten ist. Der Seelsorgebedarf ist eindeutig – aber wie soll das der Priester schaffen, wenn er gleichzeitig in fünf oder sechs anderen Dörfern zur Messe erwartet wird, außerdem noch karitativ arbeiten muss und nicht mehr ganz jung ist?



Atanáz (Orosz), der jüngste griechisch-katholische Bischof in Ungarn, hat vor kurzem in der bis auf den letzten Platz besetzten Kirche des Dorfes Dámóc den Gläubigen für ihre unermüdliche Treue gedankt. Zwei Jahre vor seiner Bischofsweihe lebte er dort gemeinsam mit dem Priester Fülöp. Obwohl die Kirchengemeinde in Dámóc aufgrund ihrer Größe als wichtig erscheinen mag, ist die Kirche heutzutage nur selten ganz gefüllt. Von den 400 Einwohnern besuchen acht bis zehn alte Frauen sowohl bei Regen und Schnee als auch bei Hitze die tägliche Göttliche Liturgie, den Gottesdienst der griechisch-katholischen Christen.

Nicht weit von hier, nur eben auf der anderen Seite der Grenze, in den teils von Ungarn bewohnten Gebieten der Slowakei und der Ukraine gibt es so viele griechisch-katholische Berufungen, dass die Kirchengemeinden für sie nicht ausreichen. Insbesondere in der Euphorie der Jahre nach der politischen Wende haben sich überraschend viele junge

Männer in den Priesterseminaren angemeldet. Körtvélyes (Hrušov) in der Slowakei ist eine winzige Dorfgemeinde, in der ein Drittel der 280 Bewohner ungarischer, ein Drittel slowakischer und ein weiteres Drittel ruthenischer Abstammung sind. Nach Konfession und Ritus gehört ein Drittel dem römisch-katholischen, ein Drittel dem griechisch-katholischen und das letzte Drittel dem evangelisch-lutherischen Bekenntnis an. Für den griechisch-katholischen Geistlichen und seine Frau besteht die größte Herausforderung im kompletten Mangel an intellektuellem Leben: Es gibt keinen Lehrer und keinen Arzt im Dorf. Es gibt niemanden, mit dem sie über die wesentlichen Fragen des Lebens diskutieren könnten. Sie wollen sich aber nicht beklagen, nachdem sie das Glück haben, dass griechisch-katholische Priester heiraten dürfen und sich somit zumindest gegenseitig familienintern unterstützen können.

## **Priestergemeinschaften**

Als Beispiel einer möglichen Antwort auf die Probleme, die ich kurz vorgestellt habe, zitiere ich jetzt einige Gedanken aus dem Gründungsdokument der Gemeinschaft „Apostel Johannes und Eremit Heiliger Paulus“: „Der Enthusiasmus des Seelsorgers wird insbesondere durch das Desinteresse der Gläubigen, die Apathie der priesterlichen Mitbrüder und die unpersönlich gewordene kirchliche Verwaltung sowie durch den Mangel an Anerkennung gebrochen. Wie der Sportler von den Fans angefeuert wird, so sollten sich auch die Ordensmitglieder gegenseitig ermutigen, weil sich Werte im Menschen immer auch aus der Begeisterung der Anderen entfalten können. Deswegen ist unsere Berufung von dieser Besonderheit geprägt, um das Ideal der von der Gemeinschaft von geistlichen Hirten geführten Pfarrstelle verwirklichen zu können.“

Die Gemeinschaft wurde offiziell 1996 von Bischof Béla Balás von Kaposvár gegründet; er hat die Gemeinschaft dann auch mit der Seelsorge in elf Dörfern beauftragt. Die Vorgeschichte der Gemeinschaft geht bis ins Jahr 1982 zurück; sie lenkte damals die Aufmerksamkeit des ungarischen Staatlichen Kirchenamtes auf sich. Zwei junge Männer – der eine davon war ein Priester – haben mit eigenen Händen die

alte Pfarrstelle des einige hundert Einwohner zählenden Dorfes Miklósi (südlich des Plattensees) wiederbelebt. Nach gut zehn Jahren wurde der zweite junge Mann ebenfalls zum Priester geweiht. Heute gehören zwei Priester, zwei Priesterkandidaten und sieben externe Brüder zur Gemeinschaft. Das Leben der Gemeinschaft umfasst die Aufgaben allgemeine Pastoral, spirituelles Miteinander und ein Leben von der eigenen Hände Arbeit – alles im Hinblick auf das Wohlergehen der Menschen in den elf Dörfern.

Das nicht als Devise formulierte, sondern dem Innersten entspringende Bekenntnis dieses neuen Seelsorgemodells lautet in dem genannten Dokument wie folgt: „In der heutigen kaltherzigen Welt ist das Individuum eine ungeschützte Beute. Seine Alleingelassenheit führt rasch zu Verbitterung. Das Leben nach dem Evangelium hingegen ist gemeinschaftlich und kann sich in der Gemeinschaft sinnvoll entfalten.“

## **Kleingemeinschaften und großgemeinschaftliche Kontakte**

Die Dorfgemeinschaften haben noch bis vor kurzem als Musterbeispiel für die Städte und als Gegenentwurf zur dortigen Anonymität gedient. Allerdings befinden sich heute eher die Dörfer in Not, nachdem das Bild der Großfamilie und der alten Dorfgemeinschaften schon lange der Vergangenheit angehört und die Dörfer nicht mehr in der Lage sind, neue Gemeinschaften zu bilden, obwohl der Mensch in der heutigen Welt seelischer Unterstützung und Führung bedarf. Die in unserem Umkreis lebenden Menschen haben in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten viele Enttäuschungen erleben müssen. Die Folgen der vierzigjährigen Diktatur sind noch immer stark präsent. Heutzutage ist das freundschaftliche und unterstützende Zusammensein in vielen Familien nicht mehr vorhanden.

„HÁLÓ“, zu Deutsch „Netz“ (die Organisation, in der ich arbeite) setzt sich gerade dieses Thema zum Ziel: Wir Menschen haben die Möglichkeit, mit anderen Menschen ins Gespräch zu kommen und starke, persönliche Kontakte in kleineren Gruppen zu verstärken. Wir

versuchen, verschiedene Methoden auf dem Gebiet zu nutzen, um neue Gemeinschaften zu bilden, bestehende Gruppen aufzufrischen und zu vertiefen.

Gott hat den Menschen als Gemeinschaftswesen erschaffen, jedoch glaubt der Mensch zeitweise, alles individuell lösen zu können – schade. Es gibt zu viele Gefühle im Leben des Menschen, um die es wirklich sehr schade wäre, wenn sie nicht mit anderen geteilt würden.

## Schlaglicht: Region Oberschlesien – ein Beispiel für Veränderungen im ländlichen Polen<sup>2</sup>

### Geschichtliche Grundlagen

Im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert erlebte Oberschlesien, damals der Südostteil der preußischen Provinz Schlesien, eine stürmische städtebauliche Entwicklung. Binnen kürzester Zeit und ungeachtet der sozialen Folgen – gegenwärtig wäre dies nur mit den ländlichen Veränderungen in China vergleichbar – entwickelten sich Dörfer und Kleinstädte zu regelrechten Molochen. Der Bevölkerungszuwachs geriet außer Kontrolle. Die sich rasant ausbreitenden Industrieviere drangen nicht nur in die bereits engen Wohngebiete, sondern auch in die bisher ländlich geprägten Räume vor. So wurden massive strukturelle Veränderungen in Gang gesetzt, die fortan sowohl die wirtschaftliche als auch die politische und gesellschaftliche Geschichte dieser Region prägen sollten. Oberschlesien ist damit ein Musterbeispiel für umfangreichen Strukturwandel und massive Veränderungen eines ländlichen Raumes.



Heute besteht Oberschlesien nach der 1997 in Polen erfolgten kommunalen Verwaltungsreform aus zwei Woiwodschaften (Bezirken), die zwar mit den historischen Grenzen nicht identisch sind, doch weitgehend den „kulturhistorischen Kern der Region“ ausmachen. Dabei ist es beachtenswert, dass der westliche Teil der Region – die Woiwodschaft Opeln (województwo opolskie) – vorwiegend landwirtschaftlich ge-

---

2 Vgl. zum Ganzen auch den ausführlicheren Beitrag von Marcin Wiatr: Die Region Oberschlesien – ein Beispiel für strukturelle Veränderungen im ländlichen Raum Polens. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 12 (2011), H. 3, S. 200–207.





prägt ist. Der östliche Teil – die Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie) mit dem Zentrum Kattowitz – ist hingegen vor allem industriell geprägt, in etwa dem Ruhrgebiet vergleichbar. Beide Gebiete haben in den letzten zwanzig Jahren vielfältige Restrukturierungsmaßnahmen erfahren. In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des Kommunismus bestimmte der Konkurs den Umstrukturierungsprozess in der Region wie in ganz Polen. Der Bergbau und die Stahlindustrie, einst Stützen der polnischen Nachkriegsindustrialisierung, befanden sich seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts durch Überkapazitäten und Beschäftigungsüberhang in einer tiefen Krise, die das gesamte oberschlesische Industrierevier erfasste.

### **Folgen des Umbruchs von 1989/90 für die Landwirtschaft**

Von der Härte der strukturellen Veränderungen blieb auch die Landwirtschaft nicht verschont. Schon im Rahmen der Zentralverwaltungswirtschaft in Polen vor 1989 galten die Investitionen des polnischen Staates in erster Linie den Städten und Industriezentren, während das polnische Dorf benachteiligt blieb. Doch besonders seit Beginn des Transformationsprozesses in Polen nach 1989 kann man eine Vergrößerung der Einkommensunterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten beobachten. Die polnische Landwirtschaft insgesamt

ist bis heute, besonders im Vergleich mit der Landwirtschaft in anderen Ländern der Europäischen Union (EU), maßgeblich durch kleinbetriebliche Strukturen geprägt.

Die „schockartige“ Reformstrategie der ersten demokratischen Regierung in Polen traf den Agrarsektor äußerst hart. Die bisher dort Beschäftigten wurden Anfang der neunziger Jahre zu den ersten Verlierern der marktwirtschaftlichen Realität, denn sie wurden meist in die Arbeitslosigkeit gedrängt und konnten kaum auf einen strategischen „Entwicklungsfonds“ nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ zurückgreifen. Diese Situation wurde zusätzlich durch den Umstand verschärft, dass zu Beginn des umfassenden Transformationsprozesses in Polen die Landwirtschaft und der ländliche Raum angesichts der vielen Probleme des Landes nicht im Mittelpunkt der staatlichen Politik standen. Dies rächt sich zum Teil auch heute noch, da es viele ländliche Bewohner selbst sechs Jahre nach dem EU-Beitritt des Landes nicht gewohnt sind, sich selbst um Mittel für die Entwicklung ihrer Region zu bewerben, die Initiative zu ergreifen und sich stärker für das Allgemeinwohl ihrer Region einzusetzen. Eine aktive Zivilgesellschaft im ländlichen Raum gibt es in diesen Gebieten noch immer nicht – sie wäre jedoch die wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung.

Die noch immer unzulänglich ausgebaute Infrastruktur im ländlichen Raum und der Mangel an Beschäftigungsperspektiven stellen ein weiteres bedeutendes soziales Problem dar. Durch den EU-Beitritt Polens flossen sowohl direkte Strukturmittel als auch Gelder für mittel- und langfristige Förderprogramme ins Land. Schätzungen gehen davon aus, dass allein in den Jahren 2004–2007 etwa 20 Prozent der neu geschaffenen Arbeitsplätze in Polen durch EU-Finanzierungen entstanden sind. Doch selbst die Prämien für Kleinbetriebe und die noch vor 2004 geleisteten Beihilfen zur Anpassung an die EU-Standards führten als Sondermaßnahmen nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den ländlichen Gebieten. Obwohl nicht zu übersehen ist, dass die Landbevölkerung in Polen zu den Hauptgewinnern des EU-Integrationsprozesses gehört, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass statistische Daten ein insgesamt beunruhigendes Bild vermitteln: Die (nicht selten

versteckte) Arbeitslosigkeit auf dem Lande bleibt nach wie vor besonders hoch und liegt bei ca. 23 Prozent, wobei in strukturschwachen Regionen im Nordosten Polens der Anteil der Erwerbslosen sogar 35 Prozent übersteigt.

## **Der Sonderweg Oberschlesiens**

Vor diesem landesweiten Hintergrund wird die abweichende Entwicklung in der Woiwodschaft Oppeln deutlich. Die im Vergleich mit anderen landwirtschaftlich geprägten Regionen Polens recht günstige Entwicklung ist auf mehrfache Faktoren zurückzuführen. Dazu zählt u. a. eine stark ausgeprägte regionale Identität der autochthonen Bevölkerung. Diese war für die Erarbeitung nachhaltiger kommunaler und lokaler Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums äußerst fruchtbar. Zu verweisen wäre in diesem Zusammenhang vor allem auf den Erfolg eines Förderprogramms, das eine beachtliche Rolle in der Oppelner Region spielte und auch aktuell spielt, das so genannte „Programm zur Erneuerung des Dorfes“, das zwar zunehmend auch in anderen polnischen Regionen, doch insbesondere in der Woiwodschaft Oppeln seit mehreren Jahren kontinuierlich und mit großem Erfolg umgesetzt wird. Dieses Programm setzt eine schrittweise entwickelte Methode der lokalen Entwicklung des Dorfes und seiner Gemeinschaft um und wurde in den ausgehenden siebziger Jahren vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich entwickelt. Die Idee baut auf einem jeweils regional verankerten Verantwortungsgefühl für die Entwicklung der Heimatdörfer und Gemeinden auf. Es gilt, das jeweils vorhandene Sozialkapital zu erschließen und zu nutzen, aktives Vereinsleben der jeweiligen Dorfgemeinschaft zu fördern und nicht zuletzt das gesellschaftliche Engagement mit Blick auf gemeinsam definierte Ziele zu bündeln und so für das Gemeinwohl zu nutzen.

Ein anderer relevanter Faktor, der die Entwicklung des ländlichen Raums in der Oppelner Region voranbrachte, hängt mit dem minderheitenpolitischen Status zusammen, den die oberschlesische Bevölkerung nach 1989 für sich beanspruchen durfte. Die Oberschlesier, die in

der Woiwodschaft Oppeln in geschlossenen, vor allem ländlichen Siedlungsgebieten leben, fanden Aufnahme in Strukturverbänden der erst 1989 offiziell anerkannten deutschen Minderheit in Polen. Allein bis Mitte der neunziger Jahre haben ca. 160.000 Einwohner der Region einen „Antrag auf Feststellung der deutschen Staatsbürgerschaft“ erfolgreich geltend gemacht. Als „Doppelstaatler“ oder „Zweitpässler“ durften sie schon Anfang der neunziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland und als „deutsche EU-Bürger“ auch in anderen westeuropäischen Ländern legal und für höhere Löhne und Gehälter arbeiten. So wurden ca. 35 Prozent der Landbevölkerung im Oppelner Teil Oberschlesiens (ca. 250.000 Personen) zu dauerhaften Arbeitsmigranten bzw. zu „Dauerpendlern“, die allerdings die erworbenen Geldmittel in ihre Region transferierten und so den wirtschaftlichen Aufschwung auch der ländlichen Region maßgeblich begünstigten.

## **Unsichere Zukunft für die Oppelner Region**

Immer deutlicher wird allerdings, dass man in dieser multiethnisch und multikulturell geprägten Region, die von der pendelhaften Arbeitsmigration ihrer Einwohner jahrelang profitierte, längst nicht mehr nur von deren positiven Auswirkungen spricht. Umstritten ist zum Beispiel, ob die gesellschaftlichen Kosten, die mit der Arbeitsmigration unvermeidlich zusammenhängen, noch länger tragbar sind. Es hat sich ein neues Modell des „Oppelner Migranten-Dorfes“ etabliert, in dem bis zu 40 Prozent der Einwohner fehlen und „ihr“ Dorf lediglich an ein oder zwei Wochenenden im Monat oder bei besonderen Familienfesten aufsuchen. Unmittelbare Folge dieser bereits fest eingebürgerten Entwicklung sind Eltern- und Familientrennungen, Erziehungsprobleme (Jugendliche wachsen ohne beide Elternteile auf, in der Regel bei ihren Großeltern) und weitestgehende Lockerung des Gemeinde- und Gemeinschaftslebens. Zweifelsohne spielt hier die Woiwodschaft Oppeln – und dies schon seit zwei Jahrzehnten, nicht erst nach dem EU-Beitritt des Landes – eine besorgniserregende, traurige „Vorreiterrolle“ in Polen. Die Dörfer um Oppeln entvölkern sich, wie es scheint, unaufhaltsam, und diese Entwicklung wird durch den aktuell negativen demografi-

schen Wandel zusätzlich noch verschärft. Für den ländlichen wie städtischen Raum gilt gleichermaßen, dass er tendenziell an Bevölkerung verliert. Ländliche Grundschulen müssen geschlossen oder bestenfalls zusammengelegt werden. Damit geht vieles verloren: ein Lebensstil, ein besonderer Sinn für die Gemeinschaft oder Nachbarschaft, ein Heimatgefühl, das gerade in Oberschlesien stets als ein wertvoller Teil des regionalen Kulturerbes bewahrt wurde.

Die Kirche im Opperlner Schlesien reagiert energisch auf diese Krise. Erzbischof Alfons Nossol und Bischof Andrzej Czaja engagieren sich seit einigen Jahren zusammen mit den Opperlner Medien für die Verbesserung dieser wahrhaft „tragischen“ Situation in den Opperlner Dörfern.

Leider ist die Prognose nicht gut. Die Lebenssituation der jungen Menschen in diesem Gebiet ist viel schlechter geworden als vor 20 Jahren. Nach der Ausbildung kann der junge Mensch keine Arbeit finden. So geht man Richtung Westen, Richtung Arbeit, Geld und Konsum. Das Land Oberschlesien bleibt zwar schön, es wird aber immer leerer.

Don Ante Luburić, Mostar

## Schlaglicht: Nevesinje in der Herzegowina – Probleme einer vom Krieg betroffenen Region



### Zur Lage der Pfarrei Nevesinje

Das Gebiet der Pfarrei Nevesinje umfasst ungefähr 4.000 Quadratkilometer und erstreckt sich über mehrere Gemeinden der nordöstlichen Herzegowina mit dem Städtchen Nevesinje als Zentrum.<sup>3</sup> Politisch gehört die Gemeinde fast ganz zur Republika Srpska.



Laut der letzten Volkszählung aus dem Jahre 1991 lebten auf diesem Gebiet 82.146 Einwohner, darunter etwas mehr als 500 Katholiken. Die Zahl der katholischen Bevölkerung auf diesem Gebiet hat sich jedoch

<sup>3</sup> Zur Pfarrei zählen die Gemeinden Nevesinje, Kalinovik, Čajniče, Foča, Foča-Ustikolina, Rudo, Novo Goražde sowie ein Teil der Gemeinde Goražde.

in den Jahren nach dem Krieg in Bosnien und Herzegowina, also seit 1995, erheblich reduziert, was eine tiefe Spur im demografischen Bild der Pfarrei Nevesinje hinterließ. Auch trug die Vernachlässigung der Landwirtschaft durch das kommunistische Regime nach dem Zweiten Weltkrieg systematisch dazu bei, dass in solchen Gebieten, in denen die Bevölkerung hauptsächlich in der Landwirtschaft und Viehzucht beschäftigt war und eine entsprechende Lebensweise führte, die Einwohnerzahl ständig abgenommen hat.

Die Gemeinden, über welche sich die Pfarrei Nevesinje erstreckt, zählen zu den Ortschaften, die besonders unter der Entvölkerung leiden. Ich kann zwar jetzt nicht alle einzelnen Aspekte ansprechen, versichere Ihnen aber, dass das Gebiet der Pfarrei Nevesinje zu den mittel- bis schlechtentwickelten Gebieten in Bosnien und Herzegowina zählt. Um es kurz und drastisch auszudrücken: Auf dem ganzen Gebiet gibt es kein einziges Unternehmen von Bedeutung!



Die Bevölkerung in diesen Gemeinden lebte hauptsächlich in kleineren Dorfsiedlungen. Diese Art und Weise der Streusiedlung hat eine ziemlich lange Tradition. Da sich immer größere Siedlungen bildeten, kam es nach und nach zu einer Entvölkerung der Dörfer, einige sind schon völlig menschenleer und verfallen, wie z.B. die Gemeinde Kalinovik: Zu ihr gehörten 73 Dörfer – 20 davon sind mittlerweile ganz ausgestorben! Die Verstädterungsprozesse sind im ehemaligen Jugoslawien immer schneller vorangeschritten, und parallel dazu veränderte sich auch die Lebensweise der Bevölkerung. Die größeren landwirtschaftlichen Gebiete bluteten aus und wurden immer rückständiger.

## **Grundlagen der Landwirtschaft**

In den Berggebieten um Gornja Neretva (Oberneretva), Crvanj und Morine, teilweise auch in Visočica, außerdem in Treskavica, Zelengora und Lelija gibt es große Weidegebiete, reich an Wald und Wasser. Seit jeher wird das Vieh auf die Weidegebiete dieser Hochebenen und Berge getrieben. So lebten und arbeiteten die einheimischen Viehzüchter sowie jene aus Donja, der Niederen Herzegowina, wo die Viehzucht traditionell sehr stark vertreten war. Diese hatte damals Vorrang vor den sonstigen Beschäftigungen in diesem Gebiet und galt als wichtigster Wirtschaftszweig. Bis heute sichert sie die Grundversorgung der Menschen.

Eine wichtige Rolle spielt traditionell auch die Obstproduktion, die natürlich stark von den Witterungsbedingungen abhängig ist. An der Spitze steht statistisch der Apfel-, Pflaumen- und Birnenanbau. Die Pflaume wird dabei weniger als frisches Obst, sondern viel stärker für die Produktion des „Šljivovica“ (Sliwowitz) angebaut. Die Birne hatte eine besondere Bedeutung für die Ernährung, denn man trocknete sie und bewahrte sie für den Winter auf. Mitte des vorigen Jahrhunderts kam die Produktion von Roggen, Hafer, Lein, Hanf, Bohnen und anderen Gemüsekulturen hinzu.

In derselben Zeit setzte eine negative Bevölkerungsentwicklung ein – der natürliche Zuwachs sowie der Anteil der landwirtschaftlichen



Bevölkerung in der Bevölkerungsgesamtzahl nahm ab, der Ackerbau wurde fast völlig vernachlässigt und in der Praxis auf die Bebauung von Hausgärten und auf das Heusammeln für das Vieh reduziert.

Aus alledem wird klar, dass das landwirtschaftliche und Viehzuchtpotenzial der Region sehr hoch ist. Weideplätze als Grundlage für die moderne Viehzucht bilden die Basis für die Fleischindustrie, und die Stärkung dieses Wirtschaftszweigs würde der ganzen Region in der nord-östlichen Herzegowina ihre ursprüngliche Grundfunktion zurückgeben.

Tatsache ist, dass heute 60 Prozent der Bevölkerung in 27 Ländern der Europäischen Union in ländlichen Gebieten leben; das zeigt, warum die Entwicklung der ländlichen Regionen von lebenswichtiger Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union ist. Allerdings erfordert die Politik der ländlichen Entwicklung zugleich den Rahmen für eine nachhaltige Zukunft dieser Gebiete. Wichtig ist besonders, dass die Produkte von Landwirtschaft und Viehzucht sowohl auf dem inländischen als auch auf dem ausländischen Markt abgesetzt werden können. In Bosnien und Herzegowina ist dies aber nicht der Fall!

### **Vernachlässigung der Region im kommunistischen Jugoslawien – weitere Veränderungen nach dem Bosnien-Krieg (1992–1995)**

Die Transformation wirtschaftlicher Aktivitäten im ehemaligen Jugoslawien, deren Merkmal nach dem Zweiten Weltkrieg die Nationalisierung des privaten Eigentums durch die Kommunisten und danach eine Industrialisierung unter gleichzeitiger Vernachlässigung der Landgebiete war, spiegelt sich in der Herzegowina wieder. Die Folgen dieser Entwicklung sind die Verwahrlosung der Landwirtschaft und eine Überalterung der Dorfbevölkerung.

In diesen Jahrzehnten hat sich in der Umgebung von Nevesinje das Leben der Dorfbevölkerung stark verändert. Entscheidend ist die Zunahme von nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Dieser Prozess der

Deagrarisierung führte jedoch nicht wie in anderen Teilen Bosnien und Herzegowinas zu einem teilweisen Aufgeben des landwirtschaftlichen Berufs, sondern vielmehr zu einem vollständigen Untergang der Landwirtschaft. Das wurde besonders nach dem Krieg sichtbar, der in diesem Gebiet der Herzegowina von 1991 bis 1995 tobte. Zu Beginn des Krieges mussten alle Katholiken der Gemeinde Nevesinje (210, elf kamen im Krieg um) und alle Moslems (3.314) ihr Hab und Gut verlassen und flüchten.

Die Nachkriegszeit veränderte das dörfliche Leben vollständig:

- weil die Überalterung der Dorf- sowie auch der Stadtbevölkerung rasch zugenommen hat;<sup>4</sup>
- weil die Bauernhöfe, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, besonders der vertriebenen Familien, zerstört und geplündert wurden (insgesamt 511);
- weil der Wiederaufbau der zerstörten Bauernhöfe sehr langsam vorangeht, was die Rückkehrwilligen sehr entmutigt,
- und weil eine dauerhafte Rückkehr leider überhaupt nicht gesichert ist.

## Was soll und was kann man zur Entwicklung tun?

Große Möglichkeiten bestehen in diesem Gebiet in der ökologischen Wirtschaft. Die bestehenden Möglichkeiten sind allerdings bisher nicht ausgeschöpft – mit einer verbesserten Ausbildung der einheimischen Bevölkerung könnten die Ergebnisse jedoch ausgezeichnet sein.

4 Für die Gemeinde Nevesinje sehen die Bevölkerungszahlen wie folgt aus:

bis 6 Jahre	7–15 Jahre	16–30 Jahre	31–60 Jahre	über 60 Jahre
682	2.668	3.140	5.525	6.265

Nach dem letzten offiziellen Bericht über die demografische Lage in der Republika Srpska lag im Pfarrgebiet Nevesinje in den Gemeinden Nevesinje, Kalinovik, Čajniče, Foča, Novo Goražde und Rudo die Zahl der Neugeborenen pro Jahr bei 355, die der Sterbefälle aber bei 632 – eine Abnahme um 277 Personen!

Unter den positiven Aspekten der Region, die an Mostar-Trebinje und Dubrovnik angrenzt, ist besonders die unberührte Natur zu nennen, ebenso auch die Tatsache, dass es hier keine größeren Fabriken oder andere potenzielle Umweltverschmutzer gibt. Alles in allem ist ein wirtschaftlicher Fortschritt jedoch unmittelbar mit dem Verbleiben der lokalen Bevölkerung sowie mit der Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für die dauerhafte Rückkehr der kriegsvertriebenen Menschen verbunden. Ich bezweifle leider, dass ein so unorganisierter Staat wie Bosnien und Herzegowina diesen schaffen kann.

Ein wichtiger positiver Schritt ist die Einschaltung der „Regionalen Entwicklungsagentur für die Herzegowina“ zur Weiterbildung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Gegend von Nevesinje. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem verbesserten Anbau und der Kultivierung von Himbeeren.

Ich persönlich bin Renovabis sehr dankbar für die Mittel, die 2008 für die Beschaffung von Landwirtschaftsmaschinen als eine Unterstützung zur Rückkehr der geflohenen Bevölkerung aus Nevesinjsko polje (Nevesinje-Feld) bewilligt worden sind. Innerhalb der Pfarrei Nevesinje haben sich einige Pfarrangehörige in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft organisiert, um zu versuchen, ihre durch den Krieg verwüsteten Bauernhöfe gemeinsam wieder hochzubringen. Katholiken aus Nevesinje und der Niederen Herzegowina hatten bis 1948 etwa 40 Prozent des Landes in der Pfarrei Nevesinje in ihrem Besitz. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gibt es nun Hoffnung auf Erstattung des beschlagnahmten Landes. All das wird eine echte Chance zur Rückkehr der Flüchtlinge bieten, sowohl derjenigen, die in den neunziger Jahren ihre Heimat verlassen mussten, als auch derjenigen, die schon nach dem Zweiten Weltkrieg fliehen mussten.

Am Ende meines Schlaglichts möchte ich betonen, wie wichtig mir der Grundsatz „Werke statt Worte“ ist. Besonders dort, wo ich tätig bin und wo die katholische Kirche in einer schwierigen Diaspora wirkt, ist es wichtig, wenige Worte zu sagen und gute Werke zu verwirklichen!

## Grundlage und Perspektiven der europäischen Regionalentwicklung<sup>1</sup>



Zunächst möchte ich Renovabis für die Organisation dieses Kongresses danken. Zudem möchte ich Ihnen dafür danken, dass Sie mich eingeladen haben und ich heute die Gelegenheit habe, mit Ihnen über die Kohäsionspolitik der Europäischen Union (EU) zu diskutieren. Es ist für mich eine große Freude, hier mit so vielen Menschen zusammenzutreffen, denen die Entwicklung und die Förderung hilfsbedürftiger Regionen ein Anliegen ist. Ich kann Ihnen mit Blick auf die Zukunft versichern,

dass sich die EU als Ganzes *in hohem Maße für die Kohäsionspolitik engagiert* und ihre Förderrichtlinien dahingehend erweitert, die sozial benachteiligten Regionen so wirksam wie möglich zu unterstützen. Betrachtet man die Arbeit sowohl des EU-Parlaments als auch der Europäischen Kommission, so ist der Einsatz im Bemühen um diese Themen offenkundig. Die EU umfasst ein enormes Gebiet und verkörpert viele verschiedene Kulturen und Ideen. Wir müssen unseren Bürgern beistehen, wann und wo es nötig ist.

Die Europäische Union besteht aus 27 Mitgliedsstaaten, in denen annähernd 493 Millionen Menschen leben und arbeiten. Innerhalb dieser

---

<sup>1</sup> Zu Beginn wurde der Referent von Moderator Hubert Tintelott vorgestellt. Dr. Filip Kaczmarek wurde 1966 geboren, studierte Geschichtswissenschaften, promovierte 2005 und hatte bereits als Student verschiedene Ämter inne, unter anderem den Vorsitz des nationalen Koordinierungsausschusses des unabhängigen Studentenverbandes. Von 1991 bis 1993 war er Abgeordneter des Sejms (polnisches Parlament), von 1998 bis 2002 Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Stadtrats von Poznań und ist seit 2004 Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Dort arbeitet er u. a. im Ausschuss für Entwicklung mit. – Der Vortrag „Basis and Perspectives of European Regional Development“ wurde in englischer Sprache gehalten. Vorliegender Fassung liegt eine Übersetzung von Thomas Hartl zugrunde.

Gemeinschaft gestaltet sich die EU als gemeinsamer Markt mit eindeutigen Unterschieden in Lebensstil und -standards zwischen den Mitgliedsstaaten. Angesichts dieser Unterschiede hat sich die EU aufs Äußerste bemüht, eine Entwicklungsstrategie bereitzustellen, die es allen Regionen innerhalb der Union ermöglichen soll, innerhalb des gemeinsamen Marktes zu prosperieren. Um uns durch die gegenwärtige wirtschaftliche Krise erfolgreich hindurch zu bewegen, ist es unabdingbar, dass wir den Kurs halten, das bereits fertiggestellte Fundament sichern und weiter daran arbeiten, die Rolle der ländlichen oder weniger entwickelten Regionen zu verbessern. Dadurch werden wir *mehr Kohäsion, bessere Bildung* und eine *umfassende Solidarität* erreichen, die für den Erfolg der EU notwendig ist.

Der Standpunkt der EU bezüglich struktureller und regionaler Entwicklung ist gekennzeichnet durch Geschlossenheit. Wir im Parlament sprechen fortlaufend wichtige Themen an, die mit der Kohäsionspolitik im Zusammenhang stehen. Auch die Europäische Kommission sieht in der Kohäsionspolitik einen wertvollen Beitrag, da sie sowohl den Bürgern der EU Vorteile bringt als auch zu unserer fortdauernden Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Weltmarkts beiträgt. Es versteht sich dabei von selbst, dass wir alle von der Verringerung der Unterschiede in ländlichen und abgeschiedenen Regionen profitieren können. Darum wird die EU auch weiterhin Richtlinien umsetzen, die diese Regionen unterstützen können. Der Zeitraum zur Gestaltung dieses Programms umfasst die Jahre 2007–2013, und seine Ziele lassen sich vereinfacht in den folgenden drei Punkten zusammenfassen:

- Erstens: Es geht um *Konvergenzziele*, die auf eine Ankurbelung des Wachstums und der Beschäftigung in den am schwächsten entwickelten Regionen und Mitgliedsländern gerichtet sind.
- Zweitens: Es geht um *regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungspolitik*, die die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen durch Vorwegnehmen ökonomischer und sozialer Veränderungen stärken sollen.
- Drittens: Es geht um die *territoriale Zusammenarbeit in Europa*, die durch grenzüberschreitende, transnationale und interregionale

Kooperation zwischen Regionen und lokalen Behörden vereinfacht werden soll.

Diese drei Ziele bilden das Gerüst für die Zukunft, mit deren Hilfe wir die Position der Regionen verbessern. Im Juni dieses Jahres veröffentlichte das Europäische Parlament einen Bericht, der die Ziele hervorhob und noch einmal unterstrichen hat, wie entscheidend sie in der folgenden Programmperiode, also 2014 bis 2020, für die Kohäsionspolitik sind. Im Folgenden möchte ich einige der wichtigsten Aspekte dieses Berichts hervorheben.<sup>2</sup>

Wir möchten die territoriale Kooperation aktiv gestalten, um Territorien und Regionen dabei zu helfen, bei der Lösung ihrer gemeinsamen Probleme und bei der Reduzierung realer oder administrativer Hindernisse, die einer solchen Kooperation im Wege stehen, und bei der Verringerung des sogenannten „Grenz-Effekts“ zusammenzuarbeiten. Voraussetzung einer erfolgreichen Umsetzung der Kohäsionspolitik ist eine Steuerung auf mehreren Ebenen, die eindeutig definierte Strukturen und Verantwortlichkeiten und die nötige Anerkennung der Bedeutung regionaler Behörden beinhaltet. Dazu muss die Partnerschaft zwischen den beteiligten Akteuren durch die Einführung detaillierter und verbindlicher Bestimmungen im Rahmen territorialer Abkommen, über die in jedem Mitgliedsstaat abgestimmt wird, gestärkt werden.

Die Kohäsionspolitik muss sich auch weiterhin auf die Verringerung der Unterschiede und die Einführung einer stimmigen und nachhaltigen Entwicklung aller Regionen der Union konzentrieren, und zwar ungeachtet der konkreten Verortung der einzelnen Problemregionen.

Ebenso erkennen wir die speziellen Bedürfnisse von Regionen an, die aufgrund ihrer geographischen Lage oder natürlichen Umgebung besonders benachteiligt sind. Wir haben die Mitgliedsstaaten und die Kommission nach speziellen Präferenzen bei der weiteren Förderung

---

<sup>2</sup> Vgl. zur „Wachstumsstrategie der Europäischen Union“ auch die Hinweise auf der Homepage der Kommission unter [http://ec.europa.eu/europe2020/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm) (letzter Zugriff: 14.03.2012).

dieser Regionen konsultiert – vorausgesetzt, diese sind leistungsfähig und tragen zur europäischen Wertschöpfung bei. Gleichzeitig wünschen wir uns die Fortführung der Anwendung spezieller Formen von Flexibilität und einer speziellen Budget-Förderung in Bezug auf diese Regionen-Typen. Als Folge unseres Engagements werden die am stärksten benachteiligten Gebiete durch Investitionen in ihrer Region – entweder in Form direkter Unterstützung oder durch Steuerfreibeträge – besonders gefördert.

Natürlich werden wir auch weiterhin die Rolle städtischer Gebiete und Regionen stärken. Dies umfasst Hauptstädte und ihre Einzugsgebiete sowie integrierte Stadtentwicklungsprogramme. Der Ausbau der Beziehungen zwischen Städten, Metropolen und umliegenden ländlichen Räumen bringt wechselseitigen Nutzen. Der größere Zusammenhalt zwischen diesen Gebieten ist von herausragender Bedeutung für die Analyse der Probleme von Gebieten mit benachteiligten Gemeinden.

Im Zusammenhang mit der Struktur- und Kohäsionspolitik ist die Partnerschaft zwischen Stadt und Land *entscheidend*, wenn es darum geht, ländlichen Räumen die gleichen Bedingungen für Entwicklung und Lebensqualität in Bezug auf soziale und ökonomische Faktoren bereit zu stellen wie den Städten. Angesichts des dynamischen Einflusses von Städten und Metropolen auf die Wirtschaftsentwicklung in Regionen und des Ankurbelns der Wirtschaft in umliegenden ländlichen Gebieten bitten wir die Mitgliedsstaaten darum, die benötigten Ressourcen *zu garantieren*, die für die Umsetzung urbaner und sub-urbaner Projekte erforderlich sind.

Entsprechend dem Vertrag von Lissabon ist es unser Ziel, durch die Kohäsionspolitik bevorzugt die schwächsten Regionen zu fördern, damit sie einen angemessenen Anteil an der Gesamtentwicklung der Europäischen Union haben. Wir sind der Überzeugung, dass stärker entwickelte Regionen in der Lage sind, regionale Strukturschwächen auszugleichen, territoriale Unterschiede zu verringern, zu gemeinsamen europäischen Zielen beizutragen und künftige Herausforderungen zu bestehen. Für Gebiete, die in hohem Maß von Strukturveränderungen

betroffen sind, brauchen wir zusätzliche Maßnahmen, die dazu beitragen können, die sozio-ökonomische und infrastrukturelle Situation zu verbessern. In diesem Zusammenhang sollten Strategien ausreichend flexibel gestaltet sein, um imstande zu sein, die Probleme und Besonderheiten jeder individuellen Region zu bewältigen.

Wie Sie sehen, arbeiten wir an vielen Lösungen, um die Situation in den am schwächsten entwickelten Regionen zu verbessern. Meines Erachtens sind diese Ziele erreichbar und werden allen Mitgliedsstaaten und ihren Bürgern von großem Nutzen sein. Das Europäische Parlament besteht auf der Notwendigkeit einer Kohäsionspolitik für alle Regionen Europas. Zweifellos muss eine starke und ausreichend finanzierte Kohäsionspolitik auch weiterhin das Herzstück der ökonomischen, sozialen und territorialen Entwicklung der Union sein, da sie wesentliche Ressourcen für die Modernisierung und Nachhaltigkeit des Binnenmarktes bereitstellt.

Das Europäische Parlament ist der Meinung, dass die Kohäsionspolitik nach 2013 imstande ist, einen noch größeren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der EU-Regionen zu leisten. Deshalb fordert es für den Zeitraum der Jahre 2014 bis 2020 *die Bereitstellung mindestens des gleichen Budgets wie bisher*. Da die Integration der Ziele von „Europa 2020“ in das existierende System von Zielen und Mitteln möglich ist, lehnen wir sowohl jegliche Zuordnung des EU-Budgets unter fiktive Haushaltstitel als auch eine Aufteilung der finanziellen Mittel auf bestehende, jedoch ganz unterschiedliche Haushaltstitel grundsätzlich ab: *Die Kohäsionspolitik sollte innerhalb des EU-Budgets weiterhin unter ihrem eigenen Haushaltstitel laufen*.

Angesichts der Möglichkeiten, die Dauer des mehrjährigen finanziellen Rahmens zu ändern, glauben wir, *dass sich die siebenjährige Periode als effizient erwiesen und bewährt hat*. Deshalb sollte sie mindestens bis zum Ende der nächsten Haushaltsperiode, also bis 2020, beibehalten werden.

Als Folge der Debatten um mögliche Optionen zur Schaffung gerechter Übergangsbestimmungen hat das Europäische Parlament zugunsten ei-



ner neuen *Zwischenkategorie* für bestimmte Regionen votiert. Es hat die Kommission gebeten, einen Plan zur Schaffung transnationaler Hilfen für Regionen vorzulegen, die die Konvergenzziele nicht mehr erfüllen. Diese Hilfen sollen Regionen zur Verfügung stehen, deren pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt bei 75 bis 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt, und an deren spezifischer Situation ansetzen. Ebenso unterstützen wir die vorgesehenen Verträge zu *Entwicklungs- und Investmentpartnerschaften zwischen der EU und den einzelnen Mitgliedsstaaten*. Voraussetzung für die Wirksamkeit dieses neuen Ansatzes ist die möglichst zeitnahe Klärung der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen beteiligten Ebenen. Dies geschieht unter Beibehaltung nationaler und bzw. oder regionaler und lokaler Kompetenzen gemäß dem Prinzip der Subsidiarität.

Wir glauben, *dass man die Ausgaben auf Kernprioritäten konzentrieren sollte, die einen echten Wertzuwachs für Europa begründen*. Meiner Meinung nach begünstigt die Bündelung von Ressourcen eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums.

Eine wichtige vom Europäischen Parlament formulierte Botschaft lautet, dass die *Entwicklung einer grundlegenden Infrastruktur* auf jeden Fall als kompatibel mit der Strategie „Europa 2020“ gesehen werden sollte. Warum? Nur wenn die Regionen wettbewerbsfähige Transport-, Energie- und Kommunikationsnetzwerke und eine Abfallentsorgungsinfrastruktur haben, werden sie in der Lage sein, zum Erreichen der Ziele von „Europa 2020“ beizutragen. Genau deshalb muss man den schwächsten und bedürftigsten Regionen die notwendige Flexibilität gewähren, die Ziele ihren Bedürfnissen entsprechend zu interpretieren.

Je niedriger das Entwicklungsniveau in einem Mitgliedsstaat oder in einer Region ist, desto breiter gefächert muss die Prioritätenliste sein. Voraussetzung für eine effektivere Kohäsionspolitik ist die Anpassung ihrer Ziele und Prioritäten an die spezifischen regionalen Entwicklungsbedürfnisse, was man auch als „thematischen Ansatz“ bezeichnet. Gleichzeitig bildet eine effektive Politik des Zusammenwachsens auch eine der Bedingungen für die Erfüllung der Ziele von „Europa 2020“. Um in der Zeit nach der Krise fähig zu sein, die thematischen Schwerpunkte klarer

zu definieren, ist meiner Meinung nach ein besseres Verständnis der neuen Realität nach der Krise in den verschiedenen Mitgliedsstaaten, Regionen und Städten nötig.

Sollten *bestimmte Prioritäten* für alle Mitgliedsstaaten verbindlich werden, dann sollten die Themenbereiche *Innovation, Infrastruktur, Verkehr und Management von Ressourcen* mit inbegriffen sein. Jedoch sollte etwas Handlungsspielraum bleiben, um den Umfang der Programme, das regionenspezifische Szenarium in seinen Grundzügen und die zu erreichenden Ergebnisse zu berücksichtigen, damit die *Prioritäten gemäß der spezifischen Bedürfnisse jeder Region zugeschnitten werden können*. Die ungewöhnlich flexible Beschaffenheit der Kohäsionspolitik erlaubt die Koordination und Komplementarität mit anderen Bereichen; deshalb sollten wir sowohl *stärkere Synergien und eine bessere Koordination* zwischen verschiedenen Bestimmungen anstreben als auch für ein besseres Verständnis der Bedeutung territorial geprägter Einzelregelungen sorgen.

Zwischen allen europäischen Institutionen, nationalen, regionalen und lokalen Behörden und den betroffenen Parteien besteht gleichermaßen ein weitgehender Konsens bezüglich der *Notwendigkeit der Umgestaltung der gegenwärtigen Kohäsionspolitik: weg von einer integrationsorientierten hin zu einer zielorientierten Politik* mit klaren und messbaren Ergebnissen.

*Spezifische Herausforderungen der gegenwärtigen Kohäsion auf sub-regionaler Ebene* sollten insbesondere in städtischen Räumen erkannt werden. Dies gilt auch für Regionen, die als reich eingeschätzt werden. *Städte und Metropolen* können als Zentren und Motoren des Wachstums einer bestimmten Region einen Schlüsselbeitrag leisten. Allerdings sollten *ländliche Siedlungen* ebenfalls in der Lage sein, an der Erarbeitung ganzheitlicher Lösungen für eine bestimmte funktionale und geographische Einheit teilzuhaben, indem sie Partnerschaften und Netzwerke pflegen. Besondere Beachtung sollten vor allem *Synergien* finden, *die durch ganzheitliche lokale und regionale Entwicklungsansätze erreichbar werden*.

Thematische und territoriale Verdichtung sind unerlässlich für einen sinnvollen Einsatz entsprechender Ressourcen; damit wird unserer Meinung nach ein solides Fundament zur Stärkung der Effektivität und der Effizienz bei der Umsetzung von EU-Richtlinien gelegt. Wie bereits erwähnt, ist es für uns von größter Wichtigkeit, dass das Budget der Kohäsionspolitik zumindest auf dem derzeitigen Niveau erhalten bleibt und die 7-Jahres-Programmperiode bis zum Ende der nächsten Programmperiode beibehalten werden sollte. Was den Vorschlag der Bildung bereichsbezogener Fonds auf Kosten der Kohäsionspolitik anbetrifft, so lehnen wir kategorisch alle Vorschläge ab, die auf eine Nationalisierung oder Zersplitterung der Kohäsionspolitik hinaus laufen. Neue themenbezogene Fonds (beispielsweise für Klimaschutz, Energie und Verkehr) würden das erprobte und bewährte Prinzip des gemeinsamen Managements und damit den ganzheitlichen Entwicklungsansatz untergraben. Letztlich glauben wir, dass das derzeitige System von Zielvorgaben erhalten bleiben sollte; gleichzeitig sollte die europäische Kooperation auf territorialer Ebene gestärkt werden.

Die wichtigste Zielsetzung der Kohäsionspolitik besteht in der Verringerung von Unterschieden zwischen den Entwicklungsniveaus verschiedener Regionen. Dies kann nicht ohne die Solidarität zwischen den Menschen in Europa gelingen. Das ist für mich das entscheidende Argument: Ohne die Solidarität der Menschen werden wir die Ziele der Kohäsionspolitik niemals erreichen.

# Der ländliche Raum im Wandel von der Industrialisierung bis zur Globalisierung<sup>1</sup>

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke herzlich für die Einladung. Wie Sie eben gehört haben, ist die Entwicklung des ländlichen Raums eng verbunden mit meinem eigenen Lebensweg. Die Welt meiner Kindheit und Jugendzeit war eine in sich weitgehend geschlossene ländlich-katholisch-bäuerliche Welt, in der auch die kirchliche Welt und die gesellschaftliche Entwicklung eine Einheit waren. Im ländlichen Raum der damaligen Zeit bildeten feste Strukturen noch die innere Verfassung einer Agrargesellschaft.



## I.

Für den Ausgangspunkt ist festzuhalten: Der ländliche Raum war im Gesamtgefüge des Staates und der gesellschaftlichen Leitbilder primär ein Ergänzungsraum und „Zulieferer“ für die Stadt – diese war das Eigentliche und das Wesentliche. „Zulieferer“ meint hier nicht nur den Bereich „Nahrungsmittel“, sondern bezieht sich auch auf die ständige

---

1 Der Moderator Hubert Tintelott stellte Alois Glück zunächst kurz vor. Dieser wurde 1940 auf einem Bauernhof im Landkreis Traunstein geboren und erlernte den Beruf eines Landwirtes. 1964 bis 1971 war er Landessekretär der Katholischen Landjugendbewegung in Bayern, hat daneben eine journalistische Ausbildung genossen und war früh in diesem Bereich tätig. 1970 wurde er in den Bayerischen Landtag gewählt und übernahm 1986 das Amt des Staatssekretärs im Staatsministerium für Landes- und Umweltfragen. 1988 bis 2003 war er Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 2003 bis 2008 Landtagspräsident und 1999 bis 2009 Vorsitzender der Grundsatzkommission der CSU. Parallel dazu engagierte er sich im kirchlichen Bereich, u. a. als Diözesanvorsitzender und Landessekretär der Landjugend, außerdem über viele Jahre im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, an dessen Spitze er seit 2009 steht.

Zuwanderung aus dem ländlichen Raum in die Städte. Die Stadt war der Raum des Fortschritts, exemplarisch für diese Sicht war die Position „Stadtluft macht frei“. Mit einem gewissen, oft sehr ausgeprägten Minderwertigkeitskomplex sahen wir in die Stadt und waren geneigt, ihre Leitbilder nachzuahmen, von der Kleidung bis zur Ausstattung der Wohnung und dem Bau der Siedlungen. Auch in unserem Selbstwertgefühl war das Land keine eigenständige Größe.

Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts begann mit dem Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Krieges, mit der Industrialisierung und insbesondere auch durch den Zustrom vieler Flüchtlinge ein Prozess der wirtschaftlichen Dynamik, des Wachstums, getragen vor allem durch die Weiterentwicklung der Technik und die darauf aufbauende ökonomische Entwicklung. Für den ländlichen Raum ist und war vor allem erst recht in der damaligen Zeit immer ganz zentral die Rolle der Landwirtschaft. In der Landwirtschaft begann damals der Prozess der Mechanisierung und damit der Ersatz von Arbeitskraft durch Maschinen. Mit diesem Prozess, verbunden auch mit der Sogwirkung von Gewerbe und Industrie auf die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, entwickelte sich der Zwang, mit einer weithin klein- und mittelbäuerlichen Agrarstruktur eine Antwort auf den wirtschaftlich sinnvollen und möglichen Einsatz moderner Technik im Agrarbereich zu finden. Die Antwort der EU-Agrarpolitik, verkörpert durch den damaligen Agrarkommissar Sicco Manshold,<sup>2</sup> war die Forderung nach einer grundlegenden Umstrukturierung der Landwirtschaft, gewissermaßen durch neue Reißbrettstrukturen, um einen wirtschaftlichen Einsatz von Technik in der Landwirtschaft zu ermöglichen. Dies hätte natürlich nicht nur eine radikale Umstrukturierung der Landwirtschaft als Organisation erfordert, sondern auch die gesellschaftlichen Strukturen in kurzer Zeit revolutionär verändert.

---

2 Der Niederländer Sicco Manshold (1908–1995) war seit 1958 einer der Kommissare der Europäischen Kommission im Rahmen der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und befasste sich schwerpunktmäßig mit der Agrarpolitik, die er besonders zwischen 1960 und 1970 maßgeblich prägte.

Natürlich gab es viel Empörung über diese Position. Andererseits war der Zwang zu einem möglichst wirtschaftlichen Einsatz der modernen Technik unabweisbar. Unter diesem Druck und verbunden mit vielen Geburtswehen und heftigen Auseinandersetzungen entwickelte sich in dieser Situation das Konzept einer überbetrieblichen Zusammenarbeit innerhalb der Landwirtschaft auf der Basis eines entsprechend organisierten überbetrieblichen Einsatzes von Maschinen. Wir haben dies damals vonseiten der katholischen Landjugendbewegung ganz wesentlich mitgeprägt; der Inspirator war ein Journalist, der ursprünglich im Genossenschaftswesen war. Und diese Veränderungen wurden im heftigsten Widerstand gegen die bäuerlichen Organisationen und die Wissenschaft, die die Zukunft nur im Größenwachstum sah, letztlich auch realisiert. Die überbetriebliche Zusammenarbeit mit verbindlichen Regeln in Maschinen- und Erzeugerringen für die Qualitätsproduktion und anderen Formen für die Vermarktung gaben der bäuerlichen Landwirtschaft auch unter diesen veränderten Bedingungen eine Zukunftschance. Ich erwähne dies hier nicht in erster Linie, um unsere Geschichte zu beschreiben, sondern weil es diese Situation ähnlich immer wieder gibt, auch für viele Regionen in der heutigen Welt. Für uns in Bayern war die entscheidende Weichenstellung und dann auch eine große Pionierleistung ein entsprechendes neues Agrargesetz im Jahre 1969, mit dem gleichzeitig das Selbstverständnis und die Aufgabenstellung der Landwirtschaft grundlegend erweitert und verändert wurden: Landwirtschaft nicht mehr nur als Nahrungsmittelproduzent, sondern erstmals kam darin der Begriff *der Erhaltung der Kulturlandschaft* als Aufgabe der Landnutzung und Landwirtschaft und die Entwicklung der Landwirtschaft als Teil einer *integrierten Entwicklung im ländlichen Raum* vor. Ende der 1960er Jahre war ich seitens der Landjugend häufig in Brüssel, damals war Agrarpolitik reine Landwirtschaftspolitik – eine Politik im Sinne des ländlichen Raums und einer Zusammenschau von Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländlichem Raum war völlig unbekannt. Dies veränderten später dann entsprechende Entwicklungsprozesse. Insofern war die Entwicklung hier in Bayern eine Art Vorläufer für Entwicklungen, die es ebenso in der europäischen Agrarpolitik gab. Das heißt: *Landwirtschaft und Agrarpolitik wurden integrierter Teil eines gesellschaftspolitischen Konzeptes, eng verbunden mit Entwicklungsstrategien für den ländlichen*

*Raum.* Heute ist es für die europäische Agrarpolitik und die europäische Politik insgesamt eine Selbstverständlichkeit, dass Agrarpolitik nicht mehr nur Politik für die Bauern oder für die Ernährung ist, sondern eben Teil der Strategien ländlicher Entwicklung. Innerhalb der Reform der Agrarpolitik wird es eines der großen Streitthemen sein, wie diesbezüglich die Mittel verteilt werden. Mit diesem Konzept war es auch möglich, den Strukturwandel innerhalb der Landwirtschaft elastisch und generationenverträglich zu gestalten. Natürlich ist außerhalb von Bayern im gesamten deutschsprachigen Raum, also auch in Österreich, die Entwicklung dann ganz ähnlich verlaufen. Insgesamt hat sich die Situation in der Landwirtschaft verändert, beispielsweise die Zahl der Betriebe und die Zahl der Menschen, die noch von der Landwirtschaft leben konnte. Mithilfe dieses Konzeptes war es jedoch nicht über Brüche erzwungen worden, sondern es hatte eine innere Elastizität.

## II.

Mit den Entwicklungen in Industrie und Wirtschaft war ein ständiger Bedarf an neuen Arbeitskräften verbunden. In dieser Situation stand die Politik vor einer Grundsatzentscheidung mit weitreichenden Folgen: Soll man das wirtschaftliche Potenzial in bestimmten Räumen konzentrieren und damit ökonomisch ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Dynamik fördern – die Ökonomen werden zu allen Zeiten immer wieder zu dem Ergebnis kommen, dass das Optimale die Bündelung auf Standorte sei – oder soll man diese Entwicklung nutzen, um durch Dezentralisierung auch die ländlichen Räume in ihrer Entwicklung zu fördern? Anders formuliert war die Fragestellung: *Die Arbeit zu den Menschen bringen oder die Menschen zu den Arbeitsplätzen?* Es gab dafür ganz unterschiedliche Entwicklungskonzepte, die ich hier nicht weiter darstellen kann. Als Beispiel möchte ich jedoch den Ring von Trabantenstädten rund um München erwähnen, um das bayerische Entwicklungspotenzial hier zu bündeln. Im deutschsprachigen Raum hat sich die für die gesamte Entwicklung maßgebliche Grundentscheidung dann durchgesetzt: Unser Ziel sind *gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen als Ausdruck von Gerechtigkeit und Chancengerech-*

*tigkeit*. Um diese Grundsatzentscheidung wird es im Hinblick auf die Entscheidungen immer wieder gehen und ebenso darum, wie die Mittel mit welchen Prioritäten eingesetzt werden.

Gewerbe und Industrie konnten aber nur für Standorte im ländlichen Raum gewonnen werden, wenn es dafür auch entsprechend geeignete Arbeitskräfte gab. Also wurden großflächig entsprechende *Umschulungsprogramme* für bisherige Landarbeiter entwickelt und angeboten, sodass man der Industrie sagen konnte: „Wir haben dafür geeignete Arbeitskräfte.“ Um diesen Entwicklungsprozess entsprechend zu steuern, wurde staatlicherseits dann ein entsprechendes Konzept der Raumordnung und der Landesplanung entwickelt; es entstand ein abgestuftes System zentraler Orte mit Klein-, Unter-, Mittel- und Oberzentren. Diesen wurden bestimmte Funktionen zugeschrieben, und davon ist wiederum abhängig, was staatlicherseits förderfähig ist.

Es wurde schnell deutlich, dass für die Entwicklung der ländlichen Räume eine gute *Verkehrerschließung* unabdingbare Voraussetzung ist. Der Bau von Autobahnen und anderen Straßen und der Ausbau von Verkehrsschienen waren wichtig und sind dies auch heute noch. Allerdings besteht jedoch im Zeitalter der Informationsgesellschaft die aktuelle Thematik und Aufgabe nicht nur in der klassischen alten Verkehrsinfrastruktur, sondern insbesondere der Anschluss der ländlichen Gebiete an die modernen Kommunikationsmittel; das so genannte *schnelle Internet* ist heute eine Grundbedingung für viele Betriebe und damit deren Standortentscheidung. Dies wirft eine weitere Grundfrage an den Staat auf: Rein ökonomisch ist es relativ teuer, diese Infrastruktur in dünner besiedelte Räume zu bringen. Fördert er es trotzdem mit entsprechenden technischen Möglichkeiten, um der Menschen im ländlichen Raum willen, oder wird rein ökonomisch gedacht, dass dies in den Zentren viel lohnender ist? Damit verlieren die Betriebe im ländlichen Raum mit der Zeit den Anschluss an die Dynamik der modernen Wirtschaft und somit natürlich der ländliche Raum insgesamt.

Mit der Schwerpunktbildung im System der zentralen Orte verbunden ist die Planung für den Ausbau der *Infrastruktur für Bildung*, also wei-



terführende Schulen, Fachhochschulen, Universitäten usw. Es wurden aber auch Wohnstandorte im ländlichen Raum zunehmend von den Städtern als besonders reizvoll entdeckt, als Orte besonderer Lebensqualität, nicht nur unter dem Aspekt der Umwelt und Erholung, sondern auch unter dem Aspekt sozialer Nähe und intensiverer Beheimatung. Damit erfolgte eine ganz wesentliche innere Veränderung: Die Landbevölkerung entdeckte insbesondere durch Impulse von Städtern den Eigenwert des eigenen Lebensraumes, der eigenen Kultur, und man entwickelte mit der Zeit ein eigenständiges Selbstbewusstsein. Ich habe dies bei mir selbst erlebt, als wir mit Minderwertigkeitskomplexen in die Stadt geschaut haben und die Städter uns dann aber die Augen für die besonderen Werte ländlicher Räume und deren Kultur geöffnet haben. Dies ist wiederum ganz wesentlich, denn nur mit einem gewissen Selbstbewusstsein der Landbevölkerung ist es überhaupt möglich, deren Kräfte zu mobilisieren und zu wirklichen Entwicklungsstrategien zu kommen.

Eine Schlüsselrolle in der Entwicklung der ländlichen Räume hatten und haben dabei die Kommunen, also die *Gemeinden*, die kleineren und größeren *Städte* im ländlichen Raum und die *Landkreise*. Dies kann man auch in unserem eigenen Land sehr gut an der unterschiedlichen Entwicklung von Gemeinden, Städten und Landkreisen bei vergleichbaren Ausgangsbedingungen beobachten. Ausschlaggebend ist dann die Qualität der Kommunalpolitik, die entweder nur ängstlich verwaltet oder aktiv gestaltet. Aber es ist an dieser Stelle auch – so sehr es konfliktbeladen ist – festzuhalten: Ohne sachgerechte Schwerpunktbildung innerhalb des ländlichen Raumes sind Entwicklungen ländlicher Räume nicht möglich! Damit vorprogrammiert sind dann natürlich der Wettbewerb und der Verteilungskampf zwischen den einzelnen Gemeinden. Angesichts der heutigen Anforderungen ist es ein besonderer Fortschritt in der Kommunalpolitik, wenn Kommunen beispielsweise jetzt immer häufiger bei der Ansiedlung von Betrieben durch die gemeinsame Ausweisung von Gewerbegebieten und im Rahmen der Verkehrserschließung zusammenarbeiten. Aber das erfordert natürlich die Überwindung der reinen „Kirchturmsperspektive“:

Der Strukturwandel in der Arbeitswelt veränderte und verändert immer wieder auch die innere Struktur der Gesellschaft. Mit wachsender Mobilität wurden Freiheitsräume gewonnen, die oft sehr einengende und nicht immer sehr menschliche massive Sozialkontrolle verlor immer mehr ihre prägende Kraft, aber andererseits waren damit natürlich auch negative Entwicklungen verbunden. Und ich sage es in Klammern: Ich bin allergisch gegen alle Verherrlichungen, wie wunderbar menschlich und angenehm das Leben früher in den Dörfern war. Jene, die dies erzählen, haben selbst oft relativ wenig Erfahrung und Ahnung, dass die Nähe auch sehr viele harte Konsequenzen hat oder haben kann.

Besonders stark wirkten sich diese Veränderungen auf die *Kirche im ländlichen Raum* aus. In der geschlossenen Welt des ländlichen Raums war die Kirche milieuprägend und vom Milieu getragen. Man wurde in das kirchliche Leben hineingeboren, und es bedurfte einer bewussten Entscheidung, sich davon fernzuhalten oder sich zu verabschieden. Wie sehr sich diese Welt verändert hat, hat nun schon vor etwa 30 Jahren einmal ein Pfarrer in meinem Heimatlandkreis so formuliert: „Früher sind bei uns diejenigen aufgefallen, die nicht regelmäßig am Sonntag zum Gottesdienst gingen, heute fallen die auf, die jeden Sonntag gehen.“

### III.

Damals wie heute gilt dabei, und es ist heute auch schon wiederholt angesprochen worden: „*Das Land*“ im Sinne eines einheitlich geprägten Lebensraumes gibt es nicht. Schon immer waren und auch heute sind die ländlichen Räume sehr unterschiedlich strukturiert und bieten damit unterschiedliche Angebote und Entwicklungschancen und damit auch unterschiedliche berufliche und wirtschaftliche Möglichkeiten. Besonders attraktiv waren und sind diesbezüglich natürlich immer die ländlichen Räume im Einzugsbereich der größeren Städte und der Verdichtungsräume. Für den deutschsprachigen Raum als Ganzes lässt sich sagen: Die *Entwicklung der ländlichen Räume* in den letzten Jahrzehnten ist eine große *Erfolgsgeschichte* – eine Erfolgsgeschichte nicht nur etwa materieller Art, sondern eine große Erfolgsgeschichte auch im Sinne des Zuwachses an Lebensmöglichkeiten für Menschen durch Bildung,

mehr soziale Durchlässigkeit und ein höheres Maß an beruflichen Alternativen. Natürlich sind auch viele weggezogen, und natürlich ist es nicht nur eine positive Bilanz, weil es das im Leben praktisch nie gibt. Aber aufs Ganze gesehen ist es doch eine geradezu unglaubliche Erfolgsgeschichte. Ich habe vor einigen Jahren zur Vorbereitung eines ähnlichen Referats einmal nachgelesen, was ich damals in den 1960er und 1970er Jahren während meiner Tätigkeit bei der Landjugend zur Perspektive des ländlichen Raums und zu den Aufgaben sagte. Dann ist mir erst bewusst geworden, in welchem Ausmaß das, was wir damals gefordert haben, tatsächlich Wirklichkeit geworden ist, etwa im Sinne gesundheitlicher Versorgung oder weiterführender Schulen, alles Dinge, die dann weitgehend selbstverständlich geworden sind. Mit dem Prozess der Globalisierung und anderer innerer Entwicklungen der Industriegesellschaft haben sich allerdings eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen verändert, die nun zur großen Herausforderung nicht für „den“ ländlichen Raum, aber für *viele* ländliche Räume geworden sind, insbesondere für die dünner besiedelten Räume. Deswegen müssen wir uns hier die unterschiedlichen Gegebenheiten vor Augen halten: Zu der Zeit des großen Wachstums der 1960er und 1970er und bis Anfang der 1980er Jahre waren Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im nationalen Rahmen möglich und konnten weitgehend realisiert werden. Unter den Bedingungen der Globalisierung haben wir heute eine deutlich andere Situation. Im Zusammenhang mit dem Prozess der Wiedervereinigung und den Überlegungen, wie der „Aufbau Ost“ zu gestalten sei, haben wir in der Politik in Deutschland eine ganz besondere Lektion bekommen. Da dieses geschichtliche Ereignis eine Art von „Welturaufführung“ war und man auf keine vergleichbaren Erfahrungen zurückgreifen konnte, haben wir überlegt, wie es damals beim Wiederaufbau der Bundesrepublik nach dem Krieg war. Eine ganze Reihe von Entscheidungen für den „Aufbau Ost“, von denen manche sich dann als Fehler erwiesen haben, haben hier ihren Ausgangspunkt, weil wir damals nicht ausreichend realisiert haben, dass zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung, also Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre, für den „Aufbau Ost“ die Bedingungen der Globalisierung mit dem weltweiten Wettbewerb um Arbeit, der Begrenzung nationaler Gestaltungsmöglichkeiten und allem, was damit ver-

bunden ist, bereits voll gegolten haben. Über diese Realitäten müssen wir uns natürlich immer wieder aufs Neue verständigen, damit wir keine falschen Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen der Vergangenheit ziehen. Die Zukunft lässt sich nicht nur mit der Fortschreibung der Erfolgsmuster der Vergangenheit gestalten.

Deswegen ist es heute ungleich schwieriger, ländliche Regionen zu entwickeln, als es noch vor 20 oder 30 Jahren der Fall war. Generell gilt für die innenpolitischen Entscheidungen im Zeitalter der Globalisierung zum Beispiel in der Wirtschafts- und Hochschulpolitik oder in anderen Bereichen: Der Maßstab für das Notwendige und Richtige ergibt sich nicht mehr daraus, was uns aus unserer innenpolitischen Sicht oder aus dem Maß der gemeinsamen Übereinstimmung (im Sinne von „Worauf können wir uns einigen“?) am besten realisierbar ist, sondern was die internationalen Maßstäbe in der Entwicklung sind. Anders gesagt: Wenn wir zum Beispiel als Deutschland auch morgen und übermorgen in der Spitzengruppe guter Lebensbedingungen dabei sein wollen, dann müssen wir auch in der Leistungsfähigkeit dabei sein. Das heißt, den Maßstab für das Notwendige im eigenen Land setzt die Spitzengruppe der leistungsfähigen Länder der Erde. Wenn wir uns dem verweigern, muss uns klar sein, dass wir dann auf Dauer auch nicht in der Spitzengruppe etwa der Lebensqualität dabei sein können.

#### IV.

Der ländliche Raum hat sich in den vergangenen Jahrzehnten gut behauptet. Seine besondere Stärke sind die *Menschen*, ihre oft hohe Motivation auch in der Arbeitswelt, ihre innere Verbindung und damit Identifikation mit den Aufgaben in der Arbeitswelt, aber auch in ihrem Lebensraum, den es zu gestalten gilt. Nun ist gegenwärtig der größte Veränderungsdruck für ländliche Räume, vor allen Dingen in Deutschland, nicht so sehr der Prozess der Globalisierung, sondern wiederum etwas, mit dem wir noch keine Erfahrungen haben, wie man dies am besten gestaltet, eine Entwicklung, die seit gut 20 Jahren erkennbar ist, die wir aber alle zusammen verdrängt haben und mit der wir nun massiv kon-

frontiert werden: nämlich die *demografische Entwicklung*, das heißt, die Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Es ist nicht so, dass das Land damit keine Zukunft hätte, aber es geht darum, welche Konsequenzen diese Entwicklung haben wird. Die Fragestellung ist global, schlägt jedoch am raschesten in den dünner besiedelten ländlichen Räumen durch. Da gibt es etwa folgendes Problem: Wenn immer weniger Kinder und damit junge Leute einerseits und die Zunahme der älteren Menschen durch die längere Lebenserwartung andererseits die innere Struktur in der Gesellschaft und in der Region verändern, was hat dies für Folgen? Die geringe Kinderzahl stellt die vorhandene Infrastruktur bei entsprechenden Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen infrage. Gleichzeitig wandern trotz weiterführender Schulen im ländlichen Raum die Begabten nach ihrem Schulabschluss oft ab, sei es zum Studium oder weil sie in zumutbarer Entfernung zu ihrem Wohnort keinen entsprechenden Arbeitsplatz finden. Aus diesem Grund darf man aber nicht die Konsequenz ziehen und weniger weiterführende Schulen bauen, damit die Kinder nicht abwandern – nein, wir müssen anders überlegen und darüber nachdenken, wie es unter den heutigen Bedingungen möglich ist und künftig möglich sein wird, attraktive Lösungen zu finden, um die jungen Menschen „vor Ort“ zu halten. Ich spreche bewusst immer von zumutbarer Entfernung vom Wohnsitz zu einem Arbeitsplatz, denn man muss sich von der Illusion frei machen, in jeder ländlichen Region könnten entsprechende Angebote geschaffen werden.

Diese Entwicklung, die ich jetzt skizziere, betrifft alle dünner besiedelten Räume in Deutschland, dabei in besonderer Weise im Osten unseres Landes, aber auch in Bayern, beispielsweise in Nordost-Oberfranken in der Region um Wunsiedel-Hof und anderswo. Damit steht die Politik erneut vor Grundsatzentscheidungen: Kann man und will man für alle Lebensräume das Ziel der „gleichwertigen Lebensbedingungen“ aufrecht erhalten oder wird es allmählich eine Selbsttäuschung? Wie groß ist der Handlungsspielraum der Politik dabei? Unter welchen Bedingungen und mit welchen Konsequenzen ist es eventuell denkbar, etwa mit neuen Formen der Schwerpunktbildung und vielfältiger Verbundlösungen in überregionaler Zusammenarbeit zu tragfähigen Lö-

sungen zu kommen? Braucht es neue Maßstäbe für die Förderung der Kommunen, um trotz geringerer Bevölkerungszahl die notwendige Infrastruktur dauerhaft aufrecht zu erhalten? Welche Maßstäbe gelten dafür? Vielleicht noch konkreter gesprochen: Entscheidet sich die Politik dafür, Gemeinden – vielleicht auch Landkreisen und Städten – in dünner besiedelten Räumen und mit schwieriger Bevölkerungsstruktur eine zusätzliche Förderung zu geben? Wie können gut ausgebildete junge Leute im ländlichen Raum gehalten und damit natürlich auch der notwendige dynamische Faktor für die weitere Entwicklung gesichert werden?

Gerade in einer solchen Situation sind meines Erachtens folgende Aspekte wichtig:

1. Da die Situationen in den verschiedenen ländlichen Räumen sehr unterschiedlich sind, sind jeweils entsprechend *angepasste, maßgeschneiderte Zukunftskonzepte* notwendig. Die erste Frage ist dann für jeden dieser ländlichen Räume: Wo sind die besonderen Stärken, wo sind die besonderen Entwicklungspotenziale in welcher Art von Wirtschaftszweigen und Arbeitsplätzen? Und natürlich auch: Wo sind die besonderen Probleme? Aber man darf nicht nur auf die Probleme fixiert sein, weil damit allein keine Lösungen erarbeitet werden können. Also: Wo liegen die spezifischen Ansatzmöglichkeiten und Stärken?
2. Da die Ansiedlung größerer Betriebe mit entsprechenden Arbeitsplatzangeboten mehr und mehr zur seltenen Ausnahme wird, sind entsprechend *regional abgestimmte Konzepte* für die Weiterentwicklung der vorhandenen Wirtschaft notwendig; beispielsweise muss man durch entsprechende Förderung dem Handwerk und anderen Wirtschaftszweigen ermöglichen, dass sie über laufende Modernisierung, über Vermittlung von Know-how usw. ihrerseits Anschluss an die Entwicklungen in ihrer Branche und ihren Wirtschaftszweigen halten können. Das größte Potenzial liegt in der Weiterentwicklung des Vorhandenen. Größere Hilfen von außen über neue Arbeitsplätze wird es in Zukunft immer seltener geben.

3. Für die Entwicklung der jeweiligen Räume ist vor allem eine *Mobilisierung der Menschen* in diesem Raum notwendig. Die Eigeninitiative auf der Grundlage eines gesunden Selbstbewusstseins ist der Schlüsselfaktor. Der Staat muss dieser Eigeninitiative aber auch genügend Raum geben und sie entsprechend unterstützen. Hier möchte ich noch hinzufügen: Auch bei uns haben staatliche Verwaltungen und weithin auch die Politik noch viel zu wenig Fähigkeit und Gespür, mit diesen engagierten Bürgern in einem partnerschaftlichen Verhältnis im Sinne einer Bürgergesellschaft zu arbeiten.



Besonders wichtig sind die Aufgaben und die Handlungsspielräume der Kommunalpolitik mit einer entsprechend rechtlichen und auch von der finanziellen Ausstattung her handlungsfähigen Kommunalpolitik. Wenn vor Ort Menschen, die Initiativen entfalten, fehlen, geschieht nichts. Fast alles, was realisiert werden muss, muss vor Ort realisiert werden. Und wenn es dort nicht die Menschen gibt, die die Fördermöglichkeiten nutzen, die Konzepte entwickeln und

diese umsetzen, dann nützen die ganzen schönen Parlamentsbeschlüsse nichts. Deswegen ist die kommunale Ebene so wichtig, natürlich auch im staatlichen Verständnis.

Im Hinblick auf mögliche Antworten gilt es, insbesondere auf die Veränderungen der Sozialstrukturen zu achten, neue soziale Netzwerke zu finden und als Antwort auf die Abschwächung der traditionellen familiären Netzwerke zu entwickeln. Wir können die Struktur und die Solidargemeinschaft der größeren Familie nicht einfach zurückholen. Eine der größten Gefährdungen des älter werdenden Menschen in unserer heutigen Zivilisation ist Vereinsamung im Alter; der Bau von Altersheimen kann nicht die generelle Lösung sein. Wir werden ganz neue Wege gehen müssen, unter anderem auch mit einer *Neubelebung des Genossenschaftssystems*, nicht nur im ökonomischen, sondern auch im sozialen Bereich, um über Selbsthilfe etwa in der Altersgruppe der Senioren

– und das ist heute eine Spanne von 60 bis 90 Lebensjahren – neue soziale Netzwerke zu entwickeln und damit vieles aufzufangen. Das sind dringend notwendige Innovationen, um die Vereinsamung alter Menschen zu verhindern.

Die größte Chance und die größte Kraft der ländlichen Räume sind das bürgerschaftliche Engagement, die Förderung des Gemeinschaftslebens und die gemeinschaftliche Initiative in ihrer ganzen Bandbreite. Dies gilt für die überbetriebliche Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und für die Erarbeitung und Durchsetzung von Entwicklungskonzepten, wie wir sie in Bayern oder in Österreich etwa seit Jahrzehnten mit dem System und den Modalitäten der Dorferneuerung und Dorfentwicklung praktizieren. Konkret: Bei uns wird seit über 30 Jahren nichts mehr in der Dorferneuerung und -entwicklung gefördert, was nicht mit den Bürgern gemeinsam erarbeitet ist. Damit haben die Menschen eine ganz andere Beziehung dazu und engagieren sich auch ganz anders. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich im ländlichen Raum sehr viel eher mobilisieren als in den anonymen städtischen Räumen.

Alle diese Strategien haben jedoch nur dann eine Aussicht auf Erfolg, wenn zwei Elemente gegeben sind und zusammengefügt werden:

1. der Wille der einheimischen Bevölkerung zur Mobilisierung der eigenen Kräfte und zur entsprechenden Zusammenarbeit und
2. die Unterstützung des Staates und der Politik für solche Zukunftsentwicklungen der ländlichen Räume.

Denn nur in diesem Miteinander kann es gelingen. Deshalb sind Schlüsselfaktoren für die weitere Entwicklung der ländlichen Räume, gerade auch im Zeitalter der Globalisierung und der demografischen Entwicklung a) eine entsprechende konzeptionelle Arbeit für den jeweiligen ländlichen Raum, die realistisch ist und gleichzeitig aber auch nach vorne führt, und b) eine entsprechende Führungsqualität der Beteiligten, verbunden mit sozialer Kompetenz der Führungsverantwortlichen.



Diese soziale Kompetenz zu entwickeln, zu fördern und entsprechend zu unterstützen sollte eine ganz besondere *Aufgabe der Kirchen und der kirchlichen Gemeinschaften* sein. Die entsprechende Heranbildung und Förderung von Führungskräften ist der Schlüssel dafür. In unserem Land haben zum Beispiel die katholischen Landvolkhochschulen über Jahrzehnte die jungen Menschen ausgebildet, die ich dann in Bayern bei meinem Unterwegssein wieder als Gemeinderäte, Verantwortliche in Verbänden und in vielen anderen Bereichen angetroffen habe. Immer sind es die engagierten Minderheiten, die Entwicklungen gestalten – niemals ist die große Zahl zu neuen Ufern aufgebrochen.

Lassen Sie mich am Schluss über das Tagungsthema hinaus noch eine kurze Anmerkung machen:

Die Frage der Rolle und der Zukunft der ländlichen Räume und auch der Landwirtschaft ist mittlerweile auch zu einem Schlüsselthema der internationalen Entwicklungspolitik geworden. Der bundesdeutsche Minister für Entwicklungspolitik, Dirk Niebel, hat erst neulich im Zusammenhang mit der Hungerkatastrophe in Ostafrika gesagt, der tiefere Grund dieser Entwicklung liegt – neben Fragen der staatlichen Gesamtlage in den einzelnen Ländern – vor allem in der Vernachlässigung der ländlichen Räume und der Vernachlässigung der Entwicklung der einheimischen Landwirtschaft und ihrer Leistungsfähigkeit. Mittlerweile haben selbst die Weltbank und andere Institutionen das entdeckt. Dabei gibt es noch viele offene Fragen, ob sich am Schluss nicht doch die Strategen der Managementlandwirtschaft durchsetzen nach dem Motto „der ökonomisch wirksamste Einsatz der Produktionsfaktoren geschieht in größeren Betrieben“, was wiederum die Zerstörung der gesellschaftlichen Strukturen in den ländlichen Räumen in diesen Ländern bedeutet. Die Eliten sind fast immer auf die Stadt fixiert – genau deswegen braucht der ländliche Raum starke Anwälte.

## **Diskussion zu den Referaten von Dr. Filip Kaczmarek MdEP und Alois Glück**

*Hubert Tintelott:*

Ich möchte noch etwas ergänzen: Alois Glück ist nicht nur Politiker und verantwortlich in vielen kirchlichen Gremien, sondern er ist auch Autor. Ich habe eben auf dem Büchertisch sein letztes Buch gesehen „Warum wir uns ändern müssen: Wege in eine zukunftsfähige Kultur“, in dem es um ähnliche Themen geht, wie er sie gerade hier auch in seinem Referat angesprochen hat.

Nun möchte ich Herrn Dr. Kaczmarek die Gelegenheit geben, die Ausführungen von Herrn Glück kurz zu ergänzen.

*Dr. Filip Kaczmarek MdEP:*

Vielen Dank! Ihr Referat war wirklich sehr interessant, und ich möchte Ihnen versichern, dass das Europäische Parlament Ihre Ansicht bezüglich der Definition der Entwicklung des ländlichen Raums teilt. Für den Entwicklungsausschuss des Parlaments beschränkt sich die Gestaltung des ländlichen Raums nicht auf die Lebensmittelproduktion – sie umfasst wesentlich mehr. Zu Beginn dieses Jahres erörterten wir die zukünftige Agrarpolitik und zukünftige Budgets, und dabei wünschten sich einige Mitgliedsstaaten, Polen inbegriffen, wesentlich mehr Geld für die Entwicklung des ländlichen Raums als für Direktzahlungen. Für einige Mitgliedsstaaten ist dies brisant, weil es bedeutet, dass die Direktzahlungen niedriger als zuvor sind. Insofern herrscht unter den Mitgliedsstaaten kein Konsens bezüglich höherer Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Entscheidung wird erst in einem Jahr fallen.

Ich stimme Ihnen auch darin zu, dass es bisher keinen Weg zur Messung des Erfolges von Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume gibt. Generell sind die Ansichten darüber geteilt. Ein Beispiel aus Polen

kann dies verdeutlichen: Bauern, die Obst und Gemüse ökologisch anbauen, erhalten zusätzlich zu den Direktzahlungen einige weitere Sonderzahlungen. Kürzlich fand das Landwirtschaftsministerium heraus, dass es einige große Öko-Bauernhöfe gibt, die diese Zahlungen zwar erhielten, jedoch nichts verkaufen. Ihr Ziel war es also nicht, Produkte zu verkaufen, sondern die Sonderzahlungen für ökologischen Anbau zu kassieren. Eigentlich sollte die ökologische Landwirtschaft wettbewerbsfähiger gemacht werden, um den Konsumenten bessere Produkte zur Verfügung zu stellen, doch dieses Ziel wurde eindeutig verfehlt. Was allerdings interessant ist: Bei den beanstandeten Betrieben handelte es sich nicht um klassische Bauernhöfe. Die Besitzer waren vielmehr größtenteils Rechtsanwälte aus den Großstädten, die wussten, dass es diese Sonderzahlungen für die Öko-Produktion gibt. Die Verantwortung der Politiker besteht also darin, Finanzinstrumente so zu konzipieren, dass sie nicht leicht zu Missbrauch führen.

*Hubert Tintelott:*

Herr Glück, Sie haben verschiedentlich davon gesprochen, dass es immer um die Grundsatzentscheidung zwischen Erfordernissen, Interessen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten in einzelnen Regionen geht und es darüber eines Diskussionsprozesses bedarf. Haben Sie den Eindruck, dass dieser Diskussionsprozess, den man ja jahrelang auf nationaler Ebene führen konnte und der jetzt eigentlich auf europäischer Ebene geführt werden müsste, in ausreichender Weise geschieht? Oder wo wären aus Ihrer Sicht die Foren, wo so etwas geschehen müsste?

*Alois Glück:*

Diese Frage ist der höchste Maßstab für alle ökonomischen Handlungen, nicht nur im Zusammenhang mit dem ländlichen Raum. Immer geht es um den vermuteten oder vielleicht tatsächlich gegebenen größten ökonomischen Nutzen. Entweder lässt man gesellschaftspolitische Erwägungen grundsätzlich außer Acht oder man versteht Wirtschaften als Dienst am Menschen und für eine gesellschaftliche Entwicklung. Dies ist der Grundkonflikt in der Frage der Wirtschafts-

ordnung: Ist das angelsächsische Modell, das über Jahrzehnte hinweg als Leitmodell für die Entwicklung hin zum Turbokapitalismus fungierte, der Maßstab aller Dinge oder ist das Leitbild so etwas wie die soziale Marktwirtschaft, in der der Dienstcharakter der Wirtschaftsordnung im Mittelpunkt steht?

Nun dürfen wir dabei eines nie übersehen: Wir können die Logik etwa der Betriebswirtschaft in der Frage der Wirksamkeit beim Einsatz von Betriebsmitteln und anderem nicht einfach über gute Gesinnung aushebeln, sondern wir müssen Werteentscheidungen treffen. Aber wir befinden uns nicht zuletzt deswegen gegenwärtig auf einer Abenteuerreise in der gesamten Weltwirtschaft und nahe am Abgrund von immer neuen Abstürzen, weil man ganz einseitig ökonomische Dynamik zum Maßstab aller Dinge gemacht hat. Wir sollten bei den gegenwärtigen Krisenerfahrungen insbesondere daraus gelernt haben, die Dinge so zu gestalten, dass ein Höchstmaß an innerer Stabilität in den Gesellschaften möglich wird. Warum haben wir jetzt etwa in Spanien die Konflikte mit der jüngeren Generation? Weil Spanien ein schönes Wirtschaftswachstum in Zahlen vorlegen konnte, aber eine perspektivenlose junge Generation hat. Wenn die Dinge nicht mehr so ausgerichtet sind, dass es Chancengerechtigkeit als Maßstab für alle Beteiligten gibt, kann es zwar mittelfristig ein hohes Wirtschaftswachstum geben, aber es ist auch nur eine Frage der Zeit, bis dies gesellschaftlich zu Konflikten führt. So gesehen muss gegenwärtig die Frage der Maßstäbe bei der Förderung der Landwirtschaft oder der ländlichen Räume „bis zu welchem Maße“ lauten. Natürlich ist es auch immer ein Abwägen der Verantwortlichen in der Politik, in welchem Maße es möglich ist, etwas zu fördern und zu erhalten.

Ich kann nicht der Utopie nachgehen, man könne in jedem ländlichen Raum vergleichbare Lebensbedingungen aufrechterhalten. Es ist am Schluss immer eine Abwägung, aber letztlich auch eine Frage der Maßstäbe für unsere Gesellschaftsordnung. Meine Überzeugung ist – und Gerechtigkeit hat viele Ausformungen –, dass die Orientierung an Chancengerechtigkeit in der heutigen Zeit eine der wichtigsten Ausformungen von Gerechtigkeit ist; Chancengerechtigkeit durch durchläss-

sige Bildungsgänge beispielsweise, Chancengerechtigkeit auch im Sinne von räumlichen Entwicklungschancen, immer natürlich am Schluss in der Abwägung, was für das Gesamte vertretbar ist. Im Bereich der landwirtschaftlichen Förderung wird man sich auf Dauer immer wieder an Folgendem orientieren müssen: Nicht, wie stark die wirtschaftliche Lobby ist, sondern was auf Dauer für das Gemeinwohl gut begründbar ist. Dies ist übrigens auch ein wichtiger Maßstab bei manchen Entwicklungen in der Energiepolitik. Manches, was über Biomasse gefördert wird, ist schon von der Energiebilanz her fragwürdig, von der Gemeinwohl-Zielsetzung ist es dies manchmal erst recht. Deswegen sage ich den legitimen Vertretern wirtschaftlicher Interessen immer: Auch politisch wird auf Dauer nur Bestand haben, was vom Gemeinwohl her auf Dauer begründbar ist. Alles andere wird früher oder später infrage gestellt werden. Es gibt keine Patentantworten darauf, aber die Debatte darüber müssen wir führen.

*Alexander Cobzaru:*

Wir sollten dort Arbeit schaffen, wo die Menschen sind. Aber was machen wir in Osteuropa mit Produkten, die wir nicht in den Westen exportieren können? Unsere Waren sind für den europäischen Markt nicht wettbewerbsfähig. Ein zweiter Gedanke: Wenn man im Osten helfen will, sollte man auch bedenken, welche Produkte zu welchen Bedingungen die Bevölkerung dort herstellt und damit der EU insgesamt nutzen kann. So kann Rumänien Weizen für die EU produzieren, Bulgarien Mais usw.

*Florian Aurbacher:*

Meine Frage an Herrn Glück: Sie haben dargestellt, wie sich der ländliche Raum in Deutschland entwickelt hat, auch mit sehr positiven Ergebnissen. Sie haben auch dargestellt, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure ausschlaggebend waren und ein sehr starkes Engagement auch aus der Landjugendbewegung kam. Welche Akteure könnten im osteuropäischen Raum diese Entwicklung vorantreiben?

*Alois Glück:*

Ich beginne mit der zweiten Frage: Eigentlich müssen wir Engagement und Kompetenz verbinden. Das heißt, wir müssen uns selbst sachkundig machen, um in den entsprechenden Fachdiskussionen mitreden zu können. Dagegen wird es immer Widerstand geben, da es immer unterschiedliche Interessen geben wird. Aber man sollte immer mit der entsprechenden Kompetenz argumentieren können. Zudem braucht man dazu auch immer einen langen Atem. Immer wieder müssen wir uns folgende Frage stellen: Wo können junge Menschen, die bestimmte Werteüberzeugungen haben, Kompetenz erwerben und welche Angebote müssen wir kirchlicherseits machen, damit sich die Menschen dann mit Kompetenz einbringen können. Ich kann nicht immer nur so dahin sagen: „... und erwirb nun Kompetenz!“ Sehr viele Menschen aus dem kirchlichen Raum haben dies bei uns in den vergangenen Jahrzehnten in den diversen Bildungsstätten erfahren.

Erwähnt habe ich bereits die Landvolkhochschulen und viele ähnliche Angebote. Gegebenenfalls muss man überlegen, inwieweit man der jungen Generation in diesen Ländern helfen kann, sich durch entsprechende Förderung, durch entsprechende Ausbildungsstätten und Begegnungen heranzubilden. Ich persönlich habe in der Jugendarbeit unendlich viel durch die Begegnung und die Diskussion mit führenden Persönlichkeiten gelernt, habe mit der Zeit Selbstbewusstsein gewonnen und auch gemerkt, dass alle nur mit Wasser kochen und ihre Grenzen haben. Aber dass man dann lernt zu argumentieren und die Mechanismen der Entscheidungsfindung kennenlernt – das ist entscheidend. Man darf sich dann natürlich nicht vom politischen Betrieb fernhalten wollen, weil dies ohnehin sozusagen nur ein schmutziges Geschäft ist, sondern man muss sich auch dort auf die Mechanismen einlassen, wo Entscheidungen getroffen werden. Das gilt ja auch für andere Bereiche.

Ich möchte diesen Gedankengang ausweiten, da wir hier gewissenmaßen im Sinne einer Gesinnungsgemeinschaft und gemeinsamer Wertüberzeugungen zusammen sind. Gegenwärtig besteht nicht das Problem, dass gerade in Krisenzeiten Werte, die wir als christliche Werte definieren, von vornherein abgelehnt würden. Im Gegenteil, wir finden

heute mehr Gehör als vor zehn Jahren. Unser eigentliches Problem besteht darin, dass immer weniger Menschen nachwachsen, die etwa aus den kirchlichen Gemeinschaften ins öffentliche Leben gehen und sich den Anstrengungen der Debatte in der pluralen Gesellschaft aussetzen. Wo können wir also lernen, Menschen zu befähigen und ihnen entsprechendes Know-how zu vermitteln? In bestimmten Bereichen machen dies bei uns die Politischen Stiftungen in ihrer internationalen Arbeit. Gesinnung allein bewegt also nichts, sondern die Kompetenz muss dazukommen.

Die Frage von Herrn Cobzaru befasst sich mit einer sehr schwierigen Thematik. Grundsätzlich wird man sich auf Dauer in Märkten nur behaupten können, wenn man die Maßstäbe dieser Märkte erfüllen kann. Nun müssen wir einmal redlicherweise versuchen, uns in die Situation hineinzusetzen, wie wir uns verhalten, wenn wir einkaufen gehen. Auch als Verbraucher treiben wir doch fast ständig die Globalisierung voran. Vor fünfzehn Jahren haben sicher viele Menschen in Deutschland, wenn sie beispielsweise ein technisches Gerät kaufen wollten, gesagt: „Es ist ein deutsches Produkt und daher deutlich teurer. Aber sei es drum, es ist besser und der Service ist ebenso besser.“ So denkt doch heute niemand mehr, weil die anderen aufgeholt haben. Also kauft der Konsument nach dem Preis-Leistungs-Verhältnis ein. Es interessiert ihn weithin gar nicht mehr, wo das Produkt produziert worden ist. Manchmal erfährt man dies auch überhaupt nicht mehr. Aber unabhängig davon: Wenn ich über mein Verbraucherverhalten sage „Naja, aber dies entspricht doch nicht dem Standard, den ich – sei es bei Lebensmitteln oder sei es bei technischem Gerät – für mein Geld erwarte, also kaufe ich nicht“, dann ist auch klar, dass der betreffende Hersteller keine entsprechenden Marktchancen hat. Deswegen ist häufig die naheliegendste Frage: Wie können wir diesen Produzenten helfen, dass sie eine Qualität in Produktion und Vermarktung entwickeln? Vermarktung umfasst in diesem Fall alle Schritte von der Verlässlichkeit der Qualität über die Termintreue im Angebot und die Präsentation der Ware bis hin zum Niveau des jeweiligen Marktes. Wie können wir diesen Produzenten oder dieser Genossenschaft helfen, dass sie den Ansprüchen der Verbraucher soweit gerecht werden? Das wird – so glaube

ich – in der Regel dann die entscheidende Frage sein. Natürlich gibt es auch unfaire Verhältnisse auf den Märkten, und man darf nicht glauben, dass alles immer logisch abläuft, aber dies ist dann natürlich eine Frage der weiteren Auseinandersetzung.

*Prof. Dr. Sándor Győri-Nagy:*

Mich hat es gefreut, dass der Begriff „Kultur“ von Politikern überhaupt erwähnt wurde, und ich bin natürlich als Europäer auch sehr besorgt um Europa, nicht um das wirtschaftliche, sondern um das Kulturphänomen Europa, das die Schöpfung in Europa als Grundlage braucht.

Nun meine zwei Fragen an beide Referenten. Erstens: Wer soll und kann überhaupt sagen, wie eine zukunftsfähige Kultur aussieht bzw. aussehen soll – Politiker, Wirtschaftspolitiker, Lehrer oder vielleicht auch die Kulturträger selbst, für die die zukunftsfähige Kultur gedacht ist? Zweitens: Wie viel Strukturzerstörung verträgt eine zukunftsfähige Kultur? Denn wir haben so viel Strukturzerstörung in den vergangenen Jahrzehnten erlebt, dass weitere Zerstörungen dieser Art durch Kriege, Reformen oder gesellschaftliche Eingriffe wohl kaum einer zukunftsfähigen Gesellschaft bzw. Kultur dienlich wären.

*Dr. Filip Kaczmarek MdEP:*

Ich glaube nicht, dass es für Politiker gut wäre, die zukünftige Kultur zu gestalten oder darüber zu entscheiden, was wir behalten sollten oder nicht. Die Verpflichtung der Politiker ist es, zu bewahren, was wir haben, und Instrumentarien für den Erhalt zu entwickeln. Kultur verstehe ich natürlich in einem sehr weiten Sinne, und so verstanden umfasst sie auch die ländliche Kultur und ist damit Teil der Agrarpolitik. Die Verpflichtung besteht also darin, das zu bewahren, was wir haben, aber wir sollten nicht darüber entscheiden, in welche Richtung sich die Kultur entwickeln sollte. Ich persönlich glaube, dass die Werte, die für die Europäische Union wichtig sind, auf dem Christentum basieren. Aber dies ist natürlich nicht die allgemeine Ansicht aller Mitglieder des Europäischen Parlaments. Wir haben dies am Beispiel der Diskus-



sion über die Präambel der europäischen Verfassung erlebt. Wenn wir also über Werte wie Solidarität, Menschenrechte, Gleichheit usw. sprechen, so basieren diese auf dem Christentum. Dies ist unser gemeinsames Erbe, das auch für Menschen gilt, die der Überzeugung sind, diese Werte des Christentums nicht teilen zu können, oder diese Wurzeln völlig leugnen. Ich bin dagegen, dass Politiker darüber entscheiden, in welche Richtung sich die Kultur entwickeln sollte. Hierüber sollte das Volk entscheiden.

*Alois Glück:*

Wenn ich formuliere, es gehe um eine zukunftsfähige Kultur, dann meine ich nicht ein Kulturverständnis im Sinne von Kunst, wie Musik oder ähnliche Dinge, sondern die Summe unserer Art zu leben, also unsere Lebenskultur, unsere Art zu wirtschaften und die Summe der Lebensstile beispielsweise. Ich sage nun einfach theseartig:

- Unsere heutige Art zu leben ist nicht zukunftsfähig. Wir erleben gegenwärtig lauter Grenzerfahrungen. In meinen Augen ist exemplarisch für unsere Situation die Nachrichtenlage im August des letzten Jahres. Da hieß es „Oh, welche Überraschung, wir haben ein ganz hervorragendes Wirtschaftswachstum“. Eine Woche später lautete die Nachricht der Woche: „Ergebnis einer neuen wissenschaftlichen Untersuchung: Mittlerweile sind psychische Erkrankungen die häufigste Ursache für Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung.“ Immer mehr Menschen kommen also nicht mehr zurecht mit den Anforderungen unseres Lebensstils. Dies kann man breit ausfächern. Ebenso erwirtschaften wir seit Jahren nicht mehr das, was unser Lebensstil kostet – deshalb verschulden sich immer mehr Menschen.
- Von daher gesehen müssen wir neue Entwicklungen suchen, und das kann nicht per Verordnung geschehen. Was uns mangelt und was wir gerade als Christen leisten müssten, ist ein neues Verständnis von Wohlstand. Die Frage muss lauten, *welchen* Fortschritt wir wollen, nicht *ob* wir ihn wollen, sondern was wir wirklich als solchen bezeichnen. Diese Debatten sind schon weithin im Gang, aber leider Gottes weitgehend ohne uns. So sind beispielsweise die Begriffe

„Bruttosozialprodukt“ oder „Bruttoinlandsprodukt“ allein für sich keine vernünftigen Maßstäbe für die Fragen „Wachstum“ und „Wachstum wofür.“

Wo stehen wir angesichts solcher Fragestellungen? Vor zwei Jahren trat beim Weltwirtschaftsforum in Davos erstmals die Situation ein, dass siebzehn Vertreter von Religionsgemeinschaften eingeladen waren, weil die Macher oder die, die sich dafür halten, zu dem Ergebnis kamen, dass die Welt rein ökonomisch nicht mehr vorankommen kann.

Letztlich lautet die Frage: Welche Wertorientierung haben wir? Diese Debatte müssen wir führen. In den nächsten Jahrzehnten wird es darum gehen, dem Prinzip „Nachhaltigkeit“ Geltung zu verschaffen. Das setzt längerfristiges Denken und die Übernahme von Zukunftsverantwortung voraus, nicht nur im ökologischen Bereich. Warum rebelliert denn die junge Generation in Spanien? Weil die dortigen Entwicklungen auf Kosten ihrer Zukunft gehen! In Deutschland ist es auch so, nur bei uns rebelliert momentan die Jugend noch nicht. Aber wir haben uns einen Lebensstil angewöhnt, bei dem wir in hohem Umfang die Zukunftschancen der jungen Generation schon heute aufzehren. Hier kommt auch die Generationengerechtigkeit ins Spiel, bei der es zentral um Werte geht.

Dies alles würde ich dem Aspekt „zukunftsfähige Kultur“ zuordnen, denn es geht grundlegend um Werte. Viele Fehlentwicklungen haben zwei Quellen:

- Die eine begann in den 1960er bzw. 1970er Jahren und ist die Entkopplung vom Anspruch auf Freiheit und von der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Die Antwort besteht darin, dass wir eine neue Verantwortungskultur pflegen müssten, also Verantwortung übernehmen für sich selbst, für die Mitmenschen, für das Gemeinwesen und für unsere Nachkommen.
- Die zweite fatale Entwicklung ist der Wandel vom längerfristigen zum kurzfristigen Denken. Letztendlich dominiert immer der Druck durch die Quartalsberichte für das Management usw. Hier müssen wir ansetzen, denn die Alltagserfahrung zeigt, dass Geld die Welt re-

giert. Längerfristig aber werden die Entwicklungen bestimmt von den jeweiligen Wertvorstellungen. Denn aus den Werten entwickeln sich die Leitbilder für einen Menschen und für eine Gesellschaft. Aus den Leitbildern entwickeln sich dann Prioritäten. Wofür setzen wir unsere Ressourcen wie Geld, Zeit und Kraft ein? Genau daraus entwickeln sich konkrete Maßnahmen wie etwa: Welche Art von Wirtschaftsordnung soll gelten?

In diesem Sinne müssten wir gerade als Christen jetzt stärker in dieser Umbruchzeit dabei sein, die auch eine riesige Chance bietet, beispielsweise Vorgänge, die bisher als Fehlentwicklungen betrachtet wurden, zu korrigieren. Es geht um die Suche nach neuen Orientierungen.

*Ulrich Müller:*

Sowohl Sie, Herr Glück, als auch die Referenten der drei Schlaglichter, Frau Kudyba, Herr Koncz und Don Luburić, haben sehr eindrucksvoll den Zusammenhang zwischen dem ländlichen Raum und der Abwanderung aus diesem auf der einen Seite und der geringen Wirtschaftskraft bzw. dem Vorhandensein von attraktiven Arbeitsplätzen auf der anderen Seite herausgearbeitet. Meine Frage an Sie, Herr Glück, quasi als obersten Repräsentanten der Laien der katholischen Kirche in Deutschland: Würden Sie es als eine Aufgabe sehen und haben Sie auch die Erwartung an die Kirche, dass diese sich, wie in früheren Tagen, ganz aktiv wieder an der Gründung von Genossenschaften beteiligt? Wo würden Sie eine Zukunftsperspektive solcher Genossenschaften im ländlichen Raum sehen unter dem Gesichtspunkt der dezentralen Energieversorgung oder -erzeugung? Und eine Frage an Herrn Kaczmarek: Sie haben auf die Direktzahlungen hingewiesen und auf die neuen Verhandlungen im Europäischen Parlament. Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass man diese Direktzahlungen in einer zukünftigen Förderperiode degressiv im Verhältnis zur Größe der Agrarbetriebe staffelt?

*Dr. Filip Kaczmarek MdEP:*

Die Position des Europäischen Parlaments ist im vor einigen Wochen verabschiedeten Bericht von Albert Deß, dem Vorsitzenden des Aus-

schusses zur Entwicklung, enthalten. Das Parlament plädiert für die Beibehaltung der Mittel in bisheriger Höhe zumindest für die nächste Periode. Dies ist also der wesentliche Punkt. Aber es gibt enorme Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments in Bezug auf die Direktzahlungen. Meiner Ansicht nach ist es sehr wahrscheinlich, dass sich die Direktzahlungen nicht wesentlich verändern werden. Vielleicht werden also einige Mitgliedsstaaten höheren Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums zustimmen. Dies wird allerdings eher von den einzelnen Staaten als von einer Entscheidung der Gemeinschaft abhängen. Deshalb sollten die Mitgliedsstaaten dem zustimmen. Meiner Meinung nach sollten die Direktzahlungen hinsichtlich der Größe des Bauernhofs berechnet werden. Noch ist nicht klar, ob hierfür die Mehrheit im Parlament besteht, aber wir werden dies in ein paar Monaten sehen.

### *Alois Glück*

Die Frage ist zunächst einmal, was Sie unter „Kirche“ verstehen. Ich wünsche mir, dass sich vor allen Dingen die Laien stark engagieren und in die verschiedenen Möglichkeiten im Bereich von Solidargemeinschaften einbringen. Ganz sicher wird das Genossenschaftswesen eine neue Blüte erleben. Der deutsche Genossenschaftsverband ist gerade dabei, sich dieser Frage zu stellen, die über die traditionellen Aufgabengebiete hinausgeht. Interessanterweise haben kürzlich zwei Persönlichkeiten, die eigentlich in ihrem Lebensweg sehr ökonomisch geprägt sind, ein Buch veröffentlicht, was thematisch zur Seniorenthematik passt, Lothar Späth, der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und Herbert Henzler, langjähriger früherer Chef von McKinsey Europa. Der Titel heißt „Der Generationen-Pakt: Warum die Alten nicht das Problem, sondern die Lösung sind“<sup>1</sup> Sie beschreiben in diesem Zusammenhang schon praktizierte und entwicklungsfähige Modelle der Selbsthilfeorganisation von Älteren auf der Basis von Genossenschaften, in diesem Fall zum Beispiel im sozialen Bereich.

---

1 Lothar Späth/Herbert Henzler: Der Generationen-Pakt: Warum die Alten nicht das Problem, sondern die Lösung sind. München 2011.

Auch im Energiesektor haben wir momentan trotz der schwierigen Fragestellungen zum Thema „Energiepolitik“ eine Welle von Genossenschaftsgründungen, beispielsweise für den Betrieb von Windrädern, Solarparks oder ähnlichen Vorhaben. Dazu nur einige kurze Bemerkungen: Energiepolitische Fragen lassen sich nicht nur über lokale Konzepte regeln. Fast zwanzig Jahre lang war Umweltpolitik einer meiner Arbeitsschwerpunkte während der „Kampfzeiten“ der 1970er und 80er Jahre. Bezüglich der Kernkraftwerke gab es den Spruch: „Was interessieren mich eure Kernkraftwerke; mein Strom kommt aus der Steckdose.“ Es war eigentlich ein Spruch, über den man gesagt hat, dass sich die Anonymisierung der Dinge verselbstständigt hat. Jetzt, 2011, beginnen die Bürger, sich mehr für das Thema „Energieversorgung“ zu interessieren. Dazu gibt es keine Wunderlösung, die Klärung ist aber ein wichtiger Beitrag auch zur inneren Stabilität in der Gesellschaft. Gerade dort entwickelt sich momentan viel über den Genossenschaftssector.

*Prof. Dr. Levan Abashidze:*

Dank der Telekommunikationsentwicklung ist heutzutage im Bereich der Arbeitsplätze viel Mobilität vorhanden. Oft habe ich gesehen, dass eine Frau auf dem Land wohnt, aber zum Beispiel als Sekretärin in einem 300 bis 400 Kilometer entfernten Betrieb arbeiten muss. Warum nutzt man in Europa diese Möglichkeit nicht, die Arbeitsplätze aufs Land zu bringen?

*Hubert Tintelott:*

Herr Glück, zur Notwendigkeit der Erschließung ländlicher Räume mit modernen Telekommunikationsmöglichkeiten haben Sie sich in Ihrem Referat geäußert. Aber vielleicht können Sie kurz nochmal darauf eingehen.

*Alois Glück:*

Das ist gegenwärtig eine der ganz dringlichen Aufgaben, vor allem im Bezug auf das so genannte „schnelle“ Internet, das heißt mit sehr leis-

tungsfähigen Verbindungen. Hier ist natürlich das Breitbandkabel eine sehr teure Lösung, und seine Einrichtung in dünner besiedelten Räumen wird damit schwierig. In dieser Materie bin ich technisch gesehen aber nicht vom Fach. Es werden jetzt auch überwiegend sehr starke Satellitenlösungen angeboten, bei denen dann die Frage der Besiedlungsdichte nicht mehr eine so große Rolle spielt. Aber es ist sicher ganz wichtig. In der ersten Phase der Entwicklung des Internets hat die moderne Kommunikation eigentlich sehr positiv auf den ländlichen Raum gewirkt, im Sinne von Dezentralisierung. Anders gesagt: Es ist nicht mehr so sehr von Belang, wo ich wohne. Jetzt, wo an die Kommunikationsmittel immer höhere Anforderungen gestellt werden, ist es eben nicht mehr so ganz einfach. Es ist wieder eine wichtige politische Entscheidung, diese höheren Standards auch der Fläche zugänglich zu machen. Es kommt darauf an, welche Antworten die Politik in den jeweiligen Ländern darauf gibt. Jedenfalls ist es nicht zu lösen über den Weg, dass der Wettbewerb es irgendwie regeln wird. Hier geht es um Infrastrukturfragen, zu deren Beantwortung der Staat gegebenenfalls die Aufgabe hat, entsprechend im Sinne von „Zugang zu Chancengerechtigkeit“ zu helfen. Aber irgendwann stoßen diese Bemühungen natürlich an ihre Grenzen.

*Dr. Filip Kaczmarek MdEP:*

Das ist eine schwierige Materie. Ich selbst lebe in einem kleinen Dorf acht Kilometer von Posen entfernt und habe in meinem Haus Hochgeschwindigkeits-Internet. Der Zugang ist jedoch viermal so langsam wie in der Stadt! Aufgrund der Kosten wird es also sehr schwierig werden, die High-Tech-Telekommunikationstechnologie in ländlichen Gegenden zu erschließen. Sogar in unmittelbarer Nähe zu großen Städten wird dies nicht einfach werden. Natürlich stellt dies eine Einschränkung in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten dar. Dies kann nur mit der Vorstellungskraft der Politiker gelöst werden. In der Stadt Posen wird demnächst für 3.000 Menschen ein Hochgeschwindigkeitszugang zum Internet eingerichtet. Dieses Programm existiert jedoch in den ländlichen Gebieten nicht. Ich finde, solche Programme sollten auch im ländlichen Raum zum Einsatz kommen, denn

der Mangel an Möglichkeiten wird dort wesentlich schmerzlicher empfunden als in den Städten.

*Wolfgang Scharl:*

Ich gehöre zum Internationalen Verband katholischer Landvolkbewegungen und finde es interessant, dass Sie beide herausgestellt haben, wie wichtig die zivilgesellschaftlichen Strukturen im ländlichen Raum sind, auch die Solidarität zwischen den Menschen. Wir versuchen in unserem Verband in den verschiedenen Ländern, solche Strukturen aufzubauen, und merken, wie problematisch das ist. Wir merken aber auch, dass die Bedingungen für den Aufbau von Verbänden grundsätzlich immer schwieriger werden, da die Förderung, von Staat, Gesellschaft und auch Kirche immer geringer wird. Meine Frage geht vor allem an Herrn Dr. Kaczmarek: Durch welche Mittel soll denn eigentlich vor Ort Zivilgesellschaft aufgebaut werden, und welche Förderung braucht es dafür speziell in Osteuropa? Wird darüber im Europäischen Parlament diskutiert, gibt es Ideen und Vorschläge dazu?

*Dr. Filip Kaczmarek MdEP:*

Natürlich ist die Zivilgesellschaft für das Europäische Parlament sehr wichtig. Die Parlamentarier werden jeder Art von Instrument zustimmen, das der Gestaltung der Zivilgesellschaft an verschiedenen Orten Nachdruck verleiht. Da die Zivilgesellschaft als wichtigster Partner des Parlaments fungiert, soll dies überall und nicht nur im ländlichen Raum geschehen. Beispielsweise laden wir zu den Treffen der verschiedenen Komitees auch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ein, weil wir das Gefühl haben, dass sie unser Wissen durch konkrete Befunde aus der Praxis anreichern können, die sie durch ihre Arbeit an der Basis mitbringen. Für uns sind sie also äußerst wichtige Partner auf verschiedenen Gebieten.

Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, die Entstehung und Entwicklung von NGOs zu finanzieren. Deshalb glaube ich, dass im Falle eines Mangels an Ressourcen im ländlichen Raum mehr getan werden sollte.

Aber natürlich ist dies auch die Pflicht der Mitgliedsstaaten und nicht nur ein Problem auf europäischer Ebene. Sie sollten ebenso eigene Instrumentarien zur Gestaltung der Zivilgesellschaft haben.

*Alois Glück:*

Zur Frage der zivilgesellschaftlichen Entwicklungen möchte ich anmerken, dass wir dabei immer auch den kulturellen Hintergrund bedenken müssen. Entscheidend ist es auf jeden Fall, die Menschen befähigen und ermutigen zu können, solche Entwicklungen zu tragen und voranzutreiben. Man kann allerdings unsere Erfahrungen nicht ohne Weiteres auf andere Kulturprägungen übertragen. Ich bin aber überzeugt, dass wir in den nächsten Jahren immer mehr mit den Grenzen der Staaten und der Möglichkeiten der Politik konfrontiert werden. Die Zukunft der Entwicklung in diesem Bereich wird stark geprägt werden von einem neuen Verständnis von „Bürgerin“ und „Bürger“ im Sinne von Mitverantwortung für das Gemeinwesen. Anders werden viele Aufgaben gar nicht mehr gelöst werden können. Von daher erwarte ich, dass sich neue Möglichkeiten eröffnen werden. Das Ganze ist natürlich ein sehr anspruchsvoller Prozess.

*Hubert Tintelott:*

Am Schluss des heutigen Nachmittags möchte ich mich in Ihrer aller Namen bei den Referenten sehr herzlich bedanken. Beide Referate haben uns Themen vorgegeben und einen Rahmen abgesteckt, in dem wir weiter diskutieren können. Als Botschaft des Nachmittags können wir sicher mitnehmen: Wir sind gefordert, uns in die Diskussionen einzumischen, wir müssen uns die nötigen Kompetenzen dazu aneignen, um in dem Prozess bestehen zu können, und können dann auch sachgerechte Beiträge liefern. Ich hoffe, dass es uns allen gelingt, ein Stück weit auf diesem Kongress entsprechende Impulse zu gewinnen.



## Einführung in den zweiten Kongresstag



Zu Beginn des zweiten Kongresstages möchte ich Sie sehr herzlich begrüßen. Sie werden gestern sicher wie ich selbst die Schlaglichter auf die Situation dreier verschiedener ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa, mit denen unser Kongress eröffnet wurde, empfunden haben: Das hat niemanden kalt gelassen. Die Schlaglichter bestätigten bei aller Unterschiedlichkeit gemeinsame Züge einer Tendenz in Europa, die für den scheinbar unumkehrbaren Wandel von Lebensräumen steht, der viele mit Trauer erfüllt. Ermutigend war der Hinweis von Alois Glück

darauf, dass es auf das Selbstbewusstsein der Menschen ankommt, die den ländlichen Raum bewohnen, dass sie Subjekt der Veränderung sein können und müssen und dass es gilt, sie bei allen Entscheidungen über Veränderung einzubeziehen. Dass er dabei unter dem Eindruck der Globalisierung und der demografischen Veränderung der Bildung entscheidenden Wert beimaß, hat sicher die Partner von Renovabis beeindruckt, vor allem diejenigen, die sich bereits seit langem dieser Aufgabe widmen; wir sind froh, dass wir einige dieser Projekte unterstützen können oder lange Zeit unterstützt haben. Die Ausführungen von Filip Kaczmarek hatten neben vielem anderen das Verdienst, ein auf den ersten Blick höchst abstraktes Feld wie die Kohäsionspolitik der Europäischen Union auf unseren Gegenstand anzuwenden. Hinter diesem Kernstück der Integrationspolitik steht das hohe politische Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse der schwach entwickelten Regionen untereinander und an die höher entwickelten. Bei allen Vorbehalten über Zentralisierungstendenzen und aller Interessenabhängigkeit nötigt dieses klar vom Europäischen Parlament mitbestimmte Politik-

feld Achtung für diejenigen ab, die mit diesem Instrumentarium Gemeinschaftspolitik zu gestalten versuchen.

Wie stets bei unseren Kongressen gilt der zweite Kongresstag der wissenschaftlichen Analyse, in der wir den Beitrag von Herrn Professor Dr. Thomas Glauben hören dürfen sowie zwei Koreferate über die Situation in der Ukraine und in Armenien von Frau Dr. Larysa Kalachewska und Herrn Dr. Aram Aristakesyan. Ich begrüße Herrn Andreas Brinker, den Moderator des heutigen Vormittags. Er kommt von der Katholischen Landvolkhochschule Oesede bei Georgsmarienhütte im Bistum Osnabrück in Niedersachsen. Vielen Dank, dass Sie den weiten Weg zu uns gekommen sind und wir auf diese Weise auch gute Kontakte zu Ihrer Institution, die wir schon vor Jahren angeknüpft haben, fortsetzen dürfen.

*Andreas Brinker:*

Vielen Dank für die freundliche Begrüßung und Grüß Gott miteinander. Oder, wie man bei uns im Norden sagen würde: „Moin.“ Das bedeutet ungefähr „hoffentlich geht’s dir gut“ – damit prallen hier schon sprachlich scheinbar Welten aufeinander. Dr. Albert hat mich schon kurz vorgestellt; mein Name ist Andreas Brinker, ich bin Landwirt und leite Seminare an der Katholischen Landvolkhochschule Oesede. Das mache ich insbesondere mit jungen Landwirten und lege diesen gerne ans Herz, dass sie nicht nur ihren eigenen Betrieb wirtschaftlich nach vorne bringen sollen, sondern sich auch für den ländlichen Raum insgesamt engagieren mögen. Das ist nämlich nicht selbstverständlich, denn es gilt, die Vielfalt der ländlichen Regionen in Deutschland zu erhalten. Wenn man wie ich von Nordwestdeutschland hier in den Südosten fährt, wird einem erst richtig deutlich, welche Unterschiede es da gibt. Das gilt natürlich auch schon, wenn man sich im engeren Umfeld bewegt. Dazu ein Beispiel: Ich habe von Montag bis Mittwoch eine Gruppe von 25 jungen Landwirten aus dem Oldenburger Münsterland in unserer Landvolkhochschule betreut. Diese Region gehört kirchlich zum Bistum Münster und ist eine wirtschaftlich stark florierende Region mit einem äußerst intensiven vor- und nachgelagerten Bereich der

Landwirtschaft, u. a. mit einer der höchsten Viehdichten in Deutschland. Gestern Abend kamen dann 25 Landwirte aus Ostfriesland nach Oesede – Sie glauben gar nicht, welche Welten allein zwischen diesen Kulturkreisen liegen, obwohl sie räumlich nur wenig auseinander sind. Ähnlich ist es, wenn wir mit Kursen in die neuen Bundesländer reisen.

Heute wollen wir noch weiter schauen, zunächst mit einem übergreifenden Referat, dann mit zwei ergänzenden Koreferaten. Ich weise gleich auch auf die Möglichkeit hin, sich an der nachfolgenden Diskussion zu beteiligen. Sie finden in Ihren Unterlagen kleine Zettel, auf die Sie gerne Fragen notieren können, die wir im Anschluss des Referates einsammeln werden. Der Anwalt des Publikums, Herr Haneke, wird sie gebündelt an mich leiten.

Prof. Dr. Thomas Glauben, Halle

## Strukturwandel in (Ost-)Europas ländlichen Räumen<sup>1</sup>



Mein Referat wird sich mit dem Strukturwandel in Europas ländlichen Regionen und speziell mit jenen in Ost- und Südosteuropa beschäftigen. Ich werde über eine aktuelle Forschungsarbeit mit meiner Kollegin Frau Dr. Möllers berichten, die in Teilen auch in der Zeitschrift „OST-WEST. Europäische Perspektiven“<sup>2</sup> abgedruckt ist und auch in der FAZ erwähnt wurde. Speziell werde ich einige prägende Phänomene des ländlichen Wandels ansprechen, die besonders in Osteuropa auch als Bremsen des Wandels verstanden werden können. Dabei werde ich mich auf die Länder der EU, die „alten“ im Westen, die man nicht ganz vergessen sollte, und die neuen im Osten und im Südosten konzentrieren. Außerdem werde ich noch einige Hinweise auf globale Entwicklungen geben, z. B. in China.

### Rahmenbedingungen des ländlichen Wandels

Im Mittelpunkt der Überlegungen zur Bedeutung des ländlichen Raums stehen vier Aspekte, welche die Entwicklungen und Probleme in den ländlichen Räumen stark beeinflusst haben und weiter beeinflussen. Diese vier Phänomene könnte man auch als Teufelskreis und als Dilemma der ländlichen Entwicklung beschreiben, weil sie eine Spirale zwischen demografischen, agrarstrukturellen und infrastrukturellen

- 
- 1 Der Moderator Andreas Brinker stellte Prof. Dr. Thomas Glauben kurz vor: Er hat Agrarökonomik an der Universität Kiel studiert, dort auch promoviert. Seit 2005 ist der Direktor des Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) in Halle und ordentlicher Professor an der Universität Halle-Wittenberg.
  - 2 Judith Möllers und Thomas Glauben: Strukturwandel in (Ost-) Europas ländlichen Regionen. In OST-WEST. Europäische Perspektiven 12 (2011), H. 3, S. 174–183.

len Veränderungen sowie der Migration von Arbeitskräften und den damit einhergehenden Einkommensdisparitäten hervorrufen. Die letzteren vergrößern das Armutsrisiko, welches wiederum den demografischen Wandel beflügelt und den Kreislauf von Neuem beginnen lässt.

Aber was versteht man eigentlich unter ländlichem Wandel? Ländlicher Wandel umschreibt zunächst den entwicklungsbedingten wirtschaftlichen Strukturwandel. Darüber hinaus werden aber auch demografische, soziale, kulturelle oder religiöse Entwicklungen unter diesem Begriff erfasst. Häufig werden diese Dimensionen des Wandels der ländlichen Gesellschaft denen der städtischen Gesellschaft gegenübergestellt. Im Prinzip sind diese typischen Entwicklungen in ländlichen Räumen in allen europäischen Ländern und im Grunde weltweit sichtbar. Die rasantesten Veränderungen konnten aber sicherlich in Osteuropa und in Zentral- und Ostasien beobachtet werden. Hier hat der gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozess der letzten zwanzig Jahre die Veränderungen in ländlichen Regionen besonders stark beeinflusst und angetrieben.

Wenn man sich mit dem ländlichen Wandel beschäftigt, muss man zunächst fragen, warum der ländliche Raum überhaupt eine eigene exklusive Betrachtung verdient. Sind es nicht zunehmend die städtischen Regionen, die die europäischen Gesellschaften prägen und vorantreiben? Dies mag stimmen, aber dennoch sollte man ländlichen Räumen besondere Aufmerksamkeit schenken. Dafür spricht schon allein ihre Flächenausstattung. Ländliche Regionen machen gut 90 Prozent der Fläche der EU aus. Fast 60 Prozent der Bevölkerung der 27 Mitgliedsstaaten lebt (noch) dort. Annähernd die Hälfte der Bruttowertschöpfung der EU-27 stammt aus ländlichen Räumen, und der Anteil der Beschäftigung ist mit 55 bis 60 Prozent etwas höher als in städtischen Regionen. Aber nicht nur diese Größendimensionen machen die Bedeutung des ländlichen Raums aus. In der Regel agrarisch geprägt steht er bekanntermaßen für die Produktion von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen. Gerade das verleiht ihm seit Beginn der globalen Nahrungsmittelkrise, die am Ende des letzten und Anfang dieses Jahrzehnts ihren Höhepunkt erreicht hat, ein besonderes Gewicht.

## Flächenmäßige und wirtschaftliche Bedeutung des ländlichen Raumes in der EU

**Tabelle 1:**  
**Flächenindikatoren und Wirtschaftsindikatoren EU 27**

	über- wiegend ländlich	teilweise ländlich	über wiegend städtisch	Definition der Region	Jahr
% Fläche	56,6 (1)	34,3 (2)	9,2 (3)	NUTS 3 <sup>3</sup>	2007
% Bevölkerung	23,7 (1)	35,5 (2)	40,9 (3)	NUTS 3	2007
% Beschäftigung	21,4 (1)	34,6 (2)	44,0 (3)	NUTS 3	2007
% Bruttowertschöpfung	16,6 (1)	31,8 (2)	51,6 (3)	NUTS 3	2007
Primärsektor als % an der Gesamt-BWS	4,6 (1)	2,4 (2)	0,6 (3)	NUTS 3	„2006“
Tertiärsektor als % an der Gesamt-BWS	64,0 (1)	67,7 (2)	77,1 (3)	NUTS 3	„2006“
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf (EU-27 = 100)	72 (1)	90 (2)	125 (3)	NUTS 3	„2006“
„2006“ = Durchschnitt der Jahre 2005, 2006, 2007 BWS = Bruttowertschöpfung					
(1) ohne MT, CY, LU <sup>4</sup> / (2) ohne MT, IE / (3) ohne EE, LU, CY, SI					

*Quellen: Eurostat database &  
<http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/rurdev2010/ruraldev.htm>*

- 3 NUTS ist ein hierarchisches System zur Untergliederung des EU-Wirtschaftsraums für Zwecke der Erfassung, Entwicklung und Harmonisierung regionalstatistischer Daten der EU sowie der Erstellung sozioökonomischer Analysen der Regionen. Unterschieden wird nach NUTS 1 (sozioökonomische Großregionen), NUTS 2 (Basisregionen für regionalpolitische Maßnahmen) und NUTS 3 (kleine Regionen für spezifische Diagnosen). (Quelle: Eurostat)
- 4 Zu diesen und allen folgenden Abkürzungen vgl. die Übersicht am Ende dieses Beitrags auf S. 147.

**Tabelle 2:**  
**Flächenindikatoren und Wirtschaftsindikatoren NMS10**

	über- wiegend ländlich	teilweise ländlich	über- wiegend städtisch	Definition der Region	Jahr
% Fläche	61,3	32,4	7,8 (1)	NUTS 3	2007
% Bevölkerung	42,8	39,3	22,4 (1)	NUTS 3	2007
% Beschäftigung	39,3	39,0	27,2 (1)	NUTS 3	2007
% Bruttowertschöpfung	31,3	38,0	38,3 (1)	NUTS 3	2007
Primärsektor als % an der Gesamt-BWS	8,1	4,0	0,8( 1)	NUTS 3	„2006“
Tertiärsektor als % an der Gesamt-BWS	54,2	59,9	74,8 (1)	NUTS 3	„2006“
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf (EU-27 = 100)	44	57	101 (1)	NUTS 3	„2006“
„2006 “ = Durchschnitt der Jahre 2005, 2006, 2007					

(1) ohne EE, SI / (2) ohne LU

*Quellen: Eurostat database &  
<http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/rurdev2010/ruraldev.htm>*

Nahrungsmittel sind im Vergleich zum letzten Jahrhundert äußerst knapp und in den weniger entwickelten afrikanischen und ostasiatischen Ländern sogar unbezahlbar geworden. Dies ist gegenwärtig ein zentrales Thema auf der globalen, aber auch auf der politischen Agenda. Die G8-Treffen sind davon geprägt. Nicht zuletzt diese besorgniserregenden Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln wie Getreide und Reis haben seit 2008 und besonders 2010 zu Aufständen in armen Regionen geführt. Die jüngsten Krisen in Nordafrika haben nach Schätzungen verschiedener Organisationen innerhalb eines Jahres zusätzlich bis zu 200 Millionen Menschen in die Armut getrieben. So darf man erwarten, dass den ländlichen Räumen in der Zukunft eine größere Bedeutung zukommt, die besonders von der Nahrungsmittelsicherheit bestimmt wird. Die Bedeutung des ländlichen Raums hängt aber nicht nur von der Nahrungsmittelproduktion, sondern von vielen weiteren Funktionen ab; es sind sozioökonomische und kulturelle Funktionen wie der hohe Erholungswert, ein spezifischer Wohnwert, das Potenzial zur Erhaltung kultureller Besonderheiten und Traditionen. Nicht zuletzt sind ländliche Räume der natürliche und artgerechte Lebensraum für Pflanzen und Tiere und tragen in erheblichem Maße zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen wie Wasser, Boden und Luft bei. Sie sind also für die Umwelt und die Erhaltung der Biodiversität von erheblicher Bedeutung. Nun ist es umso bemerkenswerter, dass die ländlichen Räume trotz dieser wichtigen und im Grunde durchweg positiven Funktionen häufig nur mit Problemen assoziiert werden. Und in der Tat stehen sie auch vor Problemen.

Um welche Probleme handelt es sich hierbei? Häufig wird generell ihre Rückständigkeit genannt, ohne dass immer ganz klar wird, was genau damit gemeint ist. Sind sie wirtschaftlich, sozial oder kulturell rückständig? Ich denke, damit wird die mangelnde Konvergenz, also die fehlende Annäherung meist peripherer Regionen mit Entwick-



lungsrückstand an dynamische Regionen in Verbindung gebracht. Hier darf man aber auch normativ fragen: Wie viel Konvergenz ist denn wünschenswert? Oder wird nicht gerade eine Divergenz zu städtischen Regionen den Menschen gerecht? Im Blickpunkt der mangelnden Konvergenz der ländlichen Räume stehen dabei die typischen demografischen Anpassungsprozesse, die zum Beispiel mit der Überalterung oder der Ungleichstellung der Geschlechter einhergehen. Im Blickpunkt stehen auch infrastrukturelle Defizite, die mit der Abgelegenheit und dem verminderten Angebot an öffentlichen Dienstleistungen einhergehen. Im Blickpunkt stehen die Spezifika des ländlichen Arbeitsmarktes und schließlich als zentrales Merkmal das Risiko von Armut in ländlichen Räumen.

Aus dem Blickwinkel dieser Fakten heraus sieht sich die ländliche Gesellschaft einem ständigen Anpassungsdruck gegenüber, einem Aufholprozess, der angetrieben wird durch die Globalisierung und durch die europäische Integration. Dieser Anpassungsprozess ist besonders in osteuropäischen und asiatischen Transformationswirtschaften zu beobachten. Dort gibt es Länder, die insgesamt einen erheblichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufholprozess hinter sich und teilweise noch vor sich haben. In ihnen spielen ländliche Räume mit ihrer agrarischen Bedeutung eine weitaus größere Rolle als in etablierten Marktwirtschaften. Der für die östlichen Länder so wichtige landwirtschaftliche Sektor hatte jedoch mit erheblichen Ineffizienzen, teilweise mit dem kompletten Zusammenbruch der Wertschöpfung zu kämpfen. Es kam in fast allen Ländern zu starken Produktionseinbrüchen, die sowohl den industriellen Sektor als auch die Landwirtschaft betrafen. Die anschließende wirtschaftliche Erholung verlief vielerorts nur schleppend und ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Viele ländliche Regionen profitieren von der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenz in den letzten Jahren nur unterdurchschnittlich.

**Tabelle 3: Die Bedeutung ländlicher Regionen in der Länderübersicht (NUTS 3, 2007)**

Land	% Fläche			% Bevölkerung			% BWS			% Beschäftigung		
	% PR	% IR	% PU	% PR	% IR	% PU	% PR	% IR	% PU	% PR	% IR	% PU
BE	33,8	31,8	34,4	8,7	23,9	67,5	5,5	18,9	75,6	6,8	20,5	72,7
BG	53,6	45,1	1,2	39,0	44,9	16,2	27,0	36,6	36,4	35,3	41,8	22,9
CZ	48,3	37,1	14,6	33,3	43,6	23,1	27,8	36,5	35,7	32,2	40,2	27,6
DK	71,8	27,0	1,2	42,9	36,0	21,2	38,8	31,4	29,8	40,6	32,6	26,7
DE	39,8	48,4	11,8	17,5	40,0	42,5	14,7	35,9	49,5	15,8	38,3	45,9
EE	82,3	17,7		48,3	51,7		32,6	67,4		42,5	57,5	
IE	98,7		1,3	72,3		27,7	59,5		40,5	68,0		32,0
GR	82,2	12,1	5,6	43,2	10,5	46,3	32,5	8,8	58,6	40,8	10,8	48,4
ES	46,1	39,5	14,4	13,3	38,2	48,5	10,7	35,6	53,6	12,0	36,6	51,4
FR	64,6	27,3	8,1	28,7	35,7	35,6	23,2	31,3	45,5	26,6	34,1	39,2
IT	45,5	42,3	12,3	20,5	43,9	35,6	18,6	42,6	38,9	19,4	43,5	37,2
CY		100,0			100,0			100,0			100,0	
LV	62,8	21,1	16,1	38,4	13,4	48,2	23,0	10,3	66,8	35,4	13,0	51,7
LT	65,0	19,9	15,0	43,6	31,2	25,1	29,9	30,7	39,4	41,2	31,4	27,4

**Tabelle 3 (Fortsetzung)**

Land	% Fläche			% Bevölkerung			% BWS			% Beschäftigung		
	% PR	% IR	% PU	% PR	% IR	% PU	% PR	% IR	% PU	% PR	% IR	% PU
LU	100,0			100,0			100,0			100,0		
HU	66,3	33,1	0,6	47,5	35,6	16,9	34,9	28,4	36,7	44,0	31,5	24,5
MT			100,0			100,0			100,0			100,0
NL	2,2	51,5	46,3	0,7	28,2	71,1	0,8	25,4	73,8	0,6	26,1	73,3
AT	72,2	18,9	8,8	39,4	26,5	34,1	30,5	28,8	40,7	n.a.	n.a.	n.a.
PL	55,6	34,5	9,9	37,9	33,8	28,3	27,3	30,9	41,8	35,2	31,9	32,9
PT	84,1	8,7	7,3	36,3	15,2	48,4	31,1	11,5	57,4	36,8	14,7	48,6
RO	59,3	39,9	0,8	45,9	43,8	10,4	33,8	43,2	23,0	42,2	46,4	11,4
SI	61,0	39,0		43,8	56,2		36,5	63,5		40,3	59,7	
SK	59,0	36,8	4,2	50,4	38,3	11,3	40,5	32,8	26,7	44,3	36,4	19,3
FI	83,3	14,6	2,1	43,2	30,7	26,1	36,2	28,0	35,8	39,7	29,2	31,1
SE	52,6	45,8	1,6	22,7	56,2	21,1	20,0	51,7	28,3	21,4	54,4	24,2
GB	27,4	47,0	25,6	2,9	26,0	71,1	2,0	22,2	75,8	2,3	26,0	71,7

Quelle: Eurostat 2007

Erläuterung: PR = Predominantly Rural, IR = Intermediate Region, PU = Predominant Urban

**Tabelle 4: Kumulierte Veränderungen der Produktion und der Beschäftigung in einigen europäischen Transformationsländern 1989–1992 (%)**

	<b>Produktion</b>	<b>Beschäftigung</b>
Albanien	– 40	– 22
Bulgarien	– 24	– 29
Ehem. Tschechoslowakei	– 23	– 10
Tschechische Republik	...	– 9
Slowakei	...	– 14
Ungarn	– 19	– 16
Polen	– 18	– 13
Rumänien	– 34	– 5
Ehem. Jugoslawien	– 49	– 12

*Quelle: Richard Jackman: Economic Policy and Employment in the Transition Economies of Central and Eastern Europe: What have we learned? In: International Labour Review 133 (1994), 3, S. 327–345.*

## **Strukturelle Bedingungen des ländlichen Wandels**

Die strukturellen Entwicklungen, die den Wandel in ländlichen Räumen kennzeichnen, gelten in unterschiedlicher Ausprägung für West und Ost, also auch für die Transformationsökonomien in Osteuropa. Dabei zeigen sich vier Entwicklungslinien:

1. der demografische Wandel und die Risiken, die er für die ländliche Gesellschaft birgt (Stichwort „Alternde und ungebildete Gesellschaft“);
2. die Rolle der Landwirtschaft, speziell der Wandel in den landwirtschaftlichen Betrieben. Eng verknüpft damit sind
3. der ländliche Arbeitsmarkt, die intersektoralen Migrationen und
4. die damit verbundenen Disparitäten, Stadt-Land-Gefälle, und teilweise weit verbreitete ländliche Armut.

Diese vier Aspekte ländlicher Gebiete bilden eine Art Teufelskreis des ländlichen Wandels: Der demografische Wandel verstärkt u. a. geringe Bevölkerungsdichten und die Überalterung der ländlichen Gesellschaft. Sehr geringe Bevölkerungsdichten führen zum Fehlen einer kritischen Masse an Humankapital; das heißt, es mangelt nicht nur an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch an grundlegender produktiver und konsumtiver Infrastruktur. Das Wirtschaftsklima verschlechtert sich und der Kreis schließt sich, wenn die geringen Arbeitsmöglichkeiten zu einer weiteren Abwanderung der jüngeren und höher qualifizierten Arbeitskräfte und damit zu einer weiteren Überalterung der Bevölkerung führen. Die Folge sind geringe Einkommen, Armut und die weitere Verödung ländlicher Regionen.

### *Der demografische Wandel*

Während wir uns – global betrachtet – einer Bevölkerungsexplosion gegenüber sehen, ist in den ländlichen Gebieten Europas eine merkliche Schrumpfung der Bevölkerung die Realität. Diese Situation wird vornehmlich von zwei Prozessen verursacht:

- Einerseits sind die geringere Geburtenrate, längere Lebenszeiten und die zunehmende Überalterung der Gesellschaft zu beachten. Die ländlichen Regionen sind davon stärker betroffen als die städtischen.
- Andererseits bedingt der massive Urbanisierungstrend eine starke Abwanderung aus dem ländlichen Raum. Dies ist besonders in Osteuropa zu beobachten, krasse Beispiele sind das rapide Wachstum der Metropolen und die Abwanderung ins Ausland.

Neben diesem Wachstum der Metropolen wird erwartet, dass zum Beispiel bis 2050 das Medianalter<sup>5</sup> um knapp 20 Prozent von jetzt 40 auf etwa 50 zunehmen wird. Zudem wird sich die Altersabhängigkeitsrate,

---

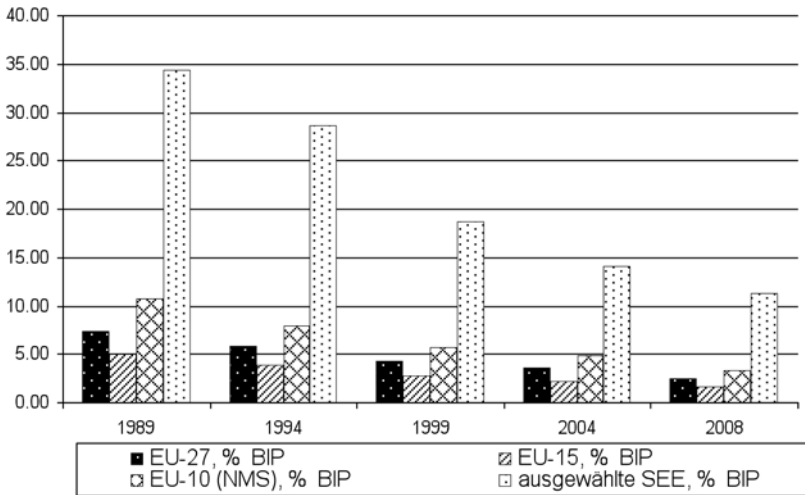
5 Das Medianalter ist der Mittelwert der in einer Stichprobe beobachteten Lebensalter. Es ist also jenes Lebensalter, das die Stichprobe so teilt, dass höchstens 50 Prozent ihrer Mitglieder jünger und höchstens 50 Prozent älter sind als dieses Lebensalter. Das Medianalter wird als Kennzahl benutzt, um z. B. die Alterung in verschiedenen Staaten zu beschreiben (Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Medianalter>; letzter Zugriff: 22.11.2012).

also der Anteil der nichterwerbstätigen abhängigen Personen an den erwerbstätigen Personen der Bevölkerung von heute 26 auf 50 Prozent verdoppeln. Das heißt: In Zukunft stehen nur noch zwei Erwerbstätige einem Nichterwerbstätigen gegenüber. Jetzt sind es immerhin noch vier. Und der Anteil der Menschen ab 65 Jahren wird in ländlichen Regionen erheblich höher sein als in den Städten.

Besonders betroffen ist nun wiederum Osteuropa. Hier sanken die Bevölkerungszahlen seit 1990 auf Grund sinkender Geburtenraten und extrem hoher Migrationsbilanzen teils sehr stark. In fast der Hälfte aller östlichen Regionen der EU kommen beide Tendenzen, Abwanderung und Überalterung, zusammen. Dies zeigte sich besonders bei unseren Recherchen in Bulgarien und Südrumänien. Allein Ende des letzten Jahrzehnts verloren dort die ländlichen Räume innerhalb von drei Jahren bis zu 5 Prozent ihrer Bevölkerung. Mit diesen demografischen Entwicklungen geht das Risiko des Verlustes einer kritischen Masse an Menschen einher, die die Entwicklung einer Region in die eigene Hand nehmen können. Somit fehlt es an Menschen, die eine hinreichende Ausstattung an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur rechtfertigen. Im Extremfall verbleibt in einer Region, nachdem eine selektive Abwanderung stattgefunden hat, nur noch eine so genannte Residualbevölkerung in einem immer leerer werdenden Raum. Zudem sind die ländlichen Regionen in Ost- und Südosteuropa sehr stark agrarisch geprägt und damit doppelt betroffen, weil die Abwanderung aus der Landwirtschaft in andere Sektoren extrem hoch ist.

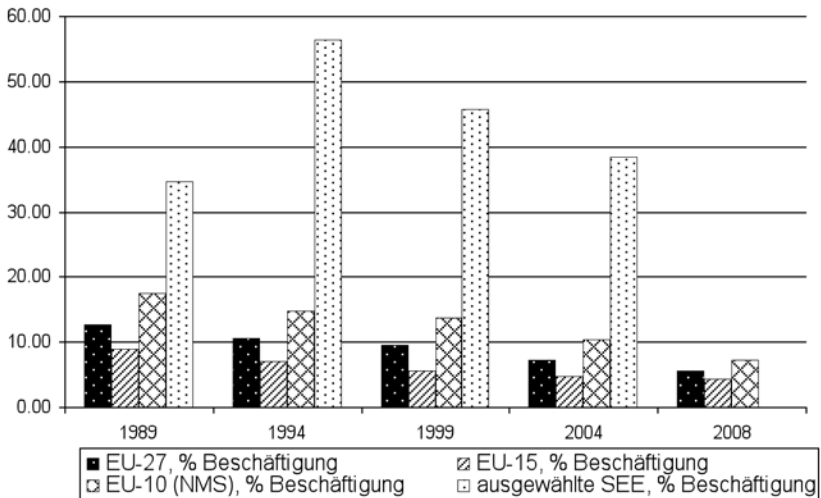
## Landwirtschaft und Agrarbetriebsstrukturen

**Grafik 1: Die (sinkende) Bedeutung der Landwirtschaft in der Wirtschaftsentwicklung (Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %)**



Quelle: Eurostat (SEE steht für Mittel- und Osteuropa)

**Grafik 2: Beschäftigungsanteile der Landwirtschaft in Europa**



Quelle: Eurostat

In Osteuropa hat sich außerdem eine duale Agrarstruktur mit kleineren Familienbetrieben und großen, aus ehemaligen Staatsbetrieben hervorgegangenen Betrieben entwickelt. Im Unterschied zu Westeuropa gibt es dort eine Vielfalt von Kleinstbetrieben (Subsistenz- und Semisubsistenzbetriebe), die teilweise nur für den Eigenkonsum produzieren und selten an Märkte angeschlossen sind. In der EU machen die kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe mit 6 Millionen etwa ein Viertel der Landwirtschaftsbetriebe aus. Obwohl sie weniger als 2 Prozent zur Gesamtleistung der Agrarbetriebe beitragen, sind sie in Bezug auf die Arbeitsplätze von erheblicher Bedeutung, weil dort noch 40 Prozent aller Beschäftigten in der europäischen Landwirtschaft tätig sind.

**Tabelle 5: Landwirtschaftliche Betriebsgrößen in der EU**

	Betriebsgröße in Hektar	Verteilung über Betriebsgrößenklassen (% der Betriebe)		
		< 5 ha	>= 5 – < 50 ha	>= 50 ha
BE	28,6	25,4	56,3	18,3
BG	6,2	94,9	3,9	1,3
CZ	89,3	50,4	33,0	16,7
DK	59,7	3,7	62,0	34,2
DE	45,7	22,6	54,4	23,0
EE	38,9	36,1	52,8	11,1
IE	32,3	6,5	75,7	17,7
GR	4,7	76,2	23,0	0,8
ES	23,9	52,8	37,5	9,7
FR	52,1	24,7	37,9	37,4
IT	7,6	73,3	24,3	2,4
CY	3,6	86,5	12,6	1,0
LV	16,5	40,9	54,4	4,7
LT	11,5	60,5	36,5	3,0
LU	56,8	17,9	34,0	48,1
HU	6,8	89,4	8,6	1,9



	Betriebsgröße in Hektar	Verteilung über Betriebsgrößenklassen (% der Betriebe)		
		< 5 ha	>= 5 – < 50 ha	>= 50 ha
MT	0,9	97,4	2,6	0,0
NL	25,0	28,0	57,5	14,5
AT	19,3	33,5	59,7	6,8
PL	6,5	68,5	30,5	1,0
PT	12,6	72,6	23,9	3,6
RO	3,5	89,8	9,8	0,4
SI	6,5	59,0	40,4	0,5
SK	28,1	87,2	8,6	4,2
FI	33,6	9,7	69,6	20,7
SE	42,9	15,0	60,3	24,7
GB	53,8	39,8	35,5	24,7
EU27	12,6	70,4	24,5	5,1
EU15	22,0	54,5	34,6	10,9
EU12	6,0	81,6	17,4	1,0

*Quelle: Eurostat, Farm Structure Survey 2007*

Die Annahme, dass diese Kleinstbetriebe mit der Weiterentwicklung der Marktwirtschaft von selbst verschwinden würden, hat sich nicht bewahrheitet. Auch wenn die durchschnittliche Betriebsgröße leicht gestiegen ist, sind diese Kleinstbetriebe, von denen es besonders in Rumänien (etwa 90 Prozent) und Bulgarien noch eine Vielzahl gibt, langfristig nicht wettbewerbsfähig. In der turbulenten Anfangsphase der Transformation hatten sie eine Pufferfunktion. Und auch noch heute sind sie oft die einzige Absicherung der Familien vor wirtschaftlichen Unwägbarkeiten. Aber sie hemmen die Entstehung eines wettbewerbsfähigen Agrarsektors, weil sie erfolgreichen Betrieben keinen Zugang zu größeren Flächen ermöglichen, mit Hilfe derer sie modernere Agrarwirtschaft betreiben könnten. Auch die Arbeitsproduktivität in den Kleinstbetrieben ist nach heutigen Maßstäben unbefriedigend, was als Folge

versteckter Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gesehen werden kann. Teilweise fehlt es an Fachkenntnissen, weil viele Landbewohner während der sozialistischen Zeit in der Industrie tätig waren, bevor ihre Arbeitsplätze wegfielen.

## Ländliche Arbeitsmärkte

**Tabelle 6: Arbeitslosenraten im ländlichen Raum  
(% der erwerbsfähigen Bevölkerung) – 2009 – NUTS 3  
(kleine Regionen für spezifische Diagnosen)**

Land	PR, Predominantly Rural	IR, Intermediate Region	PU, Predominantly Urban	Landes- durchschnitt
BE	7,4	7,7	6,8	7,9
BG	8,4	3,8	6,9	6,8
CZ	6,3	3,7	8,7	6,7
DK	7,1	6,6	4,4	6,0
DE	6,6	8,4	7,4	7,7
EE	13,5		13,9	13,8
IE	12,4	10,1		11,7
GR	9,5	9,4	9,5	9,5
ES	17,3	17,6	18,8	18,0
FR	8,9	10,0	9,4	9,5
IT	7,8	8,2	7,5	7,8
CY			5,3	5,3
LV	18,6	16,6	14,8	17,1
LT	13,5	14,3	13,5	13,7
LU			5,1	5,1
HU	11,6	6,2	10,0	10,0
MT		6,9		6,9
NL	2,3	3,4	3,5	3,4
AT	4,1	6,0	4,2	4,8

Land	PR, Predominantly Rural	IR, Intermediate Region	PU, Predominantly Urban	Landes- durchschnitt
PL	9,3	6,5	8,4	8,2
PT	8,0	10,8	8,8	9,5
RO	7,2	4,0	7,2	6,9
SI	6,0		5,8	5,9
SK	14,4	4,6	11,4	12,0
FI	9,5	6,2	8,5	8,2
SE	9,0	6,8	8,8	8,4
GB	6,3	8,0	6,4	7,6
EU 27	8,9	9,0	8,8	8,9
EU 15	8,7	9,3	9,0	9,1
EU 12	9,4	6,6	8,5	8,4

(Anmerkung: In den nationalen bzw. EU-Durchschnitten ist die belgische Region Liège nicht eingeschlossen.)

Quelle: DG Agri (2010). *Rural Development in the European Union – Statistical and Economic Information – Report 2010*, <http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/rurdev2010/ruraldev.htm>

**Tabelle 7: Beschäftigungsquote  
(% der erwerbstätigen Bevölkerung) – 2007 – NUTS 3  
(kleine Regionen für spezifische Diagnosen)**

	Predominantly Rural	Intermediate Region	Predominantly Urban	Länderdurchschnitt auf Basis der regionalen Daten
BE	49.4	53.3	67.5	62.5
BG	64.2	65.3	94.0	69.8
CZ	69.1	65.6	85.3	71.3
DK	66.1	92.5	96.9	80.4
DE	66.9	69.7	78.1	72.8
EE	65.0	79.4		72.6

	Predominantly Rural	Intermediate Region	Predominantly Urban	Länderdurchschnitt auf Basis der regionalen Daten
IE	66.2		79.3	69.9
GR	61.3	64.8	63.5	62.7
ES	63.3	64.4	70.7	67.4
FR	59.9	59.2	66.8	62.1
IT	61.2	63.9	67.1	64.5
CY		71.0		71.0
LV	65.3	69.3	75.4	70.7
LT	63.6	66.0	69.7	65.9
LU		64.2		64.2
HU	55.9	53.4	87.1	60.3
MT			54.6	54.6
NL	57.5	57.1	62.5	61.0
AT	66.6	83.1	76.6	74.4
PL	53.0	52.8	64.4	56.2
PT	75.0	67.8	70.7	71.8
RO	58.5	65.5	64.7	62.3
SI	62.7	72.7		68.3
SK	49.4	53.6	92.8	56.1
FI	66.8	68.3	80.7	71.0
SE	72.5	73.5	84.0	75.5
GB	73.9	74.9	71.0	72.0
EU 27	61.6	65.0	71.0	66.6
EU 15	64.1	66.5	71.0	68.1
EU 12	57.5	60.3	71.6	61.3

(Anmerkung: Nordirland ist nicht in den nationalen Durchschnitt für GB und somit auch nicht in die EU-Durchschnitte eingeschlossen.)

Quelle: DG Agri (2010). *Rural Development in the European Union – Statistical and Economic Information – Report 2010*, <http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/ruraldev2010/ruraldev.htm>

### *Der ländliche Arbeitsmarkt*

Der dritte Faktor der strukturellen Entwicklung sind die ländlichen Arbeitsmärkte. Obwohl der Landwirtschaft weiterhin eine besondere Bedeutung zukommt, ist letztlich der außerlandwirtschaftliche Sektor entscheidend für die ländliche Entwicklung. Unsere Studien zeigten fast überall in den osteuropäischen und asiatischen Transformationsländern eine „Rausmigration“, die durch Lohndifferenzen angetrieben wird, weil es möglich ist, in anderen Sektoren mehr zu verdienen. Erfolgreicher Strukturwandel findet nur dann statt, wenn der ländliche Wirtschaftsraum Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft aufzunehmen und alternative Beschäftigungen anzubieten vermag. Speziell der private Dienstleistungssektor ist in ländlichen Räumen durch Migration, hohe Arbeitslosenrate, verdeckte Arbeitslosigkeit und geringere Bildung nur schwach ausgebildet.

**Tabelle 8: Veränderungen in der Beschäftigtenquote in % Punkten, 2003 bis 2007 – NUTS 3**

	PR	IR	PU	Länder- durchschnitt
BE	0,57	1,46	1,72	1,53
BG	7,64	3,14	20,33	7,95
CZ	2,92	1,74	4,06	2,76
DK	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
DE	2,20	2,14	1,81	2,01
EE	3,10	7,77		5,56
IE				
GR	-1,76	3,49	2,38	0,76
ES	3,87	5,68	5,06	5,16
FR	-0,50	0,08	1,21	0,34
IT	1,64	1,21	1,60	1,44
CY		n.a.		n.a.
LV	8,53	7,57	7,55	7,97

	PR	IR	PU	Länder- durchschnitt	
LT	2,60	5,66	6,01	4,46	
LU		n.a.		n.a.	
HU	2,17	5,41	7,42	4,12	
MT			n.a.	n.a.	
NL	-2,52	1,08	1,41	1,30	
AT	2,21	3,95	1,22	2,38	
PL	1,90	5,29	8,54	4,94	
PT	-0,82	-0,59	-0,95	-0,86	
RO	-2,29	-3,14	7,05	-1,65	
SI	1,00	3,98		2,68	
SK	0,73	0,92	7,99	1,66	
FI	3,36	2,46	3,28	3,09	
SE	0,27	0,43	-0,68	0,17	
GB	-0,07	-1,97	-2,03	-1,98	
EU27	1,20	1,77	1,95	1,73	excl. DK, CY, MT, LU
EU15	0,96	1,54	1,11	1,24	excl. DK, LU
EU12	1,49	2,39	8,41	3,29	excl. CY, MT

(Anmerkung: Die folgenden Regionen sind nicht in die nationalen und EU-Durchschnitte eingeschlossen: DE: Brandenburg und Berlin, GB: Schottland und Nordirland)

*Erläuterung PR = Predominantly Rural, IR = Intermediate Region, PU = Predominant Urban. – Quelle: DG Agri (2010). Rural Development in the European Union – Statistical and Economic Information – Report 2010, <http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/rurdev2010/ruraldev.htm>*

### *Das Armutsrisiko*

Die Faktoren Demografie, Landwirtschaft und ländlicher Arbeitsmarkt bedingen in erheblichem Maß das Gefälle zwischen Regionen und zwischen Stadt und Land. Sie führen zu Wohlstands- und Einkommensdisparitäten mit erhöhtem Armutsrisiko als zentralen Problemen in länd-

lichen Räumen. Das trifft besonders auf die osteuropäischen Länder zu, wo bereits der Transformationsprozess erhebliche Einkommensverschiebungen, interregionale Disparitäten, Produktionseinbrüche und Armut hervorgerufen hat.

**Tabelle 9 : Armut in Südosteuropa: Stadt-Land Vergleich**

		Anteil der Armen in % (PPP US-Dollar 4,30/Tag)		Besuch weiterführender Schulen (% in der Alters- gruppe 15–17)	
		Stadt	Land	Stadt	Land
Albanien	2005	42	62	78	49
Bosnien und Herzegowina	2004	7	7	95	90
Makedonien	2002	21	29	91	78
Montenegro	2006	63	72	94	88
Serbien	2006	8	19	95	89

*Quelle: Lampiotti et al. 2009, basierend auf Daten der Weltbank ECAPOV Database 2008. – PPP = Purchasing Power Parity (Kaufkraftparität)*

Dass die Einkommen beim Übergang zur Marktwirtschaft weniger „gerecht“ verteilt wurden, war angesichts der vergleichsweise egalitären Ausgangssituation vorhersehbar und bis zu einem gewissen Grad erwünscht (Anreizfunktion). In einigen Ländern haben sich allerdings innerhalb weniger Jahre Verteilungsmuster herausgebildet, die eher süd-amerikanischen Verhältnissen entsprechen. Zum Beispiel ist der Gini-Koeffizient<sup>6</sup> in Armenien von 0,27 auf 0,6 erheblich gestiegen. Weniger drastisch stieg er in Rumänien von 0,23 auf 0,30. In Bulgarien hat er sich von 0,20 auf 0,40 verdoppelt. Im Gegensatz zu dieser gravierenden Situation in Südosteuropa hat die Ungleichheit der Einkommensverteilung

6 Darunter ist ein von dem italienischen Soziologen Corrado Gini entwickelter Verteilungsindex zu verstehen, der zwischen Werten von 0 bis 1 variiert; 0 steht für eine perfekte Gleichverteilung der Einkommen, 1 für die maximale Ungleichverteilung. Je höher also der Gini-Koeffizient ist, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt. Gini-Werte zwischen 0,25 und 0,35 gelten als „vernünftig“; Werte über 0,5 deuten auf eine sehr unausgewogene Einkommensverteilung hin.

in Mitteleuropa, etwa in Ungarn und Tschechien, eher moderat zugenommen und liegt vielerorts etwa bei 0,3. Tendenziell scheinen die Einkommen umso ungleicher verteilt, je zögerlicher und bruchstückhafter Strukturreformen angegangen worden sind und je stärker ein Land von Korruption betroffen ist. Zudem hat der Zusammenbruch der einst flächendeckenden sozialen Sicherungssysteme erheblich zu den Ungleichverteilungen beigetragen.

Gleichzeitig mit der Einkommensdisparität wirkt sich das Stadt-Landgefälle auf die Armutsrate aus, die in Osteuropa in ländlichen Regionen bis zu dreimal höher ist als in städtischen Regionen. Im Jahr 2006 lag sie in Rumänien in ländlichen Regionen bei über 20 Prozent, während sie in städtischen Regionen nur zwischen 7 und 8 Prozent lag. Armut bedeutet bei relativer Bewertung, dass das Einkommen eines Menschen 60 Prozent des Durchschnittseinkommens nicht übersteigt. In vielen südosteuropäischen Ländern wie Albanien oder Montenegro kann man jedoch von absoluter Armut sprechen, weil die Einkommenshöhe von 1,25 US-Dollar pro Tag unterschritten wird. In einer unserer aktuellen Studien konnte gezeigt werden, dass Armut häufig nicht nur ein temporäres, sondern ein dauerhaftes Problem ist. Die zentrale Frage ist, ob Menschen nur zwei oder drei Jahre unter solcher Armut leiden und Chancen haben, der Armut wieder zu entkommen, oder ob sie Jahrzehnte in diesem Zustand verweilen. Ein besonderes Beispiel dafür ist China, das sich – angetrieben durch die städtischen Regionen – zu einer enormen Wirtschaftsmacht entwickelt hat, dessen ländliche Bewohner jedoch größtenteils in relativer oder absoluter Armut leben. Viele Menschen in Chinas ländlichen Regionen haben in den letzten zehn Jahren einen höheren Lebensstandard erreicht, aber ein beachtenswerter Anteil der ländlichen Bevölkerung lebt in dauerhafter Armut ohne jegliche Chance, dieser Armut zu entrinnen.

In manchen Ländern wird die schwierige Arbeitsmarktsituation dadurch etwas ausgeglichen, dass im Ausland arbeitende Migranten ihre Familien mit ihrem Einkommen unterstützen. Dies ist häufig das einzige Mittel, welches Familien erlaubt, in vernünftigem Maß zu überleben.



## Ländliche Entwicklungspolitik

Zusammenfassend kann man sagen, dass den ländlichen Regionen in Europa erhebliche strukturelle Veränderungen mit vielen Risiken bevorstehen. Die Strukturschwäche, die sich im landwirtschaftlichen Sektor, aber auch in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsmärkten zeigt, kann in Verbindung mit der Spirale der Überalterung und der Abwanderung schnell dazu führen, dass ganze Landstriche von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden. Das vor allem in Südosteuropa bestehende Armutproblem würde dann auch strukturell verfestigt werden. Wenn die demografischen Entwicklungen weiter fortschreiten – und sie sind schwer kontrollierbar –, können sie zur Achillesferse der ländlichen Entwicklung werden.

Will man diesen Entwicklungen politisch entgegenwirken, müssen in erster Linie ländliche Regionen Teil eines Gesamtkonzeptes sein. Allerdings sollte geklärt werden, welche Vorstellungen eine Gesellschaft eigentlich von der Entwicklung ihrer ländlichen Räume hat und welche Ziele damit verfolgt werden. Nur dann können politische und andere Maßnahmen zielgerichtet eingesetzt werden. So darf sicher gefragt werden, ob eine weitestgehende Annäherung verschiedener Regionen wirklich wünschenswert ist. Und wie weit sollte die Annäherung gehen? In welchen Merkmalen sollten sich städtische und ländliche Regionen annähern? Ist etwa eine Gleichverteilung der Bevölkerung im ländlichen Raum wünschenswert? Sollen tatsächlich die Menschen überall in gleicher Bevölkerungsdichte leben? Oder ist nicht etwa auch Vielfalt und Divergenz möglich? Macht das nicht, zumindest ab einem gewissen Entwicklungsstand, auch den Charme von Lebensräumen aus? Oder ist es tatsächlich wünschenswert, dass wir eine Gleichverteilung an Kinos, Banken oder Diskotheken haben und darf erwartet werden, dass überall das gleiche wirtschaftliche Aktivitätsniveau stattfindet?

Es ist bei weitem noch nicht geklärt, welche Vorstellungen Politik und Gesellschaft bezüglich der Entwicklung ländlicher Räume haben. Konkrete Überlegungen, wie Lebensbedingungen aussehen sollen, fehlen. Erste Gehversuche sind auf europäischer Ebene gemacht wor-

den. Mit der seit der Agenda 2000 reformierten Gemeinsamen Agrarpolitik wurden und werden neue integrierte und multisektorale Ansätze verfolgt. Beispielsweise wird der Agrarsektor als zweite Säule neben einer Vielfalt anderer Arbeitssektoren gesehen, die allesamt vom europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes unterstützt werden. Allerdings zeigt der Inhalt der mehr als 40 förderungsfähigen Maßnahmen, dass die Mittel häufig weiterhin zur Förderung der Landwirtschaft genutzt werden und oft mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht vereinbar sind. Da jedoch, wie zuvor diskutiert, die Landwirtschaft in weniger entwickelten Ländern wie Bulgarien oder Rumänien nicht selbst Träger der ländlichen Entwicklung sein kann, wird der größte Teil dieser Mittel hinsichtlich der Förderung ländlicher Räume ineffizient und unwirksam eingesetzt. Der europäische Rechnungsfonds hat wiederholt auf die Ineffizienz dieser Maßnahmen und besonders auf die administrativen Probleme ihrer Durchführung hingewiesen.

Ländliche Entwicklungspolitik, die über den Agrarsektor hinausgeht, ist offensichtlich ein eher junges Politikfeld mit einem erheblichen Entwicklungspotenzial. Auch die OECD postuliert ein neues, territorial ausgerichtetes ländliches Paradigma. Aber worauf kommt es dabei an? Neben der territorialen – nicht sektoralen – Ausrichtung wird oft die Rolle lokaler Entscheidungsträger betont. Dezentralisierung ist in diesem Sinne ein wichtiges Schlagwort. Die Vision für die Zukunft der ländlichen Räume sollte also auf regionaler und lokaler Ebene entwickelt werden. Dabei müssen anstelle der Schwächen und Unzulänglichkeiten die Stärken einer Region in den Blick genommen werden. Es muss im Idealfall strategisch investiert, statt wie mit einer Gießkanne subventioniert werden. Dahinter steht die Idee, dass man mit einer erfolgreichen ländlichen Entwicklungspolitik nicht nur die ländliche Struktur, Institutionen und den außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmarkt stärkt, sondern vielmehr das Potenzial der Menschen in dieser Region erhält oder gar neue Arbeitskräfte in die Region lockt. Damit möchte ich enden, mehr denn vielleicht in der Diskussion. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

## Anhang: Abkürzungsverzeichnis

AT	Österreich	PL	Polen
BE	Belgien	PT	Portugal
BG	Bulgarien	RO	Rumänien
CY	Zypern	SE	Schweden
CZ	Tschechische Republik	SI	Slowenien
DE	Deutschland	SK	Slowakische Republik
DK	Dänemark		
EE	Estland	BWS	Bruttowertschöpfung
ES	Spanien	BIP	Bruttoinlandsprodukt
FI	Finnland		
FR	Frankreich	EU15	AT, BE, DE, DK, ES, FI, FR, GB, GR, IE, IT, LU, NL, PT, SE
GB	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland		
GR	Griechenland	EU27	AT, BE, BG, CY, CZ, DE, DK, EE, ES, FI, FR, GB, GR, HU, IE, IT, LT, LU, LV, MT, NL, PL, PT, RO, SE, SI, SK
HU	Ungarn		
IE	Irland		
IT	Italien		
LT	Litauen		
LU	Luxemburg		
LV	Lettland	NMS10	BG, CZ, EE, HU, LT, LV, PL, RO, SI, SK,
MT	Malta		
NL	Niederlande		

## Moderne Entwicklungstendenzen in den ländlichen Räumen der Ukraine



Ganz herzlich möchte ich mich für die Möglichkeit, hier referieren zu dürfen, bedanken. Ich komme aus der Stadt Sumy im Osten der Ukraine; sie liegt nur etwa 60 km von der russischen Grenze entfernt. Ich bin Mitarbeiterin der Nationalen Agrar-Universität und möchte Ihnen heute die Entwicklung der ländlichen Räume in der Ukraine vorstellen. Anhand der beigefügten Unterlagen<sup>1</sup> haben Sie die Möglichkeit, die von mir erwähnten statistischen Angaben nachzuvollziehen.

Die Probleme der ländlichen Räume in der Ukraine sind besonders heute von großer Bedeutung, was nicht nur durch die spezifischen Bedingungen der sowjetischen Zeiten verursacht wurde, sondern auch dadurch, dass im Laufe der letzten zwanzig Jahre der Staat keine Maßnahmen zur Unterstützung oder als Anreiz zu ihrer Entwicklung getroffen hat. Wenn man nun die jüngsten EU-Mitgliedsländer hinsichtlich Lebensqualität, Effizienz der Landwirtschaft und Versorgung mit Infrastrukturprojekten betrachtet, dann ist im Vergleich damit die Situation in der Ukraine völlig entgegengesetzt: Das Lebensniveau der Landbevölkerung sinkt, die Tendenz zur Verödung und zum völligen Verfall von Dörfern steigt, selbst die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ist nicht mehr gesichert.

---

<sup>1</sup> Der Vortrag war ursprünglich als Powerpoint-Präsentation geplant, konnte jedoch in dieser Form aus technischen Gründen nicht gehalten werden. Einige Folien wurden daher als Handzettel den Kongressteilnehmern zur Verfügung gestellt. Die wesentlichen Angaben dieser Ausdrücke sind in die nachstehende Textfassung eingearbeitet worden.

## **Zur demografischen Situation**

Nun einige Worte zur demografischen Situation: Zum 1. Januar 2010 betrug der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtzahl der Einwohner der Ukraine 31,4 Prozent. Der Rückgang der Einwohnerzahl ist sowohl für die städtischen als auch für die ländlichen Orte in der Ukraine typisch, allerdings war 2010 die Einwohnerzahl vor allem bei der Landbevölkerung rückläufig. Ihr Anteil an der gesamten Bevölkerungsabnahme betrug 60,2 Prozent. Eine ähnliche Situation kann man für das gesamte letzte Jahrzehnt beobachten (so lag dieser Wert 2009 bei 64,7 Prozent). In der Ukraine lag der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft zum 1. Januar 2009 bei 15,8 Prozent; die Tendenz zur Minderung des Anteils der erwerbstätigen Bevölkerung in dieser Branche der Volkswirtschaft ist allerdings auch hier typisch – im Vergleich zu 2005 ist sie um 3,6 Prozent gesunken.

Der Rückgang der Landbevölkerung wird u. a. durch eine Sterberate verursacht, die die Geburtenrate erheblich überschreitet, und verschärft die Ressourcenproblematik, die sich bei der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme ergibt. Weiterhin ist die Abwanderung zu nennen, also die Migration, die in drei Ausprägungen auftritt: inner-, interregional und international. Besonders die junge Generation wandert ab! Diese negativen demografischen Prozesse und Migrationsvorgänge sind auch eine Folge des Verfalls der sozialen Infrastruktur der ländlichen Räume, denen in den vergangenen Jahren die notwendige Förderung vorenthalten wurde.

## **Armut der Landbevölkerung**

Das niedrige Lebensniveau der ukrainischen Landbevölkerung belegt in erster Linie der Anteil der Bevölkerung mit einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen unterhalb des ukrainischen Existenzminimums. 2010 lag dieser Anteil in der Ukraine insgesamt bei 21,8 Prozent, auf dem Land sogar bei 27 Prozent. Bei fast der Hälfte der Landbevölkerung diente die Landwirtschaft als alleinige Einkommensquelle und sicherte lediglich die Existenz, warf also keinerlei Überschüsse für den Markt ab.

Zur genaueren Untersuchung der Armutsproblematik in einer bestimmten Bevölkerungsschicht wird häufig der Ausgabenanteil für die Ernährung bestimmt. Der Rückgang des Realeinkommens der ländlichen Bevölkerung führte letztlich zu einer Erhöhung dieses Ausgabenanteils. In Zahlen ausgedrückt wird sichtbar, dass landwirtschaftliche Haushalte 58 Prozent ihres Einkommens dafür ausgeben, städtische hingegen nur 51,8 Prozent. In den EU-Ländern liegt der Ausgabenanteil für Ernährung im Durchschnitt aller Haushalte zwischen 10 bis 25 Prozent, ein eklatanter Unterschied. Folgendes sollte zusätzlich beachtet werden: Innerhalb der letzten zehn Jahre ist der Anteil der Bevölkerung, die unterhalb der Armutsgrenze lebt, in den Großstädten der Ukraine um den Faktor 1,5 gesunken, auf dem Lande hingegen um ein Drittel gestiegen.

## **Entwicklung der Agrarproduktion als Haupterwerb der Landbevölkerung**

Der Haupterwerbszweig in den ländlichen Regionen der Ukraine ist noch immer die Landwirtschaft; in ihr ist also die Mehrheit der Einwohner beschäftigt. 2010 lag der Anteil der Landwirtschaft (einschließlich Jagd- und Forstwirtschaft) am Bruttoinlandsprodukt aller Wirtschaftszweige bei 8,2 Prozent (2009: 8,3 Prozent); die Landwirtschaft produzierte Produkte im Wert von 184,9 Milliarden ukrainischen Hrywen, umgerechnet ca. 16,9 Milliarden Euro. Insgesamt bleibt die Situation leider äußerst unbefriedigend. So ist der Durchschnittslohn in der Landwirtschaft der niedrigste unter allen Wirtschaftszweigen und betrug 2010 1.430 Hrywen (umgerechnet 125 Euro) im Monat. Die Ursachen wurden teilweise bereits angedeutet: unvollständige Bodenreform, Fehlen eines Bodenkatasters, unbefriedigende finanzielle Lage der Betriebe, unzureichende staatliche Förderung – alle Faktoren lassen die Produktion sinken und gefährden letztlich sogar die Versorgung der Ukraine mit Lebensmitteln. Das führt dazu, dass es an Zucker fehlt, Milchprodukte aus Weißrussland und Kartoffeln aus Ägypten eingeführt werden und vieles mehr. Leider ist dies notwendig, obwohl die Ukraine über eine einzigartige fruchtbare Schwarzerde und, bezogen

auf die Einwohnerzahl, über das meiste „Land unter dem Pflug“ in Europa verfügt: Auf eine Person entfallen 0,89 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und 0,69 Hektar Ackerland (im übrigen Europa zum Vergleich: 0,37 Hektar bzw. 0,21 Hektar).

Das niedrige Lebensniveau der Landbevölkerung wird meistens von der niedrigen Entlohnung in der Landwirtschaft verursacht. Im Jahr 2000 lag das Niveau ungefähr bei 48 Prozent des durchschnittlichen Monatslohns. Obwohl die Löhne im Laufe der letzten Jahre in dieser Branche im Vergleich zur gesamten Volkswirtschaft überdurchschnittlich angestiegen sind (2008 war das Lohnniveau bereits bei ungefähr 60 Prozent des Lohnniveaus in der Ukraine), reicht die Dynamik nicht aus, um eine wirklich befriedigende Einkommenssituation auf dem Land zu erreichen. Im Vergleich zu 1990 sind die Lohnkosten auf ein Drittel gesunken; gleichzeitig ist der Anteil der materiellen Ausgaben gestiegen, z. B. haben sich die Kosten für Saatgut und mineralischen Dünger verdoppelt, für Benzin, Öl und Diesel sogar verdreifacht. Diese Kostenexplosion hat die Wertsteigerung der Produktion und deren Leistungen, die bei der landwirtschaftlichen Herstellung erzielt wurden, aufgezehrt.

Dank ihres riesigen natürlichen Ressourcenpotenzials kann die Ukraine permanent ein hohes Lebensmittelsicherheitsniveau gewährleisten und sich als ein exportorientierter landwirtschaftlicher Staat positionieren. Unter den Bedingungen einer steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln in der Welt ist der agrarindustrielle Komplex wichtiger als Vorräte an Öl und Gas, weil die landwirtschaftlichen Ressourcen erneuerbar sind. Die Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte lässt sich am besten am Zucker<sup>2</sup> erkennen, der zu den drei Spitzenreitern bei der Preissteigerung von 36 Rohstoffen gehört, deren Preise seit 1990 ständig gestiegen sind.

---

<sup>2</sup> Hier zeigt sich die paradoxe Situation der Landwirtschaft in der Ukraine: Obwohl das Land beim Anbau von Zuckerrüben für die Zuckergewinnung und beim Kartoffelanbau weltweit in der Spitzengruppe liegt, reichen die Erträge für die eigene Bevölkerung nicht aus, sodass, wie oben erwähnt, Zucker, Kartoffeln und auch Milchprodukte importiert werden müssen.

Die Ukraine produziert ebenso wie Brasilien und Kanada ca. 3 Prozent der weltweiten Ernte an Getreide und steht bei der Kartoffelproduktion an vierter Stelle. Nach Angaben der UNO hat sie im letztgenannten Bereich 2008 die USA, Deutschland, Polen und sogar Weißrussland überholt, vor ihr liegen nur China, die Russische Föderation und Indien. Bei der Produktion von mehr als 30 verschiedenen landwirtschaftlichen Gütern gehört der Staat nach dem Herstellungsumfang zu den ersten zehn weltweit.

Allerdings zeigte eine Studie der Weltbank, dass die Landwirtschaft der Ukraine ihr Produktionspotenzial nicht voll ausschöpft – nur 22 Prozent vom möglichen Umfang werden genutzt. Die heutige Lage, bedingt durch die staatliche Regulierung der landwirtschaftlichen Flächen und damit verbunden der Landwirtschaft, ist unbefriedigend. Konkurrenzfähigkeit wird gegenwärtig meistens durch Nutzung billiger Arbeitskräfte und schonungslose Bodenausnutzung erreicht, was so auf Dauer nicht tragfähig ist. Eine weitere Zahl belegt dies recht drastisch: In den entwickelteren Ländern liegt der Anteil der Lohnkosten, bezogen auf den Herstellungspreis der landwirtschaftlichen Produktion, ungefähr bei 45–50 Prozent, in der Ukraine hingegen liegt dieser Kennwert bei 21,6 Prozent (in allen anderen Wirtschaftsbranchen: 51 Prozent)

Der Agrarsektor der Ukraine wird von den „starken“ Ländern der EU finanziert, um eine sichere Lebensmittelproduktion zu gewährleisten und das Risiko einer weiteren Migration der Landbevölkerung in die Städte und ins Ausland zu verringern. Die Höhe solcher Subventionen erreicht in den USA 21 Prozent vom Wert der landwirtschaftlichen Produktion, in den EU-Ländern liegt sie bei durchschnittlich 50 Prozent, in der Schweiz bei 82 (!) Prozent. Die Ukraine zeichnet sich hingegen durch ein niedriges Niveau der Unterstützung der Landwirtschaft aus: 2009 lag sie bei 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für das staatliche Förderungssystem der Ukraine sind – man muss das so schonungslos sagen – Planlosigkeit, Unvollkommenheit und Undurchsichtigkeit von Form und Mechanismus der Förderungsgewährung charakteristisch. Überwiegend werden landwirtschaftliche Großbetriebe gefördert. Kleinere Höfe, deren Anteil an den funktionierenden Betrieben



bei 73,9 Prozent liegt, bekommen praktisch keine Unterstützung, obwohl 50 Prozent der Pflanzenproduktion und 60 Prozent der Tierzucht der Ukraine genau in solchen Kleinbetrieben, die sich in Privatbesitz befinden, erwirtschaftet werden.

## **Tendenzen einer konstanten Entwicklung der ländlichen Räume**

Vorrangige Maßnahmen, die eine konstante Fortentwicklung der ländlichen Räume gewährleisten, sollten meines Erachtens folgende sein:

- Klare Abgrenzung der Maßnahmen für die Unterstützung der Landwirtschaft von denen zur Förderung der ländlichen Räume,
- besondere Unterstützung der ländlichen Räume mit niedrigem landwirtschaftlichem Entwicklungsniveau und ungünstigen Klimabedingungen,
- Ausrichtung der staatlichen Förderung der Landwirtschaft auf die Verbesserung der bäuerlichen Lebenswelt,
- Entwicklung von alternativen Formen der Wirtschaft in den ländlichen Räumen (im Sinne von Anreizen für junge Menschen und Familien, auf dem Land zu bleiben, wie beispielsweise bessere Infrastruktur, Kinderbetreuung usw.),
- Schutz der Naturschätze der ländlichen Räume und angemessener Umgang mit den natürlichen Ressourcen,
- Gewährleistung eines effektiven und nachvollziehbaren Systems der staatlichen Förderung der Landwirtschaft (d.h. nicht nur Förderung durch Steuernachlässe, sondern auch durch reale Zuschüsse),
- Sicherung gleichberechtigter Unterstützungsbedingungen für alle landwirtschaftlichen Produzenten ungeachtet ihrer Art, Größe oder Eigentumsform,
- Annäherung des Förderungssystems der Landwirtschaft an die Standards der Welthandelsorganisation und an die EU-Normen,
- Beseitigung der gravierenden Unterschiede zwischen den Preisen für die Produktion landwirtschaftlicher Güter und den Verbraucherpreisen,

- Festlegung von garantierten Mindestpreisen auf die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte,
- Schaffung eines Anreizsystems zum Export landwirtschaftlicher Güter durch Maßnahmen zur Verbesserung der Produktionsqualität, und schließlich
- Schaffung von günstigen und stabilen Bedingungen für ausländische Investitionen in die Landwirtschaft.

Zum letzten Punkt möchte ich kurz noch Folgendes bemerken: Bei den ausländischen Investitionen liegt der Anteil im Bereich der Landwirtschaft leider nur bei ca. 6 Prozent. Wenn der ukrainische Staat die Rahmenbedingungen verbessert, sehe ich in diesem Bereich große Chancen zur Entwicklung.

Damit möchte ich meine kurze Information über die Situation in der Ukraine schließen und mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

Dr. Aram Aristakesyan, Weidenbach

## Strukturwandel und demografische Entwicklung in Armenien

### Armenien und die Kaukasus-Region: Transformationsgeschichte und -charakteristika

*„Erzähle mir die Vergangenheit  
und ich werde die Zukunft erkennen.“  
Konfuzius*

*Die Philosophen haben recht, wenn sie sagen:  
Wenn Du das Leben verstehen willst,  
blicke in die Vergangenheit!*



Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die Möglichkeit bedanken, an diesem Kongress teilzunehmen und vor allem auch die Kaukasusregion und damit Armenien hier vorzustellen, denn die Kaukasusregion wird bei einem Blick auf Osteuropa häufig übergangen. Oft werde ich auch gefragt, ob der Kaukasus überhaupt zu Europa gehört. Ich hoffe, mein kurzer Vortrag trägt zur Klärung dieser und anderer Fragen bei.

Einige Sätze zu meiner Person: Ich habe an der Staatlichen Armenischen Agraruniversität in Jerewan studiert und promoviert, aber auch praktische Erfahrungen in landwirtschaftlichen Betrieben gesammelt, u. a. in Slowenien und in der Schweiz; 1995-1997 leitete ich einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb in Armenien. Seit 2009 bin ich Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät „Landwirtschaft“ der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und zuständig für verschiedene internationale Projekte.

Wenn wir die heutige wirtschaftliche und politische Situation in Armenien, einem Teil der Kaukasusregion, verstehen möchten, ist dies – darauf möchte ich mit meinem Konfuzius-Zitat hinweisen – ohne einen kurzen historischen Exkurs nicht möglich. In dieser Region treffen die russische, die türkische und die persische Welt aufeinander, deren rivalisierende Einflüsse schon seit Jahrhunderten zu diversen Konflikten führten. Transkaukasien gilt als Korridor zwischen Europa und Asien, und die Länder Armenien, Georgien und Aserbaidschan, obwohl sie geografisch zu Asien gehören, werden aus historischen und kulturellen Gründen häufig als zu Europa gehörend gesehen. Die Gebirgsregion am Schwarzen und am Kaspischen Meer war von jeher eine Art Verbindungsweg, über den eine Route der historischen Seidenstraße führte und durch den heute Öl- und Gaspipelines zwischen Europa und Asien verlaufen. Die geografische Lage der Kaukasusregion wird sehr oft als Konfliktlabyrinth charakterisiert. In der Außen- und Sicherheitspolitik der Kaukasusstaaten Armenien, Georgien und Aserbaidschan treffen russische, amerikanische, türkische und iranische Einstellungen jeweils mit einem Pro und Contra behaftet aufeinander. Dementsprechend spricht man auch von gegenläufigen geostrategischen Achsen, nämlich einer West-Ost-Achse, auf der Washington, Ankara und Baku liegen, und einer Nord-Süd-Achse, bestehend aus Moskau, Jerewan und Teheran, denen sich im Sinne von Konfliktlinien die jeweiligen Parteien zuordnen. Allerdings geschieht diese Zuordnung nicht willkürlich, sondern basierend auf historischen und, noch viel mehr, auf wirtschaftlichen Interessen sowohl der Großmächte als auch der Kaukasusstaaten.

## Wirtschaftsdaten

	Armenien	Georgien	Aserbaidschan
<b>Fläche:</b>	29.800 km <sup>2</sup>	69.700 km <sup>2</sup>	86.600 km <sup>2</sup>
<b>Einwohnerzahl:</b>	3,2 Mio.	4,6 Mio.	8,4 Mio.
<b>Hauptstadt:</b>	Jerewan (1,2 Mio.)	Tbilisi (1,1 Mio.)	Baku (1,9 Mio.)
<b>Bevölkerungsdichte:</b>	108 Einw. / km <sup>2</sup>	66 Einw. / km <sup>2</sup>	105 Einw. / km <sup>2</sup>
<b>Bevölkerungswachstum:</b>	0,15 %	-0,33 %	0,85 %
<b>Amtssprachen:</b>	Armenisch	Georgisch	Aserbaidschanisch
<b>Religion:</b>	95 % Arm. Apost. 4 % andere Christen 1 % Jesiden	83,9 % Georg. Orth. 9,9 % Muslime 3,9 % Arm. Apost. 2,3 % andere	93,4 % Muslime 2,5 % Russ. Ortho. 4,1 % andere
<b>Volksgruppen:</b>	97,9 % Armenier 1,3 % Kurden 0,5 % Russen 0,3 % andere	83,8 % Georgier 6,5 % Aserbaidschaner 5,7 % Armenier 1,7 % Russen 2,5 % andere	90,6 % Aseri 2,2 % Dagestani 1,8 % Russen 5,0 % andere

*Gestaltung: Verfasser*

Die heutige Republik Armenien ist mit knapp 30.000 Quadratkilometern flächenmäßig der kleinste Staat sowohl im Kaukasus als auch in der ehemaligen Sowjetunion und stellt nur einen kleinen Rest des historischen Siedlungsgebiets der Armenier dar, das nacheinander von Parthern, Arabern, Byzantinern, Mongolen, Persern, Russen und ab 1920 von der Sowjetunion besetzt worden ist. Im Jahre 301 wurde das Christentum in Armenien zur Staatsreligion erhoben. Armenien nennt sich daher stolz die älteste christliche Kirche der Welt. Bis heute hat das Christentum das Land und seine Bewohner geprägt und einen Beitrag dazu geleistet, dass die Armenier den Jahrtausende währenden Kampf gegen feindliche Nachbarn von fast allen Seiten und verschiedenste Herrscher überlebt und ihre Identität und christliche Kultur bis heute bewahrt haben. Kaum ein Volk, kaum eine christliche Kirche hat so viele Verfolgungen erlitten wie die Armenier und ihre Kirche. Heute stellt die Armenische Apostolische Kirche neben der armenischen Sprache und Schrift eine wichtige Basis für die armenische Identität dar und verbindet weltweit alle Armenier.

## **Strukturwandel und demografische Entwicklung als Spiegel von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft**

Unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion vor nunmehr zwanzig Jahren erlangte Armenien wie ebenso wie die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken seine Unabhängigkeit zurück – ein historisches Ereignis mit harten beziehungsweise fatalen Folgen für das Land. Der Gewinn der Unabhängigkeit auf der einen Seite brachte auf der anderen Seite auch den Zusammenbruch wirtschaftlicher Produktionsstrukturen und der traditionellen wirtschaftlichen Beziehungen mit sich. Dies führte zu einem gravierenden Struktur- und demografischen Wandel und beinahe zu einem Kollaps des gesamten sozialen Gefüges. Nach der historischen Wende fiel das Land in eine politische, wirtschaftliche und soziale Krise, die sowohl die Volkswirtschaft des Landes, die 80 Jahre lang Teil der Sowjetwirtschaft war, als auch alle wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Zusammenbruch brachte.

Eine weitere Tragödie, die zum Strukturwandel beigetragen hat und zudem die armenische Identität in Mitleidenschaft gezogen hat, stellte das Erdbeben im Jahr 1988 dar. Damals wurden das industrielle Zentrum im Norden des Landes, die zweitgrößte Stadt und ein weiteres Drittel des gesamten Staatsgebietes dem Erdboden gleichgemacht, 25.000 Menschen starben und die Wirtschaft kollabierte. Neben dem Erdbeben und der tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise, die sich durch die Umstellung von einer zentralen Verwaltungs- auf eine liberale Marktwirtschaft ergab, kam für das junge unabhängige Land erschwerend der Konflikt um Bergkarabach hinzu, der schließlich in einen Krieg mit dem Nachbarn Aserbaidschan einmündete. Nach drei Jahren Krieg und 30.000 Toten wurde 1994 ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet – ein Friedensschluss steht jedoch bis heute aus.

Das heutige wirtschaftliche, politische und soziale Leben Armeniens ist überwiegend von dramatischen Ereignissen geprägt. Der gewaltige Strukturwandel und eine starke Migrationsbewegung lösten ein demografisches Desaster aus. Hinzu kommen eine bis heute andauernde Isolation und Blockade und die durch den Bergkarabach-Konflikt motivierte Schließung der Grenze zu Aserbaidschan. Zudem führten die Konflikte in Abchasien und Ossetien zur Sperrung der einzigen internationalen Eisenbahnverbindung über Georgien nach Russland.

Welche Auswirkungen die erwähnten Ereignisse der jüngsten Vergangenheit auf die Volkswirtschaft und den Strukturwandel Armeniens hatten und bis heute noch haben, kann man bereits nach diesem kurzgefassten Exkurs leicht erkennen. Armenien ist in ethnischer Hinsicht relativ homogen, etwa 98 Prozent der 3,2 Millionen Einwohner sind Armenier, lediglich 2 Prozent gehören Minderheiten an. Im weiteren Sinne zur armenischen Nation zählen zudem ca. 5 Millionen Armenier, die im Ausland leben. Nach zahlreichen Vertreibungen und dem Völkermord an den Armeniern im vergangenen Jahrhundert leben heute weit mehr Armenier im Exil als in Armenien.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich die Wirtschaftsstruktur Armeniens grundlegend verändert. Früher dominierten In-

dustrie und Landwirtschaft, heute beträgt der Anteil der Industrie am gesamten Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur noch 31 Prozent, die Landwirtschaft trägt mit lediglich 18 Prozent dazu bei; allerdings ist fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung in diesem Bereich tätig. Im Gegenzug erwirtschaftet heute der Dienstleistungssektor einen erheblichen Anteil von 42 Prozent. Nach der generellen Privatisierung des Wirtschaftssektors veränderte sich die wirtschaftliche Situation des Landes grundlegend, beginnend mit einem gravierenden Strukturwandel im Bereich der Landwirtschaft. Die insgesamt 800 nationalen Sowchosen bzw. landwirtschaftlichen Großbetriebe aus der Zeit der Sowjetunion wurden nach und nach privatisiert. Daraus entstanden ca. 330.000 kleine landwirtschaftliche Familienbetriebe mit ca. je vier Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, wovon durchschnittlich 1,5 Hektar Ackerfläche überwiegend zur Selbstversorgung genutzt werden. Mangelhafte Ausrüstung, schlechte Düngung, veraltete Landbearbeitungstechnik, unzureichende Markt- und Vertriebsstrukturen, wenig professionelles Management und nicht zuletzt auch die ungünstigen geografischen und klimatischen Bedingungen (90 Prozent des Landes liegen höher als 1.000 Meter über dem Meeresspiegel) sind verantwortlich für einen starken Einbruch der Produktionserträge und verursachen unrentable Beschäftigungsverhältnisse mit niedrigem Einkommen. Da in den ländlichen Regionen über 90 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig ist, sind nahezu alle Erwerbstätigen beziehungsweise ein großer Anteil der Bevölkerung davon betroffen.



<b>Wirtschaftsdaten</b>		<b>Armenien</b>	<b>Georgien</b>	<b>Aserbaidschan</b>
<b>BIP:</b>		9,4 Mrd. US\$	11,7 Mrd. US\$	54,4 Mrd. US\$
<b>BIP Anteil:</b>				
<b>Landwirtschaft:</b>		18,9 %	10,4 %	5,2 %
<b>Industrie:</b>		31,0 %	28,7 %	60,0 %
<b>Dienstleistungen:</b>		41,1 %	60,9 %	34,8 %
<b>Arbeitskräfte:</b>		1,5 Mio.	1,9 Mio.	5,9 Mio.
<b>Arbeitskräfte in der</b>				
<b>Landwirtschaft:</b>		46,2 %	55,6 %	38,3 %
<b>Industrie:</b>		15,6 %	8,9 %	12,1 %
<b>Dienstleistungen:</b>		38,2 %	35,5 %	41,6 %
<b>Arbeitslosigkeit:</b>		7,1 %	16,4 %	6,0 %
<b>Armut:</b>		26,5 % (2006)	31,0 % (2006)	24 % (2005)
<b>Ackerfläche (% der gesamten Landesfläche):</b>		16,8 %	11,5 %	20,6 %

*Gestaltung: Verfasser*

Das heutige Armenien zeichnet sich durch die ökonomischen Merkmale eines typischen Entwicklungslandes aus. Dazu zählen:

- ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen (etwa 2.800 US-Dollar im Jahr 2009)<sup>1</sup>, immerhin höher als das Nachbarland Georgien (2.600),
- eine bedeutende Rolle des primären Sektors insbesondere im Blick auf den Arbeitsmarkt (43 Prozent der Erwerbstätigen sind im Bereich „Landwirtschaft“ beschäftigt,
- eine hohe Arbeitslosenquote (7 Prozent nach der offiziellen Statistik, tatsächlich eher ca. 25 Prozent),
- eine unzureichende Infrastruktur,
- eine außerlandwirtschaftliche Export-Ausrichtung auf Industrieländer ohne fossile Energiequellen,
- eine negative Handelsbilanz (der Import-Export-Saldo beträgt 2,5-3 Milliarden US-Dollar),
- eine ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung (der Gini-Index liegt für Armenien bei 33,8 Prozent<sup>2</sup> und ist immerhin besser als der aller Nachbarländer: Georgien 40,8 Prozent, Aserbaidschan 36,5 Prozent, Türkei 43,2 Prozent und Iran 38,3 Prozent, auch besser als der von Großmächten wie Russland mit 37,5 Prozent und China mit 41,5 Prozent),
- starke regionale Unterschiede zwischen urbanen Zentren und Peripherien
- und eine massive binnen- und grenzüberschreitende Migration.

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds lebte im Jahr 2009 fast ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Nach der „Wende“, als die Volkswirtschaft kollabierte und die Arbeitslosenquote explodierte, kam zu der Binnenmigration eine massive Abwanderung ins Ausland, motiviert durch die steigende soziale und wirtschaftliche Spaltung zwischen einer kleinen wohlhabenden Elite und einer zunehmend verarmenden Bevölkerung. Zwar flüchteten nach dem Krieg in

---

1 Angaben des IWF für 2009 (Stand: April 2010).

2 UNDP Human Development Report 2009. – Zum Gini-Index vgl. oben S. 143 (dort liegt eine andere Berechnungsform vor).

Bergkarabach etwa 250.000 Armenier aus Aserbaidschan nach Armenien, andererseits emigrierten jedoch 800.000 bis eine Million Menschen, das heißt fast ein Drittel der gesamten Bevölkerung, nach Russland, Europa und in die USA. Vor allem wirtschaftliche Faktoren, insbesondere die mangelnden Perspektiven und verhältnismäßig ungünstigen Bedingungen in der Landwirtschaft, ließen sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Armut ansteigen und führten dadurch zu einem gravierenden demografischen Wandel. Während der globalen Wirtschaftskrise der letzten Jahre betrug die Zahl der Auswanderer nach verschiedenen Schätzungen jährlich etwa 25.000 – und ein Ende der Abwanderungswelle ist leider nicht in Sicht. Berücksichtigt man zudem noch die sinkende Geburtenrate und die Überalterung der Bevölkerung, so lässt sich das Ausmaß des gesamten demografischen Wandels erahnen.

Der wirtschaftliche Rückschlag, die Infrastrukturdefizite und die damit verbundene Verschlechterung der Lebensbedingungen einerseits sowie die ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen andererseits stellen ein großes Risiko für die ländlichen Regionen, für die Bevölkerung und letztendlich für das ganze Land dar, das trotz des Willens zu Reformen an deren mangelhafter Umsetzung leidet. Zudem schreitet die Monopolisierung der Wirtschaft fort und Korruption bleibt ein ernstes Problem. Zwar wollen Regierung und lokale Behörden die Investitions- und Handelsbedingungen verbessern, dennoch bleibt es für kleinere und mittlere Unternehmen schwierig, Fuß zu fassen.

### **Wechselwirkungen zwischen Strukturwandel und demografischem Wandel: Besonderheiten, Faktoren und die Entwicklung in Armenien**

Bereits während der Sowjetherrschaft verschärften sich aufgrund fehlender Strukturpolitik wirtschaftliche und soziale Unterschiede. Als alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen des Landes nach und nach in der Hauptstadt Jerewan konzentriert wurden, hatte bereits ein massiver demografischer Wandel begonnen. Die Infrastruktur in den Regionen sowie die Bedingungen in der Landwirtschaft

verschlechterten sich kontinuierlich, was eine fortführende Abwanderung verursachte – von den Dörfern in die Hauptstadt, von den Grenzregionen ins Zentrum, von den Gebirgsregionen in der Ararat-Ebene ebenfalls in die Hauptstadt. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit erreichte die Einwohneranzahl in der Hauptstadt 1,2 Millionen, fast die Hälfte der gesamten Einwohnerschaft Armeniens. Damit einhergehende soziale Probleme waren vorprogrammiert.

Unter dem demografischen und strukturellen Wandel leidet vor allem der ländliche Raum, insbesondere die Grenzregionen, die in einem so kleinen Land wie Armenien fast die Hälfte der Fläche ausmachen. Von insgesamt 1.400 Kilometern Grenzen sind etwa 1.100, nämlich zu den Nachbarländern Türkei und Aserbaidschan, geschlossen. Das sind etwa 80 Prozent! Es ist schwierig sich vorzustellen, was wäre, wenn heute 80 Prozent der Grenzen Deutschlands geschlossen wären. Geschlossen, im wahrsten Sinne des Wortes, ohne diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu den jeweiligen Nachbarn! Natürlich habe ich bei diesem Vergleich nicht vergessen, dass es auch für Deutschland eine solche Zeit gegeben hat. Aber heutzutage wäre dies innerhalb Europas undenkbar und auch inakzeptabel.

### **Ecksteine für die Entwicklung der ländlichen Räume und die Einschränkung des demografischen Wandels sowie des gesamten Strukturwandels: Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstruktur**

Der Struktur- und demografische Wandel einerseits und die wirtschaftlichen Entwicklungen in den ländlichen Regionen andererseits sind fest miteinander verbunden und beeinflussen sich gegenseitig stark. Nach Erreichen einer kritischen Masse verursacht ein demografischer Wandel einen Strukturwandel und umgekehrt. Beide wiederum haben ihrerseits umfassende Wirkungen auf die Wirtschaft und auf ländliche Regionen. Oft ist es sehr schwierig herauszufinden, welche Faktoren entscheidend oder verantwortlich sind.

In Armenien wie auch in den meisten anderen osteuropäischen Ländern wurde der Strukturwandel der letzten Jahre durch einen gewaltigen demografischen Wandel ausgelöst, der wiederum einen weiteren wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel zur Folge hatte. Jedes Land reagiert individuell auf Probleme und versucht, spezifisch und abhängig von den eigenen wirtschaftlichen und politischen Neigungen, diese Probleme zu lösen. Dabei spielen die eigenen wirtschaftlichen Stärken und Schwächen eine Rolle, aber auch das Verhältnis zu den Nachbarländern ist wichtig.

Armenien hat sehr hart gegen den aktuellen demografischen Wandel zu kämpfen. Die kleinstrukturierte Landwirtschaft, überwiegend in den Bergregionen, praktisch ohne staatliche Unterstützung, bietet nur geringe Einkommensmöglichkeiten. Steigende Lebensmittel- und Energiepreise führen zu einer Verschlechterung der Lebensstandards. Es fehlen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten im außerlandwirtschaftlichen Bereich, und auch die Möglichkeiten im Dienstleistungsbereich sind begrenzt. Jährlich suchen daher etwa 100.000 junge Menschen aus Armenien eine Beschäftigung, teilweise auch als Saisonarbeit, außerhalb der Heimat, meist in Russland, das im Bau- und Dienstleistungsbereich einen erheblichen Bedarf an Arbeitskräften hat. Das Wirtschaftswachstum in Russland, ebenso wie in Deutschland oder in den meisten entwickelten Ländern, erfordert zusätzliche Arbeitskräfte. Dafür leidet ein anderes Land bzw. dessen Wirtschaft, da die Regierung nicht konsequent der eigenen unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit gegenübersteuert. Auch jene Armenier, die im Ausland arbeiten und jährlich bis zu einer Milliarde US-Dollar (das entspricht ungefähr 10 Prozent des gesamten armenischen Bruttoinlandsprodukts) in ihr Heimatland überweisen, können die negativen Folgen des demografischen Wandels und ihre gravierenden Konsequenzen für die Wirtschaft, die Entwicklung des ländlichen Raums und letztendlich auch für die nationale Sicherheit des Landes nicht ausreichend kompensieren.

In der freien Wirtschaft eines demokratischen Landes sind solche Entwicklungen mit Deklarationen oder Befehlen, wie sie einst in der Sowjetzeit üblich waren, nicht zu bekämpfen. Um die nationalen und

internationalen Herausforderungen überwinden zu können, sollten stattdessen eigene Stärken und Schwächen äußerst genau untersucht und nachhaltige, effektive politische sowie wirtschaftliche Instrumente eingesetzt werden.

### **Ausblick: Herausforderungen und Perspektiven für den Strukturwandel – die Rolle der armenischen Regierung und der Europäischen Union**

Dem enormen Konjunkturreinbruch durch eine Verringerung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, Reformierung des Steuersystems und Bekämpfung der Armut und Korruption entgegen zu wirken, ist und bleibt eine der größten Herausforderungen für die armenische Regierung. Nach wie vor ein Risikofaktor ist die Entwicklung ländlicher Räume, vor allem der Grenzregionen. Einschneidende Reformen sollten besonders in folgenden Bereichen erfolgen:

- eine vernünftige Steuer- und Strukturpolitik im Bereich der Wirtschaft, das heißt, die Schaffung attraktiver Bedingungen für Investitionen, insbesondere in kleine und mittelständische Unternehmen,
- eine begünstigte Steuer- und Kreditpolitik für die Landwirtschaft in ländlichen Regionen, aber vor allem im außeragrarisches Bereich,
- die Reformierung staatlicher und öffentlicher Strukturen,
- eine Erneuerung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastrukturen,
- die Verbesserung wirtschaftlicher, sozialer und der Rechtssysteme und
- nicht zuletzt das Unterbinden der zunehmenden Monopolisierung sowie der Verflechtung von Politik und Wirtschaft im Lande.

Armenien ist arm an natürlichen Ressourcen, deshalb sollte das Anti-Krisenprogramm der Regierung in Jerewan in erster Linie auf menschliche Ressourcen wie etwa Bildung, Wissenschaft und Technologien ausgerichtet werden. Besonders sollten gefördert werden: Bergbau, Chemie und Feinchemie, Pharmazie, Informationstechnologie, die Schmuckindustrie, der Kultur- und historische Tourismus, das Gesundheitswesen, die Landwirtschaft, die Lebensmittelverarbeitung und die

Energieerzeugung. Zusammengefasst sind dies die wichtigsten Bestandteile der Wirtschaft Armeniens und somit deren größte Potenziale.

Während der Südkaukasus früher kaum Interesse seitens der Europäischen Union weckte, ist dies heute anders. Seit 2003 hat die Europäische Union einen Sonderbeauftragten für die Region, und im Jahr 2004 wurden die drei Länder Armenien, Georgien und Aserbaidshan in das Nachbarschaftsprogramm der Europäischen Union ENP aufgenommen, deren östliche Dimensionen seit 2009 im Rahmen der „Östlichen Partnerschaft“ ausgebaut worden sind.<sup>3</sup> Die Unterstützung der Union für die Region nimmt kontinuierlich zu; so wurde die Europäische Investitionsbank beauftragt, in der Region verstärkt Kredite zu vergeben. Auf diese Weise sollen eine engere Anbindung an die Europäische Union in den Bereichen Wirtschaft, Handel sowie politisch-administrative Kooperation gewährleistet und gleichzeitig Frieden und Stabilität in der Region gesichert werden. Die Initiative „Östliche Partnerschaft“ weckt Hoffnungen auf einen nachhaltigen Frieden und eine positive wirtschaftliche Entwicklung, die sich durch eine Öffnung der Grenzen zur Türkei, zu Aserbaidshan, Russland und Georgien positiv auf die gesamte Region auswirken kann. Dies kann aber nur gelingen, wenn die Europäische Union die drei Staaten der Kaukasusregion weiterhin auf politischer und wirtschaftlicher Ebene in den europäischen Raum integriert.

Eine nachhaltige wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung in den ländlichen Regionen, eine tiefgreifende Konjunkturverbesserung in Armenien sowie in der gesamten Kaukasusregion ist letztlich nur möglich mit *offenen Grenzen* und mit *Frieden*.

---

3 Vgl. Dag Sourander: Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und die Östliche Partnerschaft (Mai 2011); Quelle: [http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU\\_6.3.3.pdf](http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.3.3.pdf) (letzter Zugriff: 15.01.2013).

## **Diskussion zu den Referaten von Prof. Dr. Thomas Glauben, Dr. Larysa Kalachevska und Dr. Aram Aristakesyan**

*Andreas Brinker:*

Vielen Dank allen Referenten für ihre interessanten Ausführungen. Ich lade Sie hier sehr herzlich ein, Fragen zu formulieren. Bereits zum Referat von Herrn Professor Glauben hat es Rückfragen gegeben, wie ich gesehen habe. Herr Haneke, Sie haben zunächst das Wort als Anwalt des Publikums.

*Burkhard Haneke:*

Vielen Dank dafür. An Herrn Professor Glauben gehen gleich mehrere Fragen, die ich in Dreierblöcken vorlegen möchte. Die erste Frage lautet: Kleinstbetriebe können den Wandel auch hemmen, gibt es aber eigentlich auch ein „zu groß“? Und in diesem Zusammenhang: Welche Rolle spielen die großen Nachfolgebetriebe der LPG, also der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, im Blick auf die Entwicklung des ländlichen Raums?

Eine weitere Frage lautet: Warum steht die Frage der Marktfähigkeit und der Produktivität bei den Kleinstbauern so im Vordergrund, wenn man ihre Eigenversorgung mit bedenkt? Wäre es nicht eine Chance für die Armutsbekämpfung in den Ländern Osteuropas, die Eigenversorgungskompetenz dieses Bevölkerungsteils auf dem Lande zu erhöhen, um gleichzeitig das Selbstbewusstsein dieser Menschen überhaupt zu stärken? Anders gesagt: statt eines Strukturwandels eine Stärkung der bestehenden Strukturen?

Und schließlich noch eine dritte Frage in diesem Zusammenhang: „Landwirtschaftliche Produktivität“ ist ein Gemeinplatz; sie kann insbesondere durch verbesserte Technik gesteigert werden, was wohl bedeutet, dass dann wiederum Arbeitsplätze wegfallen. Sie deuteten ja in Ihrem Vortrag die „kritische Masse“ an. Andererseits ist es für die





Steigerung von Lebensqualität auf dem Land wichtig, dass dort auch andere Wirtschaftsbereiche, etwa der Dienstleistungssektor, gefördert werden. Deutet sich da nicht ein gewisses Dilemma an, wenn man nur auf die Steigerung von landwirtschaftlicher Produktivität setzt?

*Prof. Dr. Thomas Glauben:*

Herzlichen Dank für die Fragen. Ich werde versuchen, sie der Reihe nach zu beantworten. Die erste Frage zielt, wenn man so will, auf die optimale Betriebsgröße. Diese gibt es aber nicht. Klar ist allerdings, wenn die Betriebe zu klein sind, können moderne Technologien nicht eingesetzt werden. Das hat nicht nur zur Folge, dass die Produktivität zu gering ist, sondern auch, dass die Qualität der Produktion nicht hinreicht. Wenn die Qualität nicht hinreichend ist, kann man aber diese Produkte auch nicht vermarkten, und wenn man sie nicht vermarkten kann, kann man kein Einkommen generieren. Natürlich kann es auch zum Problem werden, wenn Betriebe zu groß werden. Ihnen fehlt dann oft das Potenzial, sich flexibel an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Dafür gibt es in Russland und in der Ukraine einige Beispiele in den so genannten Agro-Holdings, die bis zu 100.000 Hektar bewirtschaften. Man kann sich leicht vorstellen, dass sie nahezu nicht mehr oder nur sehr schwer zu managen bzw. zu koordinieren sind. Allerdings haben sie den Vorteil, moderne Technologien einsetzen zu können. Wir stellen fest, dass es einige wenige Betriebe dieser Größenordnung gibt,

die international wettbewerbsfähig wirtschaften. Wir stellen aber auch fest, dass viele solche Betriebe ineffizient arbeiten.

Die Frage nach der Eigenversorgungskompetenz berührt ein Thema von globaler Dimension. Sie berührt stark auch die Nord-Süd-Dimension. Ich war kürzlich im Bundestag und habe dort über diese Fragen im Kontext der Nahrungsmittelkrise sehr intensiv diskutiert; ich bin Mitglied eines größeren Konsortiums, wo es um ländliche Entwicklung, hauptsächlich Bildung, in China geht. Auch zu diesem Fragenbereich gibt es zwei unterschiedliche Meinungen von durchaus bedeutenden Organisationen. Die einen sagen: Wir schaffen es nur mit einer hinreichenden Produktivität, genügend Nahrungsmittel zu erzeugen und die ländlichen Räume zu entwickeln. Andere sagen, dass man auf jeden Fall die Selbstversorgung unterstützen muss. Wollen Sie meine Meinung wissen? Ich glaube, es nutzt nichts, nur auf die Selbstversorgung zu vertrauen. Dazu ein Beispiel: Wenn man nur auf Selbstversorgung setzt, dann bedeutet das, die betreffenden Menschen von den Entwicklungen in der ganzen Welt zu isolieren. Ich habe das in China und in Afrika gesehen. Dort leben Menschen, die aus ihrer Armut nicht herauskommen, aber Informationen darüber haben, wie es anderswo auf der Welt aussehen kann. Und Menschen sind nun mal Menschen, sie sind so, wie sie sind und nicht, wie sie sein sollen. Wenn man solche Betriebe zur reinen Selbstversorgung einrichtet, bieten sie der nachfolgenden Generation keine Zukunft, denn diese Betriebe können im besten Fall gerade noch den Nahrungsmittelbedarf stillen und vielleicht noch Mittel bereitstellen, um Kleidung zu kaufen. So sieht die Realität aus – selbst unter den günstigsten Bedingungen reicht es nicht aus, um den Kindern möglicherweise noch Bildung zu geben und sie auf Schulen zu schicken. Natürlich gibt es Ausnahmen, aber so sieht im Wesentlichen die Realität aus.

Die dritte Frage betraf die Produktivität, also die Frage, ob es durch sie nicht zu einem Dilemma kommt, indem sozusagen das Kapital die Arbeitskräfte ersetzt. Das ist zunächst natürlich richtig. Je höher die Produktivität ist, desto mehr Kapital wird erwirtschaftet, was einen Verzicht auf Arbeitskräfte möglich macht und letzten Endes zu einer Freisetzung von

Arbeitskräften führt. Der Punkt ist nur folgender: Wenn die Betriebe nicht produktiv sind, werden sie über kurz oder lang nicht überleben können. Es gibt unzählige Studien, die das herausarbeiten. Wenn die Betriebe nicht überleben können, werden diese Arbeitskräfte sowieso entlassen, und die Landwirtschaft hat keine Möglichkeiten mehr, in den ländlichen Räumen Arbeitsplätze anzubieten. Das muss man leider in Kauf nehmen; es wird nicht gänzlich ohne Abbau von Arbeitsplätzen gehen.

*Andreas Brinker:*

Vielen Dank, Herr Professor Glauben, für Ihre Einschätzungen. Wir kommen damit gleich zu den nächsten Fragen an Sie.

*Burkhard Haneke:*

In der nächsten Frage geht es um die Rolle der Politik in Bezug auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Räume. Sie hatten festgestellt, dass möglicherweise auch Divergenz, also Entwicklung mit unterschiedlichen Schwerpunkten, in den einzelnen ländlichen Räumen ein Ziel sein könnte. Die Frage ist nur, wer denn die Schwerpunkte zur Förderung in den jeweiligen ländlichen Regionen festlegt.

Eine weitere Frage lautet, ganz allgemein formuliert: Was sollten Ihrer Meinung nach die wichtigsten Maßnahmen der Staaten in Mittelost- und Südosteuropa, aber auch in der Europäischen Union insgesamt sein, um Armut im ländlichen Raum zu bekämpfen und die regionale Landwirtschaft im regionalen, ländlichen Raum in Mittelost- und Südosteuropa zu unterstützen?

Dann habe ich noch eine Frage oder eher Anregung: Man sollte darüber nachzudenken, dass ländliche Räume weithin leere Räume sind, was aber auch große Chancen für die Zukunft bieten könnte, nämlich im Hinblick auf die Entwicklung des Tourismus, im Hinblick auf die Entwicklung von ökologischem Landbau oder auch einfach als Räume für Menschen, die anders leben wollen.

Schließlich noch eine vierte kurze Frage: Könnten die skandinavischen Länder mit ihrer relativ guten Infrastruktur in den ländlichen Räumen evtl. Modell- oder Vorbildcharakter für die Entwicklung in Mittelost- und Südosteuropa haben?

*Prof. Dr. Thomas Glauben:*

Divergenz oder Festlegen der Schwerpunkte, das ist wirklich eine zentrale Frage. Ich glaube, dass die territoriale Ausrichtung, wie ländliche Räume oder Räume insgesamt ausgerichtet werden, kaum zentral zu steuern ist. Viele hier im Saal kennen sicher die übergeordnete Diskussion im Hinblick auf politische Instrumente, d. h. die Frage, welche man davon zentral, möglichst auf europäischer Ebene, festlegen sollte und welche föderal, möglichst auf kommunaler Ebene, um möglichst viele Menschen anzusprechen und die Lebensverhältnisse von möglichst vielen Menschen zu verbessern. Nach meinem persönlichen Eindruck ist es bei der gegenwärtigen Informations-, Verarbeitungs- und Kommunikationstechnologie nicht möglich, dass ein einzelnes Gremium auf sehr hoher Ebene, etwa auf der EU-Ebene, beurteilen kann, wie es denn in jedem ländlichen Raum aussehen soll – ob das nun alles gleich verteilt ist, ob da ein Bäumchen oder ein Zäunchen steht, ein Bergchen ist oder kein Bergchen. Im Moment läuft es weitgehend so, dass diese Bereiche nur auf lokaler Ebene festgelegt werden und man versuchen sollte, sich dazu über den politischen Willensbildungsprozess zu äußern. Das führt dazu, dass man einer gewissen Individualität gerecht werden kann, denn es will ja niemand, dass alles einförmig oder gleich wird. Ich glaube, dass Menschen viel Nutzen gewinnen und Inspiration daraus schöpfen, wenn sie unterschiedliche Landschaften, Kulturen und Traditionen erfahren, etwa die Unterschiede zwischen Hamburg und München.

Ja, was sind die wichtigsten Maßnahmen – wenn ich es wüsste, wäre ich ein gefragter Mann. Das zentrale Problem ist und bleibt die mangelnde Gesamtentwicklung auf dem Land. Ich rede hier jetzt natürlich nicht von Regionen in Bayern, den Außenbezirken von Stuttgart oder den New York Suburbs, sondern von weniger entwickelten Räumen, wie es

sie in Osteuropa, im Kaukasus, in Zentral- und Ostasien gibt. Ein zentrales Problem ist die fehlende Bildung, diesen Zusammenhang stellen wir überall fest, er lässt sich mit Daten belegen. In Regionen, in denen die arbeitenden Menschen und ihre Kinder deutlich von einem höheren Bildungsniveau abgekoppelt sind, kann es einfach nicht voran gehen. Ich kann das auch mit Blick auf die Situation in der Ukraine und in Armenien sagen, denn ich habe an einer Weltbankstudie zum Thema „Bildungssysteme“ mitgearbeitet. Die Bildungssysteme gerade in der Ukraine, z.T. auch in Russland, funktionieren sehr schlecht. Die Entscheidung, wer eine Weiterbildung erhält, trifft allzu oft der Geldbeutel und nicht die Befähigung. So übernehmen einige wenige Eliten die Führung, diese ist dann häufig oligarchisch geprägt und dabei bleibt es dann auch.

Was die leeren Räume anbetrifft, war auch meine Überlegung, ob es nicht wünschenswert wäre, diese Räume für spezifischere Wirtschafts- und damit Einkommensmöglichkeiten zu entwickeln, etwa für den Tourismus. Ich weiß von vielen Kollegen, die in Großstädten leben – ich selbst lebe auf dem Dorf –, dass man auch mal froh ist, wenn man am Wochenende rauskommt. Ich habe viele Bekannte in Moskau, die am Wochenende immer in die Datschas am Rande der Stadt fahren, um ein bisschen zu entspannen. Das Ganze bietet also eine gute Chance, wenn die Räume nicht so bevölkerungsdicht sind. Allerdings wollen auch die Menschen dort natürlich am allgemeinen Lebenswohlfahrtsfortschritt teilnehmen. Es muss dann in diesen leeren Räumen, wenn man dort permanent leben will, sicherlich auch eine Möglichkeit geschaffen werden, Geld zu verdienen, etwa eben durch den Tourismus.

Die letzte Frage wegen Skandinavien als Vorbild – so ganz genau weiß ich gar nicht, wie diese Konzepte in Skandinavien funktionieren. Norwegen hatte vor zwei Jahrzehnten noch große Probleme mit der Ernährungslage in den ländlichen Räumen. Viele Menschen sind abgewandert und ließen einfach alles stehen und liegen, wer kümmerte sich aber um die wenigen, die geblieben sind? Norwegen als Ganzes hat natürlich durch die Rohstoffe, besonders durch das Nordseeöl, kein grundsätzliches wirtschaftliches Problem und kann es sich daher auch leisten, die

Bewohner der dünnbesiedelten Räume zu versorgen. Das Problem der Verödung ist dadurch aber nur gemildert, nicht behoben. Als Vorbild taugt Skandinavien also nur bedingt.

*Andreas Brinker:*

Eine Anmerkung meinerseits noch, weil ich in ländlichen Räumen oft solche Prozesse begleitet habe: Wenn es denn bewusst und gewünscht leere Räume gibt, dann hat man sich damit ja auch ein Ziel gesetzt. Wenn es aber Räume sind, die langsam ausbluten und die so genannte „kritische Masse“ nachher fehlt, wird es natürlich umso schwerer, diese Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen und Ziele anzustreben, und da sehe ich die nächste Gefahr, wenn dieses Anschieben oder Einsteigen in aktive Selbstbeteiligung sträflich unterbleibt.

Jetzt wollen wir uns aber wieder an unseren Anwalt des Publikums wenden, der sicherlich auch Fragen an die beiden anderen Referenten hat.

*Burkhard Haneke:*

So ist es. Ich habe zuerst einige Fragen an Frau Dr. Kalachevska. Zunächst geht es um die Schatten der Vergangenheit, die in der Ukraine möglicherweise immer noch wirksam sind, konkret um die Frage, ob für die miserable Lage der Landwirtschaft auch die Hungerkatastrophen der dreißiger Jahre und die Kolchoswirtschaft verantwortlich sind.

Eine weitere Frage zielt darauf, ob sich die Katastrophe von Tschernobyl, die sich in diesem Jahr zum 25. Mal jährt, in irgendeiner Weise bis heute auswirkt. Eine dritte Frage gilt den Eigentumsverhältnissen in der Ukraine, genauer: Was ist an die Stelle der früheren Kolchosen getreten?

Schließlich noch die Frage einer ukrainischen Teilnehmerin, die nicht ganz einverstanden ist mit der Tendenz Ihres Vortrags. Konkret lautet diese Frage: Warum haben Sie nur die negativen Seiten gezeigt, denn die Ukraine ist doch ein reiches Land, besonders im Hinblick auf die Möglichkeiten der Landwirtschaft?

*Dr. Larysa Kalachevska:*

Vielen Dank für diese interessanten Fragen. Ich möchte zunächst etwas zu den Eigentumsverhältnissen sagen. Grob gesagt, gibt es in der Ukraine heute ca. 73 Prozent bäuerliche Betriebe. Man kann sie in der Größe nicht mit denen Bayerns, die ich bei meinem hiesigen Praktikum kennengelernt habe, vergleichen, denn die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei ungefähr 100 Hektar pro Betrieb. Viele andere Betriebe sind erheblich größer, die meisten von ihnen sind die erwähnten Agro-Holdings, Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Sie beginnen bei ungefähr 2.500 Hektar, können aber auch 10.000 Hektar und mehr umfassen.

Welche Vor- und Nachteile haben diese Strukturen? Agro-Holdings oder größeren Betrieben gehört eigentlich die wirtschaftliche Zukunft, weil sie die finanziellen Möglichkeiten für Investitionen und zum Einsatz neuer Technologien haben. Die vergleichsweise kleinen bäuerlichen Betriebe schaffen das nicht. Um dies zu illustrieren, erzähle ich folgendes Beispiel: Ich habe die letzten sechs Monate eine Untersuchung zur privaten Milchwirtschaft durchgeführt. Wenn Sie jetzt hören, welche Milchleistungen unsere Bauernbetriebe haben, nämlich durchschnittlich 3.500 bis maximal 4.000 Liter Milch pro Kuh im Jahr, werden Sie gleich erkennen, wie niedrig das ist. Mit einem solchen Leistungs-niveau kann man langfristig nicht wirtschaftlich sein. Und wo genau liegt das Problem? Vieles wird noch immer in Handarbeit erledigt, neue Technologien kommen nicht zum Einsatz. So kann man schon sagen, dass die Zukunft den größeren Betrieben gehört.

Es gibt aber auch noch eine andere Seite, wenn man über Agro-Holdings spricht. Wie beeinflussen sie unsere ländlichen Räume und unsere Infrastruktur? Und da kann ich sagen, dass wir mehrere negative Einflüsse wahrnehmen. Warum? So sollen die bäuerlichen Betriebe Steuern regional zahlen – die großen Agro-Holdings bezahlen sie jedoch nicht. Viele Manager in der Region betonen, dass ihre Investoren irgendwo in Kiew oder im Ausland sitzen und von ihnen keine Informationen vorliegen, was an Steuern zu zahlen ist. Für das, was die Infrastruktur betrifft, oder die Probleme der ländlichen Bevölkerung inter-

essieren sie sich nicht. Natürlich schaffen die großen Betriebe auch neue Arbeitsplätze, insgesamt aber zu wenig. Man muss einen Mechanismus entwickeln, wie man diese Prozesse staatlich lenken kann, damit auch größere Investoren in die ländlichen Räume investieren.

Noch einmal zur Eigentumsfrage: Gegenwärtig gehören die Flächen noch nicht privaten Personen. Auf dem Papier sind sie unter der Landbevölkerung aufgeteilt, und zwar schon seit zehn Jahren. Mit dieser Garantie kann man Land verpachten, und das machen auch viele Leute. Sie bearbeiten das Land selber oder verpachten es an größere Betriebe, wofür sie jährlich drei bis maximal vier Prozent als Rendite erwirtschaften. Ab 2012 soll es dann erlaubt sein, Boden in der Ukraine zu verkaufen; vorgesehen sind allerdings Grenzen, etwa wie viele Hektar man pro Person als privates Eigentum erwerben kann.

Tschernobyl-Auswirkungen hat meine Generation schon gespürt, leider; denken Sie bitte an die vielen Krebserkrankungen. Besonders jüngere Leute sind davon betroffen. Ein großer Teil der Bevölkerung hat gesundheitliche Probleme. Unmittelbare Auswirkungen auf die Landwirtschaft hatte Tschernobyl für Weißrussland, weniger für die Ukraine.

Und nun noch zur letzten Frage: Da haben Sie Recht, natürlich ist das alles nicht so negativ. Das Land hat wirklich einige Entwicklungschancen. Das Problem, das ich sehe, das ist unsere Politik. Professor Glauben hat die Themen „Korruption“ und „Bildungssystem“ schon angesprochen; leider kann ich ihm nicht widersprechen. Allerdings ist in den letzten Jahren doch Einiges geschehen. So haben zum Beispiel unsere Schüler eine so genannte staatliche allgemeine Prüfung, und diese Prüfung ist unabhängig von den Universitäten und Hochschulen. Wenn man diese Prüfung abgelegt hat, dann darf man mit diesen Noten an jeder beliebigen ukrainischen Universität studieren. Das ist doch schon ein Erfolg. An den Universitäten kämpfen wir um die Studenten, da die Zahlen leider rückläufig sind. Wir haben 22 Agrar-Hochschulen in der Ukraine, das ist aber eigentlich keine große Zahl. Man ist es irgendwie schon so gewohnt, dass alle Schulabsolventen irgendwie die Universität besuchen, um eine höhere Ausbildung zu erhalten. Aber wofür? Wahr-



scheinlich hängt es damit zusammen, dass unsere Eltern unbedingt eine höhere Ausbildung für uns anstrebten. Am Ende gibt es dann viele gut ausgebildete Leute mit Universitätsabschluss, aber wer bleibt dann für die praktische Arbeit im ländlichen Bereich übrig?

*Andreas Brinker:*

Ich möchte kurz an das Stichwort „Potenzial“ erinnern. Es gibt 22 Agrar-Hochschulen in der Ukraine, eine enorme Zahl – gleichzeitig aber wird die landwirtschaftliche Fläche überhaupt nicht voll genutzt. Das heißt also, die Ukraine hat offenbar noch Luft nach oben, um die Erträge zu steigern und auch mehr Wertschöpfung zu generieren.

*Dr. Larysa Kalachevska:*

Das sehe ich auch so. Ich war gestern in einem landwirtschaftlichen Betrieb nicht weit von Freising und habe mich nach dem Getreideertrag erkundigt. Der Besitzer sprach von durchschnittlich 8,5 Tonnen – da wollte ich gar nicht unsere Durchschnittserträge nennen, denn die liegen nur bei 3,5 bis 4 Tonnen. Natürlich ist unser Potenzial sehr groß. Das, was wir jetzt brauchen, sind gut ausgebildete Leute, aber nicht Manager, sondern echte Spezialisten, und die bekommen wir mit den ausländischen Investitionen.

*Andreas Brinker:*

Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Kommen wir jetzt zu einem Land, das nicht über dieses natürliche Potenzial verfügt: Armenien. Gibt es Fragen an Dr. Aristakesyan?

*Burkhard Hancke:*

Mir liegen mehrere Fragen vor, zunächst eine zur politischen Gesamtsituation. Welche Schritte sind erforderlich, um die fast völlig geschlossenen Außengrenzen durchlässiger zu machen? Die zweite Frage zielt auf die Rolle der Kirchen, konkret darauf, ob sie sich in der ländlichen

Entwicklung engagieren. Aus Ihrem Vortrag konnte man den Schluss ziehen, in Armenien werde für die Industrie weniger getan als für die Landwirtschaft. Stimmt dieser Eindruck? Und wenn ja, wie ist eine Verbesserung zu erreichen?

Gerne möchte ich noch einige Fragen anschließen, die sich an beide Gäste aus Osteuropa richten. Zunächst geht es darum, ob man in den ländlichen Räumen durch Wechsel im Anbau landwirtschaftlicher Produkte eine Verbesserung der Produktion erreichen könne. Als Beispiel werden die weitgehende Einstellung der Baumwollproduktion in Bulgarien und stattdessen der Anbau von Lavendel genannt. Damit zusammen hängt der Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Menschen, dazu die Frage, ob der Bereich des e-learning besondere Chancen für Osteuropa bietet. Schließlich liegt mir noch die Frage vor, welche Form von Unterstützung vonseiten der EU und besonders vonseiten Deutschlands wichtig wäre. Gibt es außerdem spezielle Erwartungen an die Kirche in Deutschland?

*Dr. Aram Aristakesyan:*

Vielen Dank für die interessanten Fragen, gleich zur ersten: 80 Prozent der gesamten Grenzen Armeniens, d. h. die zur Türkei und zu Aserbaidschan, sind geschlossen. Leider ist es nicht so einfach, hier Änderungen zu erreichen. Wie ich schon in meinem Vortrag gesagt habe, gibt es zwei verschiedene Gründe. Die Grenzen zu Aserbaidschan sind wegen des Bergkarabach-Kriegs geschlossen. Der Krieg in Bergkarabach wurde zwar durch einen Waffenstillstand beendet, aber ein Friedensvertrag wurde bis heute nicht unterzeichnet. Warum ist das so? Man könnte hier sehr lange über die tieferen Ursachen sprechen, aber dazu fehlt mir leider die Zeit. Tatsache ist, dass Bergkarabach seit Jahrhunderten von Armeniern besiedelt ist, während der Sowjetzeit aber an Aserbaidschan angeschlossen wurde. Stalin hat dies ausdrücklich so gewollt, um nationale Probleme auf genossenschaftliche Art zu lösen. Das funktionierte aber nur während der Sowjetzeit, sprich: unter dem Totalitarismus. Direkt nach dem Zerfall der Sowjetunion strebten die dort lebenden Armenier, die von den Aserbaidschanern stark vernachlässigt wor-

den waren, die Unabhängigkeit an, was die Aserbaidschaner jedoch nicht zulassen wollten – damit begann der Krieg. Die Armenier haben mit großen Verlusten den Sieg davon getragen, jedoch ist diese Unabhängigkeit de jure bis heute nicht international anerkannt. De facto bildet Bergkarabach eine unabhängige Republik mit eigenem Präsidenten, Parlament, Regierung usw. Solange ihr Status de jure als unabhängige Republik nicht anerkannt wird, wie es im Moment der Fall ist, wird es keinen Frieden mit Aserbaidschan geben und werden die Grenzen nicht geöffnet werden.

Mit der Türkei sieht es etwas anders aus. Dort geht es um den Völkermord an den Armeniern im Jahr 1915, den die Türkei bis heute nicht anerkennen möchte. 25 Länder haben dies weltweit bereits getan, nicht jedoch die Türkei und einige andere Staaten. Natürlich muss man dazu sagen, dass allein wirtschaftliche Gründe hierbei eine Rolle spielen, und das schmerzt sehr, denn wenn Armenien eine mächtige Volkswirtschaft hätte und als internationaler NATO-Partner interessant wäre, hätte es längst eine Lösung für diesen Konflikt gegeben. Leider sind auch heutzutage die wirtschaftlichen Interessen der Großmächte viel wichtiger als Moral und Gerechtigkeit. So aber zieht sich das Ganze schon seit Jahrzehnten hin. Die internationale Gemeinschaft müsste mehr Druck auf die Türkei ausüben und nicht nur in wirtschaftlichen Kategorien denken. So aber wird Rücksicht genommen; auch ist die Türkei ein Partner innerhalb der NATO, den keiner verletzen möchte. Ich kann über alle diese Punkte, auch über den Genozid an den christlichen Armeniern, heute Nachmittag im Arbeitskreis noch mehr erzählen, wenn dafür Interesse besteht. Jedenfalls sehe ich im Moment nicht, dass sich die EU in dieser Frage besonders engagieren würde.

Was die Rolle der Kirche bei den ländlichen Entwicklungen bzw. überhaupt in Armenien betrifft, erinnere ich daran, dass meine Heimat bereits 301 christlich wurde und seither die Religion die armenische Gesellschaft ganz stark geprägt hat. Das ging so bis nach der russischen Oktoberrevolution, eigentlich bis 1920. Während der sowjetischen Herrschaft wurde die Kirche sehr vernachlässigt, vieles an Gebäuden und Strukturen wurde zerstört, viele Geistliche ins Gefängnis gewor-

fen oder ermordet. Nach der Wende hat die Kirche einigermaßen aufgeholt und spielt heute eine recht bedeutende Rolle in Armenien. Allerdings ist sie nicht in der Lage, eine Lösung der großen wirtschaftlichen und geopolitischen Probleme herbei zu führen. Dazu reicht ihr Einfluss nicht.

„Für die Industrie wird weniger getan als für die Landwirtschaft“ – das hat mehrere Aspekte. Die Industrie Armeniens ist seit der Wende und Privatisierung in den Händen weniger Oligarchen und Monopolisten. Diese haben genug Geld für Investitionen, sodass sich der Staat kaum engagiert, leider. Dass allerdings für die Landwirtschaft vom Staat viel mehr getan wird, möchte ich ein bisschen bezweifeln. Zum landwirtschaftlichen Bereich habe ich gesagt, dass heutzutage in Armenien 330.000 kleine Familienbetriebe existieren, in denen nicht viel seitens des Staates investiert wird. Es gibt einige Pilotprojekte des Ministeriums zur Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe in bestimmten Regionen, deren Effekt jedoch sehr begrenzt ist.

*Dr. Larysa Kalachevska:*

Was den Wechsel im Anbau von Produkten angeht – wie am Beispiel Bulgariens von Baumwolle zu Lavendel –, da stimme ich zu, das ist auch für die Ukraine ein sinnvoller Weg. Auch denke ich, dass zur Entwicklung der ländlichen Räume eine Gesamtentwicklung notwendig ist, die viel mehr umfasst als nur die reine Landwirtschaft. Zum Thema „Kirche“ stimme ich Herrn Dr. Aristakesyan zu. Fast 80 Jahre war sie an den Rand gedrängt, und obwohl es immer gläubige Menschen gab, spielte sie keine Rolle in der Gesellschaft. Das hat sich inzwischen verändert.

Dann möchte ich noch auf die EU kommen. Hier erwarte ich mir, dass die Kommunikation zwischen den europäischen Ländern, ihren Organisationen und den ukrainischen Organisationen der Entwicklung der Ukraine entscheidende Impulse verleiht. Das ist vielleicht sehr optimistisch, aber ich bin der festen Überzeugung, dass der Weg der Ukraine nach Europa führt.

*Dr. Aram Aristakesyan:*

Eine Frage war an uns beide gerichtet war, und zwar die Erwartungen an die EU und an die Kirche. Die EU sollte sich meines Erachtens auch moralische Standpunkte zu eigen machen und nicht nur Wirtschaftsinteressen verfolgen. Zur Rolle der Kirche habe ich bereits ausgeführt, dass sie zwar im heutigen Armenien schon als Autorität angesehen wird, aber an den strukturellen Problemen des Landes kaum etwas ändern kann.

*Burkhard Haneke:*

Gerne möchte ich bei unseren Gästen aus Osteuropa bleiben und habe noch zwei Fragen an Frau Dr. Kalachevska. Die erste Frage lautet, ob es in der Ukraine Nichtregierungsorganisationen bzw. Strukturen in der Zivilgesellschaft gibt, die sich um das Thema „ländliche Räume“ kümmern. Die zweite Frage zielt auf die Rolle der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche: Könnte sie darauf hinwirken, das Potenzial der ländlichen Regionen besser zu nutzen? Ein Beispiel wäre die Gründung von Kooperativen und genossenschaftlichen Strukturen, wie dies schon in der Westukraine vor dem Zweiten Weltkrieg durch Großerbischof Scheptyzkyj erfolgte.

*Dr. Larysa Kalachevska:*

Was die Sozialstrukturen und Organisationen in der Ukraine betrifft, die sich mit ländlichen Räumen beschäftigen, kann ich leider fast keine Beispiele nennen. Meiner Meinung nach gibt es sie so gut wie gar nicht. Die ländlichen Räume werden gegenwärtig mehr von staatlichen Strukturen bestimmt, kaum von NGOs. Die Rolle der Kirche sehe ich sehr positiv, zumal sie jetzt schon eine sehr wichtige und große Rolle auf dem Land spielt und es gelingt, auch die jüngere Generation anzusprechen.

*Burkhard Haneke:*

Jetzt würde ich dann wieder zu Herrn Professor Glauben mit einigen Fragen zurückkehren. Eine Frage richtet sich auf den Wert, den die

Dienstleistungen des Ökosystems für uns alle in unseren Ländern haben, also sauberes Wasser, Land, Tourismus, die wir genießen können. Diese Dienstleistungen kommen vor allem den urbanen Regionen zugute. Könnten diese Dienstleistungen, die auf dem Land erbracht werden, nicht irgendwie direkt bezahlt werden, um damit die Entwicklung der ländlichen Räume zu fördern? Eine zweite Frage hängt damit zusammen: Wieso wird eigentlich immer nur von Unterstützungsmaßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume gesprochen, denn eigentlich müsste bei gerechten Preisen für landwirtschaftliche Produkte, die auch die so genannten sozialen Kosten kompensieren, eine angemessene Finanzierung der ländlichen Räume durch die erwirtschafteten Summen doch möglich sein?

*Prof. Dr. Thomas Glauben:*

Die Fragen liegen tatsächlich nahe beieinander. Leider ist es nun einmal so, dass der Markt nicht alles regeln kann, sodass tatsächlich externe Effekte bestehen. Das gilt sicher auch für die Nutzung des Ökosystems, der öffentlichen Güter und auch der gerechten Preise. Wenn Sie von gerechten Preisen reden, dann kann man sich immer fragen: Wann sind sie gerecht? Die Landwirte würden sagen: Der Preis ist mir zu niedrig und damit ungerecht. Viele Bevölkerungsschichten, etwa arme Menschen in Städten, würden den Preis für zu hoch und deshalb für ungerecht halten. Wir haben im Moment wenig Anlass, den Markt für die meisten agrarischen Produkte oder Rohstoffe anders als privatwirtschaftlich zu regeln. Was wäre die Alternative? Wir kämen wieder in ein planwirtschaftliches System hinein, wie es früher in Osteuropa bestanden und ganz offensichtlich nicht funktioniert hat.

*Burkhard Haneke:*

Darf ich noch eine andere Frage an Sie anschließen, die vielleicht auch für unsere Gäste aus der Ukraine bzw. aus Armenien durchaus relevant sein könnte? Es geht um die Entvölkerung der ländlichen Regionen in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern. Wird dieser Prozess nicht durch die direkte Abwerbung von Arbeitskräften aus diesen länd-

lichen Regionen als Ersatz für die fehlenden Arbeitskräfte in westeuropäischen Ländern verstärkt? Und in einer weiteren Frage geht es darum, wie man verhindern kann, dass die Produktivitätssteigerung in diesen europäischen Ländern zum Nachteil anderer, reiner Landwirtschaftsregionen, etwa in Afrika, in Südasien und Lateinamerika ausschlägt. Das hat natürlich auch viel mit globaler Gerechtigkeit zu tun.

*Prof. Dr. Thomas Glauben:*

Sicher ist, dass, sobald sich bessere Alternativen in anderen Ländern ergeben, die Arbeitskräfte dorthin abwandern. Eine gewisse Flexibilität setzt die moderne Arbeitswelt voraus, das ist an und für sich nicht schlecht. Auch hier gilt es zu fragen, was die Alternative wäre. Diese kann ja nicht so aussehen, dass wir es den jungen Menschen aus diesen Ländern verbieten, hier eine Ausbildung zu machen und zu arbeiten, und stattdessen unseren Arbeitsmarkt abschotten. Natürlich gibt es immer positive und negative Aspekte. In der momentanen Lage würde ich, so bedauerlich das sein mag, wenn hochqualifizierte Arbeitskräfte hier bleiben und beim Aufbau ihres Landes fehlen, dieser Entwicklung keinen Riegel vorschieben. Natürlich sehen wir das Problem. Wir sind ein Forschungsinstitut, bilden aber auch aus. Eigentlich sollten unsere Kollegen danach in ihre Heimatländer an die Universitäten zurückkehren, um dort Netzwerke zu bilden. Das ist aber eine sehr idealisierte Vorstellung – die Realität holt uns immer wieder ein. Die meisten Kollegen sind mit ihren Familien hier, ihre Kinder gehen hier in die Schule, haben Freundschaften geschlossen, es fällt schwer, zurück zu gehen. Vieles hängt auch mit der Frage des angemessenen Einkommens im akademischen Bereich zusammen. Ich kenne dazu viele Beispiele aus der Ukraine und habe auch einige Mitarbeiter von dort.

Die zweite Frage beschäftigt sich mit dem grundlegenden Problem unserer globalen Wirtschaftsordnung. Diese ist wettbewerbsorientiert, und wir wissen natürlich, dass es beim Wettbewerb prinzipiell Verlierer und Gewinner gibt. Das ist nun einmal so. Es gibt Länder, die es schaffen, es gibt Regionen und auch Menschen mit mehr Erfolg und solche mit weniger. Wenn man dies vermeiden will oder ändern möchte, müsste

man grundsätzlich fragen, ob unsere Wirtschaftsordnung die angemessene ist. Daran bestehen mittlerweile berechtigte Zweifel. Ich möchte nur auf die Probleme im Kapitalverkehr hinweisen; in diesem Bereich wird über Regulierungen nachgedacht. Wenn man allerdings grundsätzlich die Wirtschaftsordnung ändern möchte, sollte man eine günstige und erfolgversprechende Alternative zur Verfügung haben, denn es gilt in diesem Bereich wie bei jeder Reform, dass man ein erhebliches Risiko eingeht, wenn man Altes nicht mehr machen und durch Neues ersetzen will. Da ist große Vorsicht geboten.

*Andreas Brinker:*

Leider ist unsere Zeit, obwohl wir noch weitere Fragen hätten, schon abgelaufen. Mir bleibt am Ende dieser Diskussionsrunde, ein herzliches Dankeschön an unsere drei Referenten Frau Dr. Kalachevska, Herrn Dr. Aristakesyan und Herrn Professor Glauben auszusprechen, dass Sie uns hier als kompetente Referenten zur Verfügung standen. Ich danke auch dem Anwalt des Publikums, Herrn Haneke, dass er die Fragen koordiniert hat, und Ihnen allen für Ihr Mittun. Vielen Dank und weiterhin einen guten Verlauf des Kongresses!



## Einführung in den dritten Kongresstag

Unser Kongress geht heute in seine letzte Runde. Hinter uns liegen Tage, die reich gefüllt waren mit Eindrücken und Gesprächen, und viele Gäste unseres Kongresses haben mir immer wieder gesagt, wie vielfältig die Anregungen und Informationen sind, die sie hier erhalten. Dies freut uns sehr. Aber diese Fülle richtig zu ordnen, kann eine Herausforderung sein. So ging es mir selbst am gestrigen Tag angesichts der Referate und der reichhaltigen Aussprache in den Arbeitskreisen. Die wissenschaftlichen Informationen, die wir aus den Beiträgen von Professor Glauben, Frau Dr. Kalachevska und Herrn Dr. Aristakesyan erhielten, gaben uns reichen Diskussionsstoff. Die im positiven Sinne nüchterne Analyse von Professor Glauben war dankenswert breit angelegt. Er beschrieb Phänomene, die die ländliche Entwicklung in eine Abwärts Spirale führen können, wie beispielsweise den demografischen Wandel, ungünstige strukturelle Entwicklungen, Migration von Arbeitskräften sowie Einkommensdisparitäten bis hin zu Armutsrissen. Viele unserer Partner in Mittel-, Ost- und Südosteuropa kennen die Wirkung dieser Faktoren aus ihren Heimatregionen. Der Vortrag zeigte aber auch die Chancen auf, die darin liegen, wenn einzelne dieser Faktoren wenigstens teilweise wirksam entkräftet werden können. Wichtig schienen mir die Hinweise auf den Vorrang der ländlichen Entwicklungspolitik vor einer einseitigen Subventionierungspolitik, auf die Bedeutung der regionalen und lokalen Ebene und die Rolle der lokalen Entscheidungsträger zu sein. So gesehen könnte darin eine Ermutigung auch für unsere Partner liegen, als kirchliche und gesellschaftliche Akteure diese Prozesse mitzugestalten.

In den Arbeitskreisen haben wir versucht, diese Erkenntnisse auf die gesellschaftliche Verantwortung und die pastorale Arbeit der Kirchen in den verschiedenen Länderkontexten anzuwenden. Beabsichtigt und vielleicht auch verwirklicht war dabei auch die vergleichende Behand-

lung höchst unterschiedlicher Situationen, und wenn darin ein Gewinn dieses Kongresses liegt, sollte es uns besonders freuen.

Heute Morgen soll abschließend die Perspektive hin zum Auftrag der Kirche, besonders auch zur Pastoral, weitergeführt werden. Dazu werden wir den Vortrag von Herrn Bischof Mazur hören, anschließend auf dem Podium weitere Stimmen dazu vergleichen können und hoffentlich danach noch eine Diskussion im Plenum haben. Der Vormittag liegt in den Händen einer bewährten Moderatorin. Ich begrüße Frau Magdalena Bogner, die *Renovabis* vielfältig verbunden ist. Wo überall, das kann sie am besten selbst kurz zusammenfassen. Mir bleibt noch, Ihnen schon jetzt einen ertragreichen Vormittag und einen guten Abschluss des Kongresses zu wünschen.

*Magdalena Bogner:*

Vielen Dank, Herr Dr. Albert, für die freundliche Begrüßung. Auch meinerseits an Sie alle einen guten Morgen und einen guten Abschluss dieses Kongresses, der sicherlich viele anregende und weiterführende Gedanken bei Ihnen hinterlassen wird.

Vielleicht ganz kurz zu meiner Person – Dr. Albert hatte es schon angedeutet. Ich bin Mitglied im Aktionsausschuss und Trägerkreis von *Renovabis*, habe sehr lange die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands – den größten Frauenverband hier in unserem Land – geleitet und habe von daher immer auch die Frauenperspektive mit in meinem Blick. Derzeit bin ich im Lenkungsausschuss des Europäischen Laienforums, eines Zusammenschlusses katholischer Laien auf europäischer Ebene. Ein besondere Anliegen ist es uns in diesem Laienforum, gerade den Blick auf die mittel- und osteuropäischen Länder zu lenken, um sie in die Verantwortung mit hinein zu nehmen, die wir als getaufte und geseignete Christen in unseren jeweiligen Lebensbereichen haben.

Nun begrüße ich unseren Referenten aus Polen, Herrn Bischof Jerzy Mazur, und übergebe Ihnen das Wort.

Bischof Jerzy Mazur SVD, Elk

## Antworten der Kirche auf strukturelle Veränderungen<sup>1</sup>



Exzellenzen, verehrte Gäste und Organisatoren des 15. Internationalen Kongresses Renovabis, Brüder und Schwestern. Ich danke Ihnen sehr dafür, dass ich hier sein und über die besondere Probleme meiner Diözese sprechen darf.

Zunächst werde ich kurz auf die wichtigsten sozialen Probleme eingehen, um anschließend am Beispiel der Diözese Elk die Antwort der Kirche auf verschiedene strukturelle Veränderungen darzulegen, die in der modernen Welt und in unserer Region vor sich gehen. In den vergangenen Tagen beschäftigten wir uns mit den Problemen ländlicher Räume in verschiedenen europäischen Staaten. Die sich wandelnden Situationen in diesen Regionen werden zu neuen Herausforderungen für die örtlichen Kirchen. Diese müssen wir in ihrer Gänze verstehen und aktiv nach Lösungen suchen.

Im Zusammenhang mit der Reaktion der Kirche auf strukturelle Veränderungen möchte ich den seligen Papst Johannes Paul II. zitieren, der in seiner Enzyklika „Sollicitudo rei socialis“ schrieb: „Die Kirche hat zum Problem der Unterentwicklung als solchem keine technischen Lösungen anzubieten. ... Sie legt ja keine wirtschaftlichen und politischen Systeme oder Programme vor, noch zieht sie die einen den anderen vor,

---

<sup>1</sup> Die Moderatorin Magdalena Bogner stellte Bischof Jerzy Mazur zunächst kurz vor. Er gehört dem Orden der Steyler Missionare (Societas Verbi divini, SVD) an. Nach dem Theologiestudium in Lublin und Rom war er drei Jahre in Ghana tätig, dann in Polen und schließlich in Weißrussland. 1998 wurde er zum Bischof geweiht und übernahm im Jahr 2002 die Leitung der neu geschaffenen russischen Diözese Sankt Josef mit Sitz in Irkutsk, die er jedoch nur wenige Monate innehatte. Nach einer Verhaftung am Flughafen in Moskau und Abschiebung aus Russland versuchte er, seine Diözese aus Polen weiter zu leiten. 2003 wurde ihm dann die Leitung der Diözese Elk in Nordostpolen übertragen. – Der Vortrag wurde von Christof Dahm und Thomas Hartl aus dem Englischen übersetzt.

wenn nur die Würde des Menschen richtig geachtet und gefördert wird und ihr selbst der notwendige Raum gelassen wird, ihren Dienst in der Welt auszuüben. Aber die Kirche ist auch erfahren in den Fragen, die den Menschen betreffen, und diese Erfahrung veranlasst sie, ihre religiöse Sendung notwendigerweise auf die verschiedenen Bereiche auszuweiten, in denen Männern und Frauen wirken, um im Einklang mit ihrer Würde als Person das stets begrenzte Glück zu suchen, das in dieser Welt möglich ist.“ (Sollicitudo rei socialis, 41).

## **Kurzer Überblick über die Diözese Ełk und ihre sozialen Belange**

Die 1992 gegründete Diözese Ełk befindet sich im Nordosten Polens auf dem Gebiet der zwei Woiwodschaften Podlaskie und Warminsko Mazurskie<sup>2</sup> und grenzt an Russland, Litauen und Weißrussland an. Sie umfasst 11.000 Quadratkilometer, in ihr leben ca. 420.000 Menschen, die fast alle katholisch sind. Derzeit gliedert sich die Diözese in 151 Pfarreien, von denen sich zwei Drittel in Dörfern im ländlichen Raum befinden. Für die Diözese arbeiten 311 Diözesanpriester, 40 Ordenspriester, 124 Ordensschwestern und 59 Seminaristen. Seit dem 16. April 1992 betreibt sie ein eigenes (Priester-)Seminar in Ełk, das die erste Hochschule in der Region war. Diese Einrichtung bildet zugleich ein Kultur- und Wissenschaftszentrum für Geistliche ebenso wie für Laien. Die Diözesancaritas wurde am 1. September 1993 mit dem Ziel gegründet, die Ziele der Nächstenliebe zu erfüllen und bedürftige Menschen zu erreichen, die in Armut leben und besonderer Betreuung bedürfen. Derzeit sind 347 Menschen für die Caritas tätig, meist Laien.

Das Territorium der Diözese Ełk umfasst größtenteils Regionen ländlichen Charakters, deren natürlicher Reichtum in der frischen Luft, sauberem Wasser in Gestalt zahlreicher Seen und Flüsse und großen Wäldern besteht. In der Zeit des Kommunismus war der größte Teil des Bodens in Staatsbesitz, das übrige Land wurde von Kleinbauern be-

---

<sup>2</sup> Die Diözese erstreckt sich über große Teile der Landschaft Masuren innerhalb der ehemaligen Provinz Ostpreußen mit dem Bischofssitz Ełk, dem früheren Lyck (die „Hauptstadt Masurens“).

wirtschaftet. Da es eine touristische Region ist, gibt es wenig Industrie und leider insgesamt zu wenig Arbeitsplätze.

Statistiken belegen seit der Gründung der Diözese einen Bevölkerungsrückgang. Insgesamt ist die Bevölkerung ethnisch sehr gemischt. Historisch gesehen handelt es sich um Teile des alten ostpreußischen Masurens, das bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs hauptsächlich von Deutschen bewohnt war. Nach Ende des Krieges war das Land entvölkert und wurde nach und nach von Polen aus Zentralpolen, Litauen, Weißrussland und der Ukraine bevölkert. Schon damals musste sich der Klerus mit den besonderen gesellschaftlichen Problemen dieser Region auseinandersetzen.

Zukunftsangst, innere Leere und Infragestellung der Lebensperspektive zeigen sich hier wie auch im übrigen Europa bei vielen Menschen. Anzeichen der existenziellen Not sind der Rückgang der Geburtenzahlen und Eheschließungen. Wir haben mit den typischen demografischen Problemen in dünn besiedelten und vernachlässigten ländlichen Gebieten zu kämpfen und nehmen wahr, dass die Gesellschaft in den ländlichen Regionen unter Überalterung leidet und viele Menschen einsam sind. Einen negativen sozio-ökonomischen Effekt übt die Migration junger Menschen aus, die gut ausgebildet sind und in den großen Städten oder im Ausland auf die Suche nach Arbeit gehen. Dies wirkt sich negativ auf deren Familienleben aus und bedroht die Stabilität ihrer jungen Ehen und Familien. Dadurch werden ihre Familienbindungen gelockert; häufig führt dies auch zur Schwächung ihrer Religiosität oder sogar zum kompletten Bruch mit der Kirche selbst.

Als wesentliche soziale Probleme der Region sind zu nennen:

- Arbeitslosigkeit (ungefähr 30 Prozent der Menschen sind arbeitslos),
- Armut (vielfach verbunden mit Alkoholabhängigkeit),
- Auflösung familiärer Strukturen,
- fehlende Perspektiven für junge Menschen bezüglich der persönlichen und beruflichen Entwicklung,
- Obdachlosigkeit und soziale Diskriminierung der ärmeren Bevölkerungsschichten,

- Unprofitable landwirtschaftliche Strukturen (dies gilt besonders für die ehemals staatlichen Betriebe) und
- Rückgang der Kinderzahlen in ländlichen Familien (dies schafft ein weiteres Problem, denn einige Schulen müssen geschlossen werden).

Die ununterbrochenen Veränderungen in der modernen Welt sind Ausdruck einer permanenten Werte- und Identitätskrise. Die anthropologische und soziale Konzeption der heutigen Kultur prägt die gegenwärtig verbreitete Geisteshaltung, verändert Formen sozialer Beziehungen und beeinflusst auch den demografischen Prozess und das menschliche Miteinander.

### **Antworten der Ortskirche auf strukturelle Veränderungen**

Die Kirche beobachtet nicht nur diese schnellen sozialen und kulturellen Veränderungen, sondern sie sucht auch eine Antwort auf die damit verbundenen sozialen Probleme. Als religiöse Gemeinschaft übernimmt sie weder Verantwortung für die Entwicklung der Sozialpolitik, noch hat sie ein Heilmittel oder eine Lösung für sie bereit. Der „Katechismus der katholischen Kirche“ formuliert wie folgt: „Ihr Auftrag ist nicht die Gestaltung des sozialen Lebens in all seinen Aspekten, sondern das aufzugreifen, was in ihrer Macht steht, also die Verkündigung von Jesus Christus“ (CCC, 2420). Die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils „Gaudium et Spes“ lehrt uns: „Die Einheit der menschlichen Familie wird durch die Einheit der Familie der Kinder Gottes, die in Christus begründet ist, in vieler Hinsicht gestärkt und erfüllt. Die ihr eigene Sendung, die Christus der Kirche übertragen hat, bezieht sich zwar nicht auf den politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Bereich: Das Ziel, das Christus ihr gesetzt hat, gehört ja der religiösen Ordnung an. Doch fließen aus eben dieser religiösen Sendung Auftrag, Licht und Kraft, um der menschlichen Gemeinschaft zu Aufbau und Festigung nach göttlichem Gesetz behilflich zu sein.“ (Gaudium et Spes, 42)

Der selige Papst Johannes Paul II. äußerte sich in „Ecclesia in Europa“ wie folgt: „Aus der Synodenversammlung hat sich die eindeutige und begeisterte Gewissheit ergeben, dass die Kirche Europa das kostbarste

Gut anzubieten hat, das ihm niemand anderer zu geben vermag: den Glauben an Jesus Christus, Quelle der Hoffnung, die nicht enttäuscht, eine Gabe, die der geistigen und kulturellen Einheit der europäischen Völker zugrunde liegt und die noch heute und in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Entwicklung und Integration darstellen kann. Ja, nach zweitausend Jahren stellt sich die Kirche am Beginn des dritten Jahrtausends mit der immer gleichen Botschaft vor, die ihren einzigen Schatz bildet: Jesus Christus ist der Herr; in ihm und in keinem anderen ist das Heil (vgl. Apg 4,12). Die Quelle der Hoffnung für Europa und für die ganze Welt ist Christus, und die Kirche ist der Kanal, durch den die Gnadenflut aus dem durchbohrten Herzen des Erlösers strömt und sich ausbreitet.“ (Ecclesia in Europa, 18)

Sich diese Wahrheit einzugestehen, dient der Schaffung von Strukturen, um Leben, Geschichte und Kultur positiv zu beeinflussen. Die Kirche wurde allen Menschen gesandt, um diesen Auftrag zu erfüllen. Es ist äußerst wichtig, dass sie die bedürftigen Menschen niemals im Stich lässt. Sie steht den Menschen bei und hilft ihnen auf unterschiedlichste Weise. Hören wir dazu noch einmal Gedanken aus „Ecclesia in Europa“: „Vielfältige ideelle Wurzeln haben mit ihrer Vitalität zur Anerkennung des Wertes der Person und ihrer unveräußerlichen Würde, des unantastbaren Charakters des menschlichen Lebens und der zentralen Rolle der Familie, der Bedeutung der Bildung und der Meinungsfreiheit, der Redefreiheit und der Religionsfreiheit ebenso beigetragen wie zum Rechtsschutz der Einzelnen und der Gruppen, zur Förderung der Solidarität und des Gemeinwohls und zur Anerkennung der Würde der Arbeit. Diese Wurzeln haben die Unterordnung der politischen Macht unter das Gesetz und unter die Achtung der Rechte der Person und der Völker begünstigt.“ (Ecclesia in Europa, 19)

## **Neuevangelisierung als Antwort auf strukturelle Veränderungen**

Unsere Ortskirche bemüht sich, den Herausforderungen insbesondere in den ländlichen Räumen zu begegnen. Dies geschieht im Geiste der

Neuevangelisierung durch die Betreuung von Familien, Kindern, Jugendlichen, die Nähe zu älteren Menschen, Kranken, Behinderten, Arbeits- und Obdachlosen. Die vorhin erwähnten strukturellen Veränderungen haben viele Menschen hoffnungslos gemacht. Gerade die Neuevangelisierung, deren Ziel die Verkündigung des Evangeliums der Hoffnung ist, kann hier den Menschen Hilfe bieten. Ein Mensch kann nicht ohne Hoffnung leben und muss lernen, seine Zukunft mithilfe von Jesus Christus und seiner Botschaft, die die Quelle der Hoffnung ist, zu formen.

Während seiner ersten Pilgerreise 1979 in Polen sprach Papst Johannes Paul II. erstmals über die Neuevangelisierung: „Die Neuevangelisierung hat bereits begonnen“. Ähnlich äußerte er sich bei seiner zweiten Pilgerreise nach Polen. Während seines dritten Besuchs in Polen sagte er am 14. Juni 1987 in Warschau: „Vergesst nicht, dass euer Mutterland am Beginn des dritten Jahrtausends einer Neuevangelisierung und einer spirituellen Wiedergeburt dieser Nation bedarf.“

Ebenso war es der selige Papst Johannes Paul II., der von einem neuen „Areopag“ – einem Markt, wo Christen und Nichtchristen sich begegnen – der Neuevangelisierung sprach. Er glaubte, die Neuevangelisierung würde der Ausbreitung von Laizismus, Säkularisierung, Gleichgültigkeit und Atheismus erfolgreich Widerstand leisten können. Die Neuevangelisierung ist eine der Antworten auf die Probleme und Herausforderungen, die die strukturellen Veränderungen mit sich bringen. Er rief uns während seines Pontifikats zur Neuevangelisierung auf, als deren Ziel er die Bildung reifer kirchlicher Gemeinschaften sah, aus denen der Glaube ausstrahlen soll. Am 2. Juni 1991 sagte er darüber in Lednica: „Es ist eine große Aufgabe für unsere Generation und für alle Christen dieser Zeit, das Licht Christi in unser soziales Leben, in den ‚modernen Arepag‘, in das unermessliche Gebiet der modernen Zivilisation und Kultur, Politik und Wirtschaft hineinzutragen. Der Glaube ist nicht nur eine Erfahrung des menschlichen Geistes. Er muss seinen äußerlichen Ausdruck im sozialen Leben finden. Dieser wichtigen Aufgabe müssen sich die gläubigen Menschen stellen.“



Die Neuevangelisierung stützt sich – das ist wichtig – *nicht* auf die Verkündigung eines „neuen Evangeliums“. Sie verkündet vielmehr das *bestehende Evangelium* und *bewirkt Neues*, das gelenkt werden muss „mit neuer Hingabe, neuen Methoden und mit der Einführung neuer Ausdrucksmöglichkeiten“. Alle Getauften sollten sich daran beteiligen, angespornt vom Heiligen Geist als Quelle und Ausgangspunkt der Neuevangelisierung.

Die Methoden der Evangelisierung werden neu sein, wenn jedes Mitglied der Kirche ein Prediger der Verkündigung Christi wird (vgl. Mk 16,15). „Die Evangelisierung ist“, wie Johannes Paul II. sagt, „eine Pflicht aller Kirchenmitglieder.“ Die Aufgabe der Kirche besteht darin, nach neuen Methoden dafür zu suchen, wie das Evangelium verkündet werden kann, wie man den Menschen helfen und ihnen Hoffnung geben kann. Ich glaube, dass wir in Bezug auf all die Dinge, die wir hier gehört haben, an die Methoden denken sollten, denn in jedem Land müssen wir zur Lösung verschiedener Probleme unterschiedliche Wege beschreiten. Das habe ich in Ghana erlebt, aber auch in Weißrussland und Sibirien, und es gilt natürlich auch für Polen. Aber das Wichtigste ist, dass wir uns in unserer Aufgabe als von Gott gesandt verstehen müssen – darum müssen wir zu den Menschen gehen, um ihnen beizustehen, und nicht warten, bis sie zu uns kommen. Wir sollten nicht nur materielle Hilfe leisten, sondern Hoffnung schenken und das Evangelium der Hoffnung predigen. Und selbst wenn wir ihnen auf materielle Weise helfen, sollte dies unter dem Aspekt der Evangelisierung geschehen, denn dies ist das Wort und der Auftrag der Kirche.

Alle Veränderungen in den ländlichen Räumen zwingen uns, nach neuen Methoden zu suchen und das Evangelium zu verkünden, um in positiver Weise auf den Wandel zu antworten und den Menschen zu helfen, die ihre Hoffnung verloren haben. All diese Veränderungen setzen voraus, dass es neue, begeisterte Prediger des Evangeliums gibt. Sie gehen zu den Menschen, die in den kleinen verlassenen Orten in Armut leben. Diese Prediger des Evangeliums sind nicht nur Priester, sondern alle Christen und somit Jünger Jesu. Der selige Johannes Paul II. sagte:

„Alle getauften Menschen sind dazu aufgerufen, Heilige zu sein und missionarische und biblische Arbeit zu leisten.“

Wie wichtig die Neuevangelisierung in unserer heutigen Welt und insbesondere in ländlichen Räumen ist, zeigt uns auch Papst Benedikt XVI. auf, der am 12. Oktober 2010 den Päpstlichen Rat zur Neuevangelisierung gegründet hat. Die Einrichtung des Rates ist eine der wichtigsten Amtshandlungen des derzeitigen Pontifikats. Ebenso erklärte der Papst, dass das Thema der Synode von 2012 die „Neuevangelisierung zur Weitergabe des christlichen Glaubens“ sein wird. Die Gründung eines neuen Dikasteriums ist eine prophetische Tat Papst Benedikts XVI. und bedeutet, dass wir nicht länger schweigen können, während die Gemeinde die Kirche verlässt. Er bezieht sich auf die Worte Papst Gregors des Großen: „Die Gemeinde wendet sich von der Kirche ab und wir schweigen.“ Wir sollten nach neuen Methoden und neuem Enthusiasmus Ausschau halten, statt zu schweigen!

Die Neuevangelisierung der Kirche von Elk zielt auf den Schutz und die Entwicklung des Glaubenserbes, das vergangene Generationen der jungen Diözese Elk vermacht haben. Ihr Zweck ist die Bewahrung der Jugend und aller Menschen vor dem religiösen Kahlschlag, vor dem Laizismus und vor dem Verlust katholischer Werte und katholischer Identität. Wir sehnen uns nach diesem Vermächtnis – inspiriert durch den Heiligen Adalbert und den Heiligen Brun von Querfurt<sup>3</sup> –, um Gemeinschaften des Glaubens aufzubauen, die der pluralistischen Realität gegenüber offen sind, sich aber auch ihrer eigenen Identität und des spirituellen Reichtums bewusst und bereit sind, ein Zeugnis des reifen Glaubens und der Liebe abzulegen.

Die Kirche von Elk glaubt, dass der am besten geeignete Dienst zur sozialen Entwicklung in der Verkündigung der folgenden christlichen Werte besteht: Freiheit, Wahrheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

---

3 Anspielung auf den heiligen Adalbert von Prag (um 956 – 997) und den Heiligen Brun von Querfurt (um 974 – 1009), Glaubensboten und Märtyrer im 10. und 11. Jahrhundert, die in der Diözese Elk besonders verehrt werden.

Ähnlich wie in den vergangenen Jahrzehnten versucht sie, vor moralischer Gefährdung und Verfall des gesellschaftlichen Lebens zu warnen, und hat dabei keine Angst davor, Werte zu schützen, die unpopulär und altmodisch erscheinen mögen, jedoch unerlässlich sind für die Sicherstellung eines harmonischen sozialen Fortschritts.

Die Kirche spielt eine wichtige soziale Rolle, vereint Menschen und ermutigt sie dazu, für das Gemeinwohl Verantwortung zu übernehmen. Die Glaubensgemeinschaft beeinflusst den Aufbau der Zivilgesellschaft durch die Förderung freiwilliger örtlicher Sozialinitiativen. Dies geschieht meist im Rahmen der Aktivitäten von Gemeinden, Bewegungen und Kirchenvereinigungen, die für die Diözesen tätig sind, letztlich besonders durch die Entwicklung der ehrenamtlichen Caritas. Ebenso spielen religiöse Gemeinschaften eine wichtige Rolle auf diesem Gebiet, die entsprechend ihres Charismas tätig sind.

Besonders freut es uns, dass sich unsere Pfarreien in den vergangenen Jahren mehr und mehr zu äußerst vielgestaltigen Gemeinschaften entwickelt haben. In fast allen Pfarreien gibt es Teams der Pfarrcaritas und in den Schulen der jeweiligen Pfarreien entsprechend Teams der Schulcaritas. Insbesondere in den ländlichen Gegenden leisten die Pfarreien hervorragende Arbeit. In erster Linie sind sie es, die wissen, wer Hilfe benötigt. Kinder und Jugendliche, die den Teams der Schulcaritas angehören, lernen von frühester Jugend an, anderen hilfsbedürftigen Kindern und Jugendlichen zu helfen. Zudem gibt es in der Diözese Elž zahlreiche Freiwilligenzentren. Diese Gemeinschaften lehren Verantwortung für das Leben in der Pfarrei und vor Ort, indem sie gesellschaftliche Aktivitäten organisieren und somit langsam die Wiederkehr bürgerlichen Engagements und ehrenamtlicher Hilfe, die durch Missbrauch in der Zeit des Kommunismus kompromittiert waren, fördern. In diesem Jahr hatten wir sogar ehrenamtliche Helfer aus Irkutsk in Sibirien in unserer Diözese, die für fast drei Wochen bei uns an einem Ausbildungsprogramm teilgenommen haben. Ich glaube, es ist ein Anfang, wenn wir uns gegenseitig dabei helfen, Ansichten auszutauschen und Menschen auszubilden.

Ebenso entwickeln sich traditionelle und moderne religiöse Bewegungen, deren Einsatz für die Neuevangelisierung sehr wichtig ist. Ich nenne nur einige:

- die marianische Sodalität,
- die Erneuerung im Heiligen Geist,
- die „Familien von Nazareth“,
- das Neokatechumenat (meist in den Städten),
- die Katholische Aktion,
- die Katholische Jugendvereinigung,
- die Pfadfinder.

Einer der Diözesanpriester arbeitet als Kaplan speziell für Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, und informiert sie über wichtige Themen, wie beispielsweise bestimmte Änderungen im Bereich der Europäischen Union und ihrer Agrarpolitik. Einmal im Jahr veranstalten wir eigens für die Bauern ein diözesanes Erntedankfest, das dann in jeder Pfarrei von den Gemeindepriestern gefeiert wird. Dadurch wollen wir die harte Arbeit der Menschen wertschätzen, die in der Landwirtschaft tätig sind, und allen Diözesanen die Bedeutung dieser Arbeit vergegenwärtigen.

Der Glaube ist der Antrieb, kleine örtliche Gemeinschaften zu schaffen, in denen Menschen nicht länger anonym oder unbekannt, einsam oder isoliert bleiben. Vor allem im ländlichen Bereich trifft man sich in diesen Gemeinschaften und religiösen Bewegungen; man hilft sich gegenseitig, um sich des Evangeliums bewusster zu werden.

## **Würde und Wahrung der Menschenrechte**

Die vorrangige Aufgabe der Kirche von Elk ist die Wahrung der Würde des Menschen und der Menschenrechte, das Wecken eines diesbezüglichen Bewusstseins in jedem Menschen, egal welcher Herkunft und ungeachtet seiner Ressourcen, und die Wahrung des Rechtes auf ein Leben von der Geburt bis zum natürlichen Tod. Hierzu kommen die

Verkündigung der katholischen Soziallehre, des Ethos des gesellschaftlichen Lebens und des Schutzes von Familie und Ehe.

Angesichts der wachsenden Ausbreitung einer Zivilisation des Todes sind wir als Christen aufgefordert, das Leben zu unterstützen und zu bezeugen. Dies hat Papst Johannes Paul II. 1997 in eindringlichen Worten gefordert: „Der Maßstab einer Zivilisation ist ihre Beziehung zum Leben. Eine Zivilisation, die die Wehrlosen abweist, verdient die Bezeichnung ‚barbarisch‘, auch wenn sie in den Bereichen Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und Kunst erfolgreich ist.“ Als Antwort auf diese Herausforderung gibt es in jeder Pfarrei unserer Diözese verschiedene Initiativen, die ich im Folgenden nennen möchte:

- Schutz des Lebens von der Geburt bis zum natürlichen Tod,
- Hilfe für Familien mit vielen Kindern oder Familien, die Trennungen oder Krisen erlitten,
- Ausrichtung von Symposien und Vorträgen zur Förderung des Lebens,
- Schutz des Lebens vor Bedrohungen wie Drogenabhängigkeit,
- die Förderung des Gedankens der spirituellen Adoption eines ungeborenen Kindes.

In unserer Diözese wollen wir ein diözesanes Hilfszentrum für Familien und ein diözesanes Heim für alleinerziehende Mütter gründen. Wir kümmern uns um Eltern, die ein Kind erwarten, und um schwangere Mütter, wir beten für sie und segnen sie jeden ersten Samstag eines Monats.

Ein spirituelles Leben aufzubauen, beinhaltet grundsätzlich die Sakramente, in denen Christus gegenwärtig ist. Das sakramentale Leben festigt die Verbindung zu Gott durch den Segen und hilft dem Individuum, alle menschlichen Grenzen zu überwinden und aus der Sünde aussteigen. Im christlichen Leben ist die Gegenwart der Worte Gottes durch die geistigen Früchte erkennbar. Wer nach dem Evangelium lebt, hat die Fähigkeit, die Zeichen der Zeit mit Christi Augen zu lesen. Auf diese Weise erfährt man wahre Freiheit, Freude und Tapferkeit.

## Pastorale Hilfe für Familien

Die Kirche von Elk bemüht sich, Familien und verheirateten Ehepaaren auch in den ländlichen Gegenden zu helfen. Dies geschieht im Rahmen vieler Initiativen, deren Ziel die angemessene Vorbereitung der Jugend auf das Familienleben ist. Wir achten auf die Stärkung von familiären Bindungen, nicht nur zwischen Eltern und Kindern, sondern ebenso zu den älteren Familienmitgliedern. Wir versuchen in ihren Herzen den Glauben zu verwurzeln, dass die Liebe das beste Heilmittel gegen die gegenwärtig drohende mentale Auszehrung ist. Auch spielt die Verbreitung der „Charta für Familienrechte“ in der Diözese eine wichtige Rolle.

Wir versuchen Ehepartnern und Eltern zu helfen, ihre Pflichten zu erfüllen und Krisen und Schwierigkeiten durch Familienberatungen zu überwinden. Überall gibt es Beratungszentren für Familien. Wir unterstützen, meist im Gebet, jene, die in Alkohol- oder Drogenabhängigkeiten verwickelt sind. Der zweite Freitag eines Monats gilt als spezieller Tag des Gebets für diese Gebetsanliegen. Seit 2009 betreibt die Diözesancaritas in den größeren Städten drei „Fenster zum Leben“, die ein alternatives Lösungskonzept zum Schutz ungewollter Kinder darstellen. Diese Initiative steht symbolisch für die Achtung des Lebens und bietet einen konkreten Ansatz, das Leben dieser Kinder zu retten. Drei Kinder wurden bisher in diesen „Fenstern“ abgegeben; sie erhielten eine Chance auf ein neues Leben und wurden adoptiert.

## Seelsorge für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind der Schwerpunkt unserer Seelsorge. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen versuchen wir, ihre Erziehung und Ausbildung besonders aus Familien im ländlichen Raum zu unterstützen. Zu dieser Hilfe für begabte Jugendliche aus Kleinstädten und Dörfern zählt im Wesentlichen die Begabtenförderung, die von der Stiftung „Werk des Neuen Jahrtausends“<sup>4</sup> finanziert wird. Sie fördert

---

4 Die Stiftung „Werk des Neuen Jahrtausends“ wurde im Jahr 2000 auf Anregung von Papst Johannes Paul II. gegründet; vgl. auch <http://www.dzielo.pl/en/strona/111/history>.

103 Schüler aus unserer Diözese und 2.000 weitere aus ganz Polen. Die Hilfe richtet sich hauptsächlich an Gymnasiasten und verteilt Ressourcen zur Fortführung der Ausbildung bis hin zum akademischen Abschluss. Dieses Programm stellt nicht nur eine finanzielle Unterstützung dar, sondern bietet auch eine spirituelle und religiöse Ausbildung.

Die Diözesancaritas betreibt für schwer erziehbare Kinder aus armen Familien ein Hilfsprogramm mit dem Namen „Die Flügel“. Diese Schüler erhalten finanzielle Unterstützung für den Kauf von Büchern und Kleidung, für Übernachtungs-, Verpflegungs- und Fahrtkosten. Das Programm bietet eine Möglichkeit zur Fortführung der Ausbildung außerhalb des Heimatortes. Seit vielen Jahren spendet unsere Caritas außerdem mehrere tausend Schul-Grundausstattungen für Grundschüler und Gymnasiasten. Diese Art der Hilfe ist besonders wichtig für Familien mit geringem Einkommen oder jene, in denen beide Elternteile arbeitslos sind. Die Diözesancaritas betreibt drei Waisenhäuser auf dem Gebiet unserer Diözese und versucht sicherzustellen, dass dort ähnliche Bedingungen herrschen wie zuhause in Familien. In den größeren Städten der Diözese haben wir auch Jugendzentren, die für die Jugendlichen eine große Chance der Entwicklung darstellen und es ermöglichen, Kinder zu erreichen, um die sich niemand sorgt und deren Talente bislang nicht gefördert worden sind. Diese von der Caritas geführten Jugendzentren sind nicht nur ein Ort zum Entspannen, Spielen und Lernen, sondern dort wird den Jugendlichen auch etwas gegeben, was sie in ihren Familien nicht erfahren.

### **Die Kirche im Dienst für soziale Gruppen, die von Armut bedroht sind**

Unsere Ortskirche kümmert sich natürlich auch um ältere, behinderte, kranke, obdachlose und arbeitslose Menschen in ländlichen Räumen. Seit ihrer Gründung verfolgt unsere Diözesancaritas das Ziel, fachbezogene Bereiche zu schaffen, die auf sinnvolle und organisatorische Weise helfen. Dank der Kooperation mit örtlichen Behörden und anderen Hilfs- und Pflegeeinrichtungen ist es uns gelungen, zahlreiche Einrich-

tungen zu gründen, die diesem Zweck dienen. Die Caritas ist nun die bedeutendste soziale Organisation Nordostpolens, die effektiv, systematisch und kontinuierlich den schwächsten sozialen Gruppen hilft. Neben den Einrichtungen der Caritas entwickeln sich sowohl die Pfarreien als auch die Arbeit von jugendlichen Freiwilligen. Dies hat eine besondere Bedeutung für ländliche Regionen, in denen die Kirche nicht nur ein Ort des Gebets ist, sondern zunehmend auch ein Zentrum der örtlichen Kultur, ein soziales Hilfszentrum und ein Bildungszentrum wird.

Die Freiwilligen der Caritas-Teams in den Pfarreien sind sich absolut bewusst, wer die Hilfe benötigt und in welcher Form die Hilfe vonnöten ist, um die wichtigsten Bedürfnisse abzudecken. In ländlichen Gegenden gehen die Menschen auf der Suche nach Hilfe zuerst in die Pfarrei – dies zeigt die Unzulänglichkeit der Unterstützungsmaßnahmen seitens der öffentlichen Verwaltung. Deren Hilfe beschränkt sich meistens darauf, kleine finanzielle Zuwendungen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu überweisen. Falls eine Familie mehr Hilfe benötigt, wird diese jedoch verweigert; dann kann nur noch die Caritas helfen.

Für Kranke, Einsame und Behinderte veranstalten wir Abende und Feste, z. B. am „Welttag der Kranken“, dem 11. Februar, dem Gedenktag unserer Lieben Frau von Lourdes. An diesem Tag werden die Kranken in allen Diözesankrankenhäusern von Priestern, Caritasmitarbeitern und Freiwilligen besucht. Solche Besuche finden ebenso jeden ersten Freitag im Monat statt, und jeden Sonntag empfangen sie die Heilige Kommunion durch Kommunionhelfer, von denen es über 250 in unserer Diözese gibt. Für kranke und einsame Menschen erfüllen Rundfunk und Fernsehen wichtige Funktionen. „Radio Maryja“ und der Fernsehsender „TRWAM“ bieten Gebetszeiten an und machen somit die Einsamkeit erträglicher.

Unsere Caritas stellt den Kranken und ihren Familien Medikamente zur Verfügung, einige Apotheken reduzieren zudem für Geringverdienende ihre Gewinnmargen bzw. vergeben die Medikamente kostenlos. Nach deutschem Vorbild betreibt die Caritas Elk außerdem die für ländliche Regionen äußerst wichtigen Außenstationen für langfristige Pflegefälle und Rehabilitationsmaßnahmen unter Aufsicht von Kran-



kenpflegern. 2008 eröffnete die Caritas ihr erstes Krankenhaus und 2010 das erste Hospiz. Ebenso hilft sie Familien, die unter Arbeitslosigkeit leiden, und unterstützt Arbeitslose bei der Suche nach Arbeit. Landesweit führen wir das Projekt „Polinnen arbeiten in Deutschland“ durch, bei dem wir mit der deutschen Caritas zusammenarbeiten, um rechtlich geregelte Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Zudem kümmern wir uns um ihre Familien, die in Polen zurückbleiben.

Eines der schwierigsten sozialen Probleme, dem wir und andere Bereiche der Caritas mit Hilfe von zwei speziellen Häusern, Anlaufstellen und Gemeinschaftsküchen uns stellen, ist die Obdachlosigkeit. Ein weiteres Beispiel ist auch die Handwerks- und Reparatur-Gruppe. Bedarf nach weiteren solchen Häusern besteht für alte und einsame Menschen.

Keine dieser Maßnahmen wäre möglich ohne die Großzügigkeit und Unterstützung vieler Menschen, Firmen und Institutionen aus Polen und dem Ausland. Im Vergleich zu kirchlichen Projekten sind Zahlungen lokaler Behörden meist ineffizient. In Polen stehen zwar auch europäische Fonds mit großen Möglichkeiten zur Verfügung, deren Verteilung jedoch zu wünschen übrig lässt. Verbindungen zur Politik beeinflussen in diesem Bereich immer noch die Zuteilung der zur Verfügung stehenden Mittel. Deshalb danken wir Renovabis und all den anderen Organisationen umso mehr für die finanzielle Hilfe, die es uns ermöglicht, vor allem in ländlichen Regionen Projekte für die Diözesengemeinschaft durchzuführen.

## **Zusammenfassung**

Die strukturellen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa sind sowohl für die gesamte Gesellschaft als auch für die Kirche eine enorme Herausforderung. Unsere Antwort in Bezug auf sozio-demografische Fragen hängt von der aktuellen Situation ab, die dynamischen Prozessen unterliegt. Unser größter Wunsch als Kirche von Ełk ist es, unsere Gemeinden entsprechend zu fördern, sodass sie selbstständig und verantwortlich die Gestaltung des sozialen, politischen und ökonomischen

Lebens bewältigen können. Um die Mission der Kirche im Geiste der Neuevangelisierung zu erfüllen, muss man auch in ländlichen Regionen auf die Menschen zugehen und dort sowohl mit Geistlichen als auch mit Laien zusammenarbeiten. Zusätzlich bedarf es der Kooperation zwischen kirchlichen Organisationen und örtlichen Behörden, der Regierung und der Europäischen Union.

Die Kirche ist sich all der Schwierigkeiten und Probleme der Menschen in ländlichen Regionen bewusst. Sie stellt sich diesen großen Herausforderungen und versucht, angemessene Lösungen zu finden. Damit erfüllt sie ihre prophetische Mission, steht den Armen und Benachteiligten bei und wird so zur Stimme derer, die keine Stimme haben.

Zum Schluss möchte ich auf die Worte hinweisen, die Papst Benedikt XVI. am 7. November 2006 bei einem Treffen mit Bischöfen der Schweiz sprach: „Wichtig ist es doch, dass wir in dem großen Ich der Kirche, in ihrem lebendigen Wir, Mitglaubende sind und dadurch in der großen Gemeinschaft des Glaubens stehen, in jenem großen Subjekt, in dem wirklich das Du Gottes und das Ich der Menschen sich anrühren; in dem das Vergangene der Schriftworte gegenwärtig ist, die Zeiten sich durchdringen, Vergangenheit gegenwärtig ist und sich auf Zukunft öffnet und das Ewige, der Ewige in die Zeit hereinleuchtet. Diese volle Form des Glaubens, wie das Credo sie ausdrückt, des Glaubens in und mit der Kirche als lebendigem Subjekt, in dem der Herr wirkt, sollten wir versuchen, wirklich als Mitte unserer Aktivitäten hinzustellen. Wir sehen es ja auch heute ganz deutlich: Wo man nur Entwicklung vorangetrieben und der Seele nichts gegeben hat, schadet die Entwicklung. Dann kann man zwar technisch mehr, aber daraus werden vor allem neue Möglichkeiten des Zerstörens. Wenn nicht mit der Entwicklungshilfe, mit dem Lernen all dessen, was der Mensch kann, was sein Verstand erdacht hat und was sein Wille ermöglicht, auch die Seele erleuchtet wird und die Kraft Gottes kommt, dann lernt man vor allem zerstören. Und insofern, glaube ich, muss uns die missionarische Verantwortung neu überkommen, dass, wenn wir selber des Glaubens froh sind, wir uns verpflichtet wissen, anderen davon zu reden. Gottes Sache ist es, wie weit die Menschen dann ihn annehmen können oder nicht.“

## Pastorale Antworten auf Veränderungen in ländlichen Räumen

Teilnehmer: Prof. Dr. Richard Hartmann, Fulda  
Schwester Margaret Hutnyk OSBM, Zhitomyr (Ukraine)  
Bischof Jerzy Mazur SVD, Ełk (Polen)  
Pfarrer Jürgen Schilling, Hannover

Moderation: Magdalena Bogner, Neumarkt

*Magdalena Bogner:*

Ich darf Ihnen zunächst die Teilnehmenden dieses Podiums vorstellen. Neben Herrn Bischof Mazur, der Ihnen ja bereits durch sein Referat vertraut ist, wird auch Schwester Margaret Hutnyk teilnehmen, die seit 1983 dem Orden der Schwestern des Hl. Basilus der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche angehört und einige Jahre in Deutschland, und zwar in Krefeld, tätig war. Ab 2000 war sie dann Provinzialoberin ihres Ordens und von 2003 bis 2006 Vorsitzende des Rates der höheren Ordensoberinnen der Ukraine. Heute lebt sie in Zhitomyr, das zur Erzdiözese Kiew gehört. Außerdem möchte ich Herrn Professor Dr. Richard Hartmann vorstellen, der als Pastoraltheologe einen Lehrstuhl an der Theologischen Fakultät in Fulda innehat. Er ist seit mehreren Jahren Vorsitzender der Konferenz der deutschsprachigen Pastoraltheologen und arbeitet – was für uns heute sicherlich von Bedeutung ist – in einem Projekt der Katholischen Arbeitsstelle für missionarische Pastoral zur Seelsorge im ländlichen Raum mit, was auch ein wichtiger Schwerpunkt seiner pastoralen Arbeit ist. Er ist für Frau Dagmar Denker eingesprungen, die leider kurzfristig verhindert ist. Ebenso absagen musste Dr. Michael Kuhn von der COMECE in Brüssel; er ist erkrankt, wir wünschen ihm von hier aus gute Besserung. Schließlich begrüße ich Herrn Pfarrer Jürgen Schilling,

der 1963 als Sohn eines Pfarrers in der ehemaligen DDR geboren und aufgewachsen ist, zunächst eine Ausbildung als Möbeltischler machte, ehe er Theologie am Theologischen Seminar in Leipzig studieren konnte. Bis 1999 war er dann in Saalfeld als Pfarrer tätig und anschließend 12 Jahre lang Pfarrer in Gotha. Heute arbeitet er als Referent für „Kirche in der Fläche“ im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Hannover. Seien auch Sie herzlich willkommen! Last but not least finden Sie hier oben den Anwalt des Publikums, Herrn Thomas Müller-Boehr von Renovabis. Er wird Ihre Fragen, Ihre Statements, die sich im Laufe unseres Podiumsgespräches ergeben, bündeln und entsprechend in die anschließende Diskussion einbringen.

Ich möchte nach dem eindrucksvollen Referat von Bischof Mazur zunächst meinem Gesprächspartner zur Rechten das Wort geben, um sozusagen einen Gegenpol sichtbar zu machen. Herr Pfarrer Jürgen Schilling wird als Mitarbeiter der deutschen evangelischen Kirche und mit Blick auf die ökumenische Zusammenarbeit seine eigene Arbeit vorstellen und auf die Perspektiven und Herausforderungen der Pastoral in den ländlichen Räumen in unserem Land eingehen.

*Pfarrer Jürgen Schilling:*

Vielen herzlichen Dank dafür, dass ich bei Ihnen sein kann. Die Solidaritätsaktion Renovabis und ihre Kongresse sind für mich persönlich sehr beeindruckend, und zwar sowohl im Blick auf die Projekte, die Renovabis weltweit unterhält und damit bemerkenswerte Hilfe leistet, als auch die Geschwisterlichkeit hier auf diesem Kongress. Wenn Renovabis dann auch noch einen Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland einlädt, um die Antworten der EKD-Gliedkirchen auf die Umwälzungen und Wandlungen gestern, heute und morgen vorzustellen, dann zeugt dies darüber hinaus von ökumenischer Weite und freut uns in Hannover, wo die Dachorganisation der 22 EKD-Gliedkirchen sitzt, sehr.

Alles, was ich jetzt sagen kann, betrifft natürlich nur die Kirchengemeinden in Deutschland. Das soll jedoch nicht heißen, dass ich von der Situation der Christen beispielsweise in Albanien, Sibirien und in Polen,

die eine ganz andere ist als bei uns, keine Kenntnis habe. Zu den eindrücklichsten Bildern dieser Tage gehört für mich die Not der Bergbauern in Nordarmenien. Es gehört aber ebenso Professor Glaubens nüchterne Frage dazu, ob denn die Kohäsionspolitik, das heißt die angestrebte Angleichung der Lebensverhältnisse, nicht eine Selbsttäuschung sei, oder ob unterschiedliche Lebensverhältnisse nicht sogar einen gewissen Charme besäßen.<sup>1</sup> Eine Teilnehmerin meinte auch, ob es nicht sinnvoll sei, den Kleinbauern das Wichtigste zu geben, was sie brauchen, nämlich ein kleines Stück Land, damit sie wenigstens sich selbst ernähren könnten. Darauf erhielt sie die Antwort: „Nein, denn Kleinbauern hemmen den Wandel.“ Behalten Sie bitte alle diese Bilder im Gedächtnis, wenn ich Ihnen jetzt kurz etwas zu den Perspektiven evangelischer Kirchengemeinden in Deutschland sagen werde:

Die EKD führte nach dem bereits vor Jahren erschienenen Grundsatzpapier „Wandeln und Gestalten“ im Juni dieses Jahres eine erste Land-Kirchen-Konferenz durch. Zu ihr kamen 70 Teilnehmende aus ganz Deutschland nach Gotha. Der Kirchenkreis Gotha befindet sich bekanntermaßen in der ehemaligen DDR, der Anteil evangelischer und katholischer Christen an der Bevölkerung beträgt weniger als 25 Prozent – eine Situation also, wie sie bereits Bischof Feige für den Magdeburger Raum beschrieben hat. Ein Kirchenkreis, der dennoch genügend Anhaltspunkte aufzeigt, wie wir auf die Herausforderungen reagieren können. Unter den Herausforderungen ist der demografische Wandel nicht die einzige, hinzu kommen, dass ein großer Traditionsabbruch festzustellen ist, eine Säkularisierung, die fortschreitet, und eine Veränderung unserer Gesellschaft durch Migration und die Vermischung der Kulturen und vieles mehr.

Ähnliche Verhältnisse finden sich vielerorts in Deutschland, durchaus auch in Ballungszentren. Christen im Schwarzwald oder in Ostfriesland haben es jeweils mit ganz unterschiedlichen Aufgaben zu tun. Das ist bereits eine erste Antwort darauf, wie wir auf die Herausforderungen reagieren dürfen und müssen – nämlich das jeweils ganz Eigene sehend und

---

1 Vgl. dazu oben S. 171f.

suchend. Es gilt, einen Genius Loci, das Besondere eines Ortes, in den Blick zu nehmen. Diese Suche nach dem geistlichen Auftrag eines Ortes bzw. einer Region kann jedoch nicht von oben, also den Kirchenleitungen, befohlen werden, sondern er muss mit den Menschen vor Ort erfolgen. Hier knüpfen meine Betrachtungen an das an, was Bischof Mazur so am Herzen liegt: Die Menschen sind das Wichtigste, sie sind das, was uns Gott geschenkt hat, und in ihnen liegt bereits die Antwort auf die Frage, was nun jeweils zu tun sei. Dieser Blick auf den Menschen und seine Bedarfe vor Ort legt enorm viele Perspektiven frei. Die Suche nach Antworten auf die Herausforderungen funktioniert also nur gemeinsam, denn ein Pastor oder ein Pfarrgemeinderat allein können sie nicht bewältigen. In der Gemeinsamkeit erwachsen kreative Möglichkeiten und wir ahnen noch nicht, wie vielfältig Kirche in zukünftiger Gestalt sein wird.

Als Beispiele für die Verschiedenheit der je gefundenen Schwerpunkte möchte ich folgende nennen:

- Möglicherweise wird eine Gemeinde „Ja“ zum Besuchsdienst sagen, denn auch in Deutschland leben Menschen zum Teil sehr vereinsamt.
- Eine andere Kirchengemeinde wird sich für einen Fahrdienst entscheiden, weil der öffentliche Nahverkehr nur noch rudimentär vorhanden ist, frühmorgens fährt ein Schulbus und mittags wieder zurück, doch die Zeit dazwischen reicht noch nicht einmal für einen Arztbesuch in der Stadt, die Sprechstunde auf dem Land ist längst ebenfalls abgeschafft.
- In einer dritten Kirchengemeinde wird die Gründung eines Dorfladens beschlossen. Wenn denn schon alle Einrichtungen wie Schule, Arzt, Poststation, Lebensmittelladen und Gaststätte fort sind, so wird diese in bürgerschaftlicher Anstrengung selbst organisiert und von der Kirchengemeinde als urdiakonische Aufgabe entdeckt. Das Café im Dorfladen wird zum Treffpunkt, ein pensionierter Arzt hält die Sprechstunden, und so weiter. Um so etwas zu gestalten, können dann sogar Fördermittel der EU beantragt werden.

Es sind also durchaus praktische und kreative Lösungen möglich. Die erste Antwort, wie wir als Evangelische Kirche in Deutschland auf die

Herausforderungen in der Fläche antworten, besteht darin, das Spezifische eines Ortes zu entdecken und zu entwickeln.

Zweitens müssen wir allen Pfarrerinnen und Pfarrern und allen Mitarbeitenden in unseren Kirchengemeinden sagen: Bleibt nicht unter euch, sondern sucht das Miteinander in der Region, denn das „Kirchturm-Denken“ darf überwunden werden. In Deutschland ist es leider immer noch so, dass die Kirchengemeinden sowohl auf evangelischer als auch auf katholischer Seite ziemlich kleinteilig verwaltet und betreut werden. Dieses parochiale System – Kirche, Pfarrer, Pfarrhaus, Pfarrei – ist entstanden, als es der Kirche bzw. den Kirchen sehr, sehr gut ging. Jetzt, wo Änderungen nötig sind – weil einerseits die finanziellen Ressourcen zurückgehen und andererseits die Verantwortungsgebiete allein aufgrund der zu bewältigenden Wege zu groß geworden sind oder es in manchen Regionen schlicht zu wenig Menschen gibt – da beginnt eine strukturelle Veränderung. Eine Kirchengemeinde, für die bislang ein Pfarrer zuständig war, muss sich diesen mit zwei oder gar weiteren Gemeinden teilen. Dies lässt sich nicht ewig ausdehnen, auch im Blick auf die haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden; eine Erweiterung der Zuständigkeitsgebiete bei gleichbleibender Aufgabenfülle hieße, ihre Erschöpfung in Kauf zu nehmen.

Das eigentliche Problem liegt darin, dass diese Strukturveränderungen lediglich die äußere Struktur betreffen und von einer Addition der Aufgaben begleitet werden. Konkret sieht das dann so aus: Eine bestimmte Gemeinde hat ein Gemeindeleben. Nun kommt eine andere Gemeinde zum pastoralen Aufgabengebiet hinzu. Die Aufgaben vermehren sich, ohne dass eine neue Gemeinde daraus würde, die kreative Neuansätze ermöglichte. Längst haben wir in Deutschland Pfarrgebiete, die 17 Kirchdörfer oder mehr umfassen. Dies geht zu Lasten der Pfarrer, die dort arbeiten und ihre Arbeit nicht mehr bewältigen können.

Stattdessen müssen also nach dem fragen, was notfalls verzichtbar ist: Welche pastoralen Aufgaben sind unabdingbar notwendig und welche können getrost weggelassen werden, damit Freiraum entsteht, um mutig, kraftvoll und fröhlich den Dienst zu tun?

Wir haben aus England gehört<sup>2</sup>, dass es dort Communities, verschiedene Kirchengemeinden, gibt, die einen Zusammenschluss bilden und damit eine Aufgabenteilung erreichen. Das ist ein Ansatz im beschriebenen Dilemma, mit dem Vorteil, dass hier eine geistliche Gemeinschaft für die Pfarrerinnen und Pfarrer in der Region erstünde.

Bei meinem dritten Punkt kommt nun endlich auch die Theologie ins Spiel: Wir haben bisher immer nur in Strukturen gedacht, aber eine Strukturreform, ist nur erfolgreich, wenn sie von theologischem Durchdringen begleitet wird. Und jetzt wird bedeutsam, was wir Protestanten als eine der wichtigen reformatorischen Entdeckung bezeichnen, nämlich das Priestertum aller Getauften. Nach Petrus 2,9 – „Ihr seid die königliche Priesterschaft“ – wird uns dieses allgemeine Priestertum als Christen durch die Taufe zugesprochen. Jeder Getaufte besitzt diese Würde, die ihm von Gott her verliehen ist. Das ist zunächst einmal ein Zuspruch, dann freilich auch der Anspruch, dies durch das eigene Leben zu zeigen. Bemerkenswert ist jedoch, dass man das auch unseren evangelischen Pfarrern sagen muss. Welches Kirchenbild prägt uns eigentlich, wenn wir meinen, Kirche könne nur dort bestehen, wo ein Pfarrer, eine Pfarrerin ist? Nein, Kirche ist dort, wo die Menschen in der Lehre der Apostel, in der Gemeinschaft, im Brotbrechen und im Gebet zusammenkommen. Oder nach Confessio Augustana, Artikel VII: Kirche ist dort, wo Wort und Sakrament Gestalt finden. Mehr braucht es dem Grundsatz nach nicht.

Eine Besinnung auf diese Grundsätze wird uns als Kirche befreien und verändern. Es entstehen dann wieder kreative Möglichkeiten, jedoch ist noch offen, wo uns die nächsten Jahrzehnte hinbringen und welche kirchlichen Präsenzformen nebeneinander bestehen. Es wird Glaubenszellen geben, Hauskreise mit Hausmüttern und -vätern, die wie im Mittelalter für die Familie und deren religiöse Erziehung zuständig sind und gegebenenfalls als Ansprechpartner im Dorf fungieren werden. Es kann auch wieder so etwas wie ein Wanderapostolat geben. Daneben werden glaubensstarke Zentren entstehen, die her-

---

2 Vgl. dazu die Hinweise unten S. 248–258.



ausragende Events gestalten können, ähnlich beispielsweise den Klöstern im Mittelalter. Diese laden die Menschen zu besonderen Höhepunkten im Kirchenjahr ein, von denen die Gekommenen mit einem geistlichen Schauer und neu gestärkt wieder zurückgehen in die peripheren Regionen, in denen ein kirchgemeindliches Leben nicht mehr in aller Fülle möglich ist.

Summa Summarum: Die Evangelische Kirche in Deutschland wird sich in den kommenden Jahren verändern. Erstens wird uns der Blick auf die Menschen vor Ort dazu führen, dass wir wissen, was uns Gott als Aufgabe vor die Füße legt, was „dran“ ist. Zweitens wird der Blick über den Kirchturm hinaus in die Region wichtig werden, da regionales Zusammengehen Synergien und Vernetzungen ermöglicht. Dieser Blick richtet sich auch auf kommunale Partner und Vereine. Nicht zuletzt geht es dabei unbedingt auch um eine Stärkung der Ökumene. Wenn wir in bestimmten Regionen immer weniger werden, wird es um so wichtiger, die Gemeinsamkeiten statt der Unterschiede zu betonen. Drittens wird uns die Wiederentdeckung der Würde des Getauftseins als Kirche verändern. Weniger Pastoren- und Priesterkirche, mehr Verantwortung und Gestaltungsfreiheit für den einzelnen Christen und die einzelne Christin. Das alles – und hier schließe ich den Bogen zu den eindrucksvollen Schilderungen Pfarrer Seifferts zu seinem Dienst in Sibirien<sup>3</sup> – geschieht in der Spannung von auf der einen Seite dem universalen Auftrag, Salz der Erde und Licht der Welt zu sein. Wer wollte dieses Licht unter den Scheffel stellen? Nein, wir werden glaubenstark in die Gesellschaft hinein wirken. Aber auf der anderen Seite müssen wir, wie Pfarrer Seiffert, ganz nah an den Menschen sein, denn dies ist unser Auftrag. Diese Spannung müssen wir gestalten, in dieser Spannung werden wir unseren Weg gehen. Als Evangelische Kirche ist es derzeit offensichtlich eher nicht unsere Aufgabe, große Kathedralen zu bauen, sondern wir sind wohl gerade eher selbst Tempel oder besser noch: wanderndes Gottesvolk.

---

3 Vgl. dazu unten S. 247.

*Magdalena Bogner:*

Die große Herausforderung für uns alle ist es also, uns als Getaufte wirklich einzubringen und, wie Sie sagten, die kleinen Kathedralen zu sein und diese nicht nur zu bauen, um Gott in unserer Zeit präsent zu machen, sondern mit dem Blick auf die Menschen dann auch entsprechend zu leben. Von großer Bedeutung ist es, unsere Begabungen, Gaben und Charismen anzunehmen und entsprechend daraus das Handeln abzuleiten. Schwester Margaret, wie stellt sich das von Pfarrer Schilling Gesagte für Sie in Ihrer Arbeit in der Ukraine dar? Bitte schildern Sie uns doch auch kurz die Situation, in der Sie sich befinden, und die Herausforderung für Ihr Handeln, die sich daraus ableitet.

*Schwester Margaret Hutnyk:*

Ich denke, in der Ukraine haben wir eine ganz andere Situation als zum Beispiel in Polen oder auch in Ostdeutschland. Sie haben gehört, wie viele Millionen Migranten es gibt. Dies ist für die griechisch-katholische Kirche eine große Herausforderung, weil die Kirche annimmt, dass sich ein Drittel ihrer Gläubigen im Ausland befindet. Ich bin keine Expertin in diesen Fragen, aber die Problematik dieser Frage betrifft auch unseren Orden. Ein Beispiel: Unsere Schwestern sind in Athen auf Einladung des Bischofs tätig, die dortige Pfarrei unterhält eine Schule. In dieser Schule, die vom Bildungsministerium der Ukraine anerkannt wird, werden 50 Kinder unterrichtet, die auch am Samstag zur Katechese kommen und für die die Schwestern verschiedene Feste und Programme veranstalten. Generell lässt sich sagen, dass die Kirche eine große Unterstützung und Hoffnung für die dort lebenden Ukrainer ist. Ich habe in Athen mit eigenen Augen gesehen, was das bedeutet. Meistens sind es Frauen, die sich gegenseitig helfen; wenn sie Probleme haben, dann wissen sie, wohin sie kommen müssen. Oder ein anderes Beispiel: In Italien ist unsere Kirche in 120 Pfarreien tätig, wo die Leute eine große Unterstützung bekommen. Auch in der Ukraine sucht die Kirche neue Möglichkeiten, um den Familien von Migranten zu helfen. Beispielsweise finden in verschiedenen Städten in Galizien Begegnungen zum Thema „Eltern und Kinder“ und zum Aufbau christlicher Familien statt. Im vorigen Monat endete eine zehntägige Wallfahrt mit verschiedenen

Gesprächsthemen für Migranten und ihre Familien, die bereits seit sechs Jahren stattfindet und an der 300 Leute teilgenommen haben.

Die Bevölkerung in unseren Dörfern und Kleinstädten geht tatsächlich zurück, wie es Frau Kalachevska in ihrem Vortrag<sup>4</sup> gesagt hat. Ich erinnere mich allerdings, dass auch schon während der Sowjetzeit die Leute vom Dorf in die große Stadt abgewandert sind. In der Westukraine ist es allerdings Tradition, die alten und kranken Eltern zu Hause zu versorgen. Ich weiß nicht, wie lange dies noch so laufen wird, aber bis jetzt ist es so. Wenn zum Beispiel die Kinder emigriert sind, dann betreuen Verwandte oder andere Kinder die Eltern. Auf die pastorale Arbeit unserer Schwestern wirkt sich die Auswanderung sicher eher negativ aus und stellt eine große Herausforderung dar. Der Staat arbeitet in dieser Hinsicht leider nicht mit der Kirche zusammen, daher wurden weitere Waisenhäuser von Ordensschwestern eröffnet. Ein weiteres Aufgabenfeld ist der katholische Kindergarten, den wir vor vier Jahren gegründet haben und der auch von der Stadt unterstützt wird. Über die Kinder kommt man oft auch an die Eltern. Priester und Ordensleute besuchen regelmäßig die Kranken, bringen die Kommunion oder nehmen die Beichte ab.

Für die Ukraine ist die Migration also ein großes Problem. Auch unsere Bischofssynode wird sich demnächst in Brasilien mit diesem Thema beschäftigen, die praktischen Fragen der Seelsorgebetreuung der Emigranten erörtern und konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung der Strategie der Evangelisierung der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche ausarbeiten.

*Magdalena Bogner:*

Danke schön, Schwester Margaret. Sie haben noch einmal ganz stark das diakonische Tun betont. Schwerpunkte sind also die Präsenz der Schwestern, in denen sich gleichzeitig so etwas wie die Präsenz Gottes unter den Menschen zeigt, und das diakonische Tun: Sozusagen Gott

---

4 Vgl. dazu oben S. 149.

wird unter den Menschen Raum gegeben, und zwar in den ganz konkreten Bedingungen in der Ukraine. Ich möchte mit diesen Stichworten weitergeben an Professor Hartmann, da ich glaube, dass er aus seiner Perspektive gut daran wird anknüpfen können.

*Prof. Dr. Richard Hartmann:*

Vielen Dank für die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen und einiges beizutragen. Ich will ein paar Akzente zur theologischen Verankerung setzen. In den vorgestellten Beispielen kann ich mich deutlich an Pfarrer Schilling anschließen: So viel anders sieht es in der katholischen Kirche in Deutschland nämlich auch nicht aus. Zuerst erinnere ich an „Evangelii nuntiandi“ von Papst Paul VI.<sup>5</sup>, um festzustellen, dass der dort markierte Bruch zwischen Evangelium und Kultur meines Erachtens noch in keinerlei Weise überwunden ist – vielmehr müssen wir weiter daran arbeiten und darüber nachdenken, wie es weiter geht. Dabei geht es nicht darum, dass die Kirche neue Methoden findet, um mit der Gesellschaft ins Gespräch zu kommen, sondern sie muss sich tatsächlich in die Niederungen des Gesprächs hineinbegeben, dort zuhören, antworten und immer wieder neu Zusammenhänge suchen.

Von daher bin ich sehr dankbar, dass der Renovabis-Kongress mit einer sehr klaren Perspektive bezüglich der soziologischen und politischen Lage in den verschiedenen Ländern und Nationen begonnen hat. Die Frage bleibt allerdings bestehen, ob es gelungen ist, diese Wahrnehmungen in eine echte Beziehung zu dem zu setzen, was das Handeln der Kirche schließlich ausmachen muss. Auch hier werden neue Formen der Zusammenarbeit notwendig werden. Im Folgenden werde ich schließlich auch meine eigene Position im Rahmen des Projektes, das zusammen mit der Katholischen Arbeitsstelle für missionarische Pastoral aufgelegt wurde, beschreiben.

Die Situation in Deutschland ist an manchen Orten immer noch von einer Wahrnehmung der Landpastoral aus den 1960er und 1970er Jahren

---

<sup>5</sup> Papst Paul VI., Apostolisches Schreiben „Evangelii nuntiandi“ (8. Dezember 1975).

geprägt, die auf der einen Seite die Diaspora-Situation und das Wort des damaligen Erfurter Bischofs Hugo Aufderbeck reflektiert, der meinte, wer in der damaligen DDR katholisch bleiben will, müsse in die Stadt ziehen, weil das Land diesbezüglich ausblute. Auf der anderen Seite ist immer noch die Meinung vorhanden, das katholische Land, die Provinz, sei vor allem volksfromm und damit in Ordnung. Beides sind Wahrnehmungen, die der heutigen Wirklichkeit kaum mehr entsprechen. Was ist von daher zu tun und was sind Akzente, die notwendig sind?

Der erste Akzent: Wir müssen tatsächlich induktiv ansetzen, das heißt die Differenzen und Bedingungen wahrnehmen, die an den verschiedensten Orten und in den verschiedensten Lebensräumen, sowohl innerhalb unserer eigenen Länder als auch länderübergreifend, vorherrschen, und nicht bei der Vorstellung ansetzen, Pastoral sei dann in Ordnung, wenn überall ein Minimalprogramm kirchlicher Vollzüge angeboten werde. Anders gesagt: die Differenz wirklich ernst nehmen und daraus Folgerungen ziehen.

Den zweiten Akzent setze ich, wenn ich betone, dass es dabei um eine Grundhaltung geht und nicht um Aktionsprogramme bestimmter Institutionen. Es handelt sich, anknüpfend an das, was Bischof Mazur gesagt hat, um die Grundhaltung von der Würde des Menschen, vom konkreten Menschen in konkreten Situationen und ausgehend von konkreten Bedingungen. Es geht dabei nicht um eine kirchliche Begegnung von oben herab als eine, die etwas anbietet oder die besseres Wissen vorantreibt, sondern in dieser Begegnung drückt sich tatsächlich eine tiefe Solidarität mit den Notleidenden, mit ihren Herausforderungen, sowohl im strukturellen politischen als auch im individuellen Leben aus. Es gibt dazu keine fertigen Programme für die Diözesen oder Institutionen, sondern viel mehr eine Logik, die vieles ermöglichen muss, aufgrund der Rahmenbedingungen, in den einzelnen Ländern und Regionen und aufgrund der Menschen mit ihren Charismen. Wir brauchen eine Art Experimentierklausel und eine Ermöglichungspastoral, in der vieles nebeneinander möglich ist, was nicht alles in ein großes System hineingepackt werden kann, und was die Leidenschaft und die Präsenz bei den Menschen schlechthin ausdrückt. Die Evangelische Kirche in Deutschland

hat dies unter anderem vor einigen Jahren mit einem Begriff in ihrem großen Reformprogramm deutlich gemacht, in dem immer wieder von „Leuchtfuern“ die Rede war und eben nicht von einer flächendeckenden Gleichheit. Hier besteht meiner Meinung nach für die katholische Kirche in Deutschland noch viel Lernbedarf. Auch in der Fläche herrscht hauptsächlich Konkurrenzdenken statt Wahrnehmung und Dankbarkeit für die Diversifizierung in den verschiedenen Entwicklungen. Von daher wird es in der Landpastoral mittelfristig – und das bestätigen auch die Beiträge unseres Projektes – nicht die Frage sein, wo wir anfangen, um den Status quo für die nächsten 30 Jahre hinweg zu halten. Vielmehr ist es wichtig, Projekte in Gang zu setzen, die dann Menschen motivieren und befähigen, zum Wohl anderer Menschen beizutragen, in ländlichen Räumen zu leben und zu arbeiten und so zu evangelisieren. Evangelisierung bedeutet hierbei nicht, instruktionstheoretisch zu sagen, was richtig ist, sondern im Zeugnis der Nachfolge Jesu präsent zu sein bei den Armen, bei den Bedrängten, bei den Menschen in Not. Anknüpfend an Schwester Margaret wird hier noch einmal die Ausgangssituation der diakonischen Not und der diakonischen Herausforderung der Christinnen und Christen deutlich gemacht.

Dies birgt auch theologische und spirituelle Herausforderungen in sich. Sehr beeindruckend war für mich auch das Zeugnis von Pfarrer Seiffert aus Russland, für den wahrscheinlich manche Diskussionen, wie wir sie führen, gar nicht nachvollziehbar sind. Die Frage, wie viele Sonntagsmessen gefeiert werden, steht nicht im Vordergrund, sondern die Haltung, wie Christinnen und Christen eucharistisch leben, wenn sie nicht täglich oder sonntäglich an der Eucharistiefeier teilnehmen. Sie brauchen eine Grundhaltung, in der sie ihre Existenz als eine verdankte und gnadenorientierte Existenz wahrnehmen, in der sie nicht Christus in die Welt hineinbringen, sondern wo sie Christus in der Welt gegenwärtig finden, beispielsweise im Leiden und in der Auferstehung. Von daher ergeben sich klare Linien und ein Ausgangspunkt bezüglich der Charismen, Begabungen und der Motivation der Einzelnen und nicht zuerst bezüglich der Finanzen und des formalen Personalangebotes – natürlich ebenso wenig bezüglich der kirchenrechtlichen Fixierung, sondern in der Gemeinschaft des Wirkens mit allen Menschen guten Willens.

Auch geht es um ein Zusammenwirken um der Menschen willen, mit verschiedenen Trägern, auch im außerkirchlichen und bürgerschaftlichen Kontext. Nur so wird um der Menschen willen eine Nähe Christi an allen Orten signalisiert.

*Magdalena Bogner:*

Diese Ermöglichungspastoral würde ich durchaus als provokativ bezeichnen. Doch was heißt dies nun konkret für diejenigen, die an den Entscheidungsstellen in unserer Kirche agieren? Müssen sie handeln, um Ermöglicher zu sein und um einer Pastoral Raum zu geben, die den Blick auf die Menschen lenkt, Differenzen wahrnimmt und gleichzeitig die Charismen unter den Getauften und Gefirmten zum Tragen kommen lässt? Das empfinde ich als die Provokation dessen, was Sie uns gerade hier gesagt haben. Ich weiß nicht, Bischof Mazur, darf ich einfach diese Provokation an Sie weitergeben, sodass Sie aus Ihrer Perspektive hierauf eine Antwort geben?

*Bischof Jerzy Mazur SVD:*

Nun, es gibt innerhalb meiner Diözese in jeder Gemeinde ein Pastoralzentrum, in dem die Verantwortlichen genau über die jeweilige Situation Bescheid wissen. Da jede lokale Gemeinde verschieden ist, ist auch die Auswahl der Probleme unterschiedlich. Ein Pastoralzentrum sollte all diese Informationen sammeln, um in der Zukunft adäquat und vom Standpunkt der Pastoral her auf die Bedürfnisse der Menschen reagieren zu können. Dass wir heute über Neuevangelisierung sprechen, ist sehr wichtig, denn dies heißt auch, nach neuen Methoden zu suchen. Die Aufgabe des Pastoralzentrums besteht darin, nach ihnen zu suchen, um das Evangelium der Hoffnung zu verkünden und, wie Jesus Christus es uns vorgelebt hat, damit von Stadt zu Stadt und von Dorf zu Dorf zu ziehen, sodass auch die Menschen in den ländlichen Regionen davon erfahren. Zudem sollten wir nach neuen Methoden suchen, um Jugendliche, Kinder und Bedürftige zu erreichen. Schließlich ist es wichtig, dass die Menschen, deren Aufgabe es ist, das Evangelium zu verkünden, gegenüber ihren Mitmenschen ein Zeugnis ihres christlichen Glaubens abge-

ben, so wie es Jesus wollte. Pastoralzentren sollten dies auch mithilfe von Büchern und anderen Printmedien und einem entsprechenden Austausch derselben praktizieren, um die gesamte Mission zu erfüllen. Dies alles und sogar mehr sollten Pastoralzentren auch im Sinne der Sozialarbeit tun. Deshalb stellen wir in Zusammenarbeit mit der dafür zuständigen Caritas, die innerhalb der Diözese eine wichtige Rolle übernimmt, sicher, dass die Sozialarbeit und deren Herausforderungen immer unter Berücksichtigung der Evangelisierung durchgeführt werden.

*Magdalena Bogner:*

Ich möchte nun das Plenum einbeziehen und Herrn Müller-Boehr, den Anwalt des Publikums, bitten, uns die ersten Fragen vorzulegen.

*Thomas Müller-Boehr:*

An Sie, Herr Bischof Mazur, geht gleich eine etwas provozierende Frage aus dem Publikum: Ist das, was Sie gesagt haben, die Antwort auf die entstandene Lage – also: Wir machen das, was wir in der Pastoral schon immer gemacht haben, nur jetzt ein wenig intensiver. Außerdem gibt es drei Fragen zur Laienarbeit und zum Laienapostolat, auch an Pfarrer Schilling und Professor Hartmann: Woher kommen denn die Christen, die den ländlichen Raum in Zukunft gestalten? Wie bereiten wir Frauen und Männer für diesen Weltdienst vor? Ist dieser Weltdienst für Frauen und Männer in ländlichen Räumen überhaupt noch ein Anliegen der Amtskirche?

*Bischof Jerzy Mazur SVD:*

Jeder sollte diese Arbeit der Kirchenmission erfüllen, deren Teilaufgaben in den lokalen Kirchen bzw. in den Pfarrgemeinden organisiert und koordiniert werden. Es ist wichtig für uns, dies zu betonen. Eine Pfarrgemeinde sollte hierbei wie eine Gemeinschaft verschiedener Gemeinschaften gesehen werden, die jeweils ihr eigenes Charisma haben. In dieser Welt sollten Priester mit Laien zusammenarbeiten. Basierend auf einer fundierten Ausbildung aller Mitglieder dieser religiösen Bewe-



gungen und verschiedenen Gemeinschaften ist die Evangelisierung eine Aufgabe für alle. Vor allem müssen wir das Evangelium verkünden, Zeugnis abgeben und Sozialarbeit leisten. Dies setzt eine gute Zusammenarbeit der Priester mit den Laien voraus, wobei es sehr wichtig ist, dass diese sich ihrer Rolle und ihrer Mission innerhalb der Kirche bewusst sind. Papst Johannes Paul II. sagte, dass jeder dazu aufgerufen ist, heilig zu sein und an den Missionsaktivitäten im Rahmen der Evangelisierung mitzuwirken. Der Grundsatz der Kirche lautet, dass jeder gläubige Mensch auf dem Weg zur Heiligkeit davon erfährt und anderen das Evangelium durch Worte, Taten und Zeugnisse predigt. Diese Menschen, also gerade die Laien, erreichen somit Orte, die Priester niemals erreichen würden, was vor allem in ländlichen Regionen von größter Bedeutung ist.

*Prof. Dr. Richard Hartmann:*

Ich möchte direkt anschließen an das, was Sie, Bischof Mazur gesagt haben. Aus der deutschen Erfahrung heraus würde ich Ihren Optimismus ein wenig dämpfen, dass durch viele gute Materialien eine große Glaubenserneuerung in Gang kommt. Wenn in einem Land in den letzten 30 Jahren beispielsweise im sakramental-katechetischen Bereich neue Methoden ausprobiert und Materialien gedruckt wurden, dann garantiert bei uns in Deutschland. Der Ertrag diesbezüglich ist tatsächlich nur sehr begrenzt, weil es sehr viel auf das Zeugnis der einzelnen Menschen, der Frauen und Männer, die diese Begleitung machen, ankommt, und nicht so sehr auf die methodischen Materialien. Das ist wenigstens eine Erfahrung, die wir hier gemacht haben.

Daran hängt etwas zweites, nämlich auch eine deutsche Erfahrung: Die Caritas und die „Pastoral“ versuchen seit 20 Jahren, wieder näher zusammenzukommen. Das heißt also, die strukturelle Trennung der beiden Dienste und Funktionen der Kirche hat manche Frage der Glaubwürdigkeit hervorgerufen. Der gemeindlichen Praxis wird nicht mehr geglaubt, dass sie diakonisch bei den Menschen ist, und der Diakonie nicht mehr, dass sie noch gläubig geprägt ist. Das heißt also, dass dieses Verhältnis schwierig ist. Daher die Frage, die aus dem Publikum kam: Wo

finden wir die Menschen, die auf dem Land als Christinnen und Christen auch im Sinne des Welt- und Heildienstes tätig sind? Eine der wichtigen Aufgaben wird die Bewusstseinsbildung sein, und da knüpfe ich gerne an und unterstreiche, dass nämlich alle Christgläubigen merken, dass sie von der Taufe und der Firmung her berufen und gesendet sind und von daher den Dienst der Verkündigung in Zeugnis und Wort nicht an die Priester und andere Hauptamtliche wegdelegieren können. Umgekehrt muss ihnen dazu auch ein hohes Maß an Verantwortung und Eigenständigkeit zugesprochen werden, sodass sie auch bereit sind, sich in Fortbildungsmaßnahmen einzubringen. Es gibt gute Erfahrungen aus Frankreich und aus Deutschland, die wir teilweise auch im Rahmen der Förderung des Ehrenamtes neu machen. Aber dies wird nur dann zünden, wenn jeder auch weiß, dass wir mit unserer Eigenständigkeit in der Verantwortung dieser missionarischen Sendung ernst genommen werden.

*Pfarrer Jürgen Schilling:*

Ich kann im Grunde nur bestätigen und verstärken, was Professor Hartmann eben gesagt hat. Und das Interessante ist, dass wir offensichtlich eine ähnliche Problemstellung kennen. Der Weltdienst der Frauen und Männer umfasst eben nicht das Caritative auf der einen Seite und die Aufgabe der Verkündigung auf der Seite der Priester und Pfarrer, sondern jeder Christ und jede Christin ist zu beidem berufen. Das wollen auch wir als Evangelische Kirche seit jeher ernst nehmen, aber leider Gottes entdecken wir das in seinem umfassenden Anspruch und in seinen reichen Perspektiven erst jetzt wieder in einer Zeit, die uns vor besondere Herausforderungen stellt, in der wir plötzlich merken, dass in bestimmten Regionen die Zahl der Menschen zu wenige werden während die zu betreuende Fläche zu groß wird. Wir wollen eine glaubensstarke Kirche sein, und der Begriff des Leuchtfuers kam eben ins Spiel, was auf evangelischer Seite nicht nur als positiv betrachtet wird. Aber das kann man auch nur, wenn man die Situation ernst nimmt. Und die Situation veranlasst uns zu sagen, ja, wir sind Kirche in dieser Welt, ob nun mit dem Amt des geweihten bzw. ordinierten Pfarrers oder mit dem Gemeindemitglied, das die Aufgabe der Weitergabe des Gotteswortes neben seinem weltlichen Beruf übernommen hat. Die, die in den Kir-

chengemeinden Dienst tun, sollen nicht nur die Hilfsdienste des Pfarrers übernehmen, sondern sie dürfen selbst nach dem schauen, was Gott ihnen als Auftrag ins Herz legt.

Die öffentliche Hand macht das im Blick auf ihre Aufgaben übrigens ähnlich, nur spricht sie vom bürgerschaftlichen Engagement. Wir sprechen vom Ehren- bzw. Laienamt. Dabei steht Kirche in der Aufgabe, sensibel zu schauen, wer was kann und wozu er bzw. sie sich berufen fühlt. Anschließend gilt es, dann auch wirklich Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement zu schaffen, mit klarer Kompetenzzuweisung, nicht als Lückenbüßer für den institutionellen Rückzug, sondern basierend auf Wertschätzung, entsprechend angebotenen Fortbildungen, und allem, was dazu gehört.

*Magdalena Bogner:*

Es kann also letztlich nicht mehr um die Frage gehen, was den Laien erlaubt, sondern was ihnen zu ermöglichen ist. Herr Müller-Boehr hat noch weitere Fragen aus dem Publikum.

*Thomas Müller-Boehr:*

Mir liegen zwei Fragen zum Stichwort „Ökumene“ vor, zunächst an Schwester Margaret: Gibt es eine diakonische Zusammenarbeit mit der orthodoxen Kirche in der Ukraine? Die zweite Frage richtet sich an Pfarrer Schilling und an Professor Hartmann: Es wurde angesichts der Herausforderung im ländlichen Raum von der Notwendigkeit gesprochen, das Kirchturmdenken zu überwinden. Welche Potenziale und welche Möglichkeiten gibt es aus Ihrer Sicht, dass die beiden großen Kirchen in Deutschland ganz konkret künftig stärker zusammenarbeiten, beziehungsweise wo gibt es diese Zusammenarbeit schon jetzt.

*Schwester Margaret Hutnyk:*

Sicher gibt es in der Ukraine eine solche Zusammenarbeit zwischen der orthodoxen und der griechisch-katholischen Kirche. Bei der Inthroni-

sation unseres Patriarchen waren alle drei orthodoxen Kirchen vertreten, was man als ökumenisches Zeugnis begreifen kann, und im August fand ein Treffen mit Vertretern der orthodoxen Kirche statt, bei dem es um die Zusammenarbeit in Bezug auf die soziale Arbeit ging.

*Pfarrer Jürgen Schilling:*

Ich selbst war zwölf Jahre lang Pfarrer in Gotha, in jener Stadt, in der die 1. Land-Kirchen-Konferenz der EKD stattgefunden hat. Es handelt sich um eine Stadt mit etwa 45.000 Einwohnern, in der die Kirchlichkeit mit weniger als 13 Prozent evangelischen und katholischen Gläubigen unter dem städtischen Durchschnitt der neuen deutschen Bundesländer liegt. Mit anderen Worten: Über 85 Prozent gehören keiner Konfession an. Bei aller Unterschiedlichkeit von katholischer Pfarrgemeinde einerseits und evangelischer Stadtkirchengemeinde andererseits ist es nicht sinnvoll, sich in Gegensätzlichkeit zu üben und die Unterschiedlichkeit zu betonen. Viel wichtiger und auch eindrücklicher sind die gemeinsamen Begegnungspunkte, die in ökumenischer Freiheit gemeinsam gestaltet worden sind. Im Jahreskreis sind das bereits feste Orte mit z.T. langer Tradition, wie beispielsweise der Pfingstmontag als ökumenischer Gottesdienst, die gemeinsam gestaltete Woche des ausländischen Mitbürgers oder auch die Friedensdekade als ökumenische Veranstaltung. Zugleich erfolgen gegenseitige Einladungen zum ökumenischen Radegunde-Treffen auf der nahegelegenen Mühlburg oder zum Augustinerball im Gemeindesaal der evangelischen Stadtkirchengemeinde. Sie sehen, an der Basis bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, um miteinander dem Christsein Gestalt zu verleihen und gemeinsam zu zeigen, dass wir als Christen in dieser Stadt leben und diese auch als solche prägen. Es steht gar nicht so sehr in Frage, ob wir das gemeinsam können, sondern es geschieht bereits.

*Prof. Dr. Richard Hartmann:*

Und dass es geschieht, ist ja eigentlich noch in viel umfassenderer Weise in der „Charta Oecumenica“ als gemeinsamer Erklärung grundgelegt. Ich würde mir im ökumenischen Kontext wünschen, dass all das, was

dort als Ermöglichung inbegriffen ist, in der Praxis auch durchgeführt wird – allerdings sieht das ganz unterschiedlich aus. Oftmals hängt es vor Ort von den Personen ab, die es initiieren, tragen oder zulassen.

Es gibt eine zweite Beobachtung, die, wie ich vermute, zu Ihrer Wahrnehmung in Gotha passt: Je mehr die Christinnen und Christen gesellschaftlich eine Minderheit werden, desto stärker ist auch die Einsicht in die Notwendigkeit ökumenischer Zusammenarbeit. Und eine weitere Beobachtung: Je mehr die Konfessionen untereinander in einem großen Ungleichgewicht sind, desto mehr ist eine Abgrenzung vorhanden, weil die eine vor der anderen Angst hat, verschluckt zu werden; bis hin zu Diskussionen, wie es dann ist, wenn an einem Ort sonntags kein Gottesdienst ist, ob dann die restlichen Katholiken eventuell, wenn sie es nicht schaffen, zu einer Eucharistiefeier ins Zentrum eines Pastoralverbundes zu gehen, zu den Evangelischen gehen dürfen, oder ob das dann auf einmal schon wieder ganz schwierig wird. Die „Charta Oecumenica“ müsste hier mehr und mehr zur Grundlage unseres gemeinsamen Arbeitens werden. Sie scheint aber an vielen Orten vergessen zu sein.

*Magdalena Bogner:*

Oder überhaupt gar nicht bekannt geworden zu sein, was sicherlich auch festzustellen ist.

*Thomas Müller-Boehr:*

Eine weitere Frage geht an Professor Hartmann: Wo liegt im geforderten Wandel der Pastoral künftig die Bedeutung der herkömmlichen Pfarrei und der Diözese unter dem Bischof als Nachfolger der Apostel? Außerdem eine Frage an Professor Hartmann und Pfarrer Schilling gemeinsam: Was können wir von den Partnern in Osteuropa lernen, die vielfach die Betreuung in der Fläche nicht leisten können? Fließen deren Erfahrungen in die Reformüberlegungen in Deutschland ein?

*Prof. Dr. Richard Hartmann:*

Im Rahmen der pastoralen Strukturveränderung in Deutschland – und ich denke auch weltweit – muss die Gewichtung der Diözese als Ortskirche unter dem Bischof größer und nicht kleiner werden. Das heißt also: Es ist viel wichtiger zu erkennen, dass es nicht darum geht, die Diözese als ein Additiv von tausend „Kirchturmherrlichkeiten“ zu verstehen, sondern dass die Pfarrei vor Ort tatsächlich Ausfluss des gemeinsamen Dienstes unter der apostolischen Leitung des Bischofs innerhalb einer Diözese ist, die sich dann an verschiedenen Orten sowohl territorial als auch personal orientiert. Das zeigt sich im Moment an sehr vielen Orten. Vor einiger Zeit hat der Vorsitzende der Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Franz-Josef Bode von Osnabrück, in dieser Hinsicht Stellung bezogen. Also von daher kurz gefasst: die Diözese ist unbedingt notwendig, die Pfarrei wird relativ.

Vom weltkirchlichen Recht ist es anders geordnet und hängt sehr von den Möglichkeiten vor Ort ab. Meine Beobachtung ist, dass im vergleichenden Arbeiten in der Pastoral der Blick nach Mittel- und Osteuropa noch nicht ausgeprägt ist und die deutsche Kirche und auch die Pastoraltheologie, also mein eigenes Fach, in ihrer Selbstzufriedenheit den Blick in andere Länder noch nicht ausreichend gewagt haben. Von daher war ich auch in Bezug auf diesen Kongress sehr neugierig und interessiert und habe den Eindruck gewonnen, dass wir noch zu lernen haben, auch in Richtung einer bestimmten Gelassenheit gegenüber dieser Vorstellung, was hierzulande alles durch Strukturen und Finanzen geregelt werden kann. Hinzu kommt auch ein neues Lernen von Gläubigkeit, dass Gott nämlich gegenwärtig ist, auch unter anderen Bedingungen, als wir uns das gemeinhin so vorstellen. Aber wir brauchen diesbezüglich noch mehr Austausch.

*Pfarrer Jürgen Schilling:*

Ich möchte hier anschließen, wobei ich im Grunde das aufnehme, was ich bereits ausgeführt habe. Ich meine, in dem Moment, wo Kirche nicht mehr flächendeckend präsent sein kann, wo sie keine flächendeckende Struktur vorhält, dann gelingt es ihr dennoch, was ihr einer und eigentli-

cher Auftrag ist, nämlich Trost und Zuspruch, Orientierung und Anspruch, Halt und Begleitung dem Einzelnen zu spenden, den Menschen, die ihr „vor die Füße gelegt“ worden sind. Das Interessante am Gleichnis vom barmherzigen Samariter besteht m.E. darin, dass der Samariter nicht nach dem Nächsten suchen muss, sondern dieser ihm gezeigt wird. Das scheint mir ein Gleichnis auch für zu findende, zukünftige kirchliche Strukturen. Die Achtung der Würde des Einzelnen wird uns dabei helfen, angemessene Formen kirchlicher Präsenz auch in ganz peripheren Regionen zu finden.

Einen zweiten Aspekt hat bereits Professor Hartmann angesprochen: Man braucht schlicht und einfach Gottvertrauen in dieser Welt, um Kirche zu sein. Und wir als Kirchen und Menschen in Mitteleuropa, die wir sowohl reich an Geld als auch an Möglichkeiten als auch an wunderschönen Gebäuden und vielem mehr sind, wir geraten m.E. zu schnell ins Klagen. Pfarrer Seiffert zeigte uns gestern im Arbeitskreis ein Glas und sagte, dass es halbvoll, aber nie halbleer sei. Das ist ein sehr profanes Bild, darf aber dennoch auch als Gleichnis für eine christliche Weltperspektive gelten. Es geht also um Gottvertrauen. Ich muss keine Angst haben, was uns alles noch genommen wird, sondern ich darf vertrauensvoll und gespannt darauf sein, wohin uns der Herr in Zukunft führt. Das wird dann auch die für unsere Zeit richtige Kirche sein.

Und drittens dann eher etwas Praktisches: Die Zellen des Glaubens, die in der Diaspora einfach unabdingbar sind, brauchen auch wir hier in Deutschland. Als evangelische Kirche haben wir gerade ein Programm von Glaubenskursen aufgelegt. Es beinhaltet verschiedene Möglichkeiten, wie wir diese Zellen stärken können und wie sich einzelne hierfür auch ausbilden können.

*Prof. Dr. Richard Hartmann:*

Ich will noch einen Satz ergänzen: Natürlich gibt es auch Lernerfahrungen. Eine der beispielhaftesten, die in Deutschland eine Rolle spielt, ist das Lernen von den kleinen christlichen Gemeinschaften, wie sie in Afrika und Asien verstärkt am Wachsen sind.

*Magdalena Bogner:*

Glauben Sie, Schwester Margaret, dass es das ist, was wir in Deutschland lernen können, oder würden Sie uns vielleicht noch etwas anderes sagen, worauf wir auch achten sollten und das wir von Ihnen lernen könnten?

*Schwester Margaret Hutnyk:*

Ich meine, dass wir voneinander lernen können. Wir können von euch lernen, wie man die Kirche strukturieren kann. Und ganz wahrscheinlich kann man von uns lernen, wie die Kirche in ihren gegenwärtigen Zuständen leben kann. Meine Meinung ist: Hauptsache Christen. Ich glaube auch, wie meine beiden Vorredner, dass wir viel klagen. Wenn zum Beispiel die Geistlichen so leben, dann können wir das auch von den Leuten erwarten. Ich zum Beispiel lebe nach dem Prinzip „Sucht zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit und alles andere wird euch gegeben“. Und auch ich kann nur den Satz wiederholen, den bereits Jesus zu allen gesagt hat „Seid vollkommen“. Jesus sagt zu allen Leuten, sie sollen vollkommen sein und auch lernen, vollkommen zu sein. Die Kirche hat die große Chance, dem Menschen sein Zeugnis und ein Leben nach diesem Zeugnis zu zeigen.

*Magdalena Bogner:*

Herr Bischof Mazur, was wäre von Ihrer Perspektive aus vielleicht noch von uns aufzugreifen?

*Bischof Jerzy Mazur SVD:*

Jedesmal, wenn wir Ansichten, Ideen und andere Dinge im Geiste des Dialogs austauschen, werden wir reicher. Die Kirche in Deutschland hat Erfahrung bezüglich des Austausches mit der polnischen, weißrussischen, ukrainischen, russischen Kirche und vielen mehr. Aber auch die Kirchen in diesen Ländern werden dadurch reicher und können ihre Erfahrungen austauschen, da sie selbst in vielerlei Hinsicht reich sind. Sich auszutauschen und in die gleiche Richtung zu blicken, kann



die Welt reicher machen. Ich stellte das gleiche fest, als ich in Weißrussland oder Russland war, um Gespräche mit der orthodoxen Kirche zu führen. Diese liefen im Sinne von „Ihr könnt uns helfen, bessere Katholiken zu sein, und wir helfen euch, bessere Orthodoxe zu sein“ ab. Dies gilt natürlich auch für die protestantischen Kirchen. Bei jedem Kongress wie diesem, zu dem die Menschen aus West und Ost anreisen, kommen wir zusammen und tauschen unsere kirchlichen Erfahrungen im Geiste des Dialogs aus und bereichern uns somit gegenseitig.

*Magdalena Bogner:*

Vielen Dank auch für die Einführung des Begriffs „Dialog“, der ja immer eine verändernde Kraft in sich birgt. Da wir uns gerade in diesem befinden, möchte ich an dieser Stelle nochmals den Dialog mit dem Publikum eröffnen.

*Thomas Müller-Boehr:*

Es liegt eine sehr interessante Bemerkung beziehungsweise Frage zu den Stichworten „Bildung“ und „Ausbildung“ in unserem Zusammenhang vor: Unsere Diskussion zeigt: Wir bessern in den Umbrüchen, die wir diskutieren, häufig nach und laufen den Entwicklungen hinterher. Die Frage an alle vier Teilnehmer lautet: Was tut die Kirche vorausschauend für die Erstausbildung junger Priester und anderer hauptamtlich in der Pastoral Tätigen und wie tut sie es? Eine weitere Frage geht an unsere Partner aus Polen und der Ukraine: Gibt es in Ihrer Diözese oder in Ihrem Land so etwas wie eine strukturell verankerte kirchliche Laienbildung, die vergleichbar ist mit den katholischen Landvolkhochschulen in Deutschland?

*Magdalena Bogner:*

Ich gebe zunächst die Begriffe „Bildung“ und „Ausbildung“, gerade auch der Priester, an das Podium weiter.

*Prof. Dr. Richard Hartmann:*

So wie ich es beobachten kann, ist die Ausbildungslage im Sinne dessen, was die Diözesen, die Theologischen Fakultäten und auch die Pastoral-kurse anbelangt, in vielen Dingen besser denn je. Es gibt, was die Pries-terausbildung in Deutschland anbelangt, allerdings zwei Problemstel-lungen, die auch die Frage der gemeinsamen Ausbildung von Priestern und Laientheologinnen und -theologen betreffen:

- Erstens haben wir dadurch, dass die Zahlen der Priester und Priester-amskandidaten so niedrig sind, oftmals in den Seminaren viel zu kleine Lerngruppen, sodass sich gegenseitige Prägung, Beeinflussung, Diskussion und das Miteinander-Lernen zwischen Laien und Pries-tern zu wenig einspielen können. Von daher besteht trotz anderer in-haltlicher Ausrichtung auch die Gefährdung einer Isolation. Zumin-dest nehme ich dies so wahr, da ich selbst Berater in der Kommission IV der Bischofskonferenz bin, die sich mit solchen Fragen auseinan-dersetzt. Da aber jede Diözese diesbezüglich eigenständig handelt, fehlen die notwendigen Anpassungen.
- Zweitens lernt jemand nur das, was anknüpfbar ist an seine mitge-brachten Vorerfahrungen und an seine eigene persönliche Reifung. In diesem Sinn müssen wir auch wahrnehmen, dass die wenigen Stu-dierenden der Theologie – und auch bei den Laien sind es wesentlich weniger geworden – aus enger geführten Zusammenhängen stam-men. Von daher braucht auch die Öffnung hin zu einer pastoralen Praxis, wie wir sie heute nötig haben, einen längeren Anlauf und be-darf eines längeren Weges. Vieles an Veränderung und pastoraler Prägung geschieht dann erst in der Praxis, wenn es denn überhaupt geschieht.

*Bischof Jerzy Mazur SVD:*

Was die Priesterausbildung in der Diözese Elżanica anbelangt, werden die Seminaristen von jungen Menschen in den Seminaren der Diözese in-formiert und lernen somit die Probleme der Diözese hautnah kennen. Bei uns gibt es 59 Seminaristen, und letztes Jahr entschied ich mich, den Moderatoren des Seminars mehr Zeit einzuräumen. Die Semina-

risten durchlaufen in ihrem ersten Semester verschiedene Einsatzorte. Im zweiten Semester kommen alle dann im Seminar zusammen. Aber ich schicke Priester zu ihrer weiterführenden Ausbildung auch an andere Universitäten beispielsweise in Polen oder Österreich bzw. nach Rom. Ich erwähnte bereits die großen Schwierigkeiten und die Krisen innerhalb von Familien. Ich entschloss mich daher, Priester speziell für diese Pastoralarbeit abzustellen. Ebenso vermitteln wir in den Seminaren, wie die Studenten während ihrer Arbeit an verschiedenen Orten in den ländlichen Regionen auch mit religiösen Bewegungen zusammenarbeiten.

*Magdalena Bogner:*

Schwester Margaret und Bischof Mazur: Gibt es bei Ihnen eine strukturell verankerte Laienarbeit oder ähnliches, gerade auch in den ländlichen Gebieten, ähnlich wie es hier in Deutschland eine katholische Landvolkbewegung gibt?

*Schwester Margaret Hutnyk:*

Die ukrainische katholische Universität macht diesbezüglich viel, etwa durch die Ausbildung von Laien bis hin zur Leitung verschiedener kirchlicher Kommissionen durch Laien. Außerdem gibt es Seminare und Kurse für Laien, in denen sie ihren Glauben vertiefen können. In der Ukraine sind im Moment wahrscheinlich noch mehr Priester als Laien in der Kirche tätig, aber dies verändert sich langsam.

*Bischof Jerzy Mazur SVD:*

Als ich in Weißrussland arbeitete, halfen mir meine Erfahrung in Ghana, weil Laien in Afrika wesentlich mehr in die Evangelisierung involviert sind und auch Sozialarbeit in der Kirche leisten. Ich begann damit im Jahr 1992, und im gleichen Jahr eröffnete die katechetische Hochschule. Man muss den Laien einfach nur Informationen zur Verfügung stellen und die Perspektive geben, dass sie mit Priestern und Ordensschwestern kooperieren werden.

Insbesondere im Osten müssen wir die Laien gut ausbilden. Wenn die Ausbildung mangelhaft ist, so wird auch die künftige Zusammenarbeit schlecht sein. Ebenso handelte ich in Irkutsk in Sibirien, wo ich über fünf Jahre hinweg die katechetischen Kurse mit aufgebaut habe. Auch in unserer Diözese Elĳ führen wir die bibelbezogene, pastorale und soziale Arbeit zusammen mit den Laien aus. Wie bereits erwähnt, beschäftigt unsere Caritas 350 Personen – die meisten von ihnen sind Laien – und wir bereiten deren Ausbildung vor. Bei uns gibt es eine Zusammenarbeit mit der Caritas in jeder Pfarrgemeinde. Wir wollen, dass unsere Pfarrgemeinden Vereinigungen von Gemeinschaften werden und unsere Priester die Gesamtorganisation zusammen mit den Laien durchführen. Diese Zusammenarbeit ist die Zukunft der Kirche, dafür sollten wir alles tun.

*Thomas Müller-Boehr:*

Abschließend noch eine Frage zu dem sehr wichtigen Stichwort der Migration, die im Zusammenhang mit den Umbrüchen im ländlichen Raum steht; hierzu werden noch einmal Schwester Margaret und Bischof Mazur um eine Antwort gebeten. Viele junge Leute, auch Mütter oder Väter, gehen aus den ländlichen Räumen in Mittel- und Osteuropa ins Ausland, um eine bessere Arbeit zu suchen. Wie antwortet die Kirche in Ihren Ländern auf diese Herausforderung an Diakonie und Pastoral?

*Schwester Margaret Hutnyk:*

Ich habe schon erwähnt, dass unsere Kirche bezüglich der Migrationsproblematik sehr aktiv ist. In unseren Dörfern ist es leider häufig so, dass die Hälfte des Dorfes immigriert ist. Es gibt also viele Leute, die zum Beispiel befristet in Russland oder in Polen arbeiten und dann wieder nach Hause kommen. Sicher gibt es auch Fälle, wo ganze Familien ausgewandert sind. So ging beispielsweise meine Schwester mit ihrer ganzen Familie nach Portugal, sie möchten aber wieder zurückkehren. Schwierig sind auch die Fälle, in denen die Kinder bei ihren Großeltern aufwachsen: Sie erhalten Geld von ihren Eltern aus dem Ausland

geschickt und können damit oft nicht umgehen, und die Großeltern sind dann ziemlich hilflos.<sup>6</sup>

Die Kirche versucht, durch Beratung zu helfen, besonders damit die Kinder nicht auf die Straße geraten. Aber uns sind die Hände gebunden, wenn Eltern die Kinder ins Ausland mitnehmen. Ich hatte die Schule in Athen erwähnt; ähnliches gibt es auch in anderen Ländern. Generell ist es der Kirche aber unmöglich, alle Probleme zu lösen.

*Bischof Jerzy Mazur SVD:*

In Polen und auch in meiner Diözese wird die Zuwanderung ein immer größeres Problem. Väter gehen zum Arbeiten ins Ausland und Mütter bleiben zuhause bei den Kindern. Dadurch entstehen Probleme, und durch die lange Abwesenheit kommt es häufig zu Scheidungen. Das größere Problem ist jedoch, wenn Vater und Mutter ins Ausland gehen und die Kinder zuhause bei ihren Großvätern und -müttern bleiben. Manchmal nennen wir sie „Senioren-Waisen“ – die Rolle der Eltern übernehmen Senioren, die Kinder werden quasi dennoch zu Waisen.

---

<sup>6</sup> Vgl. dazu auch Barbara Dreiling: Zerrissene Familien – Migrationsfolgen in der Ukraine und Versuche zur Hilfe. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 14 (2013), H. 1, S. 35-42.



Kirche und Schule stellen sich diesem Problem, aber es ist sehr schwierig, solchen Kindern zu helfen. Man kann ihnen einen Platz in einer der Gemeinschaften oder religiösen Bewegungen der Kirche geben, jedoch müssen sich die Pfarrer, die Caritas und andere engagierte Menschen dann auch um sie kümmern. Es gehen auch viele junge Erwachsene ins Ausland, weil es bei uns in Nordostpolen kaum Arbeitsmöglichkeiten gibt. Wir versuchen ihnen im Rahmen der Katechese mitzugeben, dass sie auf keinen Fall ihre christliche Identität verlieren dürfen. Den Glauben und die christliche Identität sollten diese jungen Menschen auch mit anderen Menschen in Deutschland und anderen Ländern teilen. Aber es ist schwierig, ihnen das beizubringen. Die Kirche in Polen hat in den letzten Jahren Priester zur pastoralen Seelsorge nach England, Irland, Deutschland und Belgien gesandt, um die dortigen großen polnischen Gemeinden zu betreuen. Aber nicht alle dort lebenden Polen werden kommen, da viele wegen des Geldes ins Ausland gehen und manchmal ihr spirituelles Leben ganz ausblenden. Sie kommen aber wieder zurück in ihr Heimatland, denn im Gegensatz zu früher, als die Polen für immer in die USA gingen, dauert Migration heute nicht mehr ein ganzes Leben lang.

*Magdalena Bogner:*

Herzlichen Dank, Herr Bischof. Wir sind am Ende dieses Podiumsgesprächs und somit fast am Ende des Kongresses angekommen, den Pater Dartmann gleich beschließen wird. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre aktive Teilnahme an unseren Gesprächen heute Vormittag und an allen Überlegungen zu unseren pastoralen Aktivitäten, die, so nehme ich es wahr, eigentlich jetzt erst so richtig weitergehen könnten. Ich danke allen Podiumsteilnehmern und möchte schließen mit einem Wort der französischen Arbeitermystikerin Madeleine Delbrêl, das mir den ganzen Vormittag nicht aus dem Kopf gegangen ist: Es geht uns allen, wo immer wir mit besonderen oder allgemeinen Aufgaben in unserer Kirche in Europa als Getaufte und Gefirmte tätig sind, darum, „Gott einen Ort in dieser Welt zu sichern“, in uns selbst und unter den Menschen. Dafür wünsche ich uns allen die guten Gaben des Himmels und Ihnen allen weiterhin einen guten Weg.

### **III. Berichte aus den Arbeitskreisen**





## **Fünf Millionen Ukrainer im Ausland: Migration und Strukturwandel in der Ukraine – Fakten und Folgen**

Referenten: Dr. Larysa Kalachevska, Sumy  
Hryhoriy Seleshchuk, Lviv

Moderation: Claudia Gawrich, Freising

„Wenn alle aus dem Ausland heimkehren und man dann die Grenzen abschließt“, so scherzt das Pfarrerehepaar, „dann – aber erst dann – wird sich die Ukraine ändern. Denn wer einmal im Ausland gelebt hat, der kann sich nach seiner Rückkehr unmöglich mit den ukrainischen Lebensumständen abfinden.“ So schrieb Friederike Weede in ihrem Erfahrungsbericht zum Renovabis-Exposure- und Dialog-Programm „Migration und Entwicklung“ in der Ukraine im September 2010<sup>1</sup> und skizzierte damit das Grundproblem der Ukraine, die im weltweiten Migrations-Ranking den fünften Platz einnimmt.

Nach Aussage von *Hryhoriy Seleshchuk*, Mitarbeiter der Migrationskommission der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche, leben und arbeiten etwa 4,5 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer im Ausland, und zwar vor allem in Russland (2,0 Millionen) und in Ländern der Europäischen Union (1,7 Millionen). Ein Blick auf die Herkunftsregionen zeigt, dass die Migranten mit jeweils etwa 50 Prozent gleichermaßen aus Städten und aus ländlichen Regionen kommen. Von den knapp 46 Millionen Ukrainern wohnen derzeit 31,4 Prozent in

---

1 Dieses Programm wurde vom 17.-26. September 2010 durchgeführt. Zur Dokumentation vgl. Exposure- und Dialogprogramme e. V.: Einblicke, Nr. 6, Dezember 2010.

ländlichen Regionen; vor zwanzig Jahren lag die Zahl noch deutlich höher. Dr. *Larysa Kalachevska* erinnerte im Anschluss an ihren Vortrag<sup>2</sup> daran, dass seit 1989 in allen Regionen der Ukraine vor allem aufgrund von Migration und demografischem Wandel ein deutlicher Rückgang der Landbevölkerung zu verzeichnen ist. Am stärksten betroffen ist der Nordosten der Ukraine. Beispielsweise wurde für den Oblast Tschernihiv von 1989 bis 2010 ein Bevölkerungsverlust von 36,7 Prozent festgestellt.

Rücküberweisungen der im Ausland tätigen Migranten in die Ukraine sind ein wirtschaftlich bedeutender Faktor: Das jährliche Bruttoinlandsprodukt des Landes beträgt 95,34 Milliarden Euro, die Rücküberweisungen belaufen sich auf etwa 20 Milliarden Euro. Im ländlichen Raum übersteigen die Transferleistungen sogar das Bruttoinlandsprodukt. Die Landwirtschaft hat einen Anteil von 8 Prozent oder 7,62 Milliarden Euro am Bruttoinlandsprodukt, die Hälfte der Rückzahlungen – also 10 Milliarden Euro – fließen in den ländlichen Raum. Die Familien setzen den größten Teil der Einnahmen für laufende Haushaltskosten, Konsum und Renovierungen ein. Investitionen werden kaum getätigt; die durch die Migration bedingten Entwicklungseffekte sind bisher eher gering.

Viele Migranten und ihre Familien zahlen einen hohen persönlichen Preis für die ökonomische Besserstellung: Kinder bleiben bei Großeltern, Geschwistern oder einem Elternteil zurück, die Zahl der Sozialwaisen ist hoch, viele Familien zerbrechen an den Belastungen der Trennung. Die meisten ukrainischen Migranten müssen im Ausland deutlich unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten. 35 Prozent haben einen höheren Schul- oder Studienabschluss, 30 Prozent eine technische Ausbildung, die sie nicht adäquat nutzen können. Die meisten Migranten verrichten auf Baustellen, in Haushalten oder der Pflege schwere Arbeiten mit langen Arbeitszeiten. Viele Migranten haben gesundheitliche Probleme, sind aber weder sozial- noch krankenversichert, sodass sie sich Arztbesuche nicht leisten können. Da sich die Mehrzahl ohne

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu oben S. 149.

Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnis im Ausland aufhält, verschärfen sich die Probleme erheblich.

Migration hat aber auch positive Effekte. Hryhoriy Seleshchuk benannte vor allem den Import von Fachkenntnissen und Werten in die Ukraine, z. B. die „Euro-Konstruktion“ – Bauen nach westeuropäischen Standards, Anbaumethoden in der Landwirtschaft, finanzielle Absicherung oder internationale Geschäftskontakte. Nach Beobachtungen von Dr. Larysa Kalachevska leisten im Ausland ausgebildete junge Akademiker nach ihrer Rückkehr gute Beiträge zur Entwicklung ihres Umfelds. Allerdings gibt es, wie sie noch einmal betonte, seitens des Staates bisher keine Impulse zur Förderung des ländlichen Raumes. Zwar hat die ukrainische Regierung ein Konzept zur ländlichen Entwicklung vorgelegt, aber eine Umsetzung ist derzeit nicht zu erwarten. Von staatlichen Programmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze profitiert der ländliche Raum ebenfalls kaum: Diese sind auf größere Betriebe ausgerichtet, die sich vor allem in den Städten finden.

Abschließend diskutierten die Teilnehmer/innen des Arbeitskreises im Rahmen einer „Fish-Bowl“-Diskussion Herausforderungen und Konzepte für die Sektoren Bildung und Ausbildung, Pastoral, Soziales und Politik. Da mit einer wirksamen Unterstützung des Staates auf längere Sicht nicht zu rechnen ist, wurde betont, dass vor allem die Selbstorganisation der Menschen auf dem Land unterstützt werden müsste. Die Kirche, die bereits vor Ort tätig ist, gute Kenntnisse und das Vertrauen der Menschen hat, sollte dazu Impulse geben und die Prozesse zur Entwicklung einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ begleiten.

*Claudia Gawrich, Freising*

## Land(wirt-)schaftliche Entwicklungsprozesse in Deutschland am Beispiel Bayerns

Referenten: Josef Rottenaicher, Halsbach  
Prof. Dr. Otmar Seibert, Weihenstephan-Triesdorf  
Abt Beda Sonnenberg OSB, Plankstetten

Moderation: Dipl.-Ing. (FH) Andreas Brinker, Oesede

Nach der Begrüßung durch den Moderator Herrn Brinker von der Katholischen Landvolkhochschule Oesede aus Niedersachsen haben die Teilnehmenden zunächst die Möglichkeit erhalten, sich kurz vorzustellen und ihre Motive zum Besuch dieses Arbeitskreises vorzutragen. Im Anschluss daran brachten die drei Experten ihren Impuls ein:

- *Abt Beda Sonnenberg* von Kloster Plankstetten stellte den dortigen, ökologisch geführten Demonstrationsbetrieb vor. Unter dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit wird eine Landwirtschaft betrieben, welche auf Regionalität ausgerichtet ist, zugleich aber auch bewusst nicht als autark eingeordnet werden kann.
- *Josef Rottenaicher*, Landwirt und Mitglied des ZdK, brachte den Zuhörern das Selbstverständnis der Katholischen Landvolkbewegung (KLB) näher. Die KLB wirbt für ein Leitbild, welches ökonomische, ökologische und soziale Ziele in ganzheitlicher Sicht anstrebt.
- Als Wissenschaftler bot *Prof. Dr. Otmar Seibert* von der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf fundierte Fakten aus der deutschen und insbesondere der bayrischen Landwirtschaft. Er machte den deutschen wie internationalen Teilnehmern die relativ untergeordnete wirtschaftliche Bedeutung der reinen Landwirtschaft in Deutschland klar (weniger als 1 Prozent der jeweiligen Wirtschaftsleistung)

und benannte die Erwartungen der 82 Millionen deutschen Konsumenten an die Landwirte mit folgenden Attributen: „Bitte satt produzieren, regional, qualitativ höchstwertig, verbunden mit kostenlosen Umweltleistungen.“ In Bayern sind 85 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe an eine zusätzliche Einkommensquelle gekoppelt; in einem Drittel der Betriebe seien es „unternehmerische Diversifizierer“, d. h. es handelt sich um landwirtschaftsnahe Erwerbssalternativen (Direktvermarktung, Agrartourismus, Energieproduktion usw.). Dem zuwider laufe oftmals die derzeitige Förderpolitik der EU mit der ausgeprägten Ausstattung der so genannten „Ersten Säule“; der Experte regte daher neue Förderkonzepte mit einem stärkeren Regionalbezug an.

In der folgenden Aussprache mahnte Professor Seibert ein anderes Verständnis von Regionen an und brachte ein stärkeres Regionalmanagement in die Diskussion ein. Insbesondere müsse die junge Generation eine stärkere Bindung an die Region über Bildung und Qualifizierung erhalten. Für die künftige Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik muss zwischen zwei Varianten abgewogen werden, mehr Steuerung oder mehr Wettbewerb. Im Arbeitskreis waren die Meinungen dazu, teilweise auch aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten in den Heimatländern der Teilnehmenden, geteilt. Relative Einigkeit gab es bei den Aussagen, dass höhere Bildung bzw. Qualifikation in allen Regionen von hoher Bedeutung sind, aber auch in Deutschland die hochqualifizierten Personen oftmals keine Arbeit in der ländlichen Region finden.

Kann die Kombination von außerlandwirtschaftlicher Beschäftigung und Hoffortführung im Nebenerwerb eine Alternative sein? Ja, sie kann; aber im Zuge des nächsten Generationswechsels stehen die Zeichen dann oft, auch in Bayern, doch auf Aufgabe des Hofes. In seinem Schlussstatement machte Josef Rottenaicher klar, dass es für den ländlichen Raum möglichst viele Bauern(-höfe) um der Menschen willen geben möge. Viele Bauern mit ihrer vielschichtigen Ausrichtung seien auch um der Schöpfung willen erforderlich. Abt Sonnenberg wünschte sich bei den Landwirten weitere Zusammenschlüsse und mehr gegen-

seitige Hilfe. Er mahnte verstärktes kreatives Denken bei den Landwirten und damit eine Abkehr vom bisherigen Subventionsdenken an. Einig waren sich die Arbeitskreisteilnehmenden, dass sich die Landwirtschaften in allen Ländern auch künftig weiter entwickeln werden und darin sowohl Chancen als auch Risiken zu sehen seien.

*Dipl.-Ing. (FH) Andreas Brinker, Oesede*



## Folgen des Strukturwandels für die Identität der Menschen

Referenten: András Koncz, Budapest  
Teresa Kudyba, Opole  
Don Ante Luburić, Mostar

Moderation: Dr. Monika Kleck, Freising

Nach einer kurzen Vorstellung der Gäste und einer Einführung in das Thema durch verschiedene Definitionen des Begriffes Identität wurde die Problemstellung in einer Übung vertieft. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer überlegten in mehreren Runden, wie ihre Identität im Hinblick auf Familie, Wohnort, Kultur und Nation aussieht. Sie tauschten sich darüber mit den anderen aus. Es wurde klar, dass die Identität sich aus verschiedenen Bausteinen zusammensetzt und sich im Laufe des Lebens verändert.

Anschließend fassten die drei Sprecher ihre Schlaglichter<sup>3</sup> noch einmal zusammen und erläuterten die Bedeutung der Sachlage für die Identität der Menschen. So war zum Beispiel die Umsiedlung der Menschen während des Krieges in Bosnien und Herzegowina vom Neretvatal in die Berge ein Kulturschock und dieser Schock bewirkte eine Veränderung im Identitätsgefühl. In Oberschlesien wurden die Identifizierung und damit auch ein Aspekt der Identität mit der Region dadurch erschwert, dass diese Landschaft verwaltungstechnisch zweigeteilt ist.

---

3 Die Experten dieses Arbeitskreises hatten die Schlaglichter zu Beginn des Kongresses vorge-  
tragen, vgl. dazu oben S. 67–83.

Im letzten Schritt teilten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in drei Gruppen auf. Mit den Sprechern, die jeweils eine Gruppe leiteten, wurden die Aspekte der religiös-nationalen Identität (*Don Ante Luburi*), der sozialen Identität (*Teresa Kudyba*) und der gesellschaftlichen Identität (*András Koncz*) erörtert. Dabei stand in der Gruppe der gesellschaftlichen Identität die Frage nach der Entwicklung der Identität und der Unterschiede zwischen Stadt und Land im Mittelpunkt. So prägt das typisch deutsche Vereinsleben die Menschen in ländlichen Gebieten immer noch stärker als in der Stadt. Im Arbeitskreis zur nationalen religiösen Identität wurde die Situation von Minderheitengruppen vor allem in den Ländern Ungarn und Bosnien und Herzegowina diskutiert, d.h. die Stärkung der Identität durch Abgrenzung und gleichzeitig die damit verbundenen Schwierigkeiten, da Abgrenzungen oft auch zu Auseinandersetzungen führen.

Die letzte Gruppe setzte sich intensiv mit den positiven und negativen Einflüssen auf die Identität auseinander. *Positiv* für die Entwicklung in den ländlichen Regionen wurden die Rückkehr-Migranten deshalb beurteilt, weil sie neue Ideen mitbringen und sich als qualifizierte Arbeitskräfte einbringen können; auch können neue Impulse von ihnen ausgehen, für die Landwirtschaft etwa im Bereich erneuerbarer Energien. Auf der anderen Seite gibt es leider auch viele *negative* soziale Folgen, wie z.B. zerstörte Familien und „Euro-Waisen“, was sich ungünstig auf die Identität auswirkt. So fallen verschiedene Gruppenidentitäten in sich zusammen, wenn das Gemeinschaftsleben leidet. Gefährlich wird es, wenn die Folgen der internationalen Migration die heimische Kultur überlagern.

Insgesamt haben die Beiträge gezeigt, dass Identität vielfältig und veränderbar ist. Allen Teilnehmenden war klar, dass der strukturelle Wandel Veränderungen für die Identität bringt – diese müssen jedoch nicht nur zwingend negativ sein, denn es bieten sich vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten.

*Dr. Monika Kleck, Freising*



## **Strukturwandel im ländlichen Raum Südosteuropas – Verödung und Neubelebung am Beispiel Bulgariens**

Referenten: Prof. Dr. Dimitar Denkov, Sofia  
Martin J. Ivanov, Russe  
Sr. Desislava Nikolova, Sofia

Moderation: Tim Graewert, Paris

Einer allgemeinen Vorstellungsrunde folgte der einführende Vortrag von *Professor Dr. Dimitar Denkov*, der die geschichtliche Entwicklung des ländlichen Raums in Bulgarien skizzierte. In Bulgarien erfolgte nach der Machtübernahme durch die Kommunisten nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine Kollektivierung landwirtschaftlicher Flächen in Kombination mit einem Industrialisierungsprogramm, das auch ländliche Regionen mit einschloss. Eine monokulturelle Landwirtschaft war aber auch nach der Kollektivierung nicht möglich, da die Topographie Bulgariens ähnlich wie diejenige Bayerns durch Mittelgebirge geprägt ist. Von den Erlösen aus der Landwirtschaft wurden die Reparationen bezahlt, die Bulgarien als Kriegsverlierer seinen Nachbarn Griechenland und Jugoslawien schuldet. Auch deshalb stand ein rasches Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion ganz oben auf der politischen Agenda. Schon Mitte der achtziger Jahre setzte aber ein Bevölkerungsrückgang ein, der zusammen mit Landflucht und Abnahme des landwirtschaftlichen Know-hows einen Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge und eine Verödung des ländlichen Raums herbeiführte. Dieser Prozess wurde dadurch verstärkt, dass in den neunziger Jahren nach der Zerschlagung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

im Zuge der Reprivatisierung viele Kleinbetriebe entstanden, die im internationalen Vergleich nicht konkurrenzfähig waren.

Danach berichtete *Martin J. Ivanov* über ein Projekt zur politischen Bildung mit dem Schwerpunkt Ökologie, welches die Internationale Elias Canetti Gesellschaft in Zusammenarbeit mit Renovabis durchführt. Auch er sieht Berufsbildung und Förderung des Unternehmertums als die Eckpfeiler, um die ländlichen Räume Bulgariens aus der Krise zu führen, und erläuterte erfolgreiche Beispiele aus der Region Russe in den Bereichen Industrie, Landwirtschaft und Tourismus. Dabei müssen Tourismus und Nachhaltigkeit keine Widersprüche sein, wofür der Naturpark Rusenski Lom ein gutes Beispiel ist. Im Zuge der EU-Donaustrategie sollte in Nordbulgarien auch die Zusammenarbeit mit rumänischen Regionen auf der anderen Uferseite intensiviert werden.

Als letzte Referentin berichtete *Schwester Desislava Nikolova* von der Arbeit des Ordens der Eucharistinerinnen in Sofia. In Bulgarien gehört knapp ein Prozent der Bevölkerung dem katholischen Glauben an. Die Eucharistinerinnen sind die einzige lokale bulgarische Ordensgemeinschaft der katholischen Kirche. Zunächst erzählte Schwester Desislava von der Arbeit des medizinischen Zentrums in Sofia, welches schon seit elf Jahren ärztliche Betreuung für sozialschwache Bevölkerungsgruppen anbietet. Zielgruppen sind in erster Linie alleinerziehende Mütter, Drogensüchtige, Pensionäre, Flüchtlinge und Menschen ohne Krankenversicherung. Der Arbeit mit Flüchtlingen kam in den letzten Jahren erhöhte Bedeutung zu, da Bulgarien seit dem EU-Beitritt 2007 einen Anstieg von Asylbewerberzahlen zu verzeichnen hat, auf den die staatlichen Stellen unvorbereitet waren. Die Eucharistinerinnen engagieren sich in Zusammenarbeit mit der Caritas auch bei der Unterhaltung eines Tageszentrums für alleinstehende alte Menschen im Dorf Pokrovan im Südosten des Landes, am Rande des Rhodopengebirges. Dort leben 110 Menschen, von denen 90 Prozent über 65 Jahre alt sind. Ebenfalls im Südosten Bulgariens befindet sich das Dorf Banja, wo die Caritas Graz ein Projekt unterstützt, das die Schulbildung von Romakindern fördert und auch Mittagessen und Freizeitaktivitäten für die Kinder organisiert.

In der Diskussion nannte Schwester Desislava als größtes Hindernis für die Arbeit des Ordens das kaum entwickelte staatliche Sozialsystem, das dazu führt, dass die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen bei caritativen und sozialen Projekten sehr schwierig ist. Viele Teilnehmer des Arbeitskreises tauschten sich anschließend über ihre Aktivitäten in Bulgarien aus; es kam auch zu ersten Absprachen über gemeinsame Projekte in Bulgarien.

*Tim Graewert, Paris*

## Perspektiven für die Entwicklung der Kaukasusregion

Referenten: Prof. Dr. Levan Abashidze, Tiflis  
Dr. Aram Aristakesyan, Weihenstephan-Triesdorf  
Gagik Tarasyan, Gyumri

Moderation: Herbert Schedler, Freising

Nach einer kurzen Einführung durch den Moderator, in der die geopolitische Gesamtlage der Kaukasusregion skizziert wurde, erläuterte *Dr. Aram Aristakesyan* die besondere, historisch bedingte Rolle des Christentums für das Selbstverständnis der Armenier. Das Christentum fand in der Region frühzeitig Eingang und wurde bereits 301, also viel früher als im Römischen Reich, zur Staatsreligion erhoben. *Prof. Dr. Levan Abashidze* beschrieb die Stellung der orthodoxen Kirche in Georgien, die – anders als die armenisch-apostolische – lehrmäßig zu den orthodoxen Kirchen gehört. Ihr Einfluss auf Staat und Gesellschaft Georgiens ist wohl eher gering, denn, um ein markantes Beispiel zu nennen, beim so genannten „Fünftagekrieg“ zwischen Georgien und Russland um Südossetien im Jahre 2008 blieben Appelle der Kirchenoberhäupter in Tiflis (und Moskau) weitgehend wirkungslos. Aserbaidschan ist traditionell muslimisch geprägt; eine Reihe kleinerer Völkerschaften im Kaukasus gehören ebenfalls dem Islam an.

Weitere kriegerische Konflikte, die bis heute für Instabilität in der Region sorgen, gibt es in den Problemgebieten Abchasien (Georgien) und Bergkarabach (Armenien-Aserbaidschan). Außerdem wirkt sich die nach wie vor instabile gesellschaftliche und politische Situation in Tschetschenien lähmend auf den gesamten Kaukasusraum aus. Inves-

toren aus Europa und Nordamerika sind verunsichert, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung stagniert, was die Experten anhand mehrerer Beispiele belegen konnten.

Einige Teilnehmer des Arbeitskreises stellten kleinere Projekte in Armenien und Georgien vor, was dafür spricht, dass der NGO-Bereich wichtige Zeichen der Entwicklung setzt. Besonders in Armenien kommt dabei auch der zahlenmäßig kleinen katholischen Kirche, wie Caritas-Direktor *Gagik Tarasyan* belegen konnte, eine nicht unbedeutende Rolle zu.

Es bleibt zu hoffen, dass die offenen geostrategischen Probleme in den kommenden Jahren einer Lösung näher kommen, denn nur dann – so die Meinung aller Teilnehmer – ist mit einer allmählichen Verbesserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtsituation in Armenien und Georgien zu rechnen.

*Dr. Christof Dahm, Freising*

## Pastorale Antworten auf strukturelle Veränderungen – ein Blick nach England, Frankreich und Russland

Referenten: Canon Dr. Jill Hopkinson, Warwickshire  
Bischofsvikar Hubert Schmitt, Gildwiller  
Pfarrer Dietmar Seiffert, Kujbyschew

Moderation: Prof. Dr. Richard Hartmann, Fulda

Der Bericht über die Wirklichkeit der Landpastoral in England (seitens der anglikanischen Kirche, *Canon Dr. Jill Hopkinson*),<sup>4</sup> Frankreich (*Bischofsvikar Hubert Schmitt*, Haut-Rhin, französische Plattform „Kirche im ländlichen Raum“) und einer Pfarrei in Russland (*Pfarrer Dietmar Seiffert*, Kujbyschew/Westsibirien, Russland) bildete den Hintergrund für eine engagierte Diskussion etlicher Grundfragen kirchlicher Wirklichkeit.

Die Arbeit der *anglikanischen Kirche* ist z.T. bestimmt von einer Vielzahl kleiner Pfarreien, die von einzelnen haupt- oder nebenamtlichen Pfarrern und Pastoralbeauftragten geleitet und begleitet werden. Die Erfahrungen der 43 Diözesen sind sehr unterschiedlich. Neben Neuaufbrüchen fällt auf, dass etliche Gemeindeglieder noch an einer traditionellen Form der pfarrerzentrierten Arbeit festhalten. In den 90 Diözesen *Frankreichs* gibt es ebenfalls sehr unterschiedliche Bedingungen. Die drei Säulen der Pastoral sind die Arbeit mit den Equipes vor Ort (d.h. für 3 Jahre beauftragte Personen für Gottesdienst, Verkündigung,

---

<sup>4</sup> Dr. Jill Hopkinson stellte für den Dokumentationsband eine schriftliche Ausarbeitung zur Verfügung, die diesem Bericht angehängt ist (S. 248-258).

Gemeinschaft, Diakonie und die Finanzfragen unter Moderation eines Priesters), die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in jedem Ort und die Seelsorgeräte. Eine intensive Kooperation zwischen Priestern und Laien wird mehr und mehr unabdingbar. Die Arbeit in *Russland* ist geprägt von riesigen Entfernungen und kleinen Gruppen. Für Pfarrer Seiffert und die zwei Ordensfrauen, die ihn unterstützen, ist die Zusammenarbeit entscheidend. Sie stoßen immer wieder auf Familien und Orte, die ohne kirchliches Amt und Bindung über Jahrzehnte der Glaubensweitergabe treu geblieben sind. Direkte Präsenz in den Orten und bei den Familien trägt den Neuaufbau der katholischen Gemeinde. Aber auch hier bedarf es der Laien als Präsenzpersonen an den vielen kleinen Orten.

In der Diskussion sind mehrere Grundfragen zur Sprache gekommen:

- Wie eindeutig ist im Selbstverständnis und in der Praxis die Einsicht, dass jeder Getaufte Träger der Pastoral ist und sich Kirche nicht länger als kleruszentrierte Dienstleistungskirche versteht? Wie ist es um das Zusammenwirken von Priestern und Laien bestellt?
- Wie sieht es mit dem Grundverständnis von Pastoral, das im untrennbaren Zusammenspiel von Liturgia, Diakonia, Martyria und Koinonia vollzogen wird, aus? Gelingt es, Einseitigkeiten sowohl in sozial-politischer als auch in rituell-spirituelle Führung zu überwinden?
- Welche Impulse können dazu beitragen, die Identitätsgewinnung der Kirche als ortsbegrenzt-territoriale und dörfliche Einheit in größere pastorale Einheiten und Räume zu transformieren?
- Wie steht es um die Gewährleistung von intensiver Präsenz, die dann kaum mehr an allen Orten gleichzeitig geleistet werden kann?
- Wie steht es um die missionarische Ausstrahlung von Christinnen und Christen, die aus dem Wort und Sakrament leben?
- Wo sind Chancen und Grenzen ökumenischer Kooperation in verschiedenen Initiativen?

*Prof. Dr. Richard Hartmann, Fulda*

# Anhang

Dr. Jill Hopkinson

## Zur Situation der Pastoral im ländlichen England<sup>5</sup>

### Einführung

In der folgenden Ausarbeitung wird die Tätigkeit der anglikanischen Kirche speziell in den ländlichen Regionen Englands in vielen Facetten beschrieben. Allerdings ist zu beachten, dass sich die vorgestellten Beispiele nicht verallgemeinern lassen, denn die Kirche von England hat sich – das muss man leider so festhalten – noch nicht grundsätzlich zu der Erkenntnis durchgerungen, dass für die Zukunft der ländlichen Pastoral einerseits die ökumenische Zusammenarbeit, andererseits der Einsatz der Laien entscheidend sein werden.

Im ländlichen England sind heute sieben christliche Konfessionen aktiv: die Kirche von England („Church of England“), die methodistische Kirche, die vereinigte reformierte Kirche, die Baptisten, die römisch-katholische Kirche, die kongregationalistische Föderation und die Heilsarmee. Die anglikanische Kirche („Church of England“) zählt 9.639 Kirchen in den ländlichen Regionen Englands, was 60 Prozent der insgesamt 16.000 anglikanischen Kirchen entspricht. Diese Zahl wurde auf Grundlage der von der britischen Regierung verwendeten Definition des Begriffs „Ländliche Regionen“ ermittelt, die auf den statistischen Größen „Bevölkerungszahl“ (Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern gelten als ländlich) und „Bevölkerungsdichte“ ba-

---

<sup>5</sup> Aus dem Englischen übertragen von Christof Dahm und Thomas Hartl.



siert. Die methodistische Kirche umfasst ca. 3.000 Kirchen im ländlichen England. Die vereinigte reformierte Kirche besitzt ca. 400 Kirchengebäude, die Anzahl an Baptistenkapellen bewegt sich in einer ähnlichen Größenordnung. Insgesamt gibt es im ländlichen England mindestens 14.000 Kirchen von sieben verschiedenen Konfessionen. Allerdings wird im Allgemeinen der Gedanke der Ökumene kaum praktiziert – abgesehen von wenigen Ausnahmen wie beispielsweise dem Abhalten einzelner gemeinsamer Gottesdienste, der gemeinsamen Nutzung von Gebäuden, dem gemeinsamen Organisieren von Gemeindeprojekten bis hin zu wenigen offiziellen lokalen ökumenischen Partnerschaften, in deren Rahmen Gemeinden konfessionsübergreifend pastoral betreut werden.

Das ländliche England weist sehr unterschiedliche Gegebenheiten auf und umfasst sowohl Hochlandregionen, Pendlergemeinden und Gegenden, in denen vorwiegend Landwirtschaft betrieben wird, als auch malerische Dörfer und Landschaften. In den ländlichen Regionen Englands leben insgesamt 9,8 Millionen Menschen, ungefähr 20 Prozent der Gesamtbevölkerung Englands, wobei lediglich 600.000 Personen aus diesem Kreis in Gegenden ansässig sind, die gemeinhin als „Regionen mit geringer Siedlungsdichte“ bzw. „abgelegene Regionen“ bezeichnet werden. Berücksichtigt man alle Konfessionen, so kommt im ländlichen England auf 650 Personen ein Kirchengebäude. Veranschaulichen lässt sich dies anhand einer Region, in der ein Priester für 8 Dörfer, 8 Pfarreien und 8 Kirchen verantwortlich ist.

Die ländlichen Regionen Englands sind als Wohnorte sehr beliebt. Aus statistischen Daten geht hervor, dass bei den Personen, die in ländlichen Regionen ansässig sind, die Wahrscheinlichkeit, mit folgenden Dingen konfrontiert zu sein, deutlich geringer als in den Städten ist: Arbeitslosigkeit, niedriges Einkommen, Bezug von Sozialhilfeleistungen, Mangel an beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten, Schwangerschaft in der frühen Jugend (im Alter unter 16 Jahren), vorzeitiger Tod, Angstzustände, Obdachlosigkeit, Furcht vor Kriminalität. In den letzten 20 Jahren ist die Bevölkerungszahl in den ländlichen Regionen kontinuierlich gestiegen, es war also ein Netto-Bevölkerungszustrom aus den Städten

zu verzeichnen. Dieser Zustrom ist auch einer der Faktoren, die zu dem zwischenzeitlich in ländlichen Gemeinden herrschenden hohen Wohnpreis-Niveau (sowohl für Mietwohnungen als auch für Wohneigentum) beigetragen haben und die mancherorts zu Spannungen zwischen den Neuzugezogenen und den angestammten Bewohnern geführt haben, da die beiden Gruppen u. a. im Hinblick auf Kirche und Gemeinde unterschiedliche Erwartungshaltungen haben. Außerdem ist die Bevölkerung im ländlichen England, wo ein Viertel der Menschen älter als 60 Jahre ist, im Vergleich zur Bevölkerung in den Städten deutlich älter, weshalb sich die Bereiche „Gesundheitsversorgung“ und „soziale Leistungen“ teilweise schwierig gestalten und ein hohes Maß an Isolation herrscht. Ungefähr ein Achtel der ländlichen Bevölkerung ist zwischen 16 und 29 Jahre alt; ein Anteil, der deutlich unter dem für städtische Räume geltenden Wert liegt. Allerdings leben in ungefähr einem Drittel der Haushalte Kinder im schulpflichtigen Alter. Ungefähr ein Fünftel der in ländlichen Regionen ansässigen Haushalte leben an oder unterhalb der Armutsgrenze (£ 16.500 Jahreseinkommen), wobei diese in Armut lebenden Haushalte sich in der Regel geografisch nicht an einem Ort konzentrieren und folglich schwer zu identifizieren sind, was es auch schwierig macht, ihnen Hilfe zukommen zu lassen. Außerdem ist in dünn besiedelten Gegenden der Anteil an Haushalten mit niedrigem Einkommen in der Regel höher.

Traditionsgemäß waren und sind die Kirchen in ländlichen Regionen tief im Leben ihrer Gemeinden verankert. Mission wird hierbei meist als implizit angesehen – vorgelebt von Mitgliedern der Gemeinde, die im Leben ihrer Gemeinde stark engagiert sind, sich an lokalen Gruppen und Organisationen, Aktivitäten und Veranstaltungen beteiligen und somit anderen helfen. Vielen ländlichen Kirchen gelingt es, auf lokale Bedürfnisse zu antworten. Dies geschieht durch karitative Dienste oder indem sie der Ortsgemeinde Kirchengebäude zur Verfügung stellen. Sie gehen auch Partnerschaften mit anderen Organisationen ein und bieten Freiwilligenarbeit, Gebete und spirituelle Begleitung an. Im Rahmen dieses Ansatzes wurden Kirchengebäude u. a. bereits genutzt für Angebote für Kinder und alte Menschen, Einzelhandelsgeschäfte, Postämter, Gemeindesäle oder für Beratungsdienste.

## **„Multi-Church Ministry“ / „Verbundpfarreien“ / Betreuung mehrerer Kirchen (Kirchengemeinden) durch einen Pfarrer**

Nachdem Abwanderung im ländlichen Raum Englands kein Thema ist, sieht sich die Kirche hier eher dem Problem gegenüber, dass es eine Vielzahl an Kirchengebäuden gibt, die zugehörigen Kirchengemeinden, die es zu betreuen gilt, jedoch zahlenmäßig sehr klein sind. So gibt es beispielsweise in North Yorkshire eine Gruppe von acht Kirchen für acht Gemeinden mit insgesamt 3.000 Einwohnern und einem für sie zuständigen Vollzeitpfarrer, was keineswegs ungewöhnlich ist. Und selbst in Anbetracht der Tatsache, dass ein beachtlicher Anteil der lokalen Bevölkerung den Gottesdienst besucht (mancherorts gehen immerhin bis zu 10 Prozent der Gemeinde regelmäßig in die Kirche, deutlich mehr als in mittelgroßen und großen Städten), sind die Kirchengemeinden zwangsläufig klein (häufig zählen sie lediglich 25 Personen und weniger; oft sogar weniger als 12 Personen). Aus diesem Grund gestaltet es sich oft sehr schwierig, Personen zu finden, die bereit sind, ein Amt in der Kirche zu übernehmen, beispielsweise als Kirchenvorsteher oder Kassenführer; die Geistlichen müssen zahlreiche Kirchen parallel betreuen.

In der anglikanischen Kirche werden diese Gruppen von Kirchen, die mit einem oder mehreren Pfarrern zusammenarbeiten als „Multi-Parish Benefices“ oder „Team Ministries“ („Verbundpfarreien“) bezeichnet, d. h. als Kirchengemeinden, die sich einen oder mehrere Priester „teilen“. Im Schnitt werden pro Verbund zwischen sechs und neun Kirchen zusammengefasst; es kommt aber auch vor, dass sich eine Gruppe lediglich aus zwei oder drei Kirchengemeinden zusammensetzt oder aber dass sich bis zu 12, 15 oder 25 Kirchen zu einem großen Verbund zusammenschließen. Die „Church of England“ sieht sich also einer geringen Anzahl von Gemeinden gegenüber, die die existierenden Strukturen des Kirchenlebens und ihre Gebäude vor der Schließung bewahren wollen. Daher müssen neue Wege gefunden werden, damit dies gelingt, wobei sich in vielen Fällen die Gemeinden einer Realität gegenüber sehen werden, in der traditionelle Muster der (Gottes-)Verehrung und Ansätze der Seelsorge nicht mehr zukunftsfähig sind. Dennoch herrscht in dieser Hinsicht noch Zurückhaltung.

Ein „Multi-Church Ministry“ in ländlichen Regionen (ein „mehrere Kirchengemeinden umspannender Pfarrdienst“) verlangt den Geistlichen besonders viel Mühe ab, da sie sich sehr stark in das Leben verschiedener Kirchengemeinden einbringen müssen – ein Engagement, das im Hinblick auf Aufgaben und Tätigkeiten zwar zahlreiche Chancen bietet, aber auch von großer Komplexität geprägt ist. So müssen die Geistlichen sich beispielsweise um mehrere Kirchengemeinden, Kirchengebäude, Kirchenräte usw. kümmern, und es gilt, alle aus den diversen Zuständigkeitsbereichen und Netzwerken erwachsenden Kontakte und Beziehungen über die Zeit aufrechtzuerhalten und zu pflegen. Viele der in den genannten „Verbundpfarreien“ tätigen Priester sehen sich einem hohen Maß an Stress und Druck ausgesetzt, da vielfach die Erwartung besteht, dass sie ihren Pfarrdienst nach wie vor in traditioneller Form erfüllen.

Insgesamt gibt es nur sehr wenige Diözesen, die hinsichtlich der „Multi-Church Ministries“, der Einsatzgebiete von Geistlichen und der Weiterentwicklung des Laiendienstes in ländlichen Regionen eine klare Strategie besitzen. In manchen Diözesen gibt es offizielle Programme für den lokalen Pfarrdienst, die die Einbeziehung von Laien befördern sollen, wobei diese verstärkte Einbeziehung unterschiedliche Formen annehmen kann. Beispielfhaft seien genannt Ältestenräte (in den Diözesen St. Edmundsbury und Ipswich) und lokale Pfarrstellenteams, die sich aus Laienhelfern und ordinierten Priestern zusammensetzen wie in den Diözesen Hereford und Gloucester. Zahlreiche andere Diözesen hingegen fördern zwar den Laieneinsatz in der Seelsorge, haben aber, was pastorale Organisation und das Abstecken von Tätigkeits- und Zuständigkeitsbereichen angeht, noch keinen klaren strategischen Ansatz. Weiterhin gibt es einige Diözesen, die bereits eine klare Strategie besitzen und auch realistischer an die Problematik herangehen.

## **Formen der Zusammenarbeit**

Die Diözese Exeter hat in den vergangenen sieben Jahren sogenannte „Mission Communities“ („Verbundpfarreien“) gebildet und deckt mit den heute bestehenden 120 „Gemeindeverbänden“ alle in der Diözese

befindlichen Kirchengemeinden – insgesamt 506 – ab; dies gilt sowohl für die ländlichen als auch für die urbanen und die suburbanen Gemeinden. „Verbundpfarreien“ gelten als eine Möglichkeit, eine kritische Masse zu schaffen, um eine Gruppe von Kirchen somit in die Lage zu versetzen, ihren Aufgaben effizient nachzugehen, zu wachsen und gleichzeitig die direkte Verbindung zu jeder einzelnen Kirchengemeinde aufrechtzuerhalten. Die „Mission Communities“ sollen sich finanziell selbst tragen und unterstützen sowohl den Laiendienst als auch den Dienst ordinierter Pfarrer. Die meisten „Verbundpfarreien“ haben mindestens 150 regelmäßige Kirchgänger (verteilt auf alle der Gruppe angehörig Kirchen); pro Woche werden ca. 50 Stunden offizieller pastoraler Arbeit erbracht (besoldet oder ehrenamtlich, von Laien oder ordinierten Pfarrern); auf Verwaltungsaufgaben entfallen pro Woche ca. 20 Stunden. Es wird erwartet, dass jede „Mission Community“ eine klare Vorstellung von ihren Aufgaben und Zielen hat und einen gleichermaßen umfassenden und übergreifenden Maßnahmenplan für den gesamten Verbund besitzt.

Die Diözese Derby ist in einzelne Unterregionen („Mission and Ministry Areas“) untergliedert, die sich aus Gemeindeverbänden zusammensetzen. Diese stehen in einer informellen, aber doch strukturierten Beziehung zum Gedankenaustausch und zur gemeinsamen Nutzung der für die pastorale Arbeit vorhandenen Ressourcen zueinander. Die „Verbundpfarreien“ werden von einem Regionalvikar, der vom Bischof ernannt ist, geleitet. Dieser beruft einen aus Geistlichen und Laienvertretern zusammengesetzten Regionalrat ein, der sich um die Gestaltung des Zusammenlebens in den Gemeinden kümmert und richtungweisende Anstöße geben soll.

## **Reichweite ausdehnen – auf die Menschen zugehen und auf ihre Vorstellungen eingehen**

Traditionell war es so, dass sich die Kirchen im ländlichen Raum in jeder Hinsicht stark in das Leben ihrer Gemeinden eingebracht haben. Pastorale Arbeit galt und gilt in erster Linie als implizit erbrachte Leistung,

d. h. als ein Dienst, der von Konfessionsangehörigen, die sich in starkem Maße für das Leben ihrer Gemeinde engagieren, erbracht wird. Beispielhaft seien genannt: Mitarbeit in lokalen Gruppen und Organisationen, Mitwirkung bei Aktivitäten und Ereignissen aller Art sowie Unterstützung hilfsbedürftiger Gemeindeglieder. In vielen ländlichen Kirchengemeinden sind auf diese Weise lokale Bedürfnisse und unentgeltlich erbrachte Leistungen aller Art, Zurverfügungstellung kirchlicher Räume für gemeinschaftliche Nutzung, Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, ehrenamtliche Mitwirkung an und Abhalten von Gottesdiensten oder Anbieten geistlicher Unterstützung gesichert. Es handelt sich bei diesen Beispielen um einen nach wie vor wirkungsvollen Ansatz; um Menschen außerhalb des Kirchenmilieus anzusprechen und zu erreichen, sind jedoch explizitere Formen des pastoralen Dienstes erforderlich, weil die Kirche im ländlichen Raum noch immer stärker auf die traditionelleren Formen pastoraler Leistungen festgelegt ist. In den ländlichen Regionen sind daher in letzter Zeit zahlreiche neue Ausdrucksformen entstanden, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg. Dazu zählen u. a. modernere Gottesdienstformate, Aktivitäten und Veranstaltungen für Kinder und Familien, und zwar sowohl unter der Woche als auch an Samstagen. So hat sich zum Beispiel das Konzept „Messy Church“ (Bibelgeschichten-bezogene, themenbasierte Aktivitäten, gemeinsame Mahlzeiten usw.)<sup>6</sup> als hervorragend geeignet erwiesen, um Menschen zu erreichen, die bislang überhaupt nichts mit der Kirche „im Sinn“ hatten. Mit Plattformen wie „Kirchencafés“ und verbundübergreifenden „Hauskreisen als lebendigen Zellen der Kirche“ haben es die ländlichen Kirchen geschafft, Erwachsene zu motivieren, sich näher mit dem Thema „Glauben“ zu beschäftigen.

Im Hinblick auf pastorale Dienste gibt es zwischen den Diözesen große Unterschiede. In manchen Diözesen existieren offizielle Lehrpläne für die Ausbildung von Pastoralassistenten, d. h. Schulung, Unterstützung und Beaufsichtigung („Monitoring“) der Laien erfolgen im Rahmen formaler Strukturen. In anderen Diözesen können Laien sogar einen

---

6 Weitere Hinweise zu diesem Modell finden sich unter <http://www.messychurch.org.uk/> (letzter Zugriff: 14.03.2013).

offiziellen Abschluss mit Diplom erlangen. Ein weiteres Modell sieht so aus, dass Teams aus Helfern oder Einzelpersonen nach erfolgter Einweisung durch den Pfarrer eines Kirchenverbundes in folgenden Bereichen mitwirken dürfen: Pfarrbesuche, Krankenbesuche verbunden mit Spendung der Heiligen Kommunion, Krankenhausbesuche und Pflegeheimbesuche. In den meisten Kirchengemeinden wird allerdings ein eher informeller Ansatz verfolgt, d.h. Besuche werden zumeist von kleinen Gruppen oder mehreren Einzelpersonen übernommen, ohne dass eine spezielle Unterweisung erfolgt wäre; ebenso wird die Supervision zumeist informell gehandhabt. Auch die Geistlichen machen zwar nach wie vor Besuche, aber insbesondere in größeren Kirchenverbänden ist es notwendig, Laien heranzuziehen, um den Bedarf an pastoralen Leistungen in vollem Umfang abdecken zu können.

Besuche aus speziellen Anlässen – beispielsweise zur Vorbereitung von Taufen, Eheschließungen und Beerdigungen – werden nach wie vor hauptsächlich vom Pfarrer vorgenommen. Allerdings gibt es auch Gemeinden, in denen Teams von Laien – für gewöhnlich auf Anregung des zuständigen Pfarrers – beispielsweise eine seelsorgerische Beziehung zu Tauffamilien oder Hinterbliebenen aufbauen oder auch bei Hochzeitsvorbereitungen Hilfestellung leisten.

## **Alternativen zu ordinierten Pfarrern**

Im Jahre 2009 hatte die „Church of England“ insgesamt mehr als 26.000 Mitarbeiter mit Pastoralgenehmigung, die sich wie folgt untergliederten:

- 8.591 Geistliche in bezahltem Vollzeit- oder Teilzeit-Beschäftigungsverhältnis,
- annähernd 10.000 Laienprediger,
- 341 Laienmitarbeiter und anglikanische Armeegeistliche mit Pastoralgenehmigung,
- 4.600 aktive pensionierte Geistliche und
- 3.100 unbezahlte Geistliche („Non-Stipendiary Ministers“ oder kurz „NSMs“).

Die Kirchen in ländlichen Regionen stützen sich gegenwärtig bei ihrer Pastoralarbeit in starkem Maße auf *pensionierte und unbezahlte Geistliche* („NSMs“), und in Anbetracht der Tatsache, dass in den nächsten fünf Jahren mehr als ein Viertel aller bezahlten Pfarrer das Pensionsalter erreichen wird, wird das auch zukünftig der Fall sein. In vielen ländlichen Regionen wird es zunehmend schwieriger werden, die derzeitigen Pastoralstrukturen aufrechtzuerhalten, sodass die Kirche im ländlichen Raum vermehrt auf unbezahlte Pfarrer und Laien zurückgreifen müssen.

Die Arbeit eines unbezahlten Pfarrers kann unterschiedlich ausgestaltet sein. Ein in einer ländlichen Gegend tätiger „NSM“ arbeitet für gewöhnlich mit einem oder mehreren Kollegen (in der Regel besoldete Kollegen) in einem Kirchenverbundsteam zusammen und ist für eine oder mehrere Kirchen zuständig, je nachdem wie viel Zeit er investieren kann oder möchte. Es ist auch möglich, dass ein „NSM“ sich auf ein Fachgebiet spezialisiert – beispielsweise Jugendarbeit – und genau die Tätigkeiten ausübt, die er auch als besoldeter Geistlicher ausüben würde.

Das Konzept des „*Ordinierten lokalen Pfarrers*“ („Ordained Local Ministry“ oder kurz „OLM“) wurde ins Leben gerufen, um die Berufung ins Pfarramt einer bestimmten Region attraktiver zu machen. Eine Berufung zum „OLM“ erfolgt normalerweise aus einem pastoralen Führungskräfte-Team oder einem ähnlichen Gremium heraus und basiert auch auf dessen Unterstützung. Ein solches Team setzt sich in der Regel aus Laienmitarbeitern und ordinierten Mitarbeitern zusammen, die in einer oder mehreren Kirchengemeinden tätig sind. Die Pastoralgenehmigung eines „OLM“ ist begrenzt auf eine bestimmte geografische Region, weshalb er nicht andernorts eingesetzt werden kann. Ein „OLM“ arbeitet im Regelfall unter Aufsicht eines anderen Pfarrers, was allerdings nicht zwingend notwendig ist. Außerdem gilt für die „OLMs“ dasselbe wie für die „NSMs“: Die Zahl der Mitarbeiter dieses Typs, die für einen Verbund ländlicher Kirchen verantwortlich sind, steigt stetig. In solchen Fällen wird dann von einem „NSM in Charge“ bzw. „OLM in Charge“ gesprochen.



Unter einem so genannten „*House for Duty*“ oder kurz „HfD“ („Arbeit gegen Unterkunft“) versteht man einen unentgeltlich arbeitenden Pfarrer, dem für seine Tätigkeit eine Unterkunft von der Diözese gestellt wird. Das hierfür in einer oder mehreren Kirchengemeinden wöchentlich zu leistende Arbeitspensum besteht dann aus dem Sonntagsdienst und der Pastoralarbeit an zwei Werktagen. Meistens arbeiten die „HfDs“ mit einem oder mehreren besoldeten Kollegen zusammen und sind diesen unterstellt, aber in manchen ländlichen Regionen, in denen es viele Kirchen gibt und die Einwohnerzahlen in den Gemeinden gering sind, gibt es die „House for Duty in Charge“, die auch die Zuständigkeit und Verantwortung für eine Region übertragen bekommen.

Das klassische Modell „ein Pfarrer pro Kirchengemeinde“ existiert zwar praktisch nicht mehr, es verfolgt die Kirche und die Geistlichen aber nach wie vor. Anders gesagt: Die Pfarrer stehen unter Druck, an einem Sonntag drei oder mehr Gottesdienste abzuhalten und nach wie vor sämtliche Aspekte der pastoralen Arbeit abzudecken. Es wird also erwartet, dass sie auf alle Gemeindemitglieder zugehen und auf all deren Bedürfnisse eingehen. Gleichzeitig hat sich die Arbeit eines ordinierten Pfarrers aber drastisch gewandelt: So muss sich ein Pfarrer heute beispielsweise viel enger mit seinen Kollegen abstimmen und mit diesen zusammenarbeiten; er muss als Mittler und Bindeglied tätig sein und andere in die Lage versetzen, sich in die pastorale Arbeit einzubringen.

## **Laienprediger**

Laienprediger sind kirchliche Mitarbeiter, die eine entsprechende Schulung durchlaufen haben und die Qualifikation besitzen, einen Gottesdienst zu leiten und die Predigt zu halten. Manche besitzen unter Umständen auch eine Pastoralbefugnis, die sie in die Lage versetzt, auch Bestattungsgottesdienste abzuhalten. Das Laienpredigertum ist seit Mitte des 19. Jahrhunderts Teil des Anglikanismus. In den ländlichen Regionen haben diese kirchlichen Mitarbeiter von jeher eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit der Unterstützung der ordinierten Priester gespielt. Allerdings ist die Anzahl neuer Berufungen zum

Laienprediger in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen – insbesondere bedingt durch die steigende Anzahl an „NSMs“ und „OLMs“. Leider ist es so, dass das Potenzial der Laienprediger nicht immer voll ausgeschöpft wird, auch wenn es durchaus Diözesen gibt, in denen Laienprediger befugt sind, Gottesdienste zu leiten.

## **Ausblick**

Derzeit lässt es sich nicht absehen, wie lange es noch möglich sein wird, den gegenwärtigen Verbundkirchen-Ansatz in England aufrechtzuerhalten. Die Tatsache, dass es den meisten Diözesen bislang an einer Strategie mangelt, hat dazu geführt, dass immer mehr Kirchen in Verbänden zusammengefasst und von einem oder mehreren Pfarrern parallel betreut werden – das ist eindeutig keine nachhaltige Entwicklung! Über die Frage, wie die Zukunft realistischerweise aussehen könnte, muss dringend systematisch nachgedacht werden. In manchen Diözesen gibt es schon Überlegungen, wie ein rundherum kooperationsbasierter Ansatz konkret aussehen könnte, d. h. ein Ansatz, in dessen Rahmen die Geistlichen ihre Führungsrolle – unter anderem in den Bereichen Gottesdienst und pastorale Tätigkeit – gemeinschaftlich, d. h. im Team mit entsprechend geschulten Laien, wahrnehmen könnten. Das Prinzip des „Local Collaborative Ministry“ („auf Kooperation und Teamwork basierender Pfarrdienst“) versetzt die Menschen durch die Zusammenarbeit mit anderen in die Lage, ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln und ihrer Berufung gerecht zu werden. Allerdings erfordert eine solche Strategie das Engagement einer Vielzahl von Laien, die gewillt sein müssen, sich gleichermaßen aktiv in die Arbeit der Kirche und die Arbeit der Gemeinde einzubringen – eine Voraussetzung, die in kleinen ländlichen Kirchengemeinden nicht immer gegeben ist.

## Familiäre Krisensituationen im ländlichen Raum (mit Schwerpunkt Rumänien)

Referenten: Luise Detering, Göttingen  
Lisa Gamerschlag, Dinslaken  
Claudiu Nicusan, Blaj  
Gesa Waltemathe, Langgöns

Moderation: Verena Geißler, Freising

Der Arbeitskreis „Familiäre Krisensituationen im ländlichen Raum“ wurde durch drei Renovabis-Freiwillige eingeleitet. Sie thematisierten in einem kurzen Anspiel zunächst eine prägnante Erfahrung, die sie während ihres Dienstes in Kinderheimen im ländlichen Rumänien gesammelt haben, nämlich den Alkoholismus in den Familien. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, spontan darauf zu reagieren. Anschließend berichteten die jungen Erwachsenen über ihre Freiwilligenarbeit in den Kinderheimen: Warum sind die Kinder im Heim? Wie geht es den Eltern? Warum können sie sich nicht um ihre Kinder kümmern? Denn die meisten der Kinder haben noch Eltern, die entweder aufgrund von Arbeitsmigration in die Städte oder ins Ausland gezogen sind oder sich aus anderen Gründen nicht in der Lage sehen, sich um ihren Nachwuchs zu kümmern.

Einen Schwerpunkt bildete neben den ganz konkreten Erfahrungen der Freiwilligen die Arbeit der Caritas in Blaj. *Claudiu Nicusan*, Generalsekretär der griechisch-katholischen Caritas in Blaj, berichtete von familiären Krisensituationen auf dem Land und skizzierte, wie die Caritas diesen Herausforderungen begegnet. Außerdem erläuterte er die Ursachen der Problematik, die eng verbunden sind mit den politischen

und sozialen Folgen des Kommunismus und der Wende von 1989/1990. Die Menschen auf dem Land sind besonders betroffen vom Teufelskreis der materiellen Armut, von Migration, Beziehungsarmut und Vernachlässigung der Kinder. Dies gilt nicht zuletzt auch für den Umgang mit den Roma, die zu den schwächsten Mitgliedern der rumänischen Gesellschaft zählen.

In einem abschließenden „interaktiven Theater“ fanden die Teilnehmer des Arbeitskreises Gelegenheit, sich zum einen in die Situation der Roma bzw. der Rumänen hineinzusetzen und selbst nach Auswegen zu suchen. Zum anderen wurden sie aber auch darin herausgefordert, Beweggründe für die und Automatismen in der autoritären Erziehung der Kinder auf dem Land zu erforschen und zu erproben. Abgerundet wurden die Beispiele durch Kommentare der Freiwilligen.

*Verena Geißler, Freising*



## **IV. Schlusswort**



## Schlusswort

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer  
des Renovabis-Kongresses!

Was immer in Europa geschieht, ob im Osten oder im Westen, im Norden oder im Süden, es geht uns alle an. Ich habe diese Tage so erlebt, dass es nicht darum geht, dass der Osten dem Westen begegnet oder umgekehrt, sondern hier sind Europäer im Gespräch, europäische Christen diskutieren über die gemeinsame Kirche, über das gemeinsame Christsein und Kirchesein in Europa. Das geht uns alle an.

„Ländliche Räume im Umbruch – Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa“: Es ist zu früh, hier ein großes Resümee zu ziehen. Jeder wird es vielleicht auch auf seine eigene Weise ziehen; aber doch im Sinne des roten Fadens, den Dr. Albert uns geholfen hat, jeden Morgen von Tag zu Tag zu spinnen, um somit noch einmal im Sinne einer Ergebnissicherung auf wichtige Entdeckungen, Erfahrungen und Einsichten dieser Tage hinzuweisen. Anhand der Schlaglichter am Donnerstag haben wir gesehen, dass das, was wir hier unter dem eben genannten Titel besprechen, alle Länder Mittel- und Osteuropas in verschiedener Weise, aber doch eben *alle* Länder betrifft. Die Referate zur Entwicklungspolitik im ländlichen Raum haben uns erkennen lassen, dass diese Prozesse in einem größeren Zusammenhang gesehen werden müssen, dass es integrierter Konzepte bedarf, um nicht nur die Fragestellung auf die Landwirtschaft allein zu fokussieren. Es geht vor allem um breit angelegte Entwicklungsstrategien in den jeweiligen Ländern. Dafür sind Politiker und andere gesellschaftliche Handlungsträger notwendig, es taucht aber auch die Frage an uns alle auf: Wo bleiben die Christen in diesem gesellschaftlichen Umbruch? Vielleicht ist es gerade im Blick auf die Politik und die gesellschaftliche Verantwortung wichtig zu unterstreichen, dass Christen Selbstbewusstsein haben können und müssen, um in den ländlichen

Räumen ihren Auftrag einzusehen und wahrzunehmen, dass sie selber Subjekt der Veränderung sein können und müssen. Dies bedeutet aber, dass gerade den Christen hinsichtlich Bildung und Ausbildung eine besonders wichtige Rolle zukommt, wie es Alois Glück ausgedrückt hat: Gute Gesinnung allein reicht nicht, es muss auch Kompetenz dazukommen, um das Richtige zu tun. Das ist sicher eine wichtige Orientierung auch für unsere Projektpolitik von Renovabis.

Wir haben weiterhin von dem etwas schillernden Begriff der Kohäsionspolitik Kenntnis genommen. Wir alle haben gemerkt, dass eine Angleichung der Lebensverhältnisse einerseits wünschenswert ist, andererseits aber auch Gefahren mit sich bringt. Hingewiesen wurde darauf, dass es wichtig ist, auf regionaler und lokaler Ebene dazu zu ermutigen, den Blick nicht nur auf die Schwächen, sondern auch auf die Stärken von Regionen zu richten. Hier fiel der wichtige Begriff „Ressourcenorientierter Ansatz“. In den Arbeitskreisen insgesamt ist deutlich geworden, wie trotz mancher Gemeinsamkeiten die Situationen vor Ort eben sehr verschieden sind und dass es natürlich keine Patentlösungen gibt, sondern man sich jeweils auf die konkrete Lage einlassen muss. Heute, am letzten Tag unseres Kongresses, standen die pastoralen Antworten der Kirche auf Veränderungen im ländlichen Raum im Mittelpunkt. Dabei wurde vor allem im Vortrag von Bischof Mazur betont, dass die primäre Aufgabe der Kirche die Evangelisation ist, zu der alle ihre Glieder, Kleriker wie Laien, berufen und berechtigt sind.

Kirche selbst ist von ihrem Verständnis als *koinonia* her gemeinschaftsbildend und muss auch so wirken, damit gerade der Anonymität, wie sie sich in den Städten und zunehmend auch auf dem Land verbreitet, gegen gesteuert wird. Kirche hat eine wichtige Rolle, Menschen darin zu ermutigen, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Kirche ist und muss immer Stimme und Anwalt der schwächsten Glieder der Gesellschaft sein, der Armen und der Benachteiligten. Nicht von ungefähr nennt sich Renovabis eine „Solidaritätsaktion“:

Meine Damen und Herren, nach dem Kongress heißt immer vor dem Kongress. Dieses Jahr haben wir uns mit den Strukturveränderungen im



ländlichen Raum befasst. Im nächsten Jahr wollen wir uns einer als besonders dringlich empfundenen Frage widmen, die unmittelbar an das anknüpft, was wir in diesen Tagen besprochen haben. Es geht darum, wie das Evangelium dem Auftrag Jesu gemäß immer neu verkündet werden kann, und damit zusammenhängend um die Frage nach der Rolle des Christentums im Europa des 21. Jahrhunderts. Es geht also um das, was wir über das Stichwort der „Neuevangelisierung“ oder „neuen Evangelisation“ gehört haben. Professor Hartmann sprach von einem Bruch zwischen Evangelium und Kultur. Dieser Bruch mag verschieden sein in den Facetten, aber er zieht sich durch ganz Europa. Diesem Bruch nachzuspüren, ihn vielleicht noch stärker als in diesen Tagen zu analysieren, könnte einer dieser Aspekte sein, denen wir uns nächstes Jahr widmen wollen. Das Thema ist bereits mehrfach angeklungen, es ist auch Schwerpunkt der im Oktober 2012 stattfindenden ordentlichen Vollversammlung der Bischofssynode in Rom „Die neue Evangelisierung für die Weitergabe des christlichen Glaubens“.

Mir ist es in diesem Zusammenhang, da in Deutschland häufig der Begriff „Neuevangelisierung“ benutzt wird, wichtig zu betonen, dass es nicht wie bei einem Buch um eine Neuauflage geht, sondern, um im Bild zu bleiben, um eine *ganz neue Publikation*. Es geht nicht um Re-Katholisierung oder um Proselytismus, sondern es geht darum, wie Bischof Mazur sehr eindrücklich unterstrichen hat, um „new ways, new methods, new apostles“. Herr Dr. Albert und ich waren in diesem Jahr bei Erzbischof Fisichella, dem Leiter dieser Kongregation, zu einem privaten Gespräch in Rom. Er hat sehr offen davon erzählt, wie ihm beispielsweise aus Amerika die ersten Antworten entgegen kamen: „Das brauchen wir nicht, wir sind doch ein katholischer Kontinent.“ Und Erzbischof Fisichella sagte: „Wartet nur.“

Die Erfahrung, dass wir uns der Frage nach den neuen Ansätzen und der neuen, zeitgemäßen Weise im Sinne des „Aggiornamento“ immer wieder und überall stellen müssen, scheint sich immer mehr zu verbreiten. Wir wollen 50 Jahre nach Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils auch mit unserem Kongress im nächsten Jahr dazu beitragen, dass diese Frage der neuen Evangelisation nicht untergeht, sondern in

der Tiefe, die uns betrifft, auch berührt und aufgearbeitet werden wird. Ost und West mögen hier verschiedene Ausgangspunkte haben, aber sie stehen vor einer vergleichbaren Aufgabe. Ein Austausch darüber dürfte für uns alle fruchtbar sein. Ich hoffe, dass es gerade angesichts dieser Herausforderung, die so eindeutig allen Christen gilt, auch im nächsten Jahr noch mehr als in diesem möglich sein wird, den ökumenischen Aspekt unserer Solidaritätsaktion zu unterstreichen. Ebenso hoffe ich, dass gerade aus der Orthodoxie, aber auch aus den Ländern und Kirchen der Reformation viele Teilnehmer unserer Einladung folgen werden, damit wir wirklich in einem ökumenischen Austausch unsere jeweiligen Erfahrungen abgleichen können. Wenn Sie also den Termin notieren möchten: vom 30. August bis zum 1. September 2012 sind Sie ganz herzlich wieder nach Freising eingeladen.

Abschließend möchte ich mich nochmals bei allen bedanken, die zum Gelingen unseres 15. Internationalen Kongresses beigetragen haben:

- Den Referentinnen und Referenten, Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Podiumsdiskussionen und Arbeitskreise.
- Den Moderatorinnen und Moderatoren im Plenum und in den Arbeitskreisen.
- Herrn Bischof Feige für die Eröffnung.
- Den Zelebranten und Predigern in den Gottesdiensten, besonders aber auch Frau Veronika Stich und ihrem Team für die Gestaltung der Andacht am Donnerstag.
- Herrn George sowie den Musik- und Tanzgruppen, die uns gestern beim „Bayerischen Abend“ erfreut haben.
- Den Dolmetscherinnen für die Übersetzung, den Journalisten und allen anderen Vertretern der Medien.
- Dem Direktor, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Schülerinnen und Schülern des Dom-Gymnasiums; nicht zuletzt denjenigen, die uns wieder so gut geholfen haben, die technischen Probleme des Kongresses zu bewältigen.
- Den Teams des Kardinal-Döpfner-Hauses und des Pallotti-Hauses Freising, den Vordenkern und Vorbereitern des Kongresses in der Geschäftsstelle und in Verbindung mit der Geschäftsstelle.

- Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Renovabis und vor allem Herrn Dr. Dahm, dem zuständigen Referenten. Dieser Dank gilt auch allen, die unmittelbar an seiner Seite waren und die Last und Mühen über diese Zeit hinweg getragen haben.

Mein Dank geht aber auch an Sie, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, für Ihr Interesse und Ihr engagiertes Mitdenken und Mitdiskutieren. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und Gottes Segen für Sie persönlich und für Ihre Arbeit. Abschließend möchte ich Sie bitten, sich zu einem Segensgebet zu erheben.

Herr unser Gott.

Möge es Dein Wille sein, uns in Frieden zu leiten,  
unsere Schritte auf den Weg des Friedens zu richten  
und uns wohlbehalten zum Ziel unserer Reise zu führen.

Behüte uns vor aller Gefahr, die uns auf dem Wege bedroht.  
Bewahre uns vor Unfall und vor Unglück, das über die Welt Unruhe bringt.

Segne die Arbeit unserer Hände.

Lasse uns Gnade und Barmherzigkeit vor Deinen Augen finden,  
Verständnis und Freundlichkeit bei allen, die uns begegnen.

Höre auf die Stimme unseres Gebetes.

Gepriesen seist Du, oh Gott, der unser Gebet erhört.

Ehre sei dem Vater und dem Sohn und dem Heiligen Geist,  
wie im Anfang so auch jetzt und alle Zeit und in Ewigkeit,

Amen.

